

Nils Diederich, Egon Hölder,
Andreas Kunz u. a.

Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

Band 15 der Schriftenreihe
Forum der Bundesstatistik

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Verlag: Metzler-Poeschel Stuttgart

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland/

Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Nils Diederich . . . –
Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1990

(Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik; Band 15)

ISBN 3-8246-0064-1

NE: Diederich, Nils; Deutschland (Bundesrepublik)/
Statistisches Bundesamt; GT

Erschienen im Dezember 1990

Preis: DM 17,60

Bestellnummer: 1030415-90900

ISBN 3-8246-0064-1

Verlagsauslieferung:

Hermann Leins

Holzweisenstr. 2

7408 Kusterdingen

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1990

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Inhalt	Seite
Egon Hölder, Wiesbaden	
Begrüßung und Eröffnung	5
Nils Diederich, Berlin	
Einführung in die Themenstellung	7
 Die Notwendigkeit historischer Statistikdaten	
Heinz Grohmann, Frankfurt	
Die Entwicklung der statistischen Datenproduktion und der amtlichen Statistik	10
Jürgen Kocka, Berlin	
Die Bedeutung historischer Statistikdaten für die Geschichtswissenschaft	22
Heinrich Best, Köln / Helmut Thome, Köln	
Die Bedeutung von Daten der historischen Statistik für die soziologische Forschung	27
 Die Aufbereitung historisch-statistischer Grundlagen	
Karl Heinrich Kaufhold, Göttingen / Ulrike Albrecht, Göttingen	
Preußische Gewerbestatistik der vor- und frühindustriellen Zeit	39
Franz Irsigler, Trier	
Deutsche Agrarpreisstatistik 1400 bis 1800	46
Wolfgang von Hippel, Mannheim	
Historische Statistik des Herzogtums Württemberg vom 15./16. bis zum 18./19. Jahrhundert	52
Hartmut Titze, Göttingen	
Historische Bildungsstatistik 1800 bis 1945	65
Rainer Fremdling, Groningen / Andreas Kunz, Mainz	
Historische Verkehrsstatistik von Deutschland	90
Reinhard Spree, Konstanz	
Historische Statistik des Gesundheitswesens	107
Merith Niehuss, München	
Historische Wahlstatistik 1849 bis 1987	127

	Seite
Perspektiven der zukünftigen Entwicklung der Historischen Statistik	
Egon Hölder, Wiesbaden Förderung der Historischen Statistik durch das Statistische Bundesamt	154
Wolfram Fischer, Berlin Zukünftige Forschungsaufgaben der Historischen Statistik	156
Andreas Kunz, Mainz Eine Datenbank zur Historischen Statistik	159
Harald Uhl, Bonn Wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland	164
Wolfgang Zank, Aalborg Journalistischer Umgang mit historischen Statistikdaten	168
Rolf Deininger, Stuttgart Die Nachfrage nach historischen Statistikdaten und deren Förderung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg	170
 Podiumsdiskussion	
Moderator: Jürgen Kocka, Berlin	174

Egon Hölder*)

Begrüßung und Eröffnung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu unserem wissenschaftlichen Kolloquium „Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland“ möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen. Die große Resonanz, die das Kolloquium bereits während der Vorbereitungsphase ausgelöst hat und das große Interesse an einer Teilnahme können als deutliche Zeichen dafür gewertet werden, daß wir mit der Veranstaltung eine Thematik gewählt haben, für die ein großer Informationsbedarf besteht.

Geschichte ist Gegenwart von gestern. Als Geschichte noch Gegenwart war, hatte man im Prinzip ganz ähnliche Probleme, wie wir sie auch heute haben. Es ist die Frage, inwieweit man vieles von dem, was in der Vergangenheit an Statistiken erstellt wurde, oder aus unserer heutigen Sicht hätte nachgewiesen werden können, rekonstruieren und als „Historische Statistik“ publizieren kann. Insofern könnte man sagen, Geschichte und Statistik zusammengenommen, das erinnert ein bißchen an den Aphorismus von Lichtenberg, der einmal gesagt hat, zwei Dinge zusammenzuhalten, die nicht zusammenzugehören scheinen, kann einen auf gute Gedanken leiten. Aber die beiden Dinge scheinen eben nur nicht zusammenzugehören und man hat für die historische Forschung die Statistik noch nicht in dem Umfang entdeckt, in dem sie tatsächlich leistungsfähig ist. Es gibt begrüßenswerte Ansätze und es freut mich ganz besonders, daß im Bereich des deutschen Kulturraums ja eine ganze Reihe solcher Ansätze bestehen. In dem Forschungsprojekt „Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland“ sind für zahlreiche Statistikbereiche wertvolle Arbeiten zum Nachweis langer regional tiefgegliederter Zeitreihen in Angriff genommen worden. Die vorliegenden Ergebnisbände zeigen, daß die Daten nicht nur für Historiker, sondern auch für andere Wissenschaftsbereiche und die amtliche Statistik interessant sind.

Die Statistik wird üblicherweise in der Öffentlichkeit als eine Methode zur Bewältigung von Tagesaufgaben gesehen, zur Gewinnung von Informationen für Tages- oder Zukunftsentscheidungen. Aber auch für die Beurteilung aktueller Fragen sind statistische Ergebnisse über Ereignisse vergangener Jahre notwendig. Die Entwicklung, die sich aus dem Vergleich der Vergangenheit mit der Gegenwart erkennen läßt, hilft bei der Abschätzung der Zukunft. Die aktuelle Statistik ist daher auch Historische Statistik in einem eingeschränkten Sinne, etwa in dem Bereich der Zeitgeschichte.

Der Versuch, die Langen Reihen, die wir heute haben, nicht nur nach vorne, sondern auch nach rückwärts zu verlängern, ist schon reizvoll. Der Versuch, Informationen, die es in Streulage gibt, unter modernen, statistischen Gesichtspunkten zusammenzufassen und auszuwerten, ist zunächst einmal ein weitreichender Kulturansatz. Die Statistik könnte somit letzten Endes, ähnlich wie das Archivwesen zu einer historischen Hilfswissenschaft werden, wobei das Wort „Hilfs“ nichts abwertendes hat, sondern den Servicecharakter betont.

*) Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Bei der Ermittlung statistischer Informationen standen die Menschen vergangener Epochen in vielem vor prinzipiell ähnlichen Fragen wie wir heute, indem sie ihre Bevölkerungszahlen ermittelten, die Kaufkraft ihrer Währung abschätzten, die Kapazitäten ihrer Wirtschaft beurteilten und daraus Möglichkeiten des Handelns erkennen mußten. Dasselbe mußte für Partner und Gegner geschehen und dies unter erschwerten Verhältnissen einer Vielfalt unterschiedlichster Währungsgebiete und rechtlicher Regelungen. Wir können aber sicher sein, daß staatliche und wirtschaftliche Entscheidungen überwiegend nach solch rechnerischer Abschätzung der beiderseitigen Gegebenheiten getroffen wurden.

Statistische Informationen sind zwar in großer Zahl überliefert, können aber häufig nicht genutzt werden, da sie oft unzugänglich in verschiedenen Archiven verstreut liegen oder aus anderen Gründen nur schwer zugänglich sind. Die Beurteilung vergangener politischer Sachverhalte durch den Historiker könnte aber erleichtert und verbessert werden, wenn solche Hintergrundinformationen mehr und besser zur Verfügung stünden. Nicht nur die Geschichtswissenschaft, sondern auch die aktiv handelnde Politik und Verwaltung könnten aus der statistischen Aufbereitung vergangener Sachverhalte praktischen Nutzen ziehen.

Der Versuch, die Vergangenheit auch statistisch aufzubereiten, fordert vor allem die Wissenschaft. Da Datenerhebungsverfahren wie wir sie für die Jetztzeit kennen, auf die Vergangenheit meist nicht angewandt werden können, werden „statistische Pfade“ in das Dickicht der Vergangenheit wohl nur geschlagen werden können, wenn Historiker, Archivare und Statistiker zusammenarbeiten. Der Entwicklung eines solchen Konzepts der Zusammenarbeit gilt diese Tagung.

Das Kolloquium soll auch dazu beitragen, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen im Bereich der Historischen Statistik tätigen Forschungsgruppen, der amtlichen Statistik und der interessierten Öffentlichkeit zu fördern. Neben der Notwendigkeit und Bedeutung historischer Statistikdaten für die Gegenwart und einer Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung sollen vor allem die Perspektiven der zukünftigen Entwicklung der Historischen Statistik diskutiert werden.

Ich halte es für ausgesprochen erfreulich, daß die Referenten, die wir für dieses Kolloquium gewinnen konnten, die Thematik aus sehr unterschiedlicher Perspektive beleuchten. Ich möchte den Referenten an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für ihre Bereitschaft, an dieser Veranstaltung mitzuwirken, danken.

Mein besonderer Dank gilt dem Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin und dort Herrn Diederich, der sich freundlicherweise bereiterklärt hat, die Moderation dieses Kolloquiums zu übernehmen, sowie Herrn Fischer und Herrn Kunz, die uns bei der organisatorischen Vorbereitung unterstützt haben.

Ich wünsche Ihnen, Herr Diederich, eine angenehme Moderation, den Referenten, aber auch allen Teilnehmern einen erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung und hoffe, daß Sie sich an den zwei Tagen in unserem Hause und in der Stadt Wiesbaden wohlfühlen.

Einführung in die Themenstellung

Die langjährige Arbeit im von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereich „Historische Statistik“, der von Wolfram Fischer koordiniert wurde und in dem von ihm geleiteten Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität einen Schwerpunkt hatte, war der Ausgangspunkt für die Kontakte des Zentralinstituts mit dem Statistischen Bundesamt. Präsident Hölder, der heute unser Gastgeber ist, hat in einem wichtigen Vortrag zur Historischen Statistik im Zentralinstitut die vielfältigen Verknüpfungen von amtlicher Statistik mit der Arbeit der Forscher im Bereich der Historischen Statistik deutlich gemacht. Ausgehend von Überlegungen im Zentralinstitut, wie die Historische Statistik in Ergänzung zur gegenwartsnahen und praxisbezogenen amtlichen Statistik in der Forschung gesichert werden kann, kamen wir zu dem Schluß, daß es einer koordinierten regional übergreifenden Zusammenarbeit und eines Zusammenspiels zwischen Forschung und amtlicher Statistik bedarf. Auf diese Weise kommt ein Sozialwissenschaftler und Empiriker, dessen Forschungsgegenstand vorwiegend gegenwartsbezogen ist, zu der Ehre, eine Tagung wie diese zu eröffnen und zu moderieren, auf der in erster Linie Historiker und Statistiker das Wort führen sollen. Allerdings ist die Verknüpfung in der Tat nicht zufällig, als Wahlforscher liegt mir die Befassung mit historischen Wahlstatistiken nahe. Der Reiz der Historischen Statistik liegt ja nicht nur in der Stützung des Prozesses historischer Erkenntnis, sondern auch darin, daß wir als Forscher zurückverfolgen können, wie es zu gegenwärtigen Strukturen gekommen ist.

Mir scheint, daß zwei Aufgaben im Zusammenhang mit der Historischen Statistik vordringlich sind:

- Einerseits muß die Forschung vorangetrieben werden. Weitere Daten harren der Aufarbeitung. Die Archive sind voll mit Informationen, die geeignet sind, in statistischer Bearbeitung wertvolle Erkenntnisse zu vermitteln.
- Andererseits muß die Frage beantwortet werden, wie die großen Datenmengen, die die amtliche Statistik in ihrer nun über hundertjährigen Geschichte zusammengebracht hat und die nicht mehr der Befriedigung des aktuellen Bedarfes dienen, gesichert und der Forschung erhalten bleiben können. Wir alle wissen, daß auch die amtliche Statistik, die ja praktischen Zwecken dient, einem stets aktuellen Druck unterliegt und daher sich vordringlich der Aufbereitung aktueller Daten widmen muß. Aber die älteren Daten sind ein wertvoller Forschungsbestand für Historiker und zunehmend auch für Sozialwissenschaftler, soweit sie historisch bewußt denken und arbeiten.

Die moderne Datenverarbeitung ist in diesem Zusammenhang nicht nur eine Erleichterung, sondern stellt uns auch vor große Probleme, die vor allen Dingen mit der Strukturierung der Daten und mit der Pflege des Archivmaterials zu tun haben. Dies kann nur in dauerhaft bestehenden Institutionen geschehen. Aber die amtliche Statistik steht immer unter den

*) Prof. Dr. Nils Diederich, MdB, Freie Universität Berlin.

strengen Blicken des Finanzministers und – ich füge dies als persönliche Anmerkung aus unmittelbarer Erfahrung zu – auch der Abgeordneten des Bundestages, vor allen des Haushaltsausschusses. Da wird dann gefragt, ob es die Aufgabe der Statistik ist, Daten, die nicht mehr aktuellen Zwecken dienen, tatsächlich weiter zu pflegen oder zu bearbeiten; vielmehr wird erwartet, daß die Wissenschaft diese Aufgaben übernimmt und nicht vordringlich die amtliche Statistik. Daher kann sich diese nur sehr begrenzt der Aufbereitung und Pflege historischer Daten widmen. Hier öffnet sich also ein weites Feld für die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik auf der einen und Wissenschaft auf der anderen Seite, wobei der Wissenschaft sowohl die Aufgabe der Forschung als auch die Aufgabe der wissenschaftlichen Dokumentation zufällt.

Den Initiativen zur Kooperation auf diesem Gebiet soll die Tagung dienen. Und wenn am Ende ein stärkerer Verbund und der gemeinschaftliche Wille herauskommen, in diesem Bereich in den nächsten Jahren etwas voranzubringen, dann hat sich die Tagung für alle Beteiligten gelohnt.

Ich begrüße Herrn Uhl unter uns, der als der für den Bereich Sozialwissenschaften zuständige Referatsleiter im Bundesministerium für Forschung und Technologie durch seine Präsenz signalisiert, daß Interesse auf dieser Seite besteht, die Entwicklung der historischen Statistik zu beobachten. Wir sollten auch dies als eine Chance für die Förderung künftiger Arbeiten begreifen. Um so notwendiger ist es, die verschiedenen Bestrebungen der Bundesrepublik im Felde der Forschung und Dokumentation zu koordinieren und systematisch zu entwickeln.

In unserem Berliner Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung sind beachtliche Anstrengungen in diesem Bereich unternommen worden. Aber wir sind uns bewußt, daß Berlin nicht der Nabel der Welt bzw. der Historischen Statistik ist. Auch an anderer Stelle – in Göttingen, Trier, Mannheim und anderswo – gibt es beachtliche Bemühungen auf diesem Feld. Es bedarf in diesem Forschungsbereich durchaus der Idealkonkurrenz, im Sinne von Bereitschaft zu intensiver Kooperation, zu arbeitsteiligem Vorgehen und zur Koordination, so daß, was die Aufbereitung und die Bereithaltung der Daten betrifft, eine Standardisierung erfolgt, die es möglich macht, die Daten ohne Probleme kompatibel und dauernd der weiteren Forschung zugänglich zu machen.

Es ist ein glücklicher Zufall, daß die Tagung in diesem Monat stattfindet. Denn mit dem sichtbaren Zerfall der Berliner Mauer und der häßlichen Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands, wird offenkundig ein Prozeß eingeleitet, der das Zusammenwachsen der Teile Deutschlands ermöglicht statt des institutionalisierten Auseinandergehens. Das kann die Kooperation zwischen Ost und West beflügeln. Für die Wissenschaftler, die hier versammelt sind, werden sich in den nächsten Jahren daraus viele neue Aufgaben ergeben. In diesem Zusammenhang müssen Überlegungen angestellt werden, wie man eine kompatible Datenbasis für das größere Deutschland, wie auch immer es staatlich weiter existieren wird, herstellen kann. Diejenigen, die die Statistik des 19. Jahrhunderts bearbeitet haben, besitzen ja große Erfahrungen in der Herstellung von Konkordanzen und der Sicherstellung von Kompatibilität. Das Geschehen der Gegenwart liefert Impulse für die Sozialwissenschaft und die historische Wissenschaft!

Elektronisch gespeicherte Daten werden in Zukunft die hauptsächliche Informationsquelle neben den schriftlichen Quellen sein. Wir sollten dort Standards setzen, um die angesprochene Kompatibilität und Konkordanz zu gewährleisten. Die isolierte Einzelarbeit kennzeichnet heute noch in weiten Bereichen die Arbeit der Wissenschaftler vor allem bei Historikern aber auch bei Sozialwissenschaftlern. Für die Einzelarbeiten müssen Schnittstellen hergestellt werden, die es möglich machen, einmal aufbereitete Daten zu bewahren und für weitere Arbeiten nützlich und fruchtbar zu machen und in eine gemeinsame Grundlage einzufügen. Natürlich leiten dann auch technische Aspekte unsere Arbeit, z. B. die Zugänglichkeit der Ergebnisse für die moderne Datenverarbeitung. Nicht mehr Bleistift und Papier, sondern der PC sind gefragt. Wir müssen auf der Höhe der Technik bleiben und die modernen, technologischen Möglichkeiten koordiniert und gemeinsam nutzen zum Vorteil sowohl der Wissenschaft als auch der politischen, ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Praxis.

Nachdem ich den Hausherrn des Statistischen Bundesamtes, unseren Gastgeber, bereits begrüßt habe, möchte ich, bevor ich das wissenschaftliche Kolloquium eröffne, den Organisatoren Ehling und Kunz danken, die die Veranstaltung bisher so geräuschlos aber perfekt organisiert haben und sicherlich auch für einen ungestörten Ablauf der Tagung sorgen werden. Weiterhin möchte ich mich bedanken, daß Sie alle gekommen sind, und denke, daß wir nun zur Sache schreiten können.

Ich rufe den ersten Referenten auf, Herrn Grohmann, der über die Entwicklung statistischer Datenproduktion und der amtlichen Statistik sprechen wird.

Die Entwicklung der statistischen Datenproduktion und der amtlichen Statistik

Vorbemerkung

Mit großem Interesse, ja mit neugieriger Spannung bin ich als Statistiker der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt. Ich begrüße die Initiative dazu ausdrücklich. Statistik ist immer dann am interessantesten, wenn sie mit anderen Disziplinen, sei es in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft oder wo sonst immer, in Kooperation tritt. Da Statistik ein Instrument ist, um etwas über die Welt zu erfahren, was sich durch bloße Anschauung allein nicht erkennen läßt, gewinnt man immer neue Einsichten, wenn man sich mit ihrer praktischen Anwendung befaßt.

Etwas verhaltener war allerdings schon mein Enthusiasmus, als ich zu einem Referat aufgefordert wurde. Was kann ich zu einer solchen Veranstaltung beitragen? Ich habe mich wohl ein wenig mit der Geschichte der Statistik, jedoch nicht mit historischer Statistik beschäftigt (zum Verhältnis beider Disziplinen zueinander siehe Günther 1940). So will ich denn versuchen, in dieser halben Stunde einen gerafften Überblick über die Entwicklung statistischer Datenproduktion in Deutschland zu geben. Vielleicht kann das als ein allgemeiner Rahmen dienen, in den sich danach die historisch-statistischen Forschungen einordnen lassen.

Vorweg ist allerdings erst einmal zu klären, was dabei unter statistischer Datenproduktion verstanden werden soll. Der Begriff „Statistik“ ist ja erst vor wenig mehr als 200 Jahren aufgekommen, und er hat seitdem noch ganz wesentliche Veränderungen erfahren. Ich werde darauf hier aber nur am Rande eingehen. Unter statistischen Daten will ich im folgenden zusammenfassende zahlenmäßige Angaben über demographische, ökonomische, soziale und kulturelle Massenerscheinungen verstehen. Dabei setzt der Begriff „Massenerscheinung“ nicht etwa die Existenz irgendwelcher großer Massen von Einzelerscheinungen voraus, er zielt vielmehr allein darauf ab, Gesamtheiten realer Objekte (Personen, Institutionen, Sachen, Ereignisse) unter einem sinnvollen Oberbegriff zusammenzuschließen, die sodann unter Absehung von jeglicher Individualität der Einzelobjekte zahlenmäßig summarisch charakterisiert werden können. Die Fähigkeit, statistische Daten in diesem Sinne zu gewinnen und zu verwerten, setzt deshalb ein gewisses Abstraktionsvermögen und damit ein bestimmtes intellektuelles und kulturelles Entwicklungsniveau voraus. Auch das Kleinkind lernt zuerst mit Gesten, dann mit Worten und zuletzt mit Zahlen sich auszudrücken. Die historische Statistik hat deswegen bei ihren Forschungen stets drei Fragen zu klären oder es zumindest zu versuchen: Wozu wurde gezählt? Was wurde gezählt? Wie wurde gezählt?

Je weiter wir in die Geschichte zurückblicken, desto spärlicher werden die Hinweise auf eine statistische Datenproduktion. Es war jedoch kein kontinuierlicher Prozeß, der von frühesten

*) Prof. Dr. Heinz Grohmann, [em.] Universität Frankfurt/M.

Ansätzen zum heutigen Entwicklungsstand geführt hat. Vielmehr lassen sich einige wenige, dafür aber besonders bedeutsame Entwicklungsschübe ausmachen.

1 Altertum und Mittelalter

Die frühen Zeugnisse statistischer Datenproduktion in Altertum und Mittelalter möchte ich mit wenigen Bemerkungen abtun (siehe hierzu Wiesler 1958; ferner Meitzen 1886, S. 3 f.; Menges 1982, S. 1 f.; John 1984, S. 15 ff.; Zizek 1923, S. 13). Für das Altertum findet man vor allem Hinweise auf Volkszählungen, erstmals schon für das dritte vorchristliche Jahrtausend in Mesopotamien, Ägypten und China, später unter anderem in Israel und Rom. Es gab vereinzelt aber auch schon Landvermessungen, Viehzählungen, sogar Bürgerregister, letztere z. B. in Athen. Es wäre einmal interessant zu untersuchen, unter welchen spezifischen Bedingungen es in jener Zeit zur bewußten Gewinnung statistischer Daten gekommen ist und wie diese verwertet worden sind. Den Anlaß gaben meist steuerliche oder kriegsdienstbezogene Gründe. Notwendige Bedingung waren aber sicherlich auch eine bestimmte Staats- oder Regierungsform, eine bestimmte Gebiets- oder Bevölkerungsgröße und bestimmte kulturelle Gegebenheiten.

Ähnliche Bedingungskonstellationen mögen es auch gewesen sein, die im Mittelalter statistische Datenproduktionen veranlaßt haben. Sie waren allerdings relativ selten anzutreffen, und entsprechend mager fällt die Suche nach Zeugnissen dafür aus (siehe hierzu Günther 1911, S. 6; John 1884, S. 22 ff.; Zizek 1923, S. 13. f.). Hervorhebenswert sind die Inventarien Karls des Großen und Wilhelms der Eroberers („Domesday Book“), ferner die durch einen Versorgungsnotstand veranlaßte Volkszählung von 1449 in Nürnberg oder eine andere 1473 in Straßburg. Daneben gab es zwar in vielen mittelalterlichen Städten Zunftlisten, Steuerbücher und ähnliche Arten von Sammeldokumenten. Deren Inhalt wurde aber nur selten, allenfalls sehr summarisch ausgewertet. Hier stellt sich deshalb die Frage, warum das Mittelalter statistisch so abstinent war. Die fehlende Zentralmacht mag einer, die Dominanz des Religiösen – oder wenn man so will, die des Glaubens über die Vernunft – mag ein anderer und vielleicht der wichtigere gewesen sein.

2 Vom Beginn der Neuzeit bis zur Französischen Revolution

Das ändert sich mit Beginn der Neuzeit zunächst noch nicht grundlegend, eher sporadisch. Die mit den großen Entdeckungen, der Reformation, dem Humanismus und der Erfindung der Buchdruckerkunst verbundenen geistigen und kulturellen Veränderungen mündeten jedoch nach Beendigung der Religionskriege um die Mitte des 17. Jahrhunderts in eine Epoche ein, in der die Statistik im heutigen Sinne ihre Wurzeln hat. Bestimmend dafür war zum einen die Etablierung des absolutistischen Staates als vorherrschende Staatsform mit dem Merkantilismus als Wirtschaftsform und zum anderen die geistige Bewegung der Aufklärung, die bald alle Kulturbereiche – Literatur, Wissenschaft, Religion, Recht und eben auch den absolutistischen Staat – erfaßte. Es war wohl kaum ein Zufall, daß Statistik in ihren vier zunächst völlig verschiedenen Erscheinungsformen gerade in jener Epoche auf den Plan trat und sich sogleich kräftig entfaltete, in der ein Staatswesen ihrer bedurfte und – wichtiger noch – in der man in der Ratio, der Vernunft, den entscheidenden Fortschrittsfaktor sah.

Diese vier Formen sind

- die staatliche Verwaltungsstatistik, auch als Kabinettsstatistik bezeichnet,
- die deutsche Universitätsstatistik,
- die politische Arithmetik und
- die Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Für mein Thema steht die zuerst genannte völlig im Vordergrund. Auf die anderen werde ich daher nur kurz eingehen.

2.1 Die staatliche Verwaltungsstatistik (Kabinettsstatistik)

Wenden wir uns also zuerst der staatlichen Verwaltungsstatistik zu, die damals freilich noch nicht so hieß. Der absolutistische Staat, in dem alle Staatsgewalt vom Monarchen ausging, griff weit mehr als das je zuvor in Deutschland der Fall gewesen war, regelnd in alle Lebensbereiche ein. Verfassung, Heer- und Münzwesen, Verwaltung, Außenhandel usw. sollten so gestaltet werden, daß dies dem Staate, verkörpert im Monarchen, am Besten diene. Die Gründung von Manufakturen sollte dem Staat auch wirtschaftliche Unabhängigkeit gewähren und dem Fortschritt dienen. Selbst die Bevölkerungsgröße sollte, etwa durch Einwanderungsregelungen, auf die Zielvorstellungen des Staates ausgerichtet werden.

Zu alledem bedurfte es der Informationen über die Bevölkerung, die Wirtschaft, das Heerwesen und andere Lebensbereiche. Das galt um so mehr, als nach dem Dreißigjährigen Krieg die wichtigsten Lebensgrundlagen vielerorts vernichtet waren. Regelungsbedarf und Regelungsmacht ließen überdies das Verlangen aufkommen, die Wirkung der getroffenen Maßnahmen festzustellen. Von der Allmacht administrativen Eingriffes überzeugt, wollte der absolutistische Staat auch den Nachweis über den Erfolg seiner Bemühungen dokumentiert sehen (Günther 1911, S. 11). Das galt in erster Linie für die damals größeren Staaten Brandenburg-Preußen, Bayern und Österreich, aber auch für viele kleinere Territorien wie Ansbach-Bayreuth, Würzburg, Mainz-Aschaffenburg und andere (siehe hierzu insbesondere Behre 1905 und Günther 1910; ferner Günther 1911, S. 9 ff. und Boeckh 1863, S. 3 ff.). Gerade die Tatsache, daß es so viele Einzelstaaten gab, ließ die Menge produzierter statistischer Daten kaum übersehbar anschwellen: „Das neuerwachte Interesse an statistischen Untersuchungen ist derart elementarer Natur, daß wir es in der Blütezeit merkantilistischer Staatskunst überall in engstem Zusammenhang mit Politik und Verwaltung vorfinden, daß kaum ein fürstliches (weltliches oder geistliches) Territorium existiert, an dem die Hochflut statistischer Tätigkeit vorübergeht.“ „... unter den Stützen des Thrones ist die Statistik nicht die geringste“ (Günther 1911, S. 9 f.).

Kennzeichnend für jene Art statistischer Datensammlung war allerdings, daß sie lange Zeit in den einzelnen Staaten auf sehr unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Zwecken, unter denen wiederum finanz- und kriegswirtschaftliche im Vordergrund standen, durchgeführt wurde. Besonders hinderlich für die Entwicklung einer einheitlichen und tragfähigen Methodik war zudem die Geheimhaltung fast aller Daten. So konnte es kaum zu einem Lernprozeß kommen, der zweifelsohne die Qualität der Daten verbessert und diese vergleichbar gemacht

hätte. Schließlich hat die Datenflut wohl selbst dazu geführt, daß nur das wenigste noch ausgewertet und Nutzen daraus gezogen worden ist (Günther 1911, S. 12).

Immerhin haben einige herausragende Fürsten oder Minister dieser Entwicklung besondere Impulse gegeben. Ein paar Beispiele will ich nennen (siehe hierzu besonders Günther 1911, S. 13 ff. und 20 ff.).

In Brandenburg-Preußen ließ Friedrich Wilhelm I. – nicht zuletzt unter dem Einfluß von Leibniz – bevölkerungs-, wirtschafts- und finanzstatistische Daten sammeln. Etwa um 1720 wurden erstmals die berühmt gewordenen „Historischen Tabellen“ angefertigt, die dann periodisch wiederholt wurden. Sie unterrichteten über die Bevölkerung nach Berufsklassen, über Besitzungen in Stadt und Land, über Abgaben und vieles andere. Außerdem gab es lange schon statistische Tabellen über die Erträge der Domänen und seit 1750 regelmäßige Berichte über Saaten und Ernteaussichten. Zur Gewinnung eines Teiles der erforderlichen Informationen standen Personenstandsverzeichnisse, Einwanderungslisten und schon seit 1573 (zum Teil noch früher) die Kirchenbücher zur Verfügung. Ein großer Teil der Informationen mußte jedoch geschätzt werden. In der Regel waren die – wie auch immer gewonnenen – Zahlen von den zuständigen Verwaltungsstellen unmittelbar in die jeweils vorgesehenen Tabellenfelder einzutragen, was freilich Willkür und Schönfärberei nicht gerade vermeiden half.

Friedrich der Große setzte diese Aktivitäten mit beträchtlichem Engagement fort und sorgte für methodische Verbesserungen. Er erweiterte die historischen Tabellen durch Nachweise über Familienstand, Nationalität und Alter; die Sterbefälle wurden nach Todesursachen differenziert, die Gewerbetreibenden nach mehreren hundert Merkmalsausprägungen. Es gab auch bereits Handelsnachweise nach 70 bis 100 Warengattungen (Meitzen 1886, S. 13) sowie eine General-Fabriken-Tabelle mit Angaben über die Zahl der Arbeiter, den Warenabsatz, die Herkunft der Rohstoffe und manches andere. Es wird berichtet, daß Friedrich der Große selbst auf seinen Feldzügen die wichtigsten statistischen Tabellen bei sich führte.

Herausragende Aktivitäten solcher Art gab es auch in Bayern. Zu nennen ist vor allem die unter Kurfürst Max III. durch Joseph Baron Dachsberg unternommene Volkszählung. Diese sogenannte Dachsbergsche Volksbeschreibung von 1771 bis 1780 nimmt sowohl wegen ihrer methodischen als auch wegen ihrer inhaltlichen Ausgestaltung eine Sonderstellung ein. Sie beruhte, was damals sonst völlig unüblich war, auf einer Individualzählung. Jede Person wurde einzeln aufgeführt. Angabepflichtig war die Hauptperson (wir würden sagen: der Haushaltsvorstand). Unterschieden wurde sogar schon zwischen rechtlicher und tatsächlicher Bevölkerung. Eine zweite, nicht minder umfassende, aber offenbar nicht gleichermaßen glückliche Erhebung fand 1794 nach der Vereinigung mit der Pfalz unter Kurfürst Karl Theodor statt.

In ähnlicher Weise ließe sich über eine groß angelegte Volksbeschreibung unter Maria Theresia in Österreich berichten (siehe Grossmann 1916, S. 5 ff.) oder über eine methodisch besonders gut vorbereitete und durchgeführte Volks-, Berufs-, Betriebs- und Viehzählung in Bayreuth oder über Erhebungen in den geistlichen Fürstentümern Würzburg und Mainz-Aschaffenburg.

Soviel zur damaligen Verwaltungs- oder Kabinettsstatistik. Was von alledem erhalten geblieben ist, vermag ich nicht zu sagen. Für Preußen und Bayern ist vieles ausgewertet (siehe besonders Behre 1905 und Günther 1910); ich habe aber keinen Zweifel, daß noch mehr Material dieser Art der Aufbereitung für konkrete historische Aufgabenstellungen harret.

2.2 Die Deutsche Universitätsstatistik

Lassen Sie mich nun ganz kurz etwas über die zweite Wurzel unseres Faches in der Zeit des Absolutismus und der Aufklärung sagen. Während auf politischem und wirtschaftlichem Felde sich der absolutistische Staat etablierte, vollzog sich an den Universitäten innerhalb des Fachgebiets der Philosophie eine Abkehr vom Scholastizismus hin zu einer auf mehr Praxisnähe, ja auf praktische Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse ausgerichteten Wissenschaft. Lehr- und Forschungsgegenstand war der absolutistische Staat. Man untersuchte die Bedingungen seiner Existenz und seiner materiellen Wohlfahrt, die bestmögliche Staatsverfassung und nicht zuletzt die Prinzipien und Regeln praktischer Politik. So entstand der zunächst locker verbundene, dann mehr und mehr systematisch herausgebildete Komplex der Staatswissenschaften, bestehend aus Staatsrecht, Staatengeschichte, Ökonomie, Polizei- und Kameralwissenschaft und – als empirische Disziplin – Staatenkunde (Bödeker 1985, S. 143 ff.).

Diese letzte machte Hermann Conring um die Mitte des 17. Jahrhunderts unter der Bezeichnung „notitia rerum politicarum“ zum Gegenstand seiner Vorlesungen an der Universität zu Helmstedt (siehe hierzu und zum folgenden Felsing 1930; John 1884, S. 52 ff.; Zizek 1923, S. 16 ff.). Martin Schmeitzel kündigte die seinen wenig später in Jena und Halle – anknüpfend an eine in Italien fast beiläufig entstandene Terminologie – unter der Bezeichnung „collegium politico-statisticum“ an. Gottfried Achenwall schließlich, Professor an der Universität Göttingen, gab – wie Otto Donner es formulierte – dem wohlgestalteten Kinde den barbarischen Namen „Statistik“ (Donner 1942, S. 18).

Inhalt dieses Faches war die systematische Beschreibung des Zustandes, in dem sich die einzelnen bedeutsamen europäischen Staaten damals befanden, und zwar insoweit, als dies einen praktischen Staatsmann (italienisch: statisto = Staatsmann) wie „überhaupt allen Ständen, die sich um die heutige große Welt zu bekümmern haben, . . . sehr nützlich und in vielen Fällen notwendig ist“ (Achenwall, zitiert nach John 1884, S. 11). Beschrieben wurden die sogenannten Staatsmerkwürdigkeiten: Lage, Größe und Klima des Landes, Flüsse und Gebirge, soweit sie politisch und wirtschaftlich von Bedeutung waren, Zahl der Bewohner, deren natürliche und charakterliche Eigenschaften (groß oder klein, gescheit oder töricht, tugendliebend oder lasterhaft). Wichtig waren ferner die Verfassung und die Verwaltung des Landes, das Kirchenwesen, die Wissenschaften und Künste, Justiz, Manufakturen und Handel, Finanzen und Kriegswesen, aber auch Titel und Wappen, Hofstaat und Ritterorden (John 1884, S. 80).

Das alles waren zunächst einmal Beschreibungen mit ganz wenigen Zahlen. Erst im Laufe der Zeit änderte sich das. Es mehrten sich Vergleiche zwischen den einzelnen Staaten, für die Zahlenangaben besonders hilfreich waren. Im Laufe der Zeit wurden auch mehr und mehr Zahlen aus der Verwaltungsstatistik für die Universitätsvorlesungen verfügbar und damit auch öffentlich bekannt. Insofern hat die deutsche Universitätsstatistik, die das reine Zahlen-

sammeln der „Tabellenknechte“ mit Bitternis verwarf (John 1884, S. 128 ff.), letztlich wohl doch mit dazu beigetragen, daß die Bedeutung von Zahlen – selbst bei rein deskriptiver Zielsetzung – weit über die Grenzen der absolutistischen Kabinette hinaus erkannt wurde.

2.3 Die Politische Arithmetik

Einer völlig anderen Zielsetzung galten in jener Epoche die Bestrebungen, die unter dem Namen „Politische Arithmetik“ zusammengefaßt werden (siehe hierzu besonders John 1884, S. 161 ff.; Menges 1982, S. 5 ff.; Westergaard 1932, S. 16 ff.).

Das Ziel war, aus zahlenmäßigen Informationen über bestimmte Fakten mit Hilfe geschickt gewählter arithmetischer Operationen bedeutsame Einsichten in Zusammenhänge zu erlangen, die über die bloße Faktenbeschreibung hinausgingen: die Schätzung von Größen, die nicht unmittelbar erfaßbar waren, vor allem aber das Aufdecken von Regel- und Gesetzmäßigkeiten im Prozeß der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. Das Gesetz der großen Zahl wurde zum tragenden Element dieser Forschungsweise. Viele sehen in der politischen Arithmetik überhaupt erst den Beginn der Statistik als Wissenschaft. Die bekanntesten Vertreter waren Graunt und Petty in England sowie Süßmilch in Preußen. Graunt sammelte jahrelang die Sterbelisten und Geburtenverzeichnisse der Stadt London und leitete daraus Erkenntnisse über die Sexualproportion der Geborenen, über die Kindersterblichkeit, über Sterblichkeitsunterschiede zwischen verschiedenen Stadtteilen, aber auch über die Veränderungen der Einwohnerzahl Londons durch Geburtendefizit und Zuwanderungen ab. Darüber hinaus suchte er ständig Schlüsse auf die wirtschaftlichen Konsequenzen zu ziehen, vermochte es jedoch nur sehr begrenzt aus Mangel an Daten. Ähnliches findet sich bei Süßmilch aufgrund der Auswertung von Kirchenbüchern in Preußen und vielen anderen Informationen, die ihm durch die Unterstützung Friedrichs des Großen zugänglich wurden. Süßmilch gelangte damit weit über Graunt hinaus, z. B. im Hinblick auf die Altersabhängigkeit der Sterblichkeit und auf die Fruchtbarkeit von Ehen (John 1884, S. 241 ff.). Zur politischen Arithmetik zu rechnen sind auch die ersten Sterbetafelberechnungen und erste Ansätze einer Lebensversicherungsmathematik.

2.4 Die Wahrscheinlichkeitsrechnung

Die modernen Methoden für derartige Untersuchungen (Korrelations- und Regressionsrechnung, Zeitreihenanalyse, Schätz- und Testverfahren) unterscheiden sich von jenen der politischen Arithmetiker vor allem dadurch, daß sie weitgehend auf der Wahrscheinlichkeitsrechnung basieren. Auch deren Grundzüge wurden im 17. und 18. Jahrhundert entwickelt. Dies ist die vierte Wurzel unserer heutigen Statistik. Sie bietet die formale Grundlage für den Umgang mit nicht-deterministischen Gesetzmäßigkeiten. Untersuchungsobjekt für die Wahrscheinlichkeitsrechnung waren zu jener Zeit vorwiegend Glücksspielprobleme, an denen sich die Wirkung des Zufalls am besten studieren läßt. Es gab aber auch schon die Intention einer Anwendung auf praktisch viel bedeutsamere Vorgänge. Die bedeutendsten Vertreter aus jener Zeit waren Pascal, Jakob und Daniel Bernoulli sowie De Moivre (siehe hierzu Menges 1982, S. 8 ff.; Westergaard 1923, S. 100 ff.).

3 Das 19. Jahrhundert

Die historischen Veränderungen, die sich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in Europa und Nordamerika vollzogen – Französische Revolution und Amerikanische Unabhängigkeitserklärung, Aufkommen des Liberalismus, Industrialisierung und deren Folgen –, schlugen ein neues Kapitel in der Geschichte der Statistik auf. Mit der Überwindung des absolutistischen Staates verloren auch die Staatswissenschaften an Bedeutung. Der Name Statistik ging auf jene Art der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Landesbeschreibung über, die sich ausschließlich der zahlenmäßigen Darstellung bedient, nun aber auch unter Einbeziehung des Forschens nach Gesetzmäßigkeiten im Sinne der politischen Arithmetik mit oder ohne Verwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Doch zu einem umfassenden Verständnis des Begriffs Statistik und der Etablierung der Statistik als eigenständiger Wissenschaft unter Verschmelzung der verschiedenen Wurzeln sollte noch ein halbes Jahrhundert vergehen.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts gewann zunächst einmal die Verwaltungsstatistik neue Impulse. Nachdem in Frankreich schon gleich nach der Revolution von 1789 eine starke statistische Aktivität entfaltet worden war, um der gewaltigen neuen Aufgaben Herr zu werden (Meitzen 1886, S. 24 f.), maß auch Napoleon der Statistik eine hohe Bedeutung zu und ließ einige groß angelegte Enqueten durchführen (Günther 1911, S. 37 ff.). In Preußen, wo 1805 erstmals ein besonderes statistisches Büro geschaffen worden war, stellte die Stein-Hardenbergsche Verwaltungsreform die Statistik auf eine neue leistungsfähige Grundlage. Schon der erste Jahresbericht des neuen statistischen Büros enthielt 24 Tabellen u. a. mit Angaben über Bevölkerung, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Verkehr, Konsum, Moral und Kultur (Boeckh 1863, S. 16 ff.; Günther 1911, S. 33 ff.; Meitzen 1886, S. 27 ff.). Später wurde die Fülle der noch immer sehr auf Schätzungen beruhenden Datensammlungen zugunsten einer höheren Verlässlichkeit der Ergebnisse reduziert. In Bayern führte Montgelas eine ganze Reihe statistischer Erhebungen über viele Lebensbereiche durch, bei denen ebenfalls das Bemühen um eine verbesserte methodische Grundlage eine große Rolle spielte (Günther 1911, S. 46 ff.). Als aber nach dem Wiener Kongreß die kriegerischen und territorialen Auseinandersetzungen beendet und die Restauration die Verwaltungsreformen stagnieren ließ, zog auch in die amtliche Statistik ein „Geist des Stillebens“ ein (Zahn 1925, S. 887). Es wurde zwar weiterhin viel Material gesammelt, und neue statistische Bureaus wurden eingerichtet. Doch mangelte es noch immer an einer verlässlichen Methodik und einer zweckmäßigen Verwertung. Veröffentlichungen gab es nur in Form von Einzelschriften, noch nicht periodisch.

Etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts änderte sich das nachhaltig. Es begann eine Periode extensiver und kreativer statistischer Tätigkeit in vielerlei Hinsicht. Die bisher noch immer nebeneinander fortbestehenden Zweige verschmolzen zu einem neuen Fachgebiet. Man kann diese Veränderungen an einer Reihe von Ereignissen festmachen, obwohl der Übergang natürlich fließend war.

Als erstes nenne ich die Revolution von 1848, die zwar ihre großen Ziele nicht erreichte, aber dennoch eine geistige Wende markiert. Nicht mehr der Staat, die Gesellschaft wurde zum Objekt geistiger Auseinandersetzung. Vor dem Hintergrund einer rasant fortschreitenden Industrialisierung und deren sozialen Folgen, zunehmender politischer Spannungen und

wirtschaftlicher Wechsellagen waren auch die Staatsregierungen bereit oder gezwungen, neue Aufgaben zu übernehmen. Da sie hierzu auf zahlenmäßige Informationen über die Entwicklung der Bevölkerung, der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels, der Preise, der sozialen Verhältnisse usw. angewiesen waren, erlangten die statistischen Ämter immer mehr Bedeutung. Zu keiner Zeit sind so viele statistische Ämter in Deutschland gegründet worden wie von 1850 bis 1866 (Meitzen 1886, S. 37 ff.; Zahn 1925, S. 888).

Der Ausbau der amtlichen Statistik in Deutschland vollzog sich auf drei Ebenen: in zahlreichen großen Städten, dann natürlich in allen Einzelstaaten von halbwegs beachtlicher Größe, und länderübergreifend, indem die schon seit 1833 bestehende Zollvereinsstatistik (u. a. mit regelmäßigen Volkszählungen) 1872 durch die Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in die Reichsstatistik übergang. Damit war der föderative Aufbau der deutschen amtlichen Statistik geschaffen, der ihr bis heute das Gepräge gibt: weitgehende Konzentration der Aufgaben in den statistischen Ämtern (sogenannte ausgelöste Statistik), weitgehende fachliche Zentralisation und weitgehende räumliche Dezentralisation, wobei die städtestatistischen Ämter jedoch stärker in die Kommunalverwaltungen als in die amtliche Statistik von Reich und Einzelstaaten bzw. heute von Bund und Ländern eingebunden waren. Ein weiteres wesentliches Charakteristikum dieser Entwicklung war, daß die statistischen Ämter etwa von der Jahrhundertmitte an ihre Ergebnisse sowohl in zahlreichen Einzelschriften als nunmehr auch in festen Periodika (Zeitschriften, Jahrbüchern usw.) veröffentlichten (siehe Günther 1911, S. 55 ff.; Morgenroth 1925, S. 942 ff.; Zahn 1925, S. 886 ff. und S. 902 ff.).

Neben der amtlichen Statistik gab es damals – zum Teil sogar noch früher – auch schon eine beachtliche statistische Datenproduktion von Verbänden (besonders den Gewerkschaften), Handelskammern, Vereinen und anderen Interessengruppen (Günther 1911, S. 61).

Ein zweites nennenswertes Ereignis um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die 1846 von Quetelet in Belgien durchgeführte Volkszählung. Sie setzte in methodischer Hinsicht neue Maßstäbe. Erhebungs- und Aufbereitungsformulare wurden erstmals unterschieden, und die Aufbereitung wurde zentral vorgenommen, was die Qualität der Daten wesentlich verbesserte. Von da an setzte in den statistischen Ämtern eine systematische Fortentwicklung der statistischen Methodik ein, die bald auch an den Universitäten und vor allem auf internationalen Kongressen gepflegt wurde. Diese Kongresse haben überhaupt eine erhebliche Rolle für die Fortentwicklung der Statistik gespielt. Der erste war – wiederum auf Initiative Quetelets – schon 1853 in Brüssel abgehalten worden, womit wir auf ein drittes markantes Datum um die Jahrhundertmitte stoßen (siehe dazu Meitzen 1886, S. 54 ff.; Nixon 1960; Zahn 1925, S. 937 ff.).

Als viertes nenne ich das Erscheinen der Schrift von Kries: „Die Statistik als selbstständige Wissenschaft“ im Jahre 1850. Mit ihr wurde der Schlußstrich unter die früher allzu weit gespannte Verwendung des Begriffs Statistik gezogen. Statistik blieb nun endgültig auf das Operieren mit Zahlen beschränkt, wie es sich im Sprachgebrauch schon vielfach manifestiert hatte. Statistik als Wissenschaft wurde auf den Weg verwiesen, den die politischen Arithmetiker vorgezeichnet hatten: die Erforschung von Gesetzmäßigkeiten im Gesellschaftsleben auf der Grundlage zahlenmäßiger Daten und Verfahren. Nicht unbeeinflusst von den Erfolgen der Naturwissenschaften in jener Zeit dachte sich Kries die Statistik als eine

„Physiologie der Gesellschaft“. Er stand damit Quetelet nahe, der auf statistischer Grundlage eine „physique sociale“ anstrebte (siehe Jaohn 1884, S. 332 ff.). Bald folgte darauf jedoch ein intensives, zum Teil kontroverses Ringen um den Inhalt dieser neuen Wissenschaftsdisziplin: War die spezifische Methode oder das spezifische Untersuchungsobjekt „Gesellschaft“ oder waren beide dafür konstitutiv? In welchem Sinne kann im Gesellschaftsleben überhaupt von Gesetzen oder Gesetzmäßigkeiten die Rede sein? Diese Auseinandersetzungen waren keineswegs nur theoretischer Natur. Die überaus starke Datenproduktion, der oft die Analyse auf dem Fuße folgte, brachte mehr und mehr Licht in die gesellschaftlichen Zustände und Zusammenhänge und förderte vielfach neue Erkenntnisse zutage. Es war eine spannende, aufregende Zeit für Statistiker und Nationalökonomien. Ich erinnere nur an die bedeutendsten Amtsleiter – Rümelin, Engel und von Mayr –, den mathematischen Statistiker Lexis und die Nationalökonomien Schmoller, Wagner und Knapp (siehe Meitzen 1886, S. 66 ff.; Wolff 1911, S. 81 ff.; Zizek 1923, S. 28 ff.). So konnte es schließlich nicht ausbleiben, daß eine Reihe der hervorragendsten Persönlichkeiten sich auch politisch engagierten und im Verein für Socialpolitik einen Beitrag zur Lösung der „sozialen Frage“ zu leisten bemüht waren (siehe hierzu Grohmann 1989, S. 9 f.; Schäfer 1971, S. 20 ff.; Schmoller 1973).

4 Das 20. Jahrhundert

Die enge Verbindung von statistischer Datenproduktion, Methodenentwicklung, Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung und sozialem Engagement ist im 20. Jahrhundert verloren gegangen. Heute ist niemand mehr in der Lage, das Gesamtgebiet der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik zu überblicken und zugleich Methodenforschung und empirische Analyse bis hin zur Politikberatung zu betreiben. Die amtliche Statistik ist mit der Datenproduktion (einschließlich der direkt darauf bezogenen Methodenentwicklung und einer ersten analysenahen Aufbereitung) voll ausgelastet. Das ist bei dem enormen Zuwachs an Datenbedarf und Datengewinnungsmöglichkeiten auch kaum anders denkbar. Die anderen Funktionen, Methodenentwicklung und empirische Analyse bis hin zur Politikberatung, sind teils von den Instituten der empirischen Wirtschafts- oder Sozialforschung, teils von den Hochschulen teils von anderen Forschungsstätten übernommen worden. Das Prinzip der Arbeitsteilung regiert auch hier, obwohl das alles andere als problemlos ist.

Über die Entwicklung der amtlichen Statistik als zentraler Institution statistischer Datenproduktion seit dem Ersten Weltkrieg brauche ich hier nicht viel zu sagen (einen zusammenfassenden Überblick gibt Fürst 1972; siehe auch Heimer 1928). Sie ist bekannt, und ihre Ergebnisse sind allgemein zugänglich. Die föderative Struktur prägt heute mehr denn je ihre Arbeitsweise. Auch die Arbeitsgebiete sind weitgehend die früheren: Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, gewerbliche Produktion, Handel, Löhne, Preise, Verbrauch usw. Neu hinzugegetreten ist z. B. der Umweltschutz. Jedoch sind sowohl die fachliche Produktionsbreite und -tiefe als auch die zeitliche Produktionsdichte ganz entscheidend ausgebaut worden. Auf drei besonders wichtige Entwicklungen will ich aber doch abschließend noch hinweisen.

Die erste ist der Auf- und Ausbau eines Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Dieses bietet nicht nur die unentbehrliche Informationsbasis moderner Wachstums- und

Strukturbeobachtung, es hat für die gesamte Wirtschaftsstatistik Maßstäbe gesetzt. Es hat vor allem zu einer konsistenten Begriffs- und Methodensystematik geführt und Anlaß gegeben, bestehende Lücken aufzuspüren und zu schließen.

Das zweite Entwicklungskennzeichen moderner statistischer Datenproduktion ist die verbreitete Nutzung von Stichprobenverfahren. In Deutschland hat es dagegen lange Zeit Vorbehalte und Widerstand gegeben. Heute ist die Möglichkeit, wissenschaftlich fundiert zuverlässige Stichproben zu ziehen, eine unerläßliche Voraussetzung für die Deckung des immens gewachsenen Datenbedarfs. Damit hat sich auch ein weites Betätigungsfeld für die nichtamtliche Datenproduktion eröffnet.

Der dritte und wohl bedeutendste Entwicklungstrend moderner Datenproduktion ist die elektronische Datenverarbeitung. Sie hat nicht nur den statistischen Produktionsprozeß auf eine unvorhersehbare Weise revolutioniert, sie hat auch Dimensionen neuer Datenquellen erschlossen, weil immer mehr Informationen in vielen Lebensbereichen auf hochleistungsfähige Datenträger gespeichert und damit statistisch nutzbar wurden. Auch hier geschieht vieles außerhalb der amtlichen Statistik. Dennoch sollte diese nach Möglichkeit eingeschaltet werden, um Vergleichbarkeit und öffentliche Nutzung zu fördern. Die elektronische Datenverarbeitung hat aber auch die Datenspeicherkapazität nahezu unbegrenzt wachsen lassen. Und sie hat nicht zuletzt Auswertungs- und Analysemöglichkeiten eröffnet, die vorher undenkbar waren. Die technische Entwicklung hat uns hier in einem unvorstellbaren Tempo überrollt, dem das geradezu archaisch langsame menschliche Denkvermögen nicht gewachsen scheint.

In der Tat steht es um die Nutzung der verfügbaren Informationsfülle bisher nicht zum besten. Das verbreitete Unbehagen über zu viele gespeicherte Daten und das weithin anzutreffende Unverständnis für den Nutzen der Statistik haben uns nämlich eine Datenschutzgesetzgebung beschert, die schon die Gewinnung wichtiger Informationen und dann fast noch mehr die wissenschaftliche Auswertung behindert. Dazu gehört auch, daß sie auf eine möglichst frühzeitige Löschung der vorhandenen Daten hinwirkt. Das könnte künftig einmal auch die historisch-statistische Forschung in einer dann nicht mehr begreiflichen Weise einschränken.

Viel wichtiger aber noch – und damit möchte ich zum Schluß kommen – scheint mir dies: Empirisch-statistische und damit auch historisch-statistische Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung ist nicht nur formale Anwendung ausgeklügelter EDV-gestützter mathematischer Verfahren auf beliebige, möglichst mächtige Datenmengen. Sie verlangt vor allem eine theoriegeleitete und zugleich wertende Selektion der für eine tragfähige Urteilsbildung adäquaten Daten und Verfahren und eine ebensolche Interpretation, die damit allemal zu einem schöpferischen Akt wird (siehe dazu Grohmann 1988). Hier sind wir aber weiterhin auf den menschlichen Geist angewiesen. Und das wird für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung immer so bleiben. Der Wandel ist das einzig wirklich Beständige, wie uns ein Blick in die Geschichte und in die Forschungsarbeiten der Historiker lehrt.

Literaturhinweise

- Behre, O. (1905): Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin.
- Boeckh, R. (1863): Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des Preußischen Staates, Berlin.
- Bödeker, H. E. (1985): Das staatswissenschaftliche Fächersystem im 18. Jahrhundert. In: Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung – aus Anlaß des 250jährigen Bestehens des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht, hrsg. von Rudolf Vierhaus, S. 143 ff, Göttingen.
- Donner, O. (1942): Statistik, 3. Auflage, Hamburg.
- Felsing, F. (1930): Die Statistik als Methode der politischen Ökonomie im 17. und 18. Jahrhundert, Borna / Leipzig.
- Fürst, G. (1972): Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren. In: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, S. 11–83, Stuttgart und Mainz.
- Grohmann, H. (1988): Die statistische Adäquation als Postulat einer sachgerechten Abstimmung zwischen Theorie und Empirie. In: Theorie und Empirie in der Wirtschaftsforschung, S. 25 – 42, hrsg. von Karsten-Dietmar Freimann und Alfred E. Ott, Tübingen.
- Grohmann, H. (1989): Von der „Kabinettsstatistik“ zur „Statistischen Infrastruktur“ – Reflexionen über die Entwicklung einer Dienstleistung für die Gesellschaft. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 73. Band, S. 1–15.
- Grossmann, H. (1916): Die Anfänge und geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik in Österreich, Brünn.
- Günther, A. (1910): Geschichte der älteren bayrischen Statistik, München.
- Günther, A. (1911): Geschichte der deutschen Statistik. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Georg von Mayr, hrsg. von Friedrich Zahn, Band 1, S. 1–65, München und Berlin.
- Günther, A. (1940): Geschichte der Statistik – Historische Statistik. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Zahn, hrsg. von Friedrich Burgdörfer, Band 1, S. 3 – 9, Berlin.
- Heimer, W. (1928): Die Geschichte der Deutschen Wirtschaftsstatistik von der Gründung des Deutschen Reiches bis zur Gegenwart, Dissertation, Frankfurt a. M.
- John, V. (1884): Geschichte der Statistik, Erster Teil, Stuttgart.
- Knies, C. G. A. (1850): Die Statistik als selbstständige Wissenschaft, Kassel.
- Meitzen, A. (1886): Geschichte, Theorie und Technik der Statistik, Berlin.
- Menges, G. (1982): Die Statistik – Zwölf Stationen des statistischen Arbeitens, Wiesbaden.
- Morgenroth, W. (1925): Artikel „Statistik“, Teil III. Die städtischen statistischen Ämter. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, S. 942 – 972, Jena.
- Nixon, J. W. (1960): A History of the International Statistical Institute, The Hague.
- Schäfer, U. G. (1971): Historische Nationalökonomie und Sozialstatistik als Gesellschaftswissenschaften, Köln/Wien.
- Schmoller, G. (1873): Die Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage und Schmoller's Eröffnungsrede. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 20. Band, S. 1–12.
- Westergaard, H. (1923): Contributions to the History of Statistics, London.

Wiesler, H. (1958): Die Statistik im Altertum, Zürich.

Wolff, H. (1911): Die Statistik in der Wissenschaft. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Georg von Mayr, hrsg. von Friedrich Zahn, Band 1, S. 66 – 111, München und Berlin.

Zahn, F. (1925): Artikel „Statistik“, I. Allgemeines, II. Die amtliche Statistik in den einzelnen Staaten. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, S. 869 – 942, Jena.

Zizek, F. (1923): Grundriß der Statistik, 2. Auflage, München / Leipzig.

Die Bedeutung historischer Statistikdaten für die Geschichtswissenschaft

Dies ist ein sehr allgemeines Thema, das nur wenig an Konkretheit dadurch gewinnt, daß es in einer Sektion steht, deren Titel viel entschiedener klingt – „Die Notwendigkeit historischer Statistikdaten“ – und meine Bemerkungen in eine gewisse Richtung drängt, die allerdings meiner Überzeugung nicht widerspricht. Ich beginne mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu Sinn und Grenzen der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, sage dann zweitens etwas zur aktuellen Situation und schließe drittens mit einigen eher praktischen Problemen. Die sind eigentlich am wichtigsten, denn im Grund ist die Phase der grundsätzlichen Debatten für oder wider Statistik in der Geschichtswissenschaft längst vorbei. Nicht das „ob“ der Quantifizierung steht zur Debatte, sondern das „wie“ und „womit“.

1. Einerseits sind die Legitimität und die Nützlichkeit quantifizierender Verfahren und damit die Notwendigkeit entsprechender Daten unter Fachhistorikern, wie mir scheint, unumstritten, so unterschiedlich sie den Grad des Nutzens der Quantifizierung bestimmen mögen. Andererseits sind die meisten Historiker davon überzeugt, daß die Geschichtswissenschaft nie in eine primär quantifizierende Sozialwissenschaft überführt werden kann und daß der Reichweite wie den Möglichkeiten quantifizierender Methoden in der Historie Grenzen gezogen sind, so unterschiedlich die Auffassungen auch darüber sein mögen, wie weit diese Grenzen hinausgeschoben werden sollen.

Die Bedeutung statistischer Verfahren hat in der geschichtswissenschaftlichen Forschung in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das, was als historisch untersuchenswert gilt – als legitimer Gegenstand der Historiker – ist in den letzten Jahrzehnten sehr ausgeweitet worden. Damit sind Massenerscheinungen verstärkt zum Untersuchungsgegenstand geworden: Preise und Löhne, Geburten und Todesfälle, Auf- und Abstiege, Wahl- und Abstimmungsvorgänge, die sich wandelnde Häufigkeit des Gebrauchs bestimmter Schlüsselworte in Texten und Reden. Immer handelt es sich um Vielheiten, zu deren Erfassung das Zählen und das Vergleichen der Zahlen gehören, weil Veränderungen oder Unterschiede von Häufigkeiten bzw. Größen den Gegenstand zu beschreiben helfen und darüber hinaus Teile von Antworten auf Fragen sind, die die Historiker stellen.

Mit der Ausweitung des untersuchenswerten Gegenstandsbereichs ging eine Umakzentuierung in der Herangehensweise Hand in Hand. Die Beobachtung und Beschreibung von Regelmäßigkeiten – nicht nur von Individualitäten und Entwicklungen; die Untersuchung von Prozessen und Strukturen – nicht nur die Rekonstruktion von Handlungen und Motiven und Begebenheiten; die kausale Analyse und der systematische Vergleich – nicht nur die erzählende Rekonstruktion: all dies hat an Boden gewonnen (trotz einiger Rückschläge in letzter Zeit). All das ließ den potentiellen Bedarf an quantifizierenden Verfahren und quantifizierbaren Daten anwachsen.

*) Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin.

Zeitweise haben sich Teile der Geschichtswissenschaft weit den benachbarten Sozialwissenschaften geöffnet: der Ökonomie, der Soziologie und der Politikwissenschaft. Deren Theorien und Hypothesen reizten nicht selten zur quantifizierenden Überprüfung und die Methodenarsenale der Nachbarwissenschaften machten sich in der Geschichtswissenschaft bemerkbar. Historiker tendierten dazu, schärfere Begriffe zu benutzen, explizite Hypothesen zu formulieren und systematische Theorien zu gebrauchen. Das mußte sie nicht zur Quantifizierung führen, es gibt theoretisch orientierte Geschichtswissenschaft ohne viel Quantifizierung, man denke an das Werk Max Webers, Nibert Elias' oder Hans-Ulrich Wehlers. Umgekehrt ist Quantifizierung ohne viel Theorie häufig. Dennoch besteht – auf der empirischen Ebene – eine gewisse Affinität zwischen Theorieorientierung und Quantifizierung. Diese gewann mit der analytischen Wendung der Geschichtswissenschaft an Boden.

Auf der anderen Seite ist man weit entfernt von jenem Quantifizierungsüberschwang, der vor etwa zwei Jahrzehnten manchen respektierten Kollegen zu der Erwartung veranlaßte, der wichtigste Fortschritt der Geschichtswissenschaft bestehe in der immer konsequenteren Ausbreitung quantifizierender Methoden, bis hin zur Verwandlung der Geschichtswissenschaft in eine „Science“. Dies ist ebensowenig geschehen wie die Eroberung der Wirtschaftsgeschichte durch die stark quantifizierende „New Economic History“ der sechziger und siebziger Jahre. Die Grenze der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft ist dreifach bedingt:

Erstens bleibt die Möglichkeit zur Schaffung in sich vergleichbarer Zahlenreihen und statistisch bearbeitbarer Datensätze in der Geschichtswissenschaft begrenzter als in den gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften. Die Grenzen der Überlieferung lassen sich mit Erfindungsreichtum und Arbeitsaufwand ein ganzes Stück weit zurückschieben, überspringen lassen sie sich nicht. Historiker leben von Quellen, die sie nur in ganz begrenztem Maße selbst produzieren. Dies ist besonders wichtig für die ältere Zeit vor 1800, die manchmal als „vorstatistisch“ bezeichnet wird. Auch für die späteren Jahrzehnte bestehen große Lücken im Datenmaterial. Sehr häufig gilt, daß Historiker, die Statistiken heute verwenden, von den begrifflichen Entscheidungen und damit den Fragestellungen jener Statistiker abhängig sind, die seinerzeit das Material erhoben, geordnet und dargestellt haben.

Zweitens geht es in der Geschichtswissenschaft, und womöglich unterscheidet sie sich dadurch von anderen Wissenschaften, um die Erfassung von Phänomenen in ihren Kontexten, um die Erfassung sehr komplexer Konstellationen und Interdependenzen. Diese werden verfehlt, wenn man sich auf die Isolierung weniger Variablen und auf die Untersuchung ihres Zusammenhangs beschränkt. Aber erfordert nicht die systematische Quantifizierung die Bereitschaft zur konsequenten Isolierung einiger Variablen? Die Verfahren, mit denen Historiker komplexe Konstellationen zu erfassen suchen, sind vielfältig. Zu ihnen gehören auch erzählende Verfahren, Andeutungen, assoziative Brückenschläge, perspektivische Argumentationen. Mein Eindruck ist, daß hier viel verlorengehen würde, wollte man geschichtswissenschaftliche Forschungsverfahren und Argumentationen auf solche quantifizierender Art beschränken. Der Kontextbezug der Geschichtswissenschaft stellt eine Grenze für geschichtswissenschaftliche Quantifizierung dar.

Drittens ist es eine spezifische Aufgabe der Historiker, und nur deshalb dürfte die Geschichtswissenschaft zu einem solchen Massenfach und öffentlichkeitsbezogenen Unternehmen

geworden sein, vergangene Phänomene in bezug auf heutige Fragen zu deuten, zu interpretieren, einzuordnen und – häufig kritisch – mit Sinn auszustatten. Genau damit erfüllen Historiker eine gesellschaftlich und kulturell wichtige Funktion für das Selbstverständnis und die Orientierung ihrer Gegenwart: Funktionen, die, wenn nicht von den Historikern, dann von Legenden- und Mythenproduzenten wahrgenommen werden. Diese Deutungs- und Interpretationsverfahren mögen auf Informationen fußen, die aus Statistikdaten mit Hilfe quantifizierender Verfahren gewonnen wurden. Aber sie gehen in Quantifizierung nicht auf.

Damit begnüge ich mich zunächst und halte fest, daß die Verwendung von Statistikdaten mit Hilfe statistischer Verfahren einen prinzipiell unbestrittenen Platz in der Geschichtswissenschaft gefunden und überdies stark an Boden gewonnen hat, daß ihre Reichweite aber andererseits begrenzt ist. Quantifizierende Verfahren finden meist nur in einzelnen Untersuchungs- und Darstellungsschritten Platz und gehen immer wieder in nicht-quantifizierende Forschungs- und Darstellungsformen über, denen sie letztlich dienen. Allerdings sind die Möglichkeiten quantifizierender Forschung bisher bei weitem nicht ausgeschöpft.

2. Zur Ausbreitung der quantifizierenden Verfahren hat sicherlich die Durchsetzung der EDV beigetragen, die insbesondere auf Jüngere ihre Faszination ausübt. Allerdings ist der Unterricht in entsprechenden Verfahren meist noch nicht selbstverständlicher Teil des Lehrkanons der Historiker. Meistens begnügen sich Historiker mit der Anwendung einfacher statistischer Verfahren deskriptiver Art. Quantifizierende Darstellungsformen (Zahlenreihen, Kreuztabellen etc.) finden sich zunehmend in primär nicht-quantifizierenden Darstellungen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Großprojekte der quantifizierenden historischen Forschung fanden statt, so auf dem Gebiet der Historischen Wahlforschung, der Historischen Mobilitätsforschung, auf dem Gebiet der Kollektivbiographie etc. . . . Mehrere Konferenzen wurden abgehalten, in denen es um die Verwendung, Verbreitung und Weiterentwicklung fortgeschrittener statistischer Verfahren im Überschneidungsbereich zwischen Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft ging. Auf den letzten Historikertagen fanden entsprechende Sektionen statt, zumeist von jüngeren Wissenschaftlern organisiert und durchgeführt. Auch die Sammlung und Generierung historischer Daten haben Fortschritte gemacht, so im DFG-geförderten langjährigen Schwerpunkt „Historische Statistik“. Allerdings handelte es sich um relativ voneinander isolierte Einzelprojekte mit Schwerpunkt in der deskriptiven Wirtschaftsgeschichte (sehr viel weniger in der Sozial-, Kultur- und Politikgeschichte). Das Zentrum für Historische Sozialforschung in Köln (ehem. Quantum) hat Kurse und Beratungen zur Verbreitung und Anwendung quantifizierender Verfahren veranstaltet, entsprechende Dienstleistungen und Veröffentlichungen angeboten und sich an die Sammlung von Datensätzen innerhalb einer entstehenden Datenbank zum Zweck der Sekundäranalyse gemacht. Auch an anderen Stellen sind – in geringerem Umfang – entsprechende Arbeiten auf dem Weg, so in einigen Universitäten und auch im Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen. Die Entwicklung ist gut auf dem Weg, doch zusätzliche Koordination wäre wünschenswert, auch im Interesse der Identifikation von weiterhin bestehenden Leerstellen mit dem Ziel ihrer Füllung durch gezielt angesetzte Forschung und Generierung von Zahlenreihen.

Andererseits spüren die quantifizierenden Historiker auch deutlichen Gegenwind. Das hängt einmal damit zusammen, daß die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Geschichte nicht nur

gewachsen sind, sondern sich auch verändert haben. Stärker als früher wird heute von Geschichte erwartet, daß sie Auskunft darüber gibt, woher man kommt, wer man ist und wohin man vermutlich geht. Der Klärung und Sicherung kollektiver Identität soll die Geschichte dienen, daneben auch der Unterhaltung. Analytisch orientierte, sozialwissenschaftlich eingefärbte und mit quantifizierenden Methoden arbeitende Geschichtswissenschaft erweist sich dafür häufig als zu sperrig, die glatte historische Erzählung kommt diesen Identitätsbedürfnissen eher entgegen.

Als in den sechziger und siebziger Jahren sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Frage-richtungen die älteren politikgeschichtlichen Ansätze ergänzten und teilweise verdrängten, erhöhte dies den Bedarf an quantifizierenden Methoden und quantifizierbaren Daten. In den letzten Jahren hat dagegen das Interesse an Kulturgeschichte bemerkenswert zugenommen, an der Geschichte von Zeichensystemen, Lebensweisen und symbolischer Praxis. Diese Wirklichkeitsdimensionen sind schwerer quantitativ zu analysieren als die Gebiete der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

Dasselbe gilt für die „Alltagsgeschichte“, eine Strömung innerhalb der Geschichtswissenschaft, die sich besonders für die Erfahrungen und Wahrnehmungen der kleinen Leute vergangener Zeiten interessiert, im engen Bereich eines Dorfes, einer Stadt, oder eines Stadtteils, manchmal mit der neohistoristischen Absicht, die vergangenen Lebenswelten „von innen“, d. h. ohne scharfe Begriffe – aus sich selbst heraus – zu rekonstruieren. Diese eher „weichen“, auf enge Kommunikation mit der zu erforschenden Lebenswelt zielenden Zugriffe drängen nur selten zur quantifizierenden Forschung.

3. Was steht an? Einerseits ist nicht zu bezweifeln, daß die Unterweisung in den notwendigen quantifizierenden Fertigkeiten noch immer nicht überall zur Ausbildung von Historikern selbstverständlich hinzugehört. Kurse mit überregionaler Reichweite sind weiterhin notwendig. Die Vermittlung von Grundkenntnissen scheint mir wichtiger als die Qualifizierung in fortgeschrittenen Analysetechniken. – An vielen Stellen entstehen derzeit Datensätze. Ihre Sammlung, Aufbereitung und Freigabe (!) für Sekundäranalysen sind unbedingt zu fordern und zu fördern, wenn auch manche der ursprünglichen Hersteller dieser Datensätze sich nur ungern in die Karten schauen lassen. Die Generierung solcher Daten ist einfach zu aufwendig, als daß sie in der privaten Verfügung einzelner verbleiben könnten. Ohnehin gehört die Kritik unter Kollegen zu den wichtigsten Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit.

Zweifellos hat die Herstellung von Langzeitreihen in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Zu erinnern ist an die „Historische Statistik“ (DFG-Schwerpunkt), an die Handbücher von Flora und Zapf, an Schürens Mobilitätsdaten, an Falters Wahldaten und vieles andere mehr. Doch bleibt hier noch viel zu tun, vor allem in der Sozialgeschichte. Langzeitreihen zur Entwicklung sozialer Proteste, Wanderungen und sozialer Ungleichheitsmuster sind als Beispiele zu nennen. Dazu wird es notwendig sein, in zeitraubender und koordinierter Arbeit Daten neu zu erheben, zum Teil aus gedruckten Statistiken, zum Teil aus anderen Überlieferungen (etwa den Beständen von Einwohnermeldeämtern, Standesämtern, Steuerlisten etc.). Leider werden Arbeiten dieser Art, auch wenn sie, wie es die Regel ist, nur auf statistische Aussagen zielen und keine namentlich identifizierbaren Individualdaten präsentieren, neuerdings durch übertriebenen Datenschutz behindert. Das Standesamt in Ludwigshafen hat dabei eine

traurige Vorreiterrolle gespielt. Eine neue Epoche der Geheimhaltung scheint anzubrechen, die die historischen Forschungen sehr zu behindern geeignet ist.

Ein großes Arbeitsgebiet würde sich öffnen, wenn man die systematische Aufbereitung und Vergleichbarmachung regional- und zeitspezifischer Daten in Angriff nähme, wie sie insbesondere fürs 19. und frühe 20. Jahrhundert in den statistischen Ämtern der Einzelstaaten, einzelner Regionen und vieler Städte zusammengetragen wurden. Das Ziel wäre, Konkordanzen und Kompatibilitäten herzustellen und – soweit wie möglich – Vergleichbarkeit über lange Zeiträume und zwischen den einzelnen regionalen Einheiten zu erreichen. Die Kategorien der Statistiker unterschieden sich regional und änderten sich mit der Zeit. Die Erforschung der Entscheidungsprozesse und des Erfahrungswandels, die hinter solchen kategorialen Änderungen lagen, verspricht einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Denkmuster und Mentalitäten zu leisten.

Das Fernziel könnte die Erstellung einer erweiterten, heutigen Standards entsprechenden „Deutschen Historischen Statistik“ sein, etwa im Stile der seit langem vorliegenden „Historical Statistics of the United States“. Eine solche lohnende Arbeit würde mehr an Koordination und Steuerung benötigen, als bisher für die historisch-statistischen Arbeiten aufgewandt worden sind. Es geht um systematische, kontinuierliche und spezialisierte Tätigkeit mit dem Ziel der Herstellung von Datensätzen, ihrer Aufbereitung und Zugänglichmachung (Service). Über die organisatorische Form bleibt nachzudenken.

Die Bedeutung von Daten der historischen Statistik für die soziologische Forschung

1. Jüngst haben sich die Soziologen selbst über die Zukunftsaufgaben ihrer Disziplin befragt. Ihre Antworten zeigen, daß sie einer stärkeren Berücksichtigung historischer Perspektiven und Daten hohe Priorität beimessen.¹⁾ Offensichtlich ist das Bewußtsein weit verbreitet, daß die Besonderheiten und die Entwicklungsrichtungen von Gegenwartsgesellschaften nur zu verstehen sind, wenn man ihre Vergangenheit in den Blick nimmt. Doch stehen solche Absichten unter dem Vorbehalt einer prekären Asymmetrie: Während Gegenwartsgesellschaften in einer kaum mehr zu bewältigenden Menge Wissen über sich selbst erzeugen, sind historische Daten nicht immer in ausreichender Dichte und Differenziertheit zu gewinnen. Aussagen von Soziologen über die Vergangenheit haben deshalb nur zu oft die Qualität retrospektiver Fiktionen, was wiederum ihre Diagnosen der Gegenwart beeinträchtigt.²⁾

Historiker, die sich zum Verhältnis von Geschichte und Sozialwissenschaften äußern, führen zuweilen eine ganz andere Klage. Soziologen, so meinen sie, benutzten die Historie nur als ein Lagerhaus für Daten, deren Herkunft und Konstruktionsbedingungen ihnen verborgen blieben. Dabei verfehlten sie die tieferen, nur qualitativ, nicht numerisch erfaßbaren Dimensionen des Geschichtlichen, von denen Gesellschaften geprägt seien.³⁾ Doch vergessen diese Kritiker, daß sich gerade durch serielle und quantifizierende Analysen die historische Tiefenstruktur erfassen läßt, auf deren Hintergrund das Besondere des heiligen Einzelfalls um so prägnanter hervortritt. Die Verwendung historischer Statistik-Daten ist also eine der Brücken zwischen Geschichte und Soziologie, wobei sich die Verbindungen nicht im Austausch von Daten gegen Theorien erschöpfen.

Hier soll nun zunächst ein kurzer Rückblick zum Verhältnis von Geschichte und Soziologie gegeben und dann anhand zweier Beispiele die Bedeutung historischer Statistiken für eine theorieorientierte empirische Sozialwissenschaft dargelegt werden. Daraus lassen sich einige allgemeine Schlußfolgerungen über den Nutzen historischer Daten für die soziologische Theoriebildung ziehen. Es folgt ein kurzer Abriss über Probleme der Datenqualität historischer Statistiken und die Anforderungen, die sich daraus für eine Infrastruktureinrichtung der historischen Sozialforschung ergeben.

2. Die Soziologie hat sich, etwa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, von einer Geschichtswissenschaft abgesetzt, die primär Ereignis-, Ideen- und Staatsgeschichte betrieb. Diese Ausdifferenzierung vollzog sich vor allem auf zwei Wegen: Erstens, durch den Anspruch,

*) Prof. Dr. Heinrich Best, Universität zu Köln.

***) Dr. Helmut Thome, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln.

¹⁾ Vgl. Karl Martin Bolte (1989): „Mängel und Desiderate im Bereich soziologisch orientierter Sozialforschung in der Bundesrepublik.“ In: Soziale Welt, Heft 2, S. 309 – 316.

²⁾ Vgl. etwa die Kritik von Hans Joas (1988) an Ulrich Becks vielbeachtetem Buch Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne (Frankfurt/M. 1986). In: Soziologische Revue 11, Heft 1, S. 1 – 6.

³⁾ Vgl. u. a. Konrad Jarausch et al. (1985): Quantitative Methoden in der Geschichtswissenschaft, S. 192 – 206, und Dieter Ruloff (1984): Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaft, S. 288–295, Darmstadt.

Regelmäßigkeiten des sozialen Handelns von Individuen und Kollektiven in systematisierten allgemeinen Begriffen darzustellen und in seinen Strukturierungen und Abläufen theoretisch zu erklären. Zweitens, in dem Bemühen, eine quantifizierende Forschungsmethodik zu entwickeln, mit der die Datenbasis erweitert, Theorien präzisiert und Hypothesen mit zunehmend verfeinerten Methoden der Datenanalyse und der Modellkonstruktion überprüft werden können.⁴⁾

Bei den Klassikern der Soziologie blieb eine enge Verbindung zur Geschichtswissenschaft erhalten, nicht zuletzt durch den zentralen Problemkreis ihrer Untersuchungen, nämlich die Analyse der gesellschaftlichen Umwälzungen, die mit den politischen Revolutionen und der Industrialisierung einhergingen. Zunächst in den Vereinigten Staaten, nach dem 2. Weltkrieg aber auch verstärkt in der Bundesrepublik vergrößerte sich jedoch, unbeschadet aller Binnendifferenzierungen, der Abstand zwischen zentralen Strömungen der Soziologie und der Geschichtswissenschaft. Dieser Prozeß wurde dadurch gefördert, daß eine an den Naturwissenschaften orientierte soziologische Methodologie vor allem in der Umfrageforschung sowie der Analyse von Verhaltensmustern in formalen Organisationen und anderen überschaubaren Kontexten sozialer Interaktion angewandt wurde. Der klassische Anspruch der Soziologie, Theorien gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen auszuarbeiten, wurde entweder zurückgedrängt oder auf das Entwerfen starrer Kategoriensysteme, „theoretischer Bezugsrahmen“, reduziert.

Rückblickend ist die zeitweilige Einschränkung der empirischen Sozialforschung auf mikrosoziologische Fragestellungen und Untersuchungseinheiten jedoch nicht nur negativ zu bewerten. Sie erleichterte die Methodenentwicklung, insbesondere der Techniken multivariater Datenanalyse und Modellkonstruktion, die heute auch für makrosoziologische Fragestellungen und die Analyse historisch-statistischer Daten genutzt werden können. Auf längere Sicht war es aber erforderlich, empirische Sozialforschung und Makrosoziologie, Struktur- und Prozeßanalyse, Geschichte und Soziologie wieder näher zusammenzuführen. So läßt sich seit Mitte der sechziger Jahre eine Wiederannäherung zwischen Soziologie und Geschichte beobachten, in deren Verlauf auch die Schranken zwischen empirischer Sozialforschung und Makrosoziologie ein gutes Stück abgebaut worden sind. 1972 prognostizierte Hans-Ulrich Wehler in der Einleitung seines Sammelbandes „Geschichte und Soziologie“ etwas überschwenglich eine Fusionierung der beiden Disziplinen.⁵⁾ Dies war, wohl zum Besten beider Fachgebiete, sicherlich eine übertriebene Erwartung. Aber daß sich Geschichts- und Sozialwissenschaften wieder näher gekommen sind, ist inzwischen nicht nur durch eine Reihe von Forschungsvorhaben dokumentiert, sondern auch durch den institutionellen Unterbau von Teildisziplinen wie der Sozialgeschichte bzw. der historischen Sozialforschung gestützt.

Für diese Entwicklung lassen sich eine Reihe von Gründen anführen, die nicht nur in innerwissenschaftlichen Dynamiken, sondern auch in politischen Ereignissen zu suchen sind. So wird z. B. der Aufschwung, den die historisch orientierte soziologische Modernisierungsforschung seit den sechziger Jahren genommen hat, als eine Reaktion auf die Entkolo-

⁴⁾ Zur Geschichte der Soziologie siehe z. B. das vierbändige Sammelwerk von Wolf Lepenies (Hrsg., 1981): *Geschichte der Soziologie*, Frankfurt/M.

⁵⁾ Hans-Ulrich Wehler (Hrsg., 1972): „Einleitung“. In: *Geschichte und Soziologie*, insbes. S. 12–14, Köln.

nialisierung und die unsichere Zukunft der sogenannten Entwicklungsländer gedeutet.⁶⁾ Man hoffte, aus der Geschichte, insbesondere der mittel- und westeuropäischen Länder, wenn nicht Gesetzmäßigkeiten, so doch einen begrenzten Spielraum möglicher Entwicklungspfade ableiten zu können, die für die Länder der Dritten Welt begehbar sein würden. Aber auch die ungewisse Zukunft der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, die Diskussion über die Grenzen des Wachstums, die Gefährdung der natürlichen Umwelt und die zunehmenden Steuerungsprobleme des Staates drängten zu einer historischen Betrachtungsweise, in der die Besonderheiten der Industriegesellschaft und deren mögliche Transformation in irgendetwas „Postindustrielles“ schärfer konturiert wurden. Ein Ausfluß des allgemeinen Krisenbewußtseins war die Etablierung eines gesellschaftlichen Beobachtungssystems, das sich u. a. in dem Groß-Projekt „Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland“, kurz SPES genannt, institutionalisierte. International gesehen, haben sich die Ansätze des „Social Reporting“ geradezu als eine institutionalisierte Bewegung innerhalb der Sozialwissenschaften etabliert.⁷⁾

Modernisierungsforschung und Sozialindikatorenbewegung haben eine Datenquelle wieder entdeckt, die in den Anfängen der Soziologie neben den Enqueten die zentrale Datenquelle überhaupt war, nämlich die amtliche Statistik. Für den historischen Sozialforscher ist sie natürlich vor allem wegen ihrer langen Beobachtungszeiträume interessant. Sie liefert, wenn auch in begrenztem Umfang und mit zeitlichen Lücken, weit in die Vergangenheit zurückreichende Datenreihen, die mit relativ konstanten Methoden und Kategorien erhoben worden sind und somit Vergleichsmöglichkeiten in großer historischer Tiefe anbieten.

Die Historische Statistik, die amtliche wie auch die nicht-amtliche, ermöglicht es den Theoretikern makrogesellschaftlicher Entwicklungen, historische Perspektive und empirische Analyse zu verbinden, und sie ermöglicht es den empirischen Sozialforschern, über den Tellerrand ihrer Gruppensoziologie und Umfrageforschung hinauszublicken, ohne ihre methodischen Standards aufzugeben. Diese Möglichkeiten sind inzwischen in einer ganzen Reihe soziologischer Studien demonstriert worden. Zu erwähnen sind beispielsweise die 1970 veröffentlichten Untersuchungen von Karl Martin Bolte u. a. über den Wandel der Berufsstruktur in Deutschland sowie eine Serie von Projekten, die insbesondere von Wolfgang Zapf und Peter Flora angeregt oder durchgeführt wurden.⁸⁾ Bereits 1967 hat Zapf in seiner Habilitationsschrift eine systematische historische Datensammlung unter dem Titel „Materialien zur Theorie sozialen Wandels“ zusammengetragen. Sie umfaßt 10 Länder und einen Zeitraum von 140 Jahren (1820 bis 1960). Dem folgte das 1969 von ihm initiierte QUAM-Projekt (Quantitative Analyse der Modernisierung).⁹⁾ Auf internationaler Ebene hat vor allem der Norweger Stein Rokkan mit seinen Überlegungen zur Nationenbildung die

⁶⁾ Vgl. u. a. Peter Flora (1977): *Quantitative Historical Sociology*, The Hague und Paris.

⁷⁾ Siehe z. B. die „International Conference on Social Reporting“ vom 18.–20. September 1989 am Wissenschaftszentrum Berlin.

⁸⁾ Karl Martin Bolte et al. (1970): *Beruf und Gesellschaft in Deutschland*, Opladen, – Zu den Projektentwicklungen siehe die „Introduction“ in: Peter Flora (1975): *The HIWED-Project: The Handbook, Theoretical Orientations and Statistical Sources (HIWED Report No 1)*, University of Mannheim.

⁹⁾ Siehe Wolfgang Zapf (1967): *Materialien zur Theorie des sozialen Wandels*. Als Manuskript vervielfältigte Habilitationsschrift, Konstanz. – Wolfgang Zapf, Peter Flora (1971): „Zeitreihen als Indikatoren der Modernisierung“. In: *Politische Vierteljahresschrift* 12, S. 29–70.

Modernisierungsforschung vorangetrieben.¹⁰⁾ In diesem Zusammenhang ist in der Bundesrepublik vor allem das von Peter Flora geleitete und in Zusammenarbeit mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung durchgeführte HIWED-Projekt zu nennen. (HIWED steht für Historische Indikatoren der Westeuropäischen Demokratien.) Dazu hat es dann noch ein HIWED-II-Projekt gegeben über die Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.¹¹⁾ Im Rahmen dieser Projekte sind nicht nur umfangreiche, in voluminösen Handbüchern nur zum Teil veröffentlichte Datensammlungen historischer Statistiken für 15 Länder entstanden, sondern auch mehrere Studien zur Geschichte der amtlichen Statistik. Sie enthalten u. a. eine als vollständig erachtete Zusammenstellung aller zentralen Publikationsreihen der amtlichen Statistik in Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In einem Nachfolgeprojekt WEDA (Westeuropadatenarchiv) werden sowohl die Bibliographien als auch statistisches Quellenmaterial und die maschinenlesbaren Datensätze zusammengetragen. Erwähnt werden soll auch das von Walter Müller geleitete VASMA-Projekt (Vergleichende Analysen der Sozialstruktur mit Masendaten), dessen Abschlußbericht 1985 vorgelegt wurde. Aus ihm sind nicht nur soziologische Studien zur Entwicklung der Erwerbsstruktur, der Frauenarbeit, der Mobilitätsmuster und der sozialen Ungleichheit hervorgegangen, sondern auch zwei Datenhandbücher über Historische Berufszählungen in Deutschland von 1882–1970 und über Historische Arbeitsstättenzählungen in Deutschland von 1875–1970.¹²⁾ Soweit wir informiert sind, ist es in all diesen Projekten kaum zu einer Kooperation zwischen Soziologen und Historikern gekommen. Sie böte sich aber auch jetzt noch an, beispielsweise bei Nachfolgeprojekten zu HIWED, die an einer Regionalisierung der Daten arbeiten.

3. Im folgenden soll anhand zweier Beispiele der Nutzen historischer Statistikdaten für die Lösung soziologischer Theorieprobleme präzisiert werden, ohne hier in eine abstrakte Fachdiskussion einzutreten. Das erste Beispiel entnehmen wir dem Themenkreis der Demokratieforschung, das zweite der Diskussion über den Wertewandel.

Eines der zentralen und durch die neuesten historischen Veränderungen in seiner Bedeutung bestätigten Themen der politischen Soziologie ist die Frage nach den Bedingungen, unter denen repräsentative Demokratien entstehen und Bestand haben. Seit den Ausweitungen des Wahlrechts im 19. Jahrhundert bildeten sich in Europa Parteiensysteme, die ein politischer Ausdruck sozialstruktureller Spaltungen und Spannungslinien waren. Dieser Zusammenhang wurde bereits von den zeitgenössischen Beobachtern als eine Herausforderung, ja Bedrohung für repräsentative Demokratien empfunden – die historischen Wahlrechtsdebatten zeugen davon. Wie ist in einer Gesellschaft, in der selbstgenügsame oder gar verfeindete Gemeinschaften bestehen, eine auf Beteiligung der Bürger beruhende politische Ordnung möglich? Sind die politischen Eliten nur Repräsentanten, ja „Agenten“ sozio-

¹⁰⁾ Siehe z. B. Stein Rokkan (Hrsg., 1968): *Comparative Research across Cultures and Nations*, Paris. – Stein Rokkan (1970): *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*, Oslo. – Stein Rokkan (1975): „Dimensions of State Formation and Nation-Building: A Possible Paradigm for Research on Variations within Europe“. In: Charles Tilly (Hrsg.): *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton. – S. N. Eisenstadt, Stein Rokkan (Hrsg., 1973): *Building States and Nations. Models and Data Resources*, Beverly Hills/London.

¹¹⁾ Siehe Peter Flora et al. (1987): *State, Economy, and Society in Western Europe 1815–1975. A Data Handbook in two Volumes*, Frankfurt/M.

¹²⁾ Siehe Walter Müller (1985): *Das VASMA-Projekt. Ergebnisse und Erfahrungen – Abschlußbericht*, Mannheim.

ökonomischer Interessengruppen und kultureller Milieus, welche Spielräume haben sie bei der Gestaltung der Politik, für Koalitionsbildung und Kompromißfindung? Antworten auf diese Fragen sucht die politische Soziologie seit langem schon in historischen Analysen der formativen Phase der heutigen Parteiensysteme. Es waren vor allem Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, die darauf aufmerksam machten, daß es nicht ausreicht, die heutigen Konfliktthemen und Sozialstrukturen zu untersuchen, um die gegenwärtigen Parteibindungen der Wähler zu erklären; wichtiger noch sei es, zu der ursprünglichen Phase der Formation von Parteialternativen zurückzugehen und zu verfolgen, wie seither die historisch begründeten politischen Orientierungen mit den Veränderungen der Wahlmöglichkeiten interagieren.¹³⁾ Der Nachhall der Konfliktkonstellationen in der „Stunde Null“ der großen Wahlrechtserweiterungen, in Deutschland etwa des Kulturkampfes und der Sozialistenverfolgung im Bismarckreich, ist noch heute im Wahlverhalten und den grundlegenden politischen Orientierungen der Bevölkerung zu spüren. Eine historisch-politische Soziologie, die solche Fragestellungen verfolgt, ist ein Hauptkonsument der historischen Statistik, nicht, indem sie deren Daten einfach übernimmt, sondern durch die Zusammenführung von Daten unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Aggregatebenen: so z. B. die Wahl-, die Berufs- und die Konfessionsstatistiken mit Daten zur Struktur und zum Verhalten der politischen Eliten. Hier war es vor allem eine historisch orientierte Soziologie und Politikwissenschaft, die in einer Reihe von Großprojekten diese Daten zum Teil in der Form von Datenbanken integriert und für statistische Analysen aufbereitet hat.¹⁴⁾

Heute ist es für den „Fall“ Deutschland erstmals möglich, von der Reichsgründung bis in die Gegenwart der Bundesrepublik das Wahlverhalten von Großgruppen und die Struktur politischer Eliten im zeitlichen Zusammenhang empirisch zu verfolgen. Moderne Verfahren der Datenanalyse ermöglichen es, manche Barrieren des „ökologischen Fehlschlusses“ zu überwinden und den Anschluß an die Befunde der auf Umfragen beruhenden Wahlsoziologie der Gegenwart zu gewinnen; aus der Zusammenschau der Ergebnisse von Wahl- und Elitenstudien läßt sich nun das Verhältnis zwischen dem Integrationsbedarf der in Parteiensystemen „geronnenen“ Konfliktstrukturen und dem Integrationsvermögen der politischen Führungsgruppen neu bestimmen; auf lokale und regionale Räume begrenzte Einzelstudien machten die sozialen und institutionellen Mechanismen transparent, die sozialkulturelle Disparitäten und Konflikte in politische Loyalitäten übersetzen und deren verblüffende Bindekraft bewirken, die über die Zäsuren von Regimewechseln und tiefgreifendem gesellschaftlichen Wandel hinausreichen. Zugleich eröffnen sich Perspektiven für interkulturelle Vergleiche, denn auch im übrigen Westeuropa bilden Wahlen und politische Eliten Hauptfelder der historischen Sozialforschung. Die Ergebnisse nationaler Forschungen wachsen allmählich zu einem umfassenden Bild zusammen, auf dem sich interkulturell verallgemeinerbare Regelmäßigkeiten neben kulturellen Besonderheiten entdecken lassen.¹⁵⁾

¹³⁾ Seymour Martin Lipset, Stein Rokkan (Hrsg., 1967): „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments“. In: Party Systems and Voter Alignments. S. 1–64, New York.

¹⁴⁾ Einen Überblick der Ergebnisse dieser Projekte gibt jetzt Heinrich Best (Hrsg., 1989): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen.

¹⁵⁾ Vgl. u. a. Heinrich Best (1988): „A Comparative Analytical Data-Base for Research into Historical Parliamentary Leadership Groups“. In: Jean-Philippe Genet (Hrsg.), Standardisation et échange des bases de données historiques, S. 255–265, Paris.

Ein weiteres Beispiel, an dem man die Bedeutung der historischen Statistik für die soziologische Forschung demonstrieren kann, liefert das viel diskutierte Thema „Wertewandel“. In welchen Dimensionen hat er sich, wenn überhaupt, vollzogen; welche Konsequenzen, welche Ursachen lassen sich angeben? Antworten hierzu wurden vor allem anhand von Umfragedaten gegeben. Da solche Daten zum Teil seit den fünfziger Jahren vorliegen, ist auch auf dieser Basis ein begrenzter historischer Vergleich möglich, der die Problemperspektive entscheidend beeinflussen kann. An den Schwankungen des Wertes für die Arbeitszufriedenheit läßt sich etwa zeigen, daß bestimmte Erklärungen dramatisch an Überzeugungskraft gewinnen oder verlieren, je nachdem, welche Zeitperspektive man wählt.¹⁶⁾ Hier kommt freilich noch ein anderes Problem hinzu, nämlich die Frage, welche Wertdimensionen man überhaupt definieren möchte und mit welchen Indikatoren, mit welchen Fragen und Antwortkategorien sie erhoben werden sollen.

Betrachten wir nun kurz eine der vielen Konsequenzen, die dem Wertewandel zugeschrieben worden sind, nämlich den Rückgang der Geburtenrate – womit wir wieder bei der amtlichen Statistik wären. Der Soziologe Helmut Klages spricht von einer „Umkehrung der demographischen Grundverhältnisse“, von „meßbaren demographischen Veränderungen . . . , die wir nach vorliegenden Erkenntnissen zumindest in einem hohen Grade dem Wertwandelungsschub zuzuschreiben haben“.¹⁷⁾ Diese These wird belegt durch Umfrageergebnisse, wonach Personen mit traditionaler Wertorientierung eher den Wunsch nach Kindern überhaupt oder nach einer großen Zahl von Kindern äußern als Personen mit „neuen“ Wertorientierungen.¹⁸⁾ Um eine solche These zu überprüfen, bieten natürlich auch multivariate Analysen mit Umfragedaten einige Möglichkeiten. Dabei muß man jedoch beachten, daß Korrelationen, die in Querschnitterhebungen gefunden oder auch nicht gefunden werden, nicht ohne weiteres auf Längsschnittbeziehungen übertragbar sind. Wenn man z. B. gegenwärtig keine oder nur schwache Korrelationen zwischen Haushaltseinkommen und Kinderwunsch findet, läßt sich daraus nicht ableiten, daß auch historisch dem Einkommensanstieg (wie vermittelt auch immer) keine kausale Bedeutung für das Absinken der Geburtenrate zukomme. Betrachtet man die langfristige Entwicklung der Geburtenziffern, so erkennt man, daß sie nach 1965 einen Trend wieder aufnehmen, der auch für die Zeit von 1875 bis 1930, genauer von 1900 bis 1930 zu beobachten ist. Es könnte also immerhin sein, daß sich hier eine bloß unterbrochene Grundströmung fortsetzt, von der auch der Wertewandel lediglich ein Teil und kein verursachender Faktor ist, der mit moralischen Appellen reguliert werden kann. Zwar läßt sich zunächst nicht ausschließen, daß sich nach dem sogenannten demographischen Übergang bis 1930 ein generatives Verhaltensmuster stabilisiert hat, das erst durch den Wertewandel der sechziger, siebziger Jahre wieder aufgelöst wird. Die Langfristbetrachtung erlaubt es jedoch auch, andere Hypothesen zu testen, z. B. die Annahme eines wertunabhängigen demographischen Zyklus.¹⁹⁾ Man wird im übrigen auch keine

¹⁶⁾ Siehe Karl-Heinz Reuband (1985): „Arbeit und Wertewandel – mehr Mythos als Realität? Von sinkender Arbeitszufriedenheit, schwindender Arbeitsethik und ‚vergiftetem‘ Arbeitsleben als deutscher Sonder-situation“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, S. 723–746.

¹⁷⁾ Siehe Helmut Klages (1985): Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, S. 116, Frankfurt / New York.

¹⁸⁾ Ebenda, S. 73 f. und 118 ff.

¹⁹⁾ Zur langfristigen Entwicklung siehe Hans Linde (1984): Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000, Frankfurt/New York. – Speziell zur Erklärung zyklischer Verlaufsmuster siehe R. A. Easterlin (1980): Birth and Fortune: The Impact of Numbers on Personal Welfare, New York.

brauchbaren Prognosemodelle konstruieren können, wenn keine Daten über die Langfristentwicklung zur Verfügung stehen. Für die Kausalanalyse besonders aufschlußreich sind Trendumkehrungen oder plötzliche Niveauverschiebungen, weil sie quasiexperimentelle Bedingungen schaffen. Nötig sind auch Langfristvergleiche für verschiedene Nationen oder Regionen, um eine möglichst große Varianz von Bedingungskonstellationen zu erhalten, so daß die Chance steigt, die spezifische Wirkung eines Faktors isoliert von den Beiträgen anderer potentieller Determinanten zu untersuchen.

Wie wichtig eine Historisierung der Soziologie und eine Diversifizierung ihrer Datenbasen ist, läßt sich daran erkennen, daß in der Diskussion über den Wertewandel evolutionistische und Zyklentheorien wieder an Gewicht gewonnen haben. Dazu mag u. a. die Beobachtung angeregt haben, daß einige Elemente des Wertewandels der sechziger und siebziger Jahre in den achtziger Jahren wieder zurückgedrängt, sich in ihrer Entwicklungstendenz teilweise sogar umgekehrt haben.²⁰⁾ Dies unterstützt den Gedanken, daß zumindest bestimmte Wertgruppen „Konjunkturen“ haben, Zeiten unterschiedlicher Prominenz und Dringlichkeit, mit der sie von unterschiedlichen sozialen Gruppen vertreten oder in den Hintergrund gedrängt werden. Um die Haltbarkeit des Konzepts der Wertkonjunkturen zu überprüfen, um die Mechanismen aufzudecken, die solche Konjunkturen hervorbringen, braucht man natürlich historisch vergleichende Untersuchungen. Wertkrisen, Modernitätskritik, Kämpfe um kulturelle Hegemonie oder Eigenständigkeit hat es ja gerade in Deutschland immer wieder gegeben. Neben den quasi-zyklischen Wertkonjunkturen, scheint es aber auch mehr oder weniger lineare Entwicklungskomponenten zu geben, die mit Begriffen wie Säkularisierung, Rationalisierung, Universalisierung gekennzeichnet werden. Sie beziehen sich weniger auf einzelne Wertinhalte als auf die Reichweite ihrer Geltung und das kognitive Niveau ihrer Begründung. Es liegt auf der Hand, daß sich solche Hypothesen nur mit Hilfe historischer Daten überprüfen lassen, die gesellschaftliche Entwicklungen über lange Zeiträume dokumentieren. Dabei reichen, vor allem was den Wandel kultureller Deutungsmuster betrifft, die Daten der amtlichen Statistik nicht aus; aber sie bleiben unverzichtbar, weil Hypothesen über interkulturelle Diffusionsprozesse mit Hypothesen über die Abhängigkeit kultureller Entwicklungen von sozioökonomischen und technologischen Veränderungen konkurrieren.

4. Fassen wir auf dem Hintergrund unserer Beispiele den Nutzen von Daten der historischen Statistik für die soziologische Theoriebildung zusammen:²¹⁾

1. Historische Daten dienen der Überprüfung der Gültigkeit und Reichweite empirischer Generalisierungen und theoretischer Aussagen über strukturelle Zusammenhänge verschiedener Variablen. Das geschieht zum einen dadurch, daß im historischen Vergleich die Varianz, die Spannweite der beobachteten Merkmalsausprägungen vergrößert und die Chance erhöht wird, auf Fälle zu treffen, die sich in vielen Merkmalsdimensionen gleichen, aber hinsichtlich des Faktors unterscheiden, dessen Einfluß getestet werden soll. Diese

²⁰⁾ Siehe die Beiträge von Wilhelm Bürklin, Willi Herbert (1988), in: Heinz Otto Luthe, Heiner Meulemann (Hrsg.), Wertewandel – Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen und Diagnosen aus kultursoziologischer Sicht, Frankfurt / New York.

²¹⁾ Ausführlicher: Heinrich Best (1988): „Historische Sozialforschung als Erweiterung der Soziologie. Die Konvergenz sozialwissenschaftlicher und historischer Erkenntnis Konzepte“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, S. 1–14.

Chance läßt sich natürlich um so eher erhöhen, je größer die Zahl der Kontexte ist, die über Nationen, Regionen oder soziale Gruppierungen definiert sind. Die Überprüfung, aber auch die Generierung von Theorien wird des weiteren dadurch gefördert, daß „Zeit“, „Dauer“, Veränderungsraten explizit in den Erklärungsmodellen berücksichtigt werden können. Es scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß die kausale Interpretation von Beziehungen zwischen Variablen, die im Querschnitt erhoben wurden, stets die Annahme voraussetzen, die Daten befänden sich zum Zeitpunkt der Messung im Gleichgewicht oder: die Veränderungsrate der abhängigen Variablen korreliere nicht mit den unabhängigen Variablen. Diese Voraussetzung ist häufig nicht erfüllt. Das bedeutet, daß in vielen Fällen ein Modell, z. B. ein Regressionsmodell, zwangsläufig fehlspezifiziert ist und folglich zu fehlerhaften Parameterschätzungen führt, wenn die Variablen lediglich zu einem bestimmten (gleichen) Zeitpunkt erhoben worden sind.

2. Historische Daten dienen nicht nur der Überprüfung vorhandener Theorien; sie liefern auch eine Fülle deskriptiver Informationen, deren Analyse zur schrittweisen Ausarbeitung von Theorien anregt. Man denke beispielsweise an die Materialien, die die historische Familien- und Biografieforschung zusammengetragen hat und die in Theorien über den Zusammenhang von Persönlichkeits- und Sozialstruktur verwendet wurden. Beispiele für die Konstruktion soziologischer Theorien aus historischen Materialien liefern auch die Versuche, Modellvorstellungen über die langfristige gesellschaftliche Entwicklung zu erarbeiten. Hierzu gehören die schon erwähnten Modernisierungstheorien, die, nach einer Formulierung von Peter Flora „die Entwicklung der letzten Jahrhunderte als ein Bündel gleichgerichteter Wachstumsprozesse (begreifen), die in ihrer vielleicht allgemeinsten Form als Wachstum der Anpassungs- und Selbststeuerungskapazitäten eines gesellschaftlichen Systems interpretiert werden“.²²⁾ Im Rahmen dieser Forschungskonzeption sind eine Vielzahl klassifizierender und erklärender Typologien entworfen, gesellschaftliche Entwicklungsstadien definiert und Mechanismen des Übergangs von einem Stadium zum nächsten behauptet worden. Bekannte Beispiele sind Lernalters Gegenüberstellung von traditionellen und modernen Gesellschaften, Rostows Stadientheorie und Kuznets Kritik daran; Lipsets und Rokkans Theorie der Herausbildung politischer Konfliktstrukturen in den Prozessen der Nationenbildung und Industrialisierung.
3. Neben dieser theoriebezogenen Empirie liefern historische Daten aber auch ein Hintergrundwissen, das den Soziologen darüber belehrt, wie vielfältig die Formen sozialen Lebens sind, wie gegenläufig oder ungleichzeitig gesellschaftliche Entwicklungsprozesse ablaufen, wie Überliefertes und Neues sich mischen oder nebeneinander bestehen können. Kurz, die historischen Daten warnen ihn vor vorschnellen Generalisierungen – Generalisierungen, die er dennoch versuchen muß.²³⁾
5. Das hohe und noch wachsende Interesse der Soziologie an historischen Daten wird jedoch durch Defekte der Datenqualität und die Grenzen ihrer Abbildungstreue gedämpft. Hier zeichnen sich wesentliche Aufgaben einer künftigen Infrastruktur für die Bereitstellung von

²²⁾ Peter Flora (1974): Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, S. 13, Opladen.

²³⁾ Vgl. u. a. Raymond Boudon (1986): Theories of Social Change. A Critical Appraisal, Cambridge.

Daten historischer Statistik ab. Das Zentrum für Historische Sozialforschung hat sich im Rahmen eines mehrjährigen, von der DFG geförderten Forschungsprojekts, das der Institutionalisierung des Zentrums vorausging, mit diesen Fragen befaßt.²⁴⁾

Ein zentrales Problem, mit dem der Sozialforscher fertig werden muß, ist die Konstruktion und Zuordnung empirischer Indikatoren zu theoretischen Begriffen. Mit welchen Fragen und Antworten oder anhand welcher Verhaltensweisen stellt man beispielsweise fest, ob eine Person „rechtsradikal“ orientiert ist; wie mißt man den Grad ihrer „Integration“ in soziale Gruppen; wie ermittelt man „Statusinkonsistenz“ oder die „Rollenerwartungen“, die an die Inhaber sozialer Positionen gerichtet sind? Diese Probleme verschärfen sich bei der Benutzung historischer Statistiken, wenn der Forscher nicht selbst die Primärdaten erhebt, sondern auf Daten angewiesen ist, die andere Quellen ihm bieten. Das Indikatorenproblem ist nun nicht mehr vorwiegend eine Frage theoretischer Reflexion und präziser Begriffsdefinition, sondern wesentlich eine Frage der Verfügbarkeit angemessener Daten; denn natürlich konnte sich die amtliche Statistik in ihrer Kategorienbildung und Datenaufbereitung nicht an den Bedürfnissen der heutigen Soziologie orientieren. Innerhalb dieser Problematik lassen sich mehrere Aspekte unterscheiden:

1. Die Frage der Zuverlässigkeit der Daten. Zum Beispiel können Zensusergebnisse, wie sie in Tabellen der amtlichen Statistik berichtet werden, von den Zahlen abweichen, die sich aus den Original-Erhebungsbögen ergeben. Notorisch sind Übertragungs- und Rechenfehler, die sich systematisch nur durch die Transformation von Statistikdaten in maschinenlesbare Form und den Einsatz spezieller Fehlersuchprogramme identifizieren und eliminieren lassen.²⁵⁾
2. Die Daten können in mehrfacher Hinsicht unvollständig sein
 - Teile der Population, über die man Aussagen machen möchte, sind nicht oder nicht repräsentativ erfaßt. Das gilt etwa für Wanderarbeiter und die Insassen von Anstalten. Unstetige Arbeitsverhältnisse werden in den Berufszählungen ausgeblendet, was z. B. zu unvollständiger, bzw. verzerrter Abbildung der Frauenerwerbstätigkeit in den Daten führen kann.²⁶⁾
 - Oft werden nur Aggregatdaten berichtet, wo der Soziologe spezifische Informationen über Individuen oder über kleinere territoriale Einheiten, über bestimmte soziale Gruppen, Sektoren und Hierarchieebenen benötigt. Dies gilt etwa, wie wir angeführt haben, für die historische Wahlforschung.
 - Einige der für die Untersuchungsfrage wichtigen Merkmalsdimensionen oder Kategorien sind nicht erhoben worden. Kulturelle Indikatoren, vieles von dem, was für eine soziologische „Mentalitätsgeschichte“ wichtig ist, zählt dazu.²⁷⁾

²⁴⁾ Eine Zusammenstellung der Hauptergebnisse gibt *Historical Social Research / Historische Sozialforschung*, 24/1982.

²⁵⁾ H. Bauer, R. Ponemereu (1985): *Building a Data Base from 19th Century Censuses: The German Statistics 1882–1936*. In: Robert F. Allen (Hrsg.): *Data Bases in the Humanities and Social Sciences*, S. 123–138, Osprey.

²⁶⁾ Maris A. Vinovcals (1980): „Problems and Opportunities of Individual and Aggregate Level Census Data“. In: Jerome Clubb, Erwin K. Scheuch (Hrsg.): *Historical Social Research. The Uses of Historical and Process-Produced Data*, S. 53–70, Stuttgart.

²⁷⁾ Vgl. u. a. Gerhard Botz (Hrsg., 1988): „Neueste Geschichte zwischen Quantifizierung und ‚Mündlicher Geschichte‘“. In: *Qualität und Quantität. Zur Praxis der Methode der historischen Sozialwissenschaft*, S. 13–42, Frankfurt / M.

- Die Daten sind nicht in der zeitlichen Dichte und Regelmäßigkeit verfügbar, die für Prozeßanalysen wünschenswert wären. So sind wegen der weit auseinanderliegenden Zeitpunkte der Volks- und Berufszählungen z. B. Verfahren der Zeitreihenanalyse auf historische Sozialstrukturdaten aus dieser Quelle nicht oder nur sehr begrenzt anwendbar.

Aus den genannten Problemen ergeben sich einige Schlußfolgerungen für die Gestaltung von Datenarchiven bzw. Datenbanken der Historischen Statistik:

1. Zu jeder Datenreihe müssen die Quellen, die Quellenkritik, Änderungen der operationalen Definitionen und der Methode der Primärerhebungen, die Berechnungen und Schätzungen, mit denen ein bestimmtes Datum konstruiert wurde, genau dokumentiert und für den Benutzer so gespeichert sein, daß sie mit den Daten abrufbar sind.
2. Wünschenswert wäre eine Parallel-Dokumentation einschneidender Ereignisse, die die Verlaufsform der Zeitreihen beeinflußt haben könnten. Dazu zählen auch gesetzliche Maßnahmen oder Regierungsentscheidungen, die als gezielte Interventionen zu verstehen sind. So könnten z. B. Änderungen des Eherechts einen unmittelbaren Effekt auf die Scheidungsrate haben.
3. Die Daten sollten in möglichst elementarer Form gespeichert werden. Das heißt, Indexbildungen sind entweder zu vermeiden, oder sie sollten nur gemeinsam mit den Elementarinformationen angeboten werden, aus denen sie abgeleitet sind.
4. Auch die amtliche Statistik sollte, wo immer das möglich ist, Individualdatensätze bereitstellen, evtl. nach einer geeigneten Form der Stichprobenziehung. Das gilt auch für die Zählbögen historischer Erhebungen. So werden noch immer die Unterlagen der ersten bundesdeutschen Volkszählung aus dem Jahr 1950 aufbewahrt, eine unschätzbar wertvolle Datenquelle für eine Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Voraussetzung für solche Sekundärerhebungen ist natürlich die Entwicklung spezieller Stichprobendesigns für gestörte oder komplex vorsortierte Grundgesamtheiten.
5. Vor allem aber gilt es, die Datenbestände unterschiedlicher Provenienz zu einem Datenteppich zu verknüpfen. Zwar wird auch nach der Ausschöpfung aller Rekonstruktionsmöglichkeiten die historische Statistik für Deutschland nie die Konsistenz und Tiefenschärfe etwa der *Statistique de la France* erreichen; selbst nach der Reichsgründung behielten ja die Einzelstaaten in vielen Bereichen ihre spezifischen Erhebungsprogramme bei.²⁸⁾ Doch enthält dieser Mangel auch eine Chance, denn die historische Sozialforschung in Deutschland hat besonders vielfältige Erfahrungen mit der Verknüpfung von Daten unterschiedlicher Provenienz und mit der Behandlung von Problemen, die sich aus der Grenzverschiebung territorialer Einheiten ergeben. Besser als andere Länder können wir in unseren Daten abbilden, welchen Einfluß Interventionen des Staates auf ökonomische Entwicklungsverläufe und sozialstrukturelle Veränderungen hatten.²⁹⁾

²⁸⁾ Vgl. u. a. Wolfgang Zorn (1976): „Quellen und Hilfsmittel“. In: Wolfgang Zorn, H. Aubin (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, S. 1–8, Stuttgart.

²⁹⁾ Vgl. insbesondere die Arbeiten von Wolfram Fischer (1972), in: *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung*, Göttingen.

Die historischen Datenarchive haben in internationaler Kooperation inzwischen einen gemeinsamen Standard der Beschreibung und Aufbereitung historische Forschungsdaten erarbeitet, um den nationalen und internationalen Austausch zu ermöglichen. Das ist eine elementare Voraussetzung, um diese Daten für Sekundäranalysen verfügbar zu machen.³⁰⁾

6. Für welche Gebiete, zu welchen Themen sollten überhaupt Daten gesammelt werden? Innerhalb des Forschungsschwerpunkts „Historische Statistik“ lag der Schwerpunkt bei den ökonomischen Indikatoren sowie einigen Sozialindikatoren, die damit eng verbunden sind. Für die Soziologie, deren Gegenstand ja nicht auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche beschränkt ist, besteht offensichtlich ein Bedarf, der darüber hinausgeht. Er ergibt sich einerseits aus den spezialisierten Forschungsinteressen der sogenannten Bindestrichsoziologien (wie Familien-, Rechts-, Politik- und Berufssoziologie), worauf wir hier nicht näher eingehen müssen. Andererseits und vor allem ergibt er sich aus dem Anspruch der Soziologie, gesamtgesellschaftliche Entwicklungsdynamiken, also das Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftlichen „Subsysteme“ bzw. der verschiedenen kollektiven und individuellen Akteure in den verschiedenen Sektoren und Ebenen der Gesellschaft zu beschreiben und zu erklären. Das dürfte aus den eingangs skizzierten Beispielen deutlich geworden sein. Nun gibt es, wie jedermann weiß, in der Soziologie eine Reihe konkurrierender Schulen und Ansätze, die unterschiedliche Gliederungsprinzipien und Definitionen anbieten. Ein Datenarchiv, das eine große Forschergemeinde bedienen will, muß offen bleiben für diese Anforderungen. Andererseits sind die Traditionen der historischen Sozialforschung auch nicht so zahlreich, daß man sich bei der Datensammlung nicht an dem erkennbaren Bedarf etablierter Forschungsrichtungen orientieren könnte. Auch wenn die Erkenntnisinteressen, die zentralen theoretischen Konzepte und methodischen Vorlieben sich erheblich unterscheiden mögen, so wird doch vielfach von den gleichen Basisdaten Gebrauch gemacht. Das heißt, Theorie- und Methodenschulen übergreifend lassen sich eine Vielzahl von Indikatoren nennen, über deren Wichtigkeit für die Soziologie man sich weitgehend einig ist. Gerade angesichts der kaum überschaubaren und antizipierbaren Vielfalt der Forschungsschwerpunkte und Verknüpfungsinteressen ist es wichtig, daß die Wissenschaft inzwischen selbst einen gewaltigen Fundus maschinenlesbarer historischer Daten aufgebaut hat. In der jüngsten Erhebung des Zentrums für Historische Sozialforschung zeichnet sich ab, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 500 Projekte mit maschinenlesbaren historischen Daten arbeiten. Etwa 250 dieser Projekte haben die Erhebungs- und Aufbereitungsphase abgeschlossen. Rechnet man den Altbestand hinzu, dürfte es etwa 600 solcher Datensätze geben. Das Zentrum für Historische Sozialforschung hat von diesen mehr als 100 in seinem Bestand oder akquiriert, darunter eine Anzahl wichtiger Zeitreihen zur Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialstruktur in Deutschland.

Relativ wenig Aufmerksamkeit hat die quantifizierende Forschung bisher historischen Indikatoren des kulturellen Wandels gewidmet, wenn man von Statistiken zur Entwicklung des Bildungswesens und einigen institutionalisierten Formen religiösen Lebens absieht. Hier liefert die amtliche Statistik noch weitere Möglichkeiten, lange Zeitreihen zu bilden, beispielsweise

³⁰⁾ Vgl. u. a. den Sammelband von Jean-Philippe Genet (Hrsg., 1988) und die Beiträge in Manfred Thaller (Hrsg., 1986): Datenbanken und Datenverwaltungssysteme als Werkzeug historischer Forschung, St. Katharinen.

zur Entwicklung der Vereine, der Theater sowie der Presse und anderer Kommunikationsmedien.³¹⁾

Das Hauptinstrument, mit dem die langfristige Entwicklung kultureller Deutungsmuster erfaßt werden könnte, stellt die Inhaltsanalyse entsprechender Texte dar: von Zeitungen, Schüleraufsätzen, Schulbüchern, Hirtenbriefen, Gerichtsurteilen, Regierungserklärungen, Wahlprogrammen der Parteien und vieles mehr. Der amerikanische Soziologe Lipset hat schon in den sechziger Jahren darauf hingewiesen, daß die Inhaltsanalyse für die historische Sozialforschung eine ähnliche Rolle übernehmen könnte, wie Interviews und repräsentative Umfragen für die empirische Sozialforschung der Gegenwart.³²⁾ Inzwischen sind die technologischen Möglichkeiten sowohl der Texterfassung mit Hilfe von Scannern als auch der Textanalyse mit Hilfe von Computer-Programmen erheblich erweitert worden.

Technologische Entwicklungen verändern auch die Form, in der historische Daten aufbereitet und verfügbar sein müssen. Daß die Daten maschinenlesbar sein sollen, versteht sich von selbst. Aber Magnetbänder und Disketten, die in einem Archiv gelagert und sauber dokumentiert sind, können nicht das Endziel sein. Das Zentrum für Historische Sozialforschung betreibt und entwickelt deshalb Datenbanken, die auch als Informationsbanken genutzt werden können und neben einer Datenkomponente in Zukunft auch eine Methoden- und eine Interfacekomponente enthalten werden. Ein Beispiel ist die vom Zentrum für Historische Sozialforschung betreute Datenbank der Abgeordneten deutscher Nationalparlamente 1848–1933, die Informationen über die Biographien mit solchen über das namentliche Abstimmungsverhalten und die Wahlergebnisse der Abgeordneten verknüpft.³³⁾ Grundsätzlich gilt, daß die Daten über ein System von „Retrievals“ erschließbar und sowohl mit Großrechner als auch mit PC zu verarbeiten sind. Eine Methodenkomponente ist erforderlich, weil einige nützliche Analyseverfahren, etwa zur Zeitreihenanalyse, nicht oder nicht in geeigneter Form in den Standard-Statistik-Paketen verfügbar sind. Andererseits müßten zu den unterschiedlichen Softwarepaketen und zu bereits existierenden Datenbanken (wie z. B. der Medieval and Early Modern Data Bank) Schnittstellen bereitgestellt werden. Längerfristig wäre auch der Einbau eines Expertensystems oder einer „Knowledge Base“ wünschenswert. Das Zentrum für historische Sozialforschung, das auf diesen Feldern bereits über Erfahrungen verfügt, ist bereit, bei der Ausarbeitung entsprechender Konzepte und Instrumente mitzuwirken.

³¹⁾ Siehe Egon Hölder, „Historische Statistik. Vortrag im Forschungskolloquium des Zentralinstitus für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin am 9. Dezember 1987“. In: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 5, S. 27, 1988, Berlin.

³²⁾ Siehe Seymour Martin Lipset (1968): „History and Sociology Methodological Considerations“. In: Seymour Martin Lipset, Richard Hofstädter (Hrsg.): *Sociology and History: Methods*, New York/London.

³³⁾ Vgl. Heinrich Best, Ralph Ponemereo (1990): „The German Parliamentarian Database: Catching the Complexities of Political Life-Histories“. In: Heinrich Best et al. (Hrsg.): *Computers in the Humanities and the Social Sciences*, München.

Preußische Gewerbestatistik der vor- und frühindustriellen Zeit

1 Gewerbestatistik in der „vorstatistischen“ Periode

Das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen, dem wir angehören, bearbeitet seit Anfang der achtziger Jahre im Rahmen des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland“ die deutsche Gewerbestatistik der Zeit vor 1850, wobei sich die preußische zunehmend in den Vordergrund geschoben hat und seit einigen Jahren ausschließlich behandelt wird; die darauf bezogenen Studien werden voraussichtlich bis zum Auslaufen des genannten Programms im Jahre 1991 beendet werden. Bei unseren Berichten über diese Arbeit auf Tagungen und Kolloquien ist uns oft – und keineswegs nur von Laien – die Frage gestellt worden, ob denn der Gegenstand ein solches Vorhaben überhaupt lohne. Dabei ging es den Fragern nicht um Wert und Nutzen einer historischen Gewerbe- und Industriestatistik allgemein, sondern speziell um den einer solchen für die ältere, meist als vorstatistisch bezeichnete Periode. Es scheint daher sinnvoll, ja notwendig zu sein, dem Bericht über unsere Arbeiten eine kurze Betrachtung über die Frage voranzustellen, ob eine Gewerbestatistik für die vor- und frühindustrielle Zeit (also in etwa für die Periode vor 1850)

1. sinnvoll und

2. möglich ist.

Zu 1.:

Zur Frage nach dem Sinn einer solchen Statistik kann ich mich auf zwei Argumente beschränken. Einmal wird heute wohl kaum ein Historiker der Industrialisierung die Notwendigkeit bestreiten, diese in dem geschichtlichen Zusammenhang, in dem sie sich ausbildete, zu untersuchen und darzustellen. Besonders die englische Forschung (um nur diese zu nennen) hat mit einer Vielzahl beachtlicher empirischer und theoretischer Studien immer wieder betont, daß es nötig sei, den „Mythos von der industriellen Revolution“ aufzubrechen und gegenüber der Auffassung, diese sei ein plötzliches, fast gewaltsames Ereignis gewesen, die historische Kontinuität, also das eher allmähliche Heranwachsen des Neuen im Rahmen des Alten herauszuarbeiten. Was für das „Mutterland der industriellen Revolution“ gilt, trifft noch stärker auf die Entwicklung in den deutschen Staaten zu, wie hier nicht im einzelnen darzulegen ist. Akzeptiert man dies, gewinnt damit das Gewerbe der vor- und frühindustriellen Zeit, aus dem und in dem die Industrie entstand, für deren Anfänge zentrales Interesse und wird zu einem wichtigen, ja unverzichtbaren Bestandteil der Industrialisierungsforschung.

*) Prof. Dr. Karl Heinrich Kaufhold, Universität Göttingen.

**) Universität Göttingen.

Doch ist ein Studium des vor- und frühindustriellen Gewerbes auch ohne einen Seitenblick auf die Industrialisierung von Interesse und von Wert für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung. Denn nach der Landwirtschaft bildete das Gewerbe den zweitgrößten Sektor der Gesamtwirtschaft, und es war für deren Funktionsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Auch darauf können wir hier nicht im einzelnen eingehen, sondern müssen uns damit begnügen, mit wenigen Stichworten das weite Feld anzudeuten, das vor der Forschung liegt. Zunächst ist an den großen Teilbereich des Handwerks zu erinnern, das immer noch sehr umfangreich war und trotz unverkennbarer Verfallserscheinungen bedeutende Leistungen aufwies. Dann denken wir an die weiten Kreise der Bevölkerung, die Heimgewerbe betrieben oder in Verlagsbeziehungen standen – Gewerbebezweige, die durch die rege Diskussion über die sogenannte Protoindustrialisierung in den letzten Jahren zeitweise im Vordergrund des Interesses standen. Schließlich dürfen die Manufakturen nicht vergessen werden, deren quantitatives Gewicht für viele Gebiete erst in Umrissen oder gar nicht bekannt ist. Die enge Verbindung beachtlicher Teile des Gewerbes, besonders des Heimgewerbes, des Verlages und des Landhandwerks mit der Landwirtschaft wirft zusätzliche Fragen auf.

Zu 2.:

Kann also über den Sinn einer Beschäftigung mit dem vor- und frühindustriellen Gewerbe kaum ein ernsthafter Zweifel bestehen, so wird die zweite Frage – läßt sich dieses Gewerbe überhaupt statistisch erfassen – wahrscheinlich auch unter Statistikern nicht selten verneint, zumindest skeptisch betrachtet werden. Immer noch gilt, wie schon gesagt, die Zeit vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts als „vorstatistisch“, also als eine Periode mit mangelhaften, unvollständigen und oft unrichtigen Erhebungen, als Zeit ohne statistische Theorie und mit unzureichender Praxis, mit der näher zu beschäftigen sich nicht lohnt, weil sie wenig Brauchbares zu bieten hat.

Was ist daran richtig – oder handelt es sich generell um ein Vorurteil? Eine Antwort muß sorgfältig nach Gegenstand, Jahr und Ort unterscheiden und kann daher in begrenzter Zeit nicht vollständig gegeben werden. Doch läßt sich, und dies entschieden, auf Grund langjähriger eingehender Beschäftigung mit den einschlägigen Quellen sagen: Für das Gewerbe gibt es ein vorstatistisches Zeitalter in dem Sinne nicht, daß brauchbare, zusammenhängende Zahlenangaben über die gewerbliche Entwicklung fehlten. Denn als Ergebnis eben dieser Beschäftigung mit den Quellen zeigt sich: Sie fließen besonders nach der Mitte des 18. Jahrhunderts reichlicher und vielgestaltiger, als meist angenommen worden ist und noch wird. Selbstverständlich beantworten sie nicht alle Fragen, doch reichen sie aus, die Grundzüge der Struktur wie der Entwicklung des Gewerbes zu erfassen.

Dies gilt zunächst und vor allem für die Gewerbestatistik im eigentlichen Sinne, also für statistische Aufnahmen des Gewerbes. Sie reichen in Preußen weit zurück, in Ansätzen bis in die 1660er Jahre, obwohl hier der Überlieferungsstand schlecht ist. Seit den 1720er Jahren wurden sie vermehrt und ordentlich organisiert und dann, besonders unter Friedrich dem Großen, immer weiter ausgebaut. Es war zunächst eine Behördenstatistik, von Verwaltungsstellen für Verwaltungszwecke erhoben, hauptsächlich, um für die mannigfachen Maßnahmen der kameralistischen Gewerbepolitik eine halbwegs sichere Grundlage zu schaffen und ihre Ergebnisse zu kontrollieren. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mischten sich die wissenschaftlichen Fragestellungen und Interessen der sogenannten Deutschen

Universitätsstatistik zunehmend unter – nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, daß auch sie nach den „Kräften des Staates“ und damit im Grundsatz dasselbe fragte wie die Behörden im Auftrage des um den Wohlstand seiner Untertanen und um das Wohlergehen der Staatskasse besorgten Landesherren. Aus diesen Motiven, denen sich weitere hinzufügen ließen, entstand eine umfangreiche statistische Berichterstattung, die meist umfassender war als die Erhebungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Wichtig ist nun die Frage: Wie zuverlässig waren diese Erhebungen, und was ist von ihnen noch erhalten? Auf sie wird im folgenden Teil dieses Beitrages, beim Bericht über unsere Arbeiten in Göttingen, näher eingegangen werden.

Neben der Gewerbestatistik im eigentlichen Sinne gibt es ein weites Feld von Überlieferungen, die zwar nicht zu statistischen Zwecken erhoben worden sind, die sich aber statistisch auswerten lassen. Es handelt sich z. B. um Listen von Meistern und Gesellen sowie von Zunftmitgliedern, um Erhebungen zu steuerlichen Zwecken, um Gewerbekataster und vieles andere mehr. Sie bieten vor allem für die Bereiche, in denen Gewerbestatistiken im eigentlichen Sinne nicht vorliegen, oft weitreichende Informationen, bilden also eine gewerbestatistische Quelle, die nicht unterschätzt werden sollte. Sie ist allerdings mühsam auszuwerten und steht im allgemeinen nur für kleinere Erhebungseinheiten – etwa eine Stadt oder einen ländlichen Bezirk – zur Verfügung. Wir haben daher bei unseren auf ganz Preußen gerichteten Arbeiten nicht darauf zurückgegriffen. Vor allem für räumlich oder zeitlich begrenzte Studien gestatten diese Quellen aber oft wertvolle Ergänzungen und Erweiterungen.

2 Die Göttinger Forschungen zur preußischen Gewerbestatistik vor 1850

2.1 Forschungsziele

Ziel unserer Forschungen ist die Erfassung aller, soweit erhalten, originärer Quellen zum Gewerbe in Deutschland vor 1850, die von offizieller oder offiziöser Seite in möglichst regelmäßiger Folge erhoben worden sind. Die Ergebnisse der Arbeit sollen außerdem – vor allem für Preußen, da hier das Material am dichtesten vorhanden ist – auf der Ebene des Gesamtstaats, der Provinzen und Kreise, im 19. Jahrhundert auch der Regierungsbezirke, veröffentlicht und damit als Datenhandbuch allgemein zugänglich gemacht werden.

Umfang der gewerbestatistisch einschlägigen Bestände und sektorale sowie regionale Besonderheiten machten es von vornherein notwendig, die Untersuchungen in mehreren Teilschritten zu vollziehen:

Nach der Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung statistischer Angaben zum preußischen Berg-, Hütten- und Salinenwesen beschäftigen wir uns gegenwärtig mit dem Textilgewerbe Preußens, das um 1800 in allen europäischen Ländern das bedeutendste im sekundären Sektor in Hinsicht auf die in der Warenproduktion Beschäftigten war. Neben den quantitativen Angaben zu den Beschäftigten in der Gewerbeherstellung, also der Leinen-, Baumwoll-, Woll- und Seidenproduktion, manchmal differenziert nach Selbständigen, Gesellen und Lehrlingen, gibt es in einigen Quellen Zahlen zu Produktionsapparaten (Web-

stühle, Spindeln und Spinnmaschinen) und – seltener – Produktionswerten und -mengen. Die Auswahl der im zweiten Datenhandbuch zur Gewerbestatistik publizierten Tabellen über das Textilgewerbe wird nach einer Vereinbarung innerhalb des DFG-Schwerpunkts wieder ausschließlich sogenannte „harte“ Daten, also keine synthetischen oder fiktiven Daten enthalten.

2.2 Zu den Quellen

Der Hinweis auf die Masse gewerbestatistischer Quellen läßt keineswegs den Schluß zu, die Daten seien bereits systematisch erfaßt und lägen geordnet in den ehemals preußischen oder anderen deutschen Archiven vor: Das Auffinden und Sammeln der einschlägigen Quellen (hier vor allem in den Archiven in Düsseldorf, Münster, Koblenz und Merseburg/DDR) und die anschließende Datensicherung erwiesen sich vielmehr als außerordentlich zeitaufwendig und erforderten einigen detektivischen Spürsinn. Die Archivrecherchen wären ohne ein hohes Maß an Sachkenntnis über die mit den Erhebungen befaßten Behörden und vor allem ohne differenzierte gewerbegeschichtliche Kenntnisse nicht durchzuführen gewesen.

Da Findbücher, die noch aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert stammen, deutlich das geringe Interesse der damaligen historischen Forschung, zumal der mediävistisch orientierten Archivare, an der Erfassung statistischer Informationen aus der Vergangenheit zeigen, ist der stichwortartige Hinweis auf statistische Quellen nicht sehr verläßlich und außerdem lückenhaft; zusätzliche Probleme in der Sammelphase bereitete der Wandel des Begriffs „Statistik“, der im 18. Jahrhundert weit über die Bedeutung der rein numerischen Darstellung hinausging, so daß Verweise in den Findmitteln irreführend sein können.

Umfängliche Kassationen, Brände und Wasserschäden und Kriegseinwirkungen vor allem im Zweiten Weltkrieg haben darüber hinaus in den Archiven zu großen Verlusten bei den einschlägigen, zum überwiegenden Teil aber noch verzeichneten Archivalienbeständen geführt; Überlieferungslücken können wir also zum Teil nur durch offiziöse zeitgenössische Publikationen ergänzen.

2.2.1 Quellenbestände

Zentrale Quellenbestände für das Textilgewerbe in Preußen sind im 18. Jahrhundert die „Historischen Tabellen“, in denen die gesamte Bevölkerung jährlich nach Provinzen u. a. auch nach Berufen erfaßt wurde, und die „General-Fabriken-Tabellen“, die, seit 1782 überliefert, ebenfalls von Jahr zu Jahr die für den überörtlichen Bedarf produzierenden Gewerbe zum Gegenstand hatten.

Für das 19. Jahrhundert liegen uns die seit 1816 bis 1861 im 3-Jahres-Rhythmus vom Statistischen Bureau offiziell erhobenen „Gewerbetabellen“ des preußischen Staates vor, die in über 350 Rubriken auf der Ebene der einzelnen Städte und Kreise Angaben zu Beschäftigten nach Berufen und Berufsgruppen enthalten, für das Textilgewerbe darüber hinaus auch Angaben zu Produktionsapparaten. Ab 1846 führte das preußische Statistische Bureau außerdem eine Handwerker- und Fabrikenzählung durch, deren Abgrenzung zur vorher genannten Gewerbezahl zum Teil problematisch ist (Stichwort: Doppelnennungen).

2.2.2 Quellenkritik

Es versteht sich von selbst, daß ein Historiker Quellen, aus denen er seine Erkenntnisse schöpft, immer kritisch befragen und im Zusammenhang mit ihrer Entstehungsgeschichte betrachten muß. Grenzen und Schwachstellen des vorgefundenen Materials sind im Laufe der Bearbeitung deutlich geworden. Die Überprüfung des Materials anhand von Parallelüberlieferungen oder zeitgenössischen, die vorliegenden Tabellen kommentierenden Schriftwechseln, ist ein wesentlicher Teil unserer Arbeit. Auf offensichtliche Fehler in den Quellen wird in der Publikation ausführlich hingewiesen, denn gerade das Textilgewerbe, das in der behandelten Zeit häufig als Nebenerwerb im agrarischen Bereich und auch in den Städten betrieben wurde, bereitete den Zeitgenossen bei der Datenaufnahme einige Probleme; Doppelzählungen und regional und zeitlich unterschiedliche Erhebungskriterien führen dazu, daß der Aussagewert einer Tabelle ohne zusätzliche Kommentierungen wenn nicht verloren geht, so doch zumindest beeinträchtigt ist.

Hierbei ist nicht nur die notwendige Voraussetzung, sich einen detaillierten Überblick über die vorhandenen Quellen zu verschaffen; eine Auswahl und Bewertung der Daten kann nur vor dem Hintergrund umfassender wirtschafts- und sozialhistorischer Kenntnisse getroffen werden.

2.3 Nutzen der erhobenen Daten

Das zum Textilgewerbe Preußens vorliegende Datenmaterial bietet die Grundlage für die Analyse unterschiedlicher wirtschafts- und sozialhistorischer Fragestellungen:

Innerhalb des Textilgewerbes lassen die Daten wegen der regionalen Tiefengliederung der Erhebungen Aussagen über die räumliche (Stadt-Land-Verteilung) und sektorale Struktur des Gewerbebezuges in Preußen zu. Dort, wo Beschäftigtenzahlen differenziert (selbständig oder unselbständig, auch nach Alter, männlich oder weiblich) vorliegen, sind Interpretationen im Zusammenhang mit der sozialen Struktur möglich. Anhand der Erhebungskriterien kann man außerdem einiges über die Produktionsweisen und die Betriebsgrößenstruktur erfahren.

In Verbindung mit den quantitativen Angaben zum übrigen Gewerbe liefern die erhobenen Daten eine wichtige Basis für allgemeinere historische Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung: Sie sind letztlich ein wichtiger Beitrag für langfristige historische Prozeßanalysen im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der modernen Produktivkräfte. Besonders bei der Frage nach den potentiellen Benutzern der Datenhandbücher zur historischen Gewerbestatistik spielt der Zusammenhang mit langfristigen Entwicklungen in der Phase der allgemeinen Modernisierung eine Rolle. Neben der Nutzung für wissenschaftliche Zwecke in der historischen Forschung, als Tabellenwerk und Handbuch für weitere Hinweise auf nicht veröffentlichte Quellen (Archivalien und Literatur) und zusätzliche wichtige Informationen zu den jeweilig behandelten Gewerbebezügen, können sie auch für aktuelle ökonomische Fragestellungen herangezogen werden.

2.4 Arbeitsergebnisse über die Publikationen hinaus

Ergebnisse der über zehnjährigen Forschungstätigkeit liegen nicht nur in publizierter Form vor; sie sind sehr viel umfangreicher und ergaben sich zum großen Teil gewissermaßen als

Nebenprodukt der laufenden Arbeit und bilden so einen einmaligen geschlossenen Bestand zur deutschen Gewerbestatistik. Zu nennen sind u. a.:

- Archivberichte (aus den ehemals Preußen und andere deutsche Territorien betreffenden Archiven).
- Bibliographie (über die veröffentlichte Bibliographie zur preußischen Gewerbestatistik von W. Sachse hinausgehende, zu den einzelnen Sektoren systematisch erfaßte Titel; außerdem auch außerpreußische Literatur).
- Veröffentlicht werden nur Daten bis zur Erhebungsstufe der Regierungsbezirke, resp. Kreise. Daher liegen eine ganze Reihe unveröffentlichter quantitativer Informationen zu kleineren Erhebungsgebieten vor, deren Sammlung zum Teil aus Mangel an Daten für die nächstgrößeren Erhebungsgebiete, zum Teil auch als notwendige Grundlage für Korrekturen oder Kommentierungen nicht zweifelsfreier Angaben herangezogen werden mußten.
- Die Veröffentlichungen betreffen „nur“ die wichtigsten Gewerbebezüge der Zeit vor 1850, nämlich das Berg-, Hütten- und Salinenwesen und das Textil-, Bekleidungs-, Nahrungsmittel-, Bau-, metall- und Holzverarbeitende Gewerbe; die Erfassung der Beschäftigten, Produktionswerte und -mengen und der Produktionsapparate sind nur ein Teil der vorhin erwähnten, meist umfangreicheren Quellengattungen. Sie enthalten außerdem weitere Gewerbe, Zahlenangaben zur Bevölkerungs-, Handels-, Betriebsstätten-, Verkehrs- und Agrarstatistik, um nur einige Gebiete herauszugreifen. Unsere Sammlungen stellen daher einen Informationspool dar, der weit über die Gewerbestatistik hinausgeht.
- Ein umfangreicher Bestand verbal-deskriptiver Informationen wie z. B. Schriftwechsel der zuständigen Behörden, Verwaltungsbestimmungen und Aufzeichnungen über die zeitgenössischen Diskussionen zur Statistik ergänzt die Sammlung numerischer Daten zur historischen Gewerbestatistik und verbessert die Aussagekraft und die Möglichkeiten der Bewertung überlieferter quantitativer Angaben beträchtlich.

Ausblick

Die eben angesprochenen Überlegungen führen zu einer zentralen Frage, nämlich der nach einer Weiterführung der bisher unternommenen Forschungen. Für die Gewerbestatistik lohnte sie sich unbedingt. Denn so wichtig Preußen war: Es kann nicht für das vor- und frühindustrielle Gewerbe in ganz Deutschland stehen. Selbstverständlich muß nun nicht das Gewerbe außerhalb Preußens vollständig erfaßt werden, denn diese Aufgabe überstiege alle sinnvollen Arbeitsmöglichkeiten. Doch ist das auch gar nicht notwendig, um die Spannweite wie die Differenzierung des deutschen Gewerbes vor 1850 zu erfassen. Dazu genügt die Untersuchung ausgewählter Territorien unterschiedlicher Größe, Lage und Gewerbestruktur, ferner solcher, die charakteristische Besonderheiten aufwiesen. Material dafür ist nach unseren Erfahrungen reichlich vorhanden. Zwar nahm die preußische Gewerbestatistik nach Umfang und Güte eine besondere Stellung ein, doch haben auch andere Territorien auf diesem Gebiet zum Teil Vorzügliches geleistet. Es scheint daher sinnvoll, ja erforderlich, die gewerbestatistischen Arbeiten für die vor- und früh-

industrielle Zeit auch nach dem Abschluß des einleitend genannten Schwerpunktprogramms der DFG fortzuführen, damit sie nicht ein Torso bleiben. Auch könnte mit der Erforschung anderer Territorien dem oft kritisierten Übergewicht Preußens in der historischen Forschung entgegengewirkt werden.

Literaturhinweise

- Albrecht, U., Kaufhold, K. H., Kleineke, D., Kühl, U., Sachse, W. (1987): Beiträge zur Statistik des preußischen Berg- und Hüttenwesens vor 1850. In: *Scripta Mercaturae* 21, S. 82–115.
- Fischer, W., Kunz, A. (1990): „Quellen zur Historischen Statistik von Deutschland“. Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, Opladen.
- Kaufhold, K. H., Sachse, W. (Hrsg., 1989): *Gewerbestatistik Preußens vor 1850. Band 1: Das Berg-, Hütten- und Salinenwesen* (bearbeitet von Ulrike Albrecht u. a.). *Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland, Band 5, St. Katharinen.*
- Köllmann, W. (Hrsg., 1989): *Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875. Band 2: Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands 1816–1875: Preußische Provinzen* (bearbeitet von Antje Kraus). *Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte, Band 2 / II, Boppard.*
- Sachse, W. (1981): *Bibliographie zur preußischen Gewerbestatistik 1750–1850. Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6, Göttingen.*

Deutsche Agrarpreisstatistik 1400 bis 1800

1 Kleiner Abriss der Forschungsgeschichte

Im Rahmen der von Lord Beveridge nach der großen Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre initiierten Forschungen des Internationalen Komitees zur Erforschung der Preise sammelte eine von Moritz J. Elsas geleitete Arbeitsgruppe umfangreiches Material, das nach der Emigration von Elsas (1936–1949) in Leiden z. T. publiziert wurde.¹⁾ Der dreibändige „Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland“ umfaßt Daten für die Städte München, Augsburg, Würzburg, Frankfurt/M., Leipzig und Speyer. Die Datenauswahl – Grundlage bildeten meist Rechnungsserien – erfolgte nach der von Jean Meuvret²⁾ vorgeschlagenen Methode, d. h. man beschränkte sich bei dichten Preisserien auf die erste Preisangabe eines Monats. Die Umrechnung der Preise und Löhne in Silberäquivalente war problematisch, da Elsas und seine Mitarbeiter dabei auf Forscher angewiesen waren, die, sieht man von Friedrich Freiherr von Schrötter ab, als Geldhistoriker nicht oder nur unzureichend ausgewiesen waren. So sind von Anfang an Zweifel an der Zuverlässigkeit der Elsas-Daten erhoben worden; wie berechtigt sie sind, hat die Dissertation von Rainer Metz³⁾ gezeigt.

Wilhelm Abel, dem es gelang, das Elsas-Archiv mit den unveröffentlichten Materialien nach Göttingen zu holen, hat diese Daten in seinen konjunktur- und preisgeschichtlichen Arbeiten intensiv genutzt.⁴⁾ Dank der freundlichen Bereitschaft des Kollegen Kaufhold konnte die Trierer Arbeitsgruppe das Elsas-Archiv einsehen und brauchbar erscheinende Daten kopieren; in der Regel war jedoch eine erneute Datenaufnahme am Archivmaterial notwendig.

Die Fülle von Publikationen zur Preisgeschichte vor und nach Elsas kann hier nicht in extenso dargestellt werden.⁵⁾ Gewöhnlich liefern Editionen die Preise in relativ quellennaher Form, d. h. in Rechengeldeinheiten; häufig handelt es sich um aggregierte Daten, bei denen ebenfalls der Rückgriff auf die archivalischen Quellen notwendig ist.

*) Prof. Dr. Franz Irsigler, Universität Trier.

¹⁾ M. J. Elsas: Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, Band I 1936 und Band II (Teile A und B) 1949, Leiden. – Zur Geschichte des Elsas-Archivs vgl. W. Abel (1967): Preis-, Lohn- und Agrargeschichte. In: Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Festschrift Günther Franz, S. 67–79, Frankfurt.

²⁾ Vgl. M. Baulant, J. Meuvret: Prix de céréales extraits de la mercuriale de Paris (1520–1698), 2 Bände. 1960–1962, Paris. – M. Baulant (1968): Les prix des grains à Paris de 1431 à 1788. In: Annales E. S. C. 23, S. 520–540. – Nach der Methode Meuvret veröffentlichte noch W. Tijms (1977) niederländische Preisserien: Prijzen van granen en peulvruchten te Amhem, Breda, Deventer, 's-Hertogenbosch, Kampen, Koevorden, Maastricht, Nijmegen. *Historia Agriculturae* XI, 1, Groningen.

³⁾ R. Metz (1988): Währungsstruktur und Agrarpreisentwicklung des Niederrheinraumes im europäischen Vergleich, Phil. Diss. Trier. (Erscheint 1990 in der von H. Pohl hrsg. Reihe: Bankhistorisches Archiv; hier besonders die Abschnitte zu Frankfurt, Speyer, Würzburg, München und Augsburg.)

⁴⁾ Zu nennen sind die Standardwerke: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 3. Aufl., 1978, Stuttgart; Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, 1974, Hamburg/Berlin; Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 3. Aufl., 1978, Hamburg/Berlin. – Ferner wird auf zahlreiche Arbeiten von D. Saalfeld verwiesen.

⁵⁾ Vgl. die Zusammenstellung von W. Abel (1978): Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 3. Aufl., S. 311–318, Hamburg/Berlin.

Die Möglichkeiten des EDV-Einsatzes wurden, soweit mir bekannt ist, erstmals von Dietrich Ebeling und mir genutzt bei der zweibändigen Edition der Kölner Getreidepreise, Mengen, Brotgewichte und Brotpreise, die 1976/77 erschien.⁶⁾ Die zwischen 1531 und 1797 ungewöhnlich dichten Reihen (Wochenpreise bzw. -mengen) werden so quellennah wie möglich dargeboten, um alle Analysemöglichkeiten ausschöpfen zu können. Für die Zeit von 1771–1797 ist sogar eine Marktanalyse nach Käufern und Verkäufern möglich. Auf eine Umrechnung in Silber- oder Goldäquivalente wurde verzichtet, da es damals noch nicht möglich war, eine genügend dichte und zuverlässige Tabelle zur Umrechnung der Rechengeldeinheiten zu entwickeln. Wir mußten uns mit einer vorläufigen Umrechnungshilfe begnügen, die inzwischen durch die Forschungen von Rainer Metz überholt ist. Wir planen, zumindest die aggregierten Monats- und Jahrespreise in Edelmetalläquivalenten zu publizieren oder in einer Datenbank bereitzustellen.

2 Die geld- und währungsgeschichtliche Problematik

Die bei der Beschäftigung mit den Kölner Preisserien offengelegte Forschungslücke in der Geld- und Währungsgeschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit versuchte ich 1980–1986 in einem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekt zur Rekonstruktion des Geld- und Währungssystems ein wenig zu schließen.⁷⁾ Trotz der Brauchbarkeit von Indexrechnungen erscheint es mir unumgänglich, als Vergleichsmaßstab für den diachronen und den überlokalen bis internationalen Vergleich von Preisen, Löhnen, Transportkosten und anderen, meist in Rechengeldeinheiten angegebenen Daten Edelmetalläquivalente anzugeben. Auch Probleme der historischen Konjunkturforschung können nur so einigermaßen sauber gelöst werden. Die Förderphase war zu kurz, um über den rheinischen und niederländischen Bereich hinaus Ergebnisse zu erzielen. Die Trierer Datenbank konnte bisher, weil die Recherausstattung absolut unzureichend war, nur ein wenig gepflegt, aber nicht genutzt werden. Erst seit Mitte 1990 sind normale Arbeitsbedingungen gegeben. Zum Druck stehen an: Die geschlossenen Reihen der Münzproduktion in den Niederlanden (14. bis Ende 18. Jahrhundert)⁸⁾, eine Bibliographie zur Geld- und Währungsgeschichte Mitteleuropas mit über 5000 Titeln und ca. 20 Valuations- oder Kursserien aus rheinischen Städten mit etwa 20 000 Währungskursen.⁹⁾ In seiner Dissertation von 1988 hat Rainer Metz für die Städte Köln,

⁶⁾ D. Ebeling, F. Irsigler: Getreideumsatz, Getreide- und Brotpreise in Köln 1368–1797. Teil I: Getreideumsatz und Getreidepreise: Wochen-, Monats- und Jahrestabelle. Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln 65, 1976, Köln; Teil II: Brotpreise und Brotgewichte. Graphiken. Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln 66, 1977, Köln; in Vorbereitung (in Zusammenarbeit mit R. Metz): Teil III: Der Kölner Getreidemarkt im ausgehenden 18. Jahrhundert.

⁷⁾ Als Information: F. Irsigler, R. Metz, Chr. Reinicke (1984): Zur Rekonstruktion des Geld- und Währungssystems im niederrheinischen Raum (1350–1800). In: E. van Cauwenberghe, F. Irsigler (Hrsg.): Münzprägung, Geldumlauf und Wechselkurse (Minting, Monetary Circulation and Exchange Rates). Trierer Historische Forschungen 7, S. 201–218, Trier. – Die Arbeiten werden inzwischen mit regionaler Eingrenzung fortgeführt im Teilprojekt C 3 des Trierer Sonderforschungsbereichs 235. – Vgl. F. Irsigler (1990): Währungen im oberlothringischen Raum 1350–1600. Ein Projektbericht. In: M. North (Hrsg.): Geldumlauf, Währungssysteme und Zahlungsverkehr in Nordwesteuropa 1300–1800. Beiträge zur Geldgeschichte der späten Hansezeit, S. 75–91, Köln/Wien.

⁸⁾ E. van Cauwenberghe, F. Irsigler, R. Metz, J. Munro (Hrsg.): Münzprägung, Geldumlauf und Währungsverhältnisse in den südlichen Niederlanden (ca. 1340–1789). Teil I: Die Münzprägung in Gent, Brügge, Antwerpen, Brüssel; Teil II: Die Münzprägung der übrigen niederländischen Ateliers, Gesamtstatistik und Analyse.

⁹⁾ Die Kursreihen beziehen sich auf die Städte Aachen (1346–1626), Düren (1468–1625), Jülich (1470–1601), Kleve (1466–1646), Koblenz (1453–1547), Köln (1300–1770), Dortmund (1355–1549), Lüttich (1477–1623) u. a. m.

Aachen, Düren, Jülich, Xanten, Wesel und Koblenz, ferner, durch Überprüfung der Elsas-Berechnungen, für Frankfurt, Speyer und Würzburg Edelmetalläquivalente der Rechnungswährungen bereitgestellt, die vom 14./15. Jahrhundert bis zum Ende des Alten Reiches gehen. Auf den Ertrag seiner vergleichenden Analyse, in die neben englischen, französischen und niederländischen Reihen auch die von Wien, Danzig, Luzern, Krakau und Straßburg eingeflossen sind, kann ich hier nicht eingehen. Sicher ist, daß die geld-, aber auch die preis- und konjunkturgeschichtliche Forschung in Deutschland damit eine zwar noch schmale, aber sehr zuverlässige Grundlage hat.¹⁰⁾

3 Die Arbeiten am Schwerpunktprojekt „Deutsche Agrarpreisstatistik ca. 1400–1800“

Das Projekt wurde fünf Jahre lang von 1981–1986 gefördert. Ziel war die Erfassung, Bearbeitung und Edition langer Reihen von Agrarpreisen (besonders Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Spelz, zum Teil auch Hülsenfrüchte), die durch Elsas und andere Publikationen nicht erfaßt wurden. Der Schwerpunkt sollte im rheinischen Raum liegen, wo etwa für Düren, Aachen, Trier, Xanten, Düsseldorf sehr dichte Reihen vorliegen. Zum Vergleich sollten ausgewählte Reihen aus anderen Regionen, teils auf der Basis von Archivmaterial, teils durch Neubearbeitung von älteren Drucken, herangezogen werden.

Zu erfassen waren alle Daten. Aus der Datenbank sollen aggregierte Monats- bzw. Vierteljahrs- und Jahrespreise jeweils mit Edelmetalläquivalenten publiziert werden. Die Originaldaten mit allen Zusatzinformationen, z. B. über Marktmengen, Qualität, Ernte- bzw. Verkaufsbeginn für neues Getreide, preisbeeinflussende Faktoren innerer und äußerer Art¹¹⁾, stehen für die Forschung zur Verfügung; sie können beliebig, z. B. statt nach Kalender- nach Erntejahren, aggregiert werden. Hohen Stellenwert hat auch die graphische Darstellung, z. B. für den Spielraum von Maximal- und Minimalpreisen.

Die Konzentration der vollständigen Datenerfassung auf einen überschaubaren Raum hat den Vorteil, daß Hierarchien von Märkten klar herausgearbeitet werden können und die Faktoren der Preisbildung im Vergleich benachbarter Reihen deutlicher zu fassen sind.

Zur Publikation stehen an: Ergänzungen der Kölner Reihen, die Dürener Reihen (2 Preise pro Woche) von 1541–1812, die Aachener (1545–1913)¹²⁾, die Trierer (1502–1798, mit einigen Lücken)¹³⁾ und kürzere Reihen für Geldern, Neuss, Rees, Bonn, Duisburg, Emmerich, Wesel, Düsseldorf, Kaiserswerth, Goch, Elberfeld, Witten und Xanten. Weitgehend erfaßt sind

¹⁰⁾ Mein Antrag, in der 2. Phase des Schwerpunkts „Historische Statistik“ wenigstens für die 25 wichtigsten deutschen Städte Edelmetalläquivalente der Rechengeldeinheiten zu erarbeiten, wurde leider abgelehnt.

¹¹⁾ Vgl. z. B. D. Ebeling (1979): Versorgungskrisen und Versorgungspolitik während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Köln. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 27, S. 32–59, sowie R. Häfele (1989): Erntezyklus und Preiskrisen. Ein Beitrag zur rheinischen Agrargeschichte anhand der Dürener Getreidepreisreihen. In: Dürener Geschichtsblätter 78, S. 5–27.

¹²⁾ Hinzu kommen Preisreihen aus dem Aachener Marienstift (1367–1803), die von R. Nolden zusammengestellt wurden.

¹³⁾ Vgl. vorab F. Irsigler (1988): Wirtschaftsgeschichte der Stadt Trier 1580–1794. In: K. Düwell, F. Irsigler (Hrsg.): Trier in der Neuzeit. 2000 Jahre Trier, Band 3, S. 184 ff., Trier.

Reihen für Nördlingen, Straßburg, Münster, Bremen, Lüneburg und andere Städte. – Erarbeitet ist auch eine Bibliographie zur mitteleuropäischen Preisgeschichte, die ca. 5000 Titel umfaßt.

4 Zur wissenschaftlichen Auswertung

Wenn man berücksichtigt, welche Rolle Getreide als Grundnahrungsmittel, als Handelsgut und als Energielieferant beim Landtransport und in der Landwirtschaft spielte, dann muß die Bedeutung von Getreidepreisuntersuchungen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht mehr besonders herausgestellt werden. Ich verweise nur auf die Arbeiten von Abel, Meuvret, Kintz und anderen Forschern.¹⁴⁾ Die von meinen Bielefelder und Trierer Arbeitsgruppen erarbeiteten Reihen sind z. T. von anderen Wissenschaftlern genutzt worden, z. B. von dem Schweizer Klimaforscher Christian Pfister¹⁵⁾ und von amerikanischen bzw. kanadischen Kollegen. Insgesamt war die wissenschaftliche Rezeption der Kölner Preisreihen gering. Um die Auswertung hat sich vor allem Rainer Metz verdient gemacht.¹⁶⁾ Bei seinen Untersuchungen zur älteren Konjunkturgeschichte, für die er neben Preis- und Lohnreihen auch Währungs- und Münzproduktionsreihen einsetzte, konnte er ein von Winfried Stier (St. Gallen) entwickeltes Filterprogramm nutzen, das die exakte Trennung von Zyklus und Trend erlaubt. Diese Arbeiten gipfeln wiederum in der Dissertation von 1988, die für die Analyse von monetärer und Preisentwicklung vor 1800 auch eine neue theoretische Basis bietet. Den Ertrag von Getreidepreisreihen für die Bereitstellung klimahistorischer Grunddaten zeigt neben der bahnbrechenden Arbeit von Pfister ein Aufsatz von Rolf Häfele.¹⁷⁾ Wie bei allen Daten zur Historischen Statistik entfalten auch Getreidepreisdaten ihre volle Aussagekraft erst in der Verknüpfung mit anderen Reihen, z. B. in der Kombination von preisgeschichtlichen mit demographischen Daten.¹⁸⁾

5 Zur Bedeutung der preis- und währungsgeschichtlichen Forschung für die Gegenwart

Man ist versucht – wie bei aller historischen Forschung, von der Zeitgeschichte vielleicht abgesehen –, den Ertrag solcher Arbeiten gering einzuschätzen, gewissermaßen als Luxus, den sich ein reiches Land mit anerkannter Bildungstradition noch leistet oder leisten kann.

¹⁴⁾ Vgl. M. Baulant, J. Meuvret (1960–1962); W. Abel (1974, 1978); J. P. Kintz (1984): *La Société Strasbourgeoise 1560–1650*, bes. S. 250 ff., Paris; D. Ebeling (1987): *Bürgertum und Pöbel. Wirtschaft und Gesellschaft Kölns im 18. Jahrhundert*. *Städteforschung A* 26, bes. Kapitel III, Köln/Wien.

¹⁵⁾ Chr. Pfister (1984): *Das Klima der Schweiz von 1525–1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft*. *Academica Helvetica* 6, 2 Bände, Bern/Stuttgart. – Kölner Preisdaten hat auch M. Stürmer (Hrsg., 1979): *Herbst des alten Handwerks, Quellen zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts*, S. 117–120, München, in Graphikform übernommen.

¹⁶⁾ R. Metz (1981): *Theoretische Aspekte der statistischen Analyse langfristiger Konjunkturschwankungen*. In: D. Petzina, G. van Roon (Hrsg.): *Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellagen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 323–330, Stuttgart; R. Metz (1983): „Long Waves in English and German Economic Historical Series from the Middle of the Sixteenth to the Middle of the Twentieth Century”. In: R. Fremdling, P. K. O'Brien (Hrsg.): *Productivity in the Economics of Europe*, S. 175–219, Stuttgart; R. Metz (1987): *Kondratieff and the Theory of Linear Filters*. In: T. Vasko (Hrsg.): *The Long-Waves Debate*, S. 390–404, Berlin; R. Metz (1984): *Long Waves in Coinage and Grain Price-Series from the Fifteenth to the Eighteenth Century. Some Theoretical and Methodological Aspects*. In: *Review VII*, 4, S. 599–647.

¹⁷⁾ Vgl. Chr. Pfister (1984) und R. Häfele (1989).

¹⁸⁾ Vgl. z. B. J. P. Kintz (1984), *passim* und W. Abel (1974), S. 287–290.

Öffentliche Aufmerksamkeit darf man bei einer so trockenen Materie nicht erwarten. Ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Nutzen läßt sich kaum beweisen, abgesehen von den Aufträgen an die Druckindustrie – und die sind gerade bei der Historischen Statistik, wie Auflagenhöhe und Absatz beweisen, von sehr geringer Bedeutung. Es mag bei den Statistikdaten für das 19. und 20. Jahrhundert anders sein, aber auch hier halte ich Optimismus für unberechtigt. Das wirkt sich natürlich auch in der Forschungsförderung aus, z. B. bei der Ausstattung von Geisteswissenschaftlern mit Rechenanlagen.¹⁹⁾

Von einer kleinen Ausnahme möchte ich aber, der Kuriosität halber, noch berichten. 1983 referierten Rainer Metz und ich auf dem von Immanuel Wallerstein und Jean-Claude Perrot organisierten Pariser Kolloquium über „lange Wellen“; der Beitrag „The statistical evidence of ‚long waves‘ in pre-industrial and industrial times“ wurde in Wallersteins *Social Science Information* 1984 gedruckt.²⁰⁾ Wahrscheinlich deshalb wurde ein Mitarbeiter des Deutschen Forschungsdienstes darauf aufmerksam, den nicht so sehr unsere Methoden und Ergebnisse interessierten, die in Paris eine lange und heftige Diskussion ausgelöst hatten, sondern ein eher beiläufiger Nebensatz, in dem wir den gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwung in seiner schon beachtlichen Länge gewissermaßen vorausgesagt haben²¹⁾ – ein sehr unhistorisches Verfahren. Es brachte einen Nachdruck des Forschungsdienstartikels in einer spanischen Zeitschrift²²⁾ und dann eine Anfrage aus Bolivien, ob wir bei der Lösung aktueller Konjunkturprobleme wissenschaftlichen Rat wüßten.²³⁾ Da mußten wir passen. Inzwischen haben Metz und Stier auf der Nachfolgekonferenz in Novosibirsk 1988 die retrospektive Prognose verfeinert und den Wendepunkt des neuen Kondratieff, ausgehend von Daten bis 1979, auf 1982 berechnet²⁴⁾, d. h. sich höchstens um ein Jahr „geirrt“.

Es ist für Historiker immer schwer, mit Vertretern anderer Disziplinen in ein ernsthaftes Gespräch zu kommen; das gilt vor allem für Mediävisten. Eher zufällig ergab sich, daß die von Peter Bernholz, einem Schweizer Geld- und Preistheoretiker, entwickelten Verlaufs-

¹⁹⁾ Es ist sehr viel leichter für einen Mathematiker, der Zufallszahlenkombinationen für Spielautomaten testet, den Bedarf nach einem leistungsfähigen Rechner für diese Art von Auftragsforschung zu begründen, als für einen Geisteswissenschaftler, einem von Naturwissenschaftlern dominierten Gremium klarzumachen, daß man Historische Statistik nicht mit einem PC für 5000,- DM betreiben kann. EDV-mäßig sind wir immer noch Forscher 2. und 3. Klasse. Man darf sich nicht wundern, wenn EDV-Anwender zunehmend das Bedürfnis verspüren, sich wieder stärker Formen der erzählten Geschichte zuzuwenden, für die es über den Kreis der Fachkollegen hinaus ein Publikum gibt.

²⁰⁾ Siehe S. 381–410; der auffällige Prognosesatz S. 387: „If one takes into account the fact that in the 19th century the ratio between the average length from upswing to downswing is approximately three to two, another turning point can be expected in the coming years.“

²¹⁾ Ohne Verfasser (1984): Geschichte: Wirtschaftswenden – unabwendbar. In: Deutscher Forschungsdienst. Berichte aus der Wissenschaft, S. 12. 1. August.

²²⁾ Los Cambios Economicos: Algo Inevitable. In: DYNA. Organo Oficial de la Federación de Asociaciones de Ingenieros Industriales de España, Jahrgang 59/11, S. 46, November.

²³⁾ Schreiben von Herrn Abraham Lopez Lafuente, SEHEC-Bolivia, vom 20. 4. 1985.

²⁴⁾ W. Stier/R. Metz (1988): Modelling Long Wave-Phenomena. Paper presented at the Conference on Regularities of Scientific-Technical Progress and Long-Term Tendencies of Economic Development, Novosibirsk, USSR, 14.–19. März. (Der Kongreßband ist noch nicht erschienen. Ob der von Metz erstmals in Produktionsreihen nachgewiesene Zyklentypus zwischen Kuznets und Kondratieff einmal nach ihm benannt wird, sei dahingestellt; bisher wurde diese Entdeckung nicht zur Kenntnis genommen.) – Vgl. auch R. Metz (1981).

modelle moderner Hyperinflationen eine frappierende Ähnlichkeit mit unseren Rekonstruktionen von Inflationsprozessen im 15. und 17. Jahrhundert haben.²⁵⁾

Ich verfolge mit Interesse die gegenwärtige Diskussion um ein einheitliches europäisches Währungssystem. Ein solches hat es schon mehrmals gegeben, z. B. nach der Münzreform Karls des Großen oder in Form der Gold-/Silber- bzw. Billon-Doppelwährung auf der Basis des Florentiner Gulden bzw. Venezianer Dukaten; Peter Spufford²⁶⁾ hat es bis 1500 rekonstruiert. Als Geldhistoriker, der von einer funktionalen Geldtheorie²⁷⁾ ausgeht, kann ich die Prognose wagen, daß die bisher vorgeschlagenen Stufenmodelle für eine gemeinsame europäische Währung nicht funktionieren werden, sondern nur ein Doppel- oder Parallelwährungssystem mit wertstabilem ECU, der nicht als „Korbwährung“ definiert ist, sondern als potentialorientierte, an die Nettoinlandprodukte gebundene Währung, einerseits und variablen Landeswährungen andererseits, wobei es für das Problem der jeweiligen Geldmengenbestimmung und die Fixierung des ECU mehrere Lösungsmöglichkeiten gibt.²⁸⁾ Leider sind Erfahrungen mit so komplexen Geld- und Währungssystemen, wie sie Spätmittelalter und Frühneuzeit aufweisen, heute kaum mehr vermittelbar, da wir ein reines Rechengeldsystem haben, dessen Wert uns monatlich durch den Gastgeber dieses Kolloquiums mitgeteilt wird.²⁹⁾

²⁵⁾ Vgl. P. Bernholz (1985): Hyperinflation and Monetary Reform. In: *Economic and Financial Prospects* 1, S. 1–6; P. Bernholz (1982): Flexible Exchange Rates in Historical Perspective. In: *Princeton Studies in International Finance* 49, S. 1–44; P. Bernholz, M. Gärtner, E. W. Heri (1985): Historical Experiences with Flexible Exchange Rates. In: *Journal of International Economics* 19, S. 21–45.

²⁶⁾ P. Spufford (1986): *Handbook of Medieval Exchange*, London und P. Spufford (1986): *Money and its Use in Medieval Europe*, Cambridge.

²⁷⁾ F. Irsigler: Währungspolitik und Währungswirklichkeit im späteren Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit. In: J. Miethke, K. Schreiner (Hrsg.): *Sozialer Wandel im hohen und späten Mittelalter* (in Vorbereitung). Zur Weiterentwicklung des Ansatzes vgl. R. Metz (1988). – Sehr diskussionswürdig, aber durch die Anbindung des „neuen Ecu“ an die Höhe und Entwicklung der Nettoinlandprodukte zu ergänzen, erscheint mir das 4-Punkte-Programm von P. Bernholz (1985), das er im Rahmen der Vortragsveranstaltung über „Das Europäische Währungssystem – Konsolidierung und Fortentwicklung“ präsentierte. Vgl. Ifo-Schnelldienst 23/85, 38. Jahrgang, S. 17, 14. August, München.

²⁸⁾ Der von Jacques Delors geleitete „Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion“ hat die Möglichkeit einer Parallelwährungsstrategie zwar diskutiert, aber zu früh verworfen, wobei er von unzulässigen Prämissen ausging. Vgl. den „Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft“, S. 33, 1989.

²⁹⁾ Inzwischen ist das von der Delors-Kommission vorgeschlagene Stufenmodell, das der sogenannten „Krönungstheorie“ folgt, kaum noch Grundlage der Diskussion. Von England, Spanien und bald wohl auch anderen EG-Ländern, wird das Modell einer Parallelwährung von ECU und nationalen Währungen eindeutig favorisiert.

Historische Statistik des Herzogtums Württemberg vom 15./16. bis zum 18./19. Jahrhundert

Eine Historische Statistik des Herzogtums Württemberg vom ausgehenden 15. bis ins frühe 19. Jahrhundert – das mag ein wenig provinziell und anspruchsvoll zugleich klingen – provinziell wegen der Beschränkung auf ein Territorium, dessen Fläche nicht einmal zwei Prozent des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 ausmachte; anspruchsvoll, weil der Titel „Historische Statistik“ einen sehr umfassenden Zugriff auf umfangreiche Datenbestände suggeriert, und dies über einen Zeitraum von rund drei Jahrhunderten, die dem Statistiker nicht gerade sonderlich vertraut sind und die noch zur „vorstatistischen Zeit“ gerechnet werden.

In einem Werkstattbericht¹⁾ – um mehr kann es sich im folgenden noch nicht handeln – möchte ich versuchen, die Erwartungen in beiderlei Hinsicht auf eine angemessene Mittellage einzustimmen:

Mit rund 9500 km² Fläche zählte das Herzogtum Württemberg innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nur zu den kleineren Mittelstaaten; andererseits war es das größte Territorium Südwestdeutschlands, besaß ein ziemlich geschlossenes Gebiet (siehe Abbildung 1, S. 53)²⁾ und wies innerhalb seiner Grenzen eine beachtliche Vielfalt der natürlichen Ausstattung auf, die sich auch in der Nutzung des Raumes niederschlagen mußte und deren Bandbreite in vielem für die südwestdeutschen Verhältnisse typisch ist. Insofern kann eine statistische Analyse des Herzogtums Württemberg wesentliche Eindrücke von der demographischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung Südwestdeutschlands überhaupt in vorindustrieller Zeit vermitteln.

Daß die Erforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte auch für die vorindustrielle Zeit auf tragfähige quantitative Aussagen angewiesen bleibt, um Konstanz und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft für größere Regionen übergreifend und zugleich differenzierend analysieren zu können, das dürfte in unserem Kreis kaum strittig sein. Einschlägige Quellen³⁾ stehen aber – wenn überhaupt – meist nur für kleinere Raumeinheiten zur Verfügung und auch dies keinesfalls in der Dichte und Qualität, wie sie uns seit anderthalb Jahrhunderten zunehmend zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Eine historische Statistik für die frühe Neuzeit vermag daher gewöhnlich nur verhältnismäßig wenige Sachverhalte zu erfassen, auch diese oft genug nur mit großen zeitlichen Lücken, nicht

*) Prof. Dr. Wolfgang von Hippel, Universität Mannheim.

¹⁾ Das Projekt „Historische Statistik des Herzogtums Württemberg vom 15./16. bis zum frühen 19. Jahrhundert“ wurde bisher im Rahmen des DFG-Schwerpunkts „Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland“ durchgeführt und finanziert. Den Mitarbeiterinnen – Tilde Bayer, Marieluise Gallinat-Schneider, Hauke Gerloff und Ute Mocker – sei auch an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlich gedankt.

²⁾ Vgl. im einzelnen Elmar Blessing (1972): Die territoriale Einteilung von Württemberg bis 1796. In: Historischer Atlas von Baden-Württemberg (HABW), Karte VI, 2, Stuttgart.

³⁾ Vgl. (allgemein) Ernst Pitz (1976): Entstehung und Umfang statistischer Quellen in der vorindustriellen Zeit. In: Historische Zeitschrift 223, S. 1–39.

voll flächendeckend und mit erheblichen Einschränkungen, was die Konsistenz des Materials betrifft; nicht selten schließlich muß Akten-Urmaterial erst noch statistisch aufbereitet werden. Ein derartiges Unternehmen ist entsprechend zeitaufwendig und erfordert den Zugriff bis auf möglichst kleine Einheiten hinunter, weil sich hier am ehesten Möglichkeiten zur Datenkontrolle eröffnen. Im Fall des Herzogtums Württemberg nun scheint sich die Chance zu bieten, verhältnismäßig weit zurückgreifend anhand einer Serie von Querschnitten wesentliche Basisdaten zu gewinnen, in erster Linie solche zur Bevölkerung, in zweiter Linie solche zu landwirtschaftlichen Flächen, Hausbestand, Gewerbetätigkeit, Viehbesatz.

Die Kombination der verschiedenen Daten müßte es ermöglichen – so unsere Ausgangsannahme – den Raum und seine Ressourcen zur Bevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Beziehung zu setzen und dadurch auch die Aussagekraft der einzelnen Datenserien besser abschätzen zu können. Die Sperrigkeit eines Großteils der verfügbaren Quellen läßt sich damit allerdings nicht problemlos beseitigen.

Wie schwierig es immer wieder ist, das vorliegende Material angemessen zu bewerten, mag die erste württembergische Volkszählung von 1598 belegen⁴⁾:

Am 13. Juli 1598 ordnete Herzog Friedrich I. von Württemberg an, die Amtleute sollten erheben, „wieviel auch Bürger und Inwohner jetziger Zeit in Flecken, Weiler, Hof und Mühlän wohnten und seßhaft seien“. Wir wissen nicht genau, was den Herzog dazu veranlaßte, diese erste württembergische Volkszählung zu dekretieren. Sicher spielte das Bedürfnis des Fürsten eine entscheidende Rolle, das Land besser kennenzulernen, das ihm erst wenige Jahre zuvor durch Erbfolge zugefallen war und in dem damals eine Pest die Bevölkerung dezimierte.⁵⁾ Der selbstherrliche Absolutist, der damals gerade den freien Zug aus dem Herzogtum aufzuheben bemüht war, um seine Einnahmen aus den Leibeigenschaftsgefällen zu erhöhen, mag deshalb einen genaueren Überblick über die „Bürger und Inwohner“ gewünscht haben. Die Anweisungen zur Volkszählung blieben freilich trotz scheinbarer Präzision vage. Klar war allen Beteiligten nur, daß nicht Individuen erfaßt werden sollten. Ansonsten bestand kein Konsens, welches denn die übergeordneten Zählseinheiten zu sein hätten. Die Regierung wollte, wie sie im nachhinein feststellte, auch „Wittfrauen und erwachsene mannbare Bürger- und Selbstsöhne“ einbezogen wissen, wünschte also offensichtlich in erster Linie Information über Haushaltsvorstände bzw. bei den erwachsenen Bürgersöhnen über vorhandenes Militärpotential. Den Amtleuten wurde dies jedoch nicht nahegebracht; sie zählten daher, was sie für richtig hielten, oder auch, was für sie am bequemsten erreichbar war, und meldeten Zahlen meist ohne nähere Erläuterung über deren Zustandekommen, dafür unter einer Vielzahl von Bezeichnungen, die keineswegs immer dasselbe beinhalten mußten.

Das belegen jedenfalls diejenigen Beamten, die in ihren Berichten genauere Angaben zu ihrer Vorgehensweise machten. Teils bezogen sie die Witwen ein, teils nicht, und Entsprechendes

⁴⁾ Zum folgenden (außer den Akten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 4, Büschel 4): Gebhard Mehring (1918/19): Württembergische Volkszählungen im 17. Jahrhundert. In: Württembergische Jahrbücher, S. 313–318; ferner Meinrad Schaab (1967): Die Anfänge einer Landesstatistik im Herzogtum Württemberg, in den Badischen Markgrafschaften und in der Kurpfalz. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 26, S. 89–112, hier S. 91 ff.

⁵⁾ Vgl. Walter Grube (1957): Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, S. 251 ff., Stuttgart sowie Mehring (1918/19), S. 316.

gilt für die erwachsenen Bürgersöhne, aber auch für ortsabwesende Bürger oder für nicht verbürgerte herzogliche Beamte; teilweise griffen sie einfach auf vorhandene Akten und Musterregister zurück, teilweise erhoben sie die Daten eigens für den vorliegenden Zweck. Die Regierung scheint sich an den offensichtlichen Mängeln des Zahlenwerks nicht einmal gestoßen zu haben; jedenfalls bemühte sie sich nicht ernsthaft darum, es durch präzisere Anweisungen nachzubessern. Da in den folgenden Jahrzehnten keine entsprechenden Daten mehr ermittelt wurden, dienten die Zahlen von 1598 der Verwaltung als entscheidende Informationsquelle offenbar noch bis in die 1630er Jahre hinein.⁶⁾

Die Zählung von 1598 beleuchtet schlaglichtartig das dilemmareiche Wagnis, auf das sich der Historiker immer wieder einlassen muß, wenn er versucht, Datenmaterial aus der früheren Neuzeit statistisch aufzubereiten und auszuwerten. Unsicherheit über den Erhebungszweck, mangelhafte Präzision der Erhebungskriterien, ungenügende Information über die Erhebungsmethoden der Behörden vor Ort und damit über den tatsächlichen Aussagewert der Zahlen – derartige Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten müßten ihn eigentlich abschrecken. Die Hoffnung, daß selbst derartig brüchigem Quellenmaterial aufgrund eines Mindestmaßes an innerer Logik wenigstens grobe Annäherungswerte an die historische Wirklichkeit entlockt werden können, und das Erfordernis, sich für Analysen der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten möglichst auch auf quantitative Information zu stützen, können den Historiker dann doch zu einem gewissen Zweckoptimismus verleiten. Freilich tut er gut daran, seine eigenen Erwartungen den auszuwertenden Materialien anzupassen und ihnen nicht mehr abzuverlangen, als es die Zeitgenossen taten. Die folgenden Voraussetzungen haben uns zu einem entsprechenden Versuch mit dem Herzogtum Württemberg ermutigt:

1. Das Herzogtum Württemberg besitzt ein ziemlich geschlossenes Territorium, das sich während des Untersuchungszeitraumes nicht allzu stark verändert hat; mit annähernd 600 Gemeinden ist es noch überschaubar genug, um die Daten bis zur untersten Gebietseinheit der Gemeinde aufzuschlüsseln; zugleich ist es damit umfangreich und vielfältig genug, charakteristische Unterschiede zwischen kleineren Raumeinheiten erfassen zu können.
2. Auch die Verwaltungsorganisation blieb während des untersuchten Zeitraumes im wesentlichen konstant; Gemeinde- und Amtsgrenzen haben sich nur in bescheidenem Umfang verändert, so daß die verfügbaren Daten sich verhältnismäßig sicher zuordnen und vergleichen lassen.
3. Die genannten Daten und Materialien stehen ganz überwiegend bis auf die Ebene der politischen bzw. der Kirchen-Gemeinde hinunter zur Verfügung; dies ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, die Tragfähigkeit der Quellen zu kontrollieren.
4. Während des Untersuchungszeitraumes entwickelten sich mehrere Zähltraditionen, die sich wenigstens teilweise gegenseitig abstützen und zunehmend auch den diachronen Vergleich ermöglichen. Es handelt sich a) um die militärische Musterung, b) um Steuerkataster, c) um kirchliche „Seelen“-Zählungen und d) um staatliche Bevölkerungszählungen. Hinzu treten einige Spezialaufnahmen z. B. über Kriegsschäden, über Handwerk und Gewerbe oder über das Armenwesen.

⁶⁾ Ebenda, S. 315.

5. Die Daten zum Bevölkerungsstand lassen sich wenigstens stichprobenartig mit Hilfe von Kirchenbüchern durch Daten zur Bevölkerungsbewegung ergänzen. Hierbei erweist es sich als hilfreich, daß in Württemberg die Führung von Kirchenbüchern bis ins letzte Drittel des 16. Jahrhunderts zurückreicht und schon früh ziemlich einheitlich gehandhabten Richtlinien folgte.

Um einen genaueren Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen einer Statistik Württembergs während der frühen Neuzeit zu liefern, möchte ich zunächst die genannten Quellentypen vorstellen, damit ihre jeweilige Aussagekraft besser eingeschätzt werden kann; ich möchte dann kurz auf die Frage eingehen, ob und inwieweit durch Vergleich und Verknüpfung der verschiedenen Quellen noch zusätzliche Information über deren Qualität zu gewinnen ist. Damit ist zugleich die Frage angesprochen, in welchem Umfang eine derartige Statistik der frühen Neuzeit sich auf bloße Datenwiedergabe beschränken darf, ob sie nicht vielmehr außer der Quellenbeschreibung zwecks besserer Verwendbarkeit wenigstens noch Teil-Auswertungen der Quellen selbst liefern muß.

Betrachten wir zunächst die fraglichen Quellengattungen.

Nur erwähnen möchte ich die militärische Musterung: Sogenannte Musterregister sind zwar für viele Ämter des Herzogtums Württemberg aus dem 16. und frühen 17. Jahrhundert erhalten, doch scheinen diese Aufzeichnungen über die waffenfähigen Männer und ihre Ausrüstung in sich zu wenig vergleichbar zu sein. Dafür sprechen die großen Sprünge in den Zahlen binnen weniger Jahre. Offenbar schwankten die Erfassungsmaßstäbe und damit auch der erfaßte Personenkreis. Bei den Aufnahmen für die historische Statistik wurden die Musterregister daher vorerst nicht berücksichtigt, doch sollen sie zur Datenkontrolle eingesetzt werden, z. B. um die Qualität der Bürger-Zählung von 1598 besser bewerten zu können.

Etwas günstiger sieht es mit den Steuererhebungen aus, soweit hier die Erhebungsmodalitäten genauer bekannt sind und die Steuerbücher erhalten blieben. Dies ist nach Ansätzen im ausgehenden 15. Jahrhundert landesweit erstmals für das Jahr 1525 der Fall. Die damalige Zählung der Herdstätten, also der Haushalte, war eine unmittelbare Folge des unglücklich verlaufenen Bauernkriegs. Die damalige österreichische Herrschaft lastete die entstandenen Schäden dem Land an und nutzte die Gelegenheit, eine außerordentliche Umlage zu veranstalten, um landesherrliche Schulden zu begleichen. Da nicht nur die Herdstätteninhaber, sondern auch Bürger aufgeführt wurden, die wenigstens Grundbesitz besaßen oder die als Habenichtse eingestuft wurden, erhalten wir hier vermutlich einen geschlossenen Überblick über den jeweiligen Bürgerbestand.

Noch differenzierter wird der erhebbare Datensatz bei der Türkensteuer von 1544/45. Mit Hilfe der Steuerlisten, die Karl-Otto Bull bereits sorgfältig aufbereitet hat⁷⁾, lassen sich nicht nur Aussagen über die Bevölkerung selbst machen, sondern auch sehr viel sicherer als für das

⁷⁾ Karl-Otto Bull hat eine zusammenfassende Publikation der Daten vorbereitet. Vgl. vorerst Karl-Otto Bull (1974): Die Türkensteuerlisten als Geschichtsquelle. In: Beiträge zur Landeskunde – Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 2, S. 5–11; Karl-Otto Bull (1975): Die durchschnittlichen Vermögen in den altwürttembergischen Städten und Dörfern um 1545 nach den Türkensteuerlisten. In: HABW XII, 1, Stuttgart; vgl. die Bearbeitung der Stuttgarter Steuerliste durch Gerd Wunder (1974): Die Stuttgarter Steuerliste von 1545. Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, Band 26, Stuttgart.

Jahr 1525 über deren Vermögensverhältnisse. Unterschiedliche Erfassungskriterien verhindern freilich den einfachen Vergleich zwischen den Daten beider Jahre, denn bei der Türkensteuer wurden alle Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts veranlagt, die ein auch noch so bescheidenes Einkommen bezogen, so daß auch Knechte und Mägde oder Witwen und Waisen in den Steuerlisten zu finden sind.

Einigermaßen zuverlässig vergleichen kann man dagegen zwei Steuerkatastrierungen aus dem 17. Jahrhundert, nämlich aus den Jahren 1629/34 und 1655.⁸⁾ Beide Veranlagungen ergaben sich aus der Notwendigkeit, im Zeichen des Dreißigjährigen Krieges angesichts des wachsenden Steuerbedarfs landesweit gültige und möglichst dauerhafte Veranlagungskriterien zu entwickeln, wie sie bisher nicht bestanden hatten. Da man deshalb vor allem auch Haus- und Grundbesitz näher spezifizierte, erhalten wir hier für die Zeit vor dem Einbruch des Krieges in das Herzogtum wie für einen Zeitpunkt wenige Jahre nach Kriegsende außer der Zahl der versteuerten Bürger auch erstmals recht brauchbare Angaben über die wichtigsten Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Acker, Wiese, Garten, Weinberge). Freilich bleibt die Freude nicht völlig ungetrübt; für eine relativ große Zahl von Orten fehlen die Einzelangaben, auch werden die Flächenmaße häufig in unterschiedlichen Einheiten angegeben (z. B. Morgen, Tagwerk, Jauchert), ohne daß ersichtlich ist, ob es sich wirklich um unterschiedliche Bemessungseinheiten handelt.

Nur der Vergleich mit der neuen Steuerkatastrierung aus dem frühen 18. Jahrhundert kann dem Mangel einigermaßen abhelfen, weil diese nach einheitlichem Landesmaß vorgenommen worden ist. Vereinheitlichende und ausdifferenzierende Normierung ist überhaupt das Kennzeichen des neuen Steuerkatasters, das dann für nahezu ein Jahrhundert die Grundlage der Steuerbemessung in Württemberg bildete.⁹⁾ Ihm läßt sich u. a. detaillierte Information zum Gebäudebestand, zur landwirtschaftlichen Nutzfläche und ihrer Qualität sowie Annäherungswerte für die durchschnittlichen Ernteerträge entnehmen, nicht zuletzt aber auch über Zahl, Gattung und wirtschaftliche Lage des Handwerks. Eine ortsweise Gewerbeerhebung von 1816 ermöglicht es, die weitere Entwicklung des Handwerks während der nächsten 80 bis 90 Jahre vergleichend zu verfolgen.

Bisher war, soweit es die Bevölkerung betraf, immer wieder von Bürgern, Inwohnern und „Mannschaft“ die Rede. Die Angaben bezogen sich also nicht auf die gesamte Bevölkerung, sondern gewöhnlich auf Haushalte. Nur unter erheblichen Vorbehalten läßt sich daraus mit Hilfe von Multiplikatoren die Gesamtbevölkerung gleichsam hochrechnen. Anhand der Türkensteuerregister hat dies Karl-Otto Bull für das Herzogtum insgesamt versucht, indem er die Zahl der versteuerten Männer jeweils mit vier, diejenige der Witwen mit drei, diejenige der steuerzahlenden Kinder und Erben mit zwei multiplizierte und so auf eine Größenordnung von gut 208000 Menschen kam.¹⁰⁾ Vermutlich handelt es sich hierbei eher um einen Unterwert, doch selbst wenn man den Multiplikator nach sonst belegten zeitgenössischen Werten etwas

⁸⁾ Vgl. die sogenannte Erste und Zweite Steuer-Instruktion vom 11. 5. 1629 bzw. vom 16. 1. 1652 in August Ludwig Reyscher (1839): *Vollständige historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze*, Bd. XVII, S. 127 ff. und 189 ff.

⁹⁾ Vgl. im einzelnen die sogenannte Dritte Steuer-Instruktion vom 24. 1. 1713 mit einer Vielzahl von erläuternden und ergänzenden Bestimmungen; ebenda, S. 350 ff.

¹⁰⁾ Nach den Erhebungen von Karl-Otto Bull, die dieser freundlicherweise zur Verfügung stellte.

anhebt, liegt das Ergebnis nur knapp 10 Prozent über der genannten Zahl (rund 226000 Menschen bei 4,3 Personen je Haushalt, ungerechnet die steuerzahlenden Kinder und Erben) – eine durchaus vertretbare Unsicherheits-Marge.

Unbefriedigend bleiben solche Schätzungen natürlich trotzdem, und der Historiker – und wohl nicht nur der – ist glücklich, wenn er brauchbare Zahlen über den Bestand der Gesamtbevölkerung erhält. Diese Größe hat die amtlichen Stellen offensichtlich erst nach den schweren Bevölkerungsverlusten des Dreißigjährigen Krieges derart interessiert, daß sie sich ernsthaft darum bemühten, sie zu ermitteln. Kennzeichnenderweise geschah dies nicht über die weltlichen Behörden, sondern über die geistlichen Amtsträger. Die Verzahnung zwischen Kirche und Staat war in Württemberg durch die Reformation intensiviert worden. Das zeigte sich auch in der Einrichtung der Kirchensynodation, deren Ergebnisse der sogenannte Synodus, ein zentrales Gremium in kirchlichen Angelegenheiten, einmal jährlich prüfte und beriet.¹¹⁾ Kirchensynodationen waren in nach- und gegenreformatorischer Zeit bekanntlich ein wichtiges Instrument, um konfessionelle Normierung und Abgrenzung zu sichern und damit zugleich auch kirchliche und politisch-soziale Disziplinierung voranzutreiben. Der Versuch, durch regelmäßige Kontrolle nach einem festen Frageschema für das Seelenheil der Untertanen zu sorgen, ließ eine geistliche Buchführung entstehen, die trotz allen Lücken die kontinuierlichste und konsistenteste Information über den Bevölkerungsbestand in Württemberg während des 17. und 18. Jahrhunderts enthält (vgl. als Beispiel Tabelle 1, S. 59).¹²⁾

„Seelen-Zählungen“: Die Geistlichkeit interessierte sich in erster Linie für die „Seelen“ also – anders als bei den bisher genannten Quellen – für die Kirchenmitglieder und ihre Stellung in der Gemeinschaft der Gläubigen. Das Bedürfnis nach Quantifizierung entfaltete sich dabei zunächst nur zögernd. Zahlen über die Kommunikanten, die Empfangsberechtigten des Abendmahls, wurden noch bis ins frühe 17. Jahrhundert, wenn überhaupt, gewöhnlich nur in runden Summen angegeben; von den Jüngeren erfaßte man des öfteren die sogenannten Katecheten, das heißt diejenigen, die durch die Christenlehre systematisch in das kirchliche Leben eingeübt wurden, subsumierte darunter aber offensichtlich teilweise auch sämtliche Kinder und Jugendliche. Erst die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges veranlaßten die Geistlichkeit seit den 1650er Jahren, die gesamte evangelische Bevölkerung regelmäßig aufzuzeichnen, also außer Kommunikanten und Katecheten auch die Infantes, die Kinder. Für weitere Merkmale der Bevölkerung, etwa das Geschlecht, interessierte man sich nicht; die Kategorien der Kommunikanten, Katecheten und Infantes entsprachen im übrigen keinen exakten Altersgruppen, sondern folgten geistlicher Logik: Alle, „die ein Vatterunser betten können“, so lautete eine Bestimmung von 1687¹³⁾, rechneten zu den Katechumenen und nicht mehr zu den Infantes, und erst im frühen 19. Jahrhundert ist eindeutig belegt, daß die Pfarrer das vollendete sechste Lebensjahr als Altersgrenze zwischen beiden Gruppen übernehmen sollten.¹⁴⁾ Auch die Katechumenen und Kommunikanten lassen

¹¹⁾ Vgl. hierzu Ernst Walter Zeeden (Hrsg., 1987): Repertorium der Kirchensynodationsakten aus dem 16. und 17. Jahrhundert in Archiven der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Baden-Württemberg, Teilband II, S. 15 ff., 35 ff., 73 ff. und 171 ff., Stuttgart.

¹²⁾ Besonders nachdrücklich wiesen auf dieses Material bereits Walter Troeltsch (1897): Die Calwer Zeughandlungskompagnie und ihre Arbeiter. Studien zur Gewerbe- und Sozialgeschichte AltWürttembergs, S. 394 ff., Jena und Gebhard Mehring (1918/19) hin.

¹³⁾ Vgl. August Ludwig Reyscher (1834), Band VIII, S. 407, Tübingen.

¹⁴⁾ Ebenda, Band IX, S. 217.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Nagold nach den kirchlichen Visitationsberichten 1601–1815

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1601	.	500	300
1621	.	791	524	1	.	.
1641	.	521	171	1	.	.
1656	.	644	220	225	1	.	.
1667	1331	839	311	181	3	4	172
1676	1373	916	223	234	3	.	144
1684	1341	852	301	188	4	.	139
1695	1264	888	369	107	4	.	195
1705	1139	761	261	117	2	30	153
1714	1745	1181	396	168	3	184	224
1725	1932	1293	453	168	18	6	0	0	0	.	.	5	.	292
1735	1865	1259	441	148	0	0	0	0	0	0	0	5	200	236
1746	2044	1372	488	166	12	0	0	6	0	62	64	4	.	105
1755	2153	1454	482	194	16	1	1	5	0	74	63	3	.	174
1765	2119	1430	318	333	29	0	0	9	0	80	88	.	.	.
1774	2216	1476	349	365	18	0	0	8	0	87	59	7	305	311
1785	2437	1583	410	416	16	0	0	12	0	95	65	.	.	.
1795	2564	1742	409	395	13	0	0	0	5	113	107	7	365	397
1805	2704	1828	396	463	9	0	1	0	7	94	98	7	451	466
1815	2909	1982	451	466	7	3	0	0	0	123	127	7	.	512

Bedeutung der Spalten: 1 = Summe; 2 = Kommunikanten; 3 = Katecheten; 4 = Infantes; 5 = Katholiken; 6 = Reformierte; 7 = Separatisten; 8 = Simplices et Muti; 9 = Miserabiles; 10 = Geburten; 11 = Sterbefälle; 12 = Lehrer; 13 = Sommerschüler; 14 = Winterschüler.

sich lange Zeit altersmäßig nicht klar voneinander trennen. Als man 1722 die Konfirmation als Pflichtveranstaltung in Württemberg einführte, wurde zwar bereits das vollendete vierzehnte Lebensjahr als Mindestalter vorgeschrieben, doch schloß das ein höheres Alter (zum Teil 16 bis 17 Jahre und mehr)¹⁵⁾ nicht aus; entscheidend war, daß die Katechumenen „bei dem öffentlichen Examine in der Kirche“¹⁶⁾ vor der Gemeinde ausreichende Glaubenskenntnis und Glaubensfestigkeit bewiesen hatten. Diese penibel zu verbuchende geistliche Höherqualifikation der künftigen Abendmahlempfänger brachte allerdings auch Probleme mit sich: Stumme, Taube und simple Personen ließ man künftig nicht mehr wie bisher „nach Umständen“ zum Abendmahl zu – ein Grund, sie nun als eigene Gruppe der „Miserabiles“ oder der „Simplices et Muti“ zu erfassen. Etwa zur gleichen Zeit begannen die Visitationsberichte auch die Angehörigen anderer Konfessionen (Katholiken, Reformierte, Separatisten) zu registrieren; 1744 traten schließlich Angaben über die Zahl der Geborenen und Gestorbenen hinzu, seit 1783 werden des öfteren Angaben über uneheliche und Todgeburten gemacht.

Die Vorteile der Bevölkerungsdaten aus den Synodusprotokollen sind offensichtlich; sie liefern seit den 1650er Jahren Annäherungswerte an den Gesamtbestand der Bevölkerung mit grober Altersgliederung, und ihnen liegt dabei eine kontinuierliche Zähltradition mit vergleichsweise hoher Kompetenz des Erhebungspersonals und vergleichsweise sorgfältiger Kontrolle der Daten vor. Defizite lassen sich auch hier feststellen, doch halten sie sich in Grenzen und lassen sich wenigstens zum Teil beheben. So deckten sich kirchliche und weltliche Gemeindegrenzen nicht immer, Filialen wechselten im Laufe der Zeit die Gemeindezugehörigkeit, und die Orte, an denen die visitierenden Geistlichen selbst beheimatet waren, wurden sehr häufig nicht visitiert, so daß für sie dann auch keine Bevölkerungszahlen zur Verfügung stehen. Natürlich ist auch der Erfassungsmodus nicht völlig eindeutig. Im frühen 19. Jahrhundert ging man davon aus, daß bisher die wirkliche Seelenzahl der Pfarrei erfaßt wurde. In der Praxis dürfte sich der Zählmodus an der Wohnbevölkerung orientiert haben, also an der Bevölkerung, die im Ort ihren längerfristigen Wohnsitz hatte. Fast unvermeidlich war es, daß die Zahlen oft etwas zu hoch ausfielen, weil inzwischen ab- bzw. ausgewanderte Personen noch längere Zeit mitgerechnet wurden und erst die gründlichere Revision der Register die Irrtümer beseitigte.

Im Rahmen der Historischen Statistik Württembergs wurden die Synodusdaten aller nachgewiesenen württembergischen Orte in etwa zehnjährigen Abständen zwischen 1601 und 1815 erhoben. Mit diesen Daten läßt sich nun die Bevölkerungsentwicklung relativ gut verfolgen. Um die „Mechanismen“ etwas genauer zu erfassen, haben wir für 31 Orte, rund fünf Prozent der Gemeinden, die Eintragungen der Kirchenbücher ausgezählt. Dabei kam uns zustatten, daß die erhaltenen württembergischen Kirchenbücher recht häufig bis in die 1570er Jahre zurückgreifen. Aus den Kirchenbüchern die Datenreihen zu erheben, schien auf den ersten Blick ein verhältnismäßig einfaches Unterfangen, erwies sich jedoch bei näherem Zusehen deshalb als zeitraubendes Geschäft, weil die Pfarrer ohne klares System Geburten und Sterbefälle nicht buchhalterisch gegeneinander bilanzierten. So konnten totgeborene oder kurz nach der Geburt sterbende Kinder allein im Sterberegister auftauchen oder – falls sie

¹⁵⁾ Ebenda, S. 571 f.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 569.

noch die Taufe erhalten hatten – nur im Taufregister verzeichnet sein. Mühsame Überprüfung dieser Fälle war deshalb unvermeidlich, um unnötige Ungenauigkeiten zu vermeiden. Zumindest für die 31 ausgewählten Orte lassen sich die Kirchenbuch-Daten mit den Bevölkerungszählungen der Synodusprotokolle kombinieren und somit auch Bevölkerungsziffern ermitteln. Es liegt nahe, die erhobenen Kirchenbuch-Daten auch für Hochrechnungsversuche zu verwenden. Die Frage, wie repräsentativ die getroffene Auswahl ist, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit beantworten, doch zeigt z. B. ein erster Vergleich zwischen den Geborenenziffern der ausgewählten Orte und denjenigen des gesamten Herzogtums für einige Stichjahre ab 1746, daß die Abweichungen des ausgewählten Samples¹⁷⁾ vom gesamtwürttembergischen Durchschnitt nicht allzu gravierend sind.

Angesichts der recht stabilen und zuverlässigen Tradition der „Seelen-Zählung“ mag es verwundern, daß die herzogliche Regierung 1757 ihrerseits regelmäßige Zählungen der württembergischen Einwohnerschaft durch die weltlichen und geistlichen Beamten anordnete (vgl. Abbildung 2, S. 62).¹⁸⁾ Offensichtlich gab hierzu nicht das modische Interesse der Zeit für umfangreiche Bevölkerungstabellen den entscheidenden Anstoß¹⁹⁾, sondern der Wunsch nach ganz praktischer Information. Dies verrät bereits der vergleichsweise einfache Aufbau der Tabellen: Nur bei Personen männlichen Geschlechts wurden mit Blick auf den Rekrutierungsbedarf Altersstufen unterschieden (unter 17 Jahre, 17–50 Jahre, über 50 Jahre) und wurden körperliche und geistige Gebrechen besonders erhoben. Tatsächlich bemühte sich damals der junge Herzog Carl Eugen darum, ein stehendes Heer auf- und auszubauen. Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges und französische Subsidien begünstigten sein Vorhaben, so daß er die Proteste der Landstände übergehen zu können meinte.²⁰⁾ Auch dem Wunsch, die Zahl der wirklich Ortsanwesenden zu ermitteln, lagen handfeste Nützlichkeitsabwägungen zugrunde: Die erhobenen Daten dienten bereits 1758 dazu, französisches Salz durch Abnahmezwang von 14 Pfund pro Kopf und Jahr unter das Volk zu bringen.²¹⁾ Erst 1780 wurde der Informationswert der Tabellen dadurch erhöht, daß man für männliches wie weibliches Geschlecht zusätzlich die Altersgrenze von 14 Jahren einfügte. Im übrigen kam die kirchliche Zähltradition den staatlichen Erhebungen durchaus zugute, denn die Geistlichen hatten hierfür mit den weltlichen Beamten zusammenzuwirken. Im Rahmen der Historischen Statistik Württembergs begnügen wir uns damit, diese Bevölkerungszählungen zu Kontrollzwecken gegenüber den kirchlichen Zählungen heranzuziehen.

¹⁷⁾ Um eine Stichprobe im strengen Sinne moderner Statistik handelt es sich nicht, auch wenn die Auswahl so vorgenommen wurde, daß Repräsentativität wahrscheinlich ist: Aus der Gesamtheit der nach Postleitzahlen geordneten Gemeinden wurde jeder zwanzigste Ort herausgegriffen, so daß eine gute räumliche Streuung gewährleistet war. Um aber zu vermeiden, daß Orte bearbeitet wurden, für die sich die Quellenlage als unzulänglich erwies oder deren Einwohnerzahl für eine aussagekräftige Bearbeitung zu klein war, wurden ersatzweise naheliegende Gemeinden herangezogen, die ähnliche Strukturmerkmale trugen – Höhenlage, Bodenqualität, Anbauverhältnisse –, bei denen aber Quellenlage und Größe bessere Erfolgsaussichten boten.

¹⁸⁾ August Ludwig Reyscher (1839); August Ludwig Reyscher (1843): Band XIV, S. 527 ff. (das Formular S. 528 f.), Tübingen; vgl. Meinrad Schaab (1967), S. 94 f.

¹⁹⁾ Als Beispiel hierfür vgl. Neithardt Bulst/Jochen Hooock (1981): Volkszählungen in der Grafschaft Lippe. Zur Statistik und Demographie in Deutschland im 18. Jahrhundert. In: N. Bulst, J. Goy, J. Hooock (Hrsg.): Familie zwischen Tradition und Moderne. Studien zur Geschichte der Familie in Deutschland und Frankreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, S. 57–86, Göttingen.

²⁰⁾ Vgl. Walter Grube (1957), S. 428 ff.

²¹⁾ Vgl. Karl Flaig (1932): Der württembergische Salzhandel bis zum Jahre 1867 unter Berücksichtigung der Regalität, S. 68 ff., Dissertation, Frankfurt a. M.

Damit sind die wichtigsten statistischen Datensätze genannt, die für eine Historische Statistik Württembergs während der frühen Neuzeit zur Verfügung stehen bzw. zusammengestellt werden können. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit man durch Vergleich und Verknüpfung verschiedener Datensätze deren Qualität noch genauer bestimmen und die Dateien unter Umständen sogar noch ergänzen kann. Ich halte eine derartige Vorgehensweise nicht nur für möglich, sondern sogar für unabdingbar. Genauere Information über den 1525 besteuerten Personenkreis z. B. wird ein stichprobenweiser Vergleich der Namen mit denjenigen in den Amtslagerbüchern liefern, welche die österreichischen Behörden damals anfertigten.²²⁾ Erst dann lassen sich aus den Daten über die Steuerpflichtigen von 1525 und von 1544/45 tragfähige Schlüsse auf das Bevölkerungswachstum während jenes Zeitraumes ziehen. Die Bürger- und Inwohnerzahlen von 1598 bleiben mit den Daten von zeitgleichen Muster- und Kommunikantenregistern noch genauer zu durchleuchten.

Am Beispiel Böblingens, einer kleineren Stadt mit etwa 1900 Einwohnern gegen Ende des 18. Jahrhunderts, läßt sich recht gut erkennen, daß zum Verständnis der agrarischen Situation während der frühen Neuzeit der Rückgriff auf spätere Daten geboten ist, denn in den Erhebungen des 17. Jahrhunderts wurde nur die versteuerte landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen, und erst in den Erhebungen des 18. Jahrhunderts tauchen auch die sonst noch vorhandenen Gemeindeländereien auf; erst für das 19. Jahrhundert ist schließlich die gesamte Gemarkungsfläche faßbar. Da sich die Gemarkungsgrenzen meist nicht verändert haben, sind recht genaue Rückschlüsse auf sonst noch vorhandene Flächen auch für die früheren Jahrhunderte möglich (vgl. Tabelle 2, S. 64).

Alle derartigen Kontrollmaßnahmen ändern nichts an der Tatsache, daß die verfügbaren Daten nicht an modernen Standards gemessen werden dürfen. Ein ausführlicher Kommentar über Entstehung und Qualität der benutzten Quellen ist daher unerlässlich, um das historische Umfeld sichtbar zu machen und dadurch unbedachtem Gebrauch des bloßen Zahlenwerks vorzubeugen. Darüber hinaus bleibt zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Daten für eine Publikation wieder stärker zu aggregieren, sei es auf Amtsebene, sei es nach naturräumlichen Einheiten. Die Aufbereitung per EDV bietet hierfür optimale Voraussetzungen; sie bietet ebenso die Möglichkeit, das Material mit graphischen Methoden aufzubereiten und auf diese Weise zusammenzufassen, ohne die kleinräumigen Unterschiede zu überdecken. Eine Karte mit den Gemarkungsgrenzen wurde für diese Zwecke digitalisiert. Bevor sie jedoch mit Inhalt gefüllt wird, bedarf es noch umfangreicherer Daten-Nachkontrolle und Daten-„Härtung“. Historische Statistik ist und bleibt ein zeitaufwendiges Geschäft.

²²⁾ Die wesentliche Inhaltswiedergabe der Amtslagerbücher ist in einer Serie von Quellenbänden in der Reihe A der Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg vorgesehen. Vier Bände liegen bereits vor.

Tabelle 2: Gemarkung der Stadt Böblingen und ihre Nutzung 1629–1848*)

Jahr	Gemarkung insgesamt	Acker	Weingarten	Wiese	Garten und Länder	Kommunalgüter		Sonstiger Wald	Sonstige Flächen	Nicht ausgewiesene Flächen
						Egarten (Wechselfelder)	Wald			
1629	9609	2105	88	643	643	6773
1655	9609	1470	21			571
1728	9609	2209 ²⁾	45	755	45	237	3400	.	.	2918
1769	9609	2156	—	755	109	32	4162	.	.	2395
1849	9609	2280	—	1115	140	271	4160	1424	219	—

*) Flächenangaben in württembergischen Morgen = 0,315175 ha.

1) Die vorderen Zahlen geben nur die damals bestellte Fläche an (Rückgang infolge des Dreißigjährigen Krieges).

2) Davon 80 Morgen wüst.

Hartmut Titze*)

Historische Bildungsstatistik 1800 bis 1945

Einleitung

Das erste Drittel des 19. Jahrhunderts war noch nicht vergangen, als der Direktor des Statistischen Bureaus in Preußen anlässlich einer Vorlesung in der „Humanitätsgesellschaft“ seiner Vermutung Ausdruck gab, „daß die Lobredner unseres Zeitalters eben so wohl als seine Tadler es sehr füglich das statistische nennen könnten“ (Hoffmann 1859, S. 229). Diese Vermutung hat sich nicht bestätigt: Zwar hat die Nachwelt dem neunzehnten Jahrhundert vielerlei Namen zugeschrieben, als das „statistische Jahrhundert“ wird es kaum charakterisiert. Mit einer anderen Einschätzung lag Hoffmann freilich sehr richtig. Wer sich 150 Jahre später in das weite und manchmal schier undurchdringlich erscheinende Feld der Erarbeitung einer übersichtlichen „Historischen Statistik“ begibt, wird seiner frühzeitig formulierten Erfahrung beipflichten: „Der redliche Wunsch gründlich zu sein, kann auch gute Köpfe verlocken, in diesem aufgeschwämmten Boden nach Schätzen zu graben. Einige ermüden, andere verlieren in Einzelheiten den Blick auf das Ganze: beide sind für die Wissenschaft verloren“ (ebenda S. 231).

Im folgenden werden Ergebnisse aus einem umfangreichen Projekt zur historischen Bildungsforschung vorgestellt. Seit 1977 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mehrere Einzelprojekte an verschiedenen Universitäten gefördert, die an dem gemeinsamen Ziel orientiert waren, auf breiter empirisch-statistischer Grundlage den langfristigen Strukturwandel des Bildungswesens in Deutschland zu untersuchen. Die umfangreichen Datenbestände, die für diese Analysen der Teilbereiche (vom Elementarschulwesen bis zum Hochschulwesen) systematisch erarbeitet worden sind, werden in einem mehrbändig angelegten Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte veröffentlicht, dessen erste Teilbände inzwischen erschienen sind (Band I: Hochschulen, 1. Teil; Band II: Höhere und mittlere Schulen, 1. Teil). Die hier zunächst gegebene knappe Übersicht über die Quellenlage spart das mittlere und höhere Schulwesen ganz aus, weil für diesen Bereich der entsprechende Teilband des genannten Datenhandbuchs von den Bochumer Kollegen bereits veröffentlicht worden ist (Müller/Zymek 1987).

2 Übersicht zur Quellenlage

2.1 Frühe bildungsstatistische Ansätze

Bereits vor 1800 fanden in Preußen wiederholt schulstatistische Erhebungen statt, auf die hier nur allgemein hingewiesen werden soll (Behre 1905). Einen gewissen Fortschritt markierte die 1822 von J. G. Hoffmann eingeführte selbständige „Kirchen- und Schultabelle“, die alle drei Jahre aufgestellt wurde und die Zahlen für die grob klassifizierten Unterrichtsanstalten, die Lehrkräfte und die Schulkinder enthielt. 1837 wurde diese gering differenzierte Schulstatistik durch die Einbeziehung weiterer Anstalten (wie der Lehrerseminare) erweitert und etwas tiefer gegliedert. Unter Hoffmanns Nachfolger Dieterici wurden seit 1852 schließlich neben den

*) Prof. Dr. Hartmut Titze, Universität Göttingen.

öffentlichen Schulen in einer Beilage auch die Privatanstalten mitberücksichtigt (Festschrift 1905, S. 119). Ernst Engel, der dritte Leiter des Statistischen Bureaus, setzte sich für eine bessere Einrichtung der gesamten Bildungsstatistik in Preußen ein; seinen wiederholt vorgebrachten Reformplänen war allerdings kein Erfolg beschieden, vor allem „aus Mangel an den erforderlichen Mitteln“ (ebenda). Seit Ende der 1850er Jahre übernahm das preußische Kultusministerium die Schul- wie auch die Universitätsstatistik weitgehend in eigener Regie. In dem seit 1859 herausgegebenen „Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ wurden fortan semesterweise summarische Übersichten über den Universitätsbesuch und Frequenznachweise für die höheren Lehranstalten veröffentlicht. Von 1859 an gab das Ministerium „Statistische Nachrichten über das Elementarschulwesen“ heraus. Die allgemeine Schultabelle, deren Material nach Engels Kritik „weder den Bedürfnissen der Verwaltung noch der Wissenschaft“ genügte (Engel 1869), wurde 1864 letztmalig aufgenommen und dann eingestellt.

Im Unterschied zu Preußen, das seit dem frühen 19. Jahrhundert über eine bescheiden ausgestattete, aber immerhin kontinuierlich fortgeführte Schulstatistik verfügte, konnte sich in den anderen deutschen Staaten eine regelmäßig fortlaufende statistische Berichterstattung bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts nicht durchsetzen. Die öffentliche Pflege der Bildungsstatistik kam über sporadisch unternommene Spezialerhebungen nach längeren Zwischenräumen der amtlichen Passivität nicht hinaus (zusammenfassende Übersicht in Tredup 1923/24). In Bayern wurde bereits 1808 die Anfertigung einer jährlich zu erstellenden „Generalübersicht des Schul- und Studienstandes des ganzen Königreichs“ angeordnet; aber nach dem Sturze des Grafen von Montgelas (1817) kam die bayerische Schulstatistik schon wieder ins Stocken. 1832 wurde durch das neu gegründete statistische Bureau unter Leitung des Würzburger Universitätsprofessors Franz Berks eine umfassende Statistik der Volksschulen und der Schulfinanzen erstellt. Weiterhin wurden 1851/52 und 1862/63 schulstatistische Erhebungen durchgeführt, deren Ergebnisse im V. und XIV. Heft der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern veröffentlicht wurden. Wie Ernst Engel in Preußen bemühte sich auch Georg Mayr, der Leiter des Statistischen Bureaus in Bayern, in den 1870er Jahren um eine grundlegende Reform der Schulstatistik. Nach der breit angelegten „Statistik des Unterrichts und der Erziehung im Königreiche Bayern“ für die Jahre 1869/70, 1870/71 und 1871/72, die unter Mayrs Leitung bearbeitet und in Heft XXVII. der Beiträge veröffentlicht wurde, verstrich allerdings noch mehr als ein Jahrzehnt, ehe sich auch hier parallel zu Preußen die moderne jährlich fortlaufende Schulstatistik vollends durchsetzen konnte.

In Hinsicht auf die anderen größeren deutschen Einzelstaaten Sachsen, Württemberg, Hannover und Baden lassen sich für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts keine vergleichbaren schulstatistischen Ansätze erkennen. Allenfalls das Königreich Sachsen könnte man hier nennen, in dem 1831/1833 eine Statistik der Lehrer und der Volksschulen und 1862 eine umfassendere statistische Darstellung des Schulwesens versucht wurde, die wegen mangelhafter Unterlagen jedoch sehr lückenhaft blieb (Tredup 1923/24, S. 15).

2.2 Die moderne Bildungsstatistik seit den 1880er Jahren

Mit einer bemerkenswerten historischen Gleichzeitigkeit konnte sich die moderne Bildungsstatistik in den 1880er Jahren in den meisten Einzelstaaten des Deutschen Reichs fest

etablieren. Diese in die Augen springende auffällige Gleichzeitigkeit weist auf tiefgründige Strukturprobleme des Bildungswesens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die zu grundlegenden Anpassungen herausforderten, in deren Zusammenhang auch die moderne Einrichtung der Bildungsstatistik in Deutschland entstanden ist. Die neuere sozialgeschichtlich orientierte historische Bildungsforschung ist diesen tieferen Strukturproblemen während der letzten zwei Jahrzehnte ein Stück weit auf die Spur gekommen. Auf eine knappe Formel gebracht, ergeben sich folgende Einsichten: Zwischen 1860 und 1880 brachte die Klassenspaltung der Bildungsorganisation zwei systemisch produzierte Strukturprobleme hervor, die komplementär zueinander standen und in dieser Hinsicht gleichsam ironisch auch die Einheit der Klassengesellschaft zum Ausdruck brachten. Während sich im niederen Schulwesen ein gravierender und langanhaltender, erst am Vorabend des Ersten Weltkriegs überwundener *Lehrermangel* auftrat, führte die vieldiskutierte und auch durch das gut ausgebaute höhere Schulwesen beförderte „aufsteigende Klassenbewegung“ der Gesellschaft seit der Mitte der 1880er Jahre zu beängstigenden Erscheinungen einer Überproduktion von Gebildeten in den höheren Lehrämtern und in anderen akademischen Berufen. Die moderne Einrichtung der Bildungsstatistik in ihren systemischen Teilen während der 1880er Jahre läßt sich als Antwort auf beide Strukturprobleme sinnvoll deuten.

2.2.1 Niederes Schulwesen

Mit der ersten großen Erhebung über das niedere Schulwesen, die nach mehrjährigen Beratungen am 20. Mai 1886 durchgeführt wurde, trat die amtliche Statistik des niederen Schulwesens in Preußen in ein neues Stadium (Festschrift 1905, S. 120; Preußische Statistik, Heft 101, Einleitung). Die vollständige Umgestaltung und Modernisierung dieses Zweiges der amtlichen Statistik beruhte auf den Reformvorschlägen des Statistischen Bureaus und den Beratungen in der Statistischen Zentralkommission. Nach dem sogenannten Individualprinzip wurden die erforderlichen Nachrichten mittels Einzellisten für jede Schule eingezogen. Erhebungsorgane waren die Provinzialbehörden und die ihnen unterstellten Schulbehörden (Regierungen und Kreisschulinspektionen). Die Aufbereitung wurde zentral im Statistischen Bureau vorgenommen. Neben den öffentlichen Volksschulen wurden zahlreiche, früher nicht berücksichtigte Schularten einbezogen: die öffentlichen Mittelschulen, zunächst auch die öffentlichen höheren Mädchenschulen, die Privatschulen mit dem Lehrplan der Volksschulen bzw. Mädchenschulen, schließlich die breit ausdifferenzierte Vielfalt der sonstigen dem niederen Schulsystem zugeordneten Anstaltstypen (wie Blinden-, Taubstummen, sogenannte Idiotenschulen, Schulen in Zwangserziehungs-, Rettungshaus- und Waisen-Anstalten sowie die Seminarübungsschulen).

Wenn man sich die fundamentalen Strukturprobleme der allgemeinen Schulversorgung, besonders auch den gravierenden Lehrermangel, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vor Augen hält, dann tritt die neue Qualität der umgestalteten Statistik in diesem Bereich deutlich hervor, auch ihr spezifischer Stellenwert aus der Perspektive der Unterrichtsverwaltung. Diese war, im Unterschied zur konservativen Befangenheit und mißtrauischen Abwehrhaltung gegen die Gefahren einer sogenannten Überbildung der breiten Massen, aus ihrer bürokratischen Funktionslogik heraus auf eine schrittweise Überwindung der drängenden Strukturprobleme und eine effektiv zu organisierende Anpassung der Verhältnisse im niederen Schulwesen bedacht.

Aus der umfassenden Anlage der gesamten Statistik spricht unüberhörbar der nüchterne Vorrang der Verwaltungspraxis. So wurde beispielsweise, im Sinne einer flächendeckenden Schulversorgung, eigens erfragt, wieviel Schulkinder einen Weg von mehr als 3 km hatten. In der ausführlich kommentierten Darstellung der Ergebnisse wurden ohne Beschönigung auch die gravierenden Defizite im preußischen Volksschulwesen in ein kritisches Licht gerückt. Die in das über 500 Seiten starke Quellenwerk aufgenommenen Spezialtabellen über anomale Frequenzverhältnisse (also überfüllte Schulklassen) lesen sich wie ermahnende Fingerzeige auf das Mißverhältnis, wie weit die Wirklichkeit im niederen Bildungswesen hinter den gesetzlich für verbindlich erklärten Normen vielfach noch zurückblieb. Auf's Ganze gesehen und aus einer längerfristigen Perspektive liegt der Schluß nahe, daß sich in der modernisierten Volksschulstatistik der 1880er Jahre das sachorientiert-bürokratische Eigengewicht vollends durchsetzte, das die preußische Unterrichtsverwaltung seit den 1870er Jahren gewonnen hatte.

Durch die sorgfältig vorbereitete Umgestaltung der 1880er Jahre war die preußische Volksschulstatistik auf ein hohes Niveau gebracht worden. Das 1889 veröffentlichte amtliche Quellenwerk (Heft 101 der Preußischen Statistik) markiert den Beginn eines neuen Stadiums der Bildungsstatistik für diesen Bereich. Alle folgenden großen Erhebungen, die nach einer Empfehlung der Statistischen Zentralkommission regelmäßig im Anschluß an die Volkszählungen durchgeführt werden sollten, bauten auf dem soliden Fundament der ersten modernen Volksschulstatistik im Jahre 1886 auf. So sammelte sich, da die weiteren Erhebungen im Abstand von fünf Jahren durchgeführt wurden, bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs für das Kaiserreich ein gut überschaubarer geschlossener Quellenbestand von insgesamt 6 umfangreichen Heften, die meistens noch mehrere Teile umfassen:

1. Erhebung vom 20. Mai 1886. Preußische Statistik, Heft 101.
2. Erhebung vom 25. Mai 1891. Preußische Statistik, Heft 120.
3. Erhebung vom 27. Juni 1896. Preußische Statistik, Heft 151.
4. Erhebung vom 27. Juni 1901. Preußische Statistik, Heft 176.
5. Erhebung vom 20. Juni 1906. Preußische Statistik, Heft 209.
6. Erhebung vom 24. Mai 1911. Preußische Statistik, Heft 231.

Auf dem Hintergrund der bereits angedeuteten Strukturprobleme im niederen Schulwesen (chronischer Lehremachwuchsmangel, Stadt/Land-Gefälle, darüber hinaus ein beharrlich fortwirkendes West/Ost-Gefälle zwischen den industriell fortgeschritteneren westlichen und den agrarisch geprägten östlichen Provinzen) ist die Richtung aufschlußreich, in der die Statistik bei den weiteren Erhebungen ausgebaut und akzentuiert wurde. Schon bei der zweiten Erhebung wurde (als Individualpapier) eine besondere Lehrerzählkarte eingeführt, die neben Alter, Religion und Familienstand auch spezifisch laufbahnrelevante Informationen erfragte. Die Ausweitung des finanziellen Teils bei der vierten großen Erhebung 1901 ist im Zusammenhang mit dem Dienststeuergesetz vom März 1897 zu sehen, das erstmals einheitliche Mindestgrundgehälter normierte, ein klares Indiz für die angestrebte Konsolidierung der Lehrerversorgung durch Strukturverbesserungen und gesamtstaatlich greifende Normdurchsetzungen.

Nach der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens im Jahre 1908 wurden die als höhere Lehranstalten anerkannten Mädchenschulen aus der Statistik des niederen Schul-

wesens herausgenommen (Zymek 1988). Im letzten Vorkriegsheft 231 konnten in der Einleitung eindringliche Vergleichsanalysen auf der Basis der nun fünfundzwanzigjährigen Tradition der Volksschulstatistik veröffentlicht werden.

Nachdem Württemberg als erster deutscher Staat bereits 1865 zu einer regelmäßig fortlaufenden allgemeinen Schulstatistik gelangt war (als Beilage zum Staatsanzeiger veröffentlicht, ab 1872 in Sonderheften der Württembergischen Statistischen Jahrbücher), brachten die 1880er Jahre auch für die anderen Staaten den Durchbruch zur modernen Entwicklung. Im Großherzogtum Baden wurde 1881 eine Aufstellung der Gesamtzahlen der die Schulen besuchenden Kinder nach Amtsbezirken veröffentlicht (Statistische Mitteilungen, Nr. 9). 1884 setzte die regelmäßige jährliche Veröffentlichung schulstatistischer Nachrichten im Statistischen Jahrbuch für das Großherzogtum Baden ein. Im Königreich Sachsen begannen 1884 die regelmäßigen schulstatistischen Erhebungen im Abstand von fünf Jahren. Auch in Bayern wurde die Schulstatistik 1885 auf Anregung des Kultusministeriums wieder aufgenommen und nun regelmäßig fortgeführt.

Am Ende des 19. Jahrhunderts war die Schulstatistik in den Einzelstaaten soweit entwickelt, daß eine einheitliche Reichsschulstatistik ins Auge gefaßt werden konnte. Auf der Schandauer Konferenz im Juni 1901 beschlossen die Vertreter der amtlichen Landesstatistik auf eine Initiative von Petersilie, zunächst für die Volksschulen eine allgemeine Erhebung mit einem Mindestkatalog einheitlicher Angaben für alle Bundesstaaten im gesamten Reich durchzuführen. Entsprechend dem föderativen Charakter der Reichsverfassung wurde auch der gemeinsamen Schulstatistik eine föderative Grundlage gegeben. Das Statistische Reichsamt erhielt von den Ämtern der Bundesstaaten die ausgefüllten Konzentrationsformulare zur weiteren Bearbeitung. Wie in der preußischen Volksschulstatistik bereits vorgezeichnet, sollten die weiteren Erhebungen jeweils im Abstand von fünf Jahren folgen. Die beiden ersten Reichserhebungen in den Jahren 1901 und 1906 schlossen nur das Volksschulwesen ein. Ab 1911 wurden nach mehrjährigen Beratungen der Landesstatistiker auch die Mittelschulen und die höheren Lehranstalten in die Reichsschulstatistik einbezogen und die Schüler auch nach dem Geschlecht differenziert (Tredup 1923/24, S. 52 ff.). Nach der Unterbrechung durch den Weltkrieg wurde die Reichsschulstatistik 1921 wieder aufgenommen (nun für alle Schulgattungen mit Ausnahme der Hochschulen) und mit Erhebungen im Fünfjahresabstand fortgeführt, so daß wir für die Stichjahre 1911, 1921, 1926, 1931 und 1936 über eine reichseinheitliche Schulstatistik verfügen.

2.2.2 Hochschulwesen

Wie im Bereich des niederen Schulwesens wurde die Statistik des Hochschulwesens in den 1880er Jahren in Preußen auf eine völlig neue Grundlage umgestellt. Mit der ersten nach der Zählkartenmethode durchgeführten Erhebung an den preußischen Landesuniversitäten im Wintersemester 1886/87 hielt die moderne statistische Personenerfassung ihren Einzug in das deutsche Universitätsleben. Die sozialpolitische Akzentuierung des von jedem Studenten zu beantwortenden Fragenkatalogs legt den Schluß nahe, daß hier erstmals mit den modernen technischen Hilfsmitteln der Statistik ein umfassendes Herrschaftswissen verfügbar gemacht werden sollte. Seit den frühen 1880er Jahren stand die Unterrichtsverwaltung im Banne des Überfüllungsproblems. In der vermeintlichen „Überproduktion“ von

Gebildeten sah man eine existentielle Gefahr heraufziehen, die die Grundfesten von Staat und Gesellschaft erschüttern könnte. Die tiefstehenden Ängste wurden durch das politische Schlagwort vom „gelehrten Proletariat“ mobilisiert, das seit den frühen 1880er Jahren die Runde machte. Nach den Ergebnissen der neueren historischen Bildungsforschung kann es keine Zweifel mehr darüber geben, daß auch die Etablierung der modernen Hochschulstatistik in diesem größeren Zusammenhang gesehen werden muß und als eine Antwort auf die genannte Problemlage gedeutet werden kann. Der seit den 1860er Jahren sprunghaft angeschwollene Hochschulbesuch sollte wieder unter Kontrolle gebracht werden, die hervorragend differenzierte Statistik das dazu notwendige Wissen bereitstellen.

Dabei war es, wie sich in den Nachforschungen heute erkennen läßt, nicht ohne eine tiefere historische Ironie, daß der leitende Experte aus dem Königlichen Statistischen Büro, der der Politik bei diesem Unternehmen bereitwillige Hilfestellung bot, tiefer blickte als seine höchsten politischen Auftraggeber und vom Mißerfolg der traditionsbefangenen angestrebten Gegensteuerungen insgeheim bereits überzeugt war. Der aktuelle Drang an die Hochschulen, resümierte Professor Alwin Petersilie in einem scharfsinnigen Hintergrundkommentar zur ersten Studentenerhebung, könne und dürfe im Interesse der Kulturentwicklung nicht abgedämmt werden. Diese Erscheinung ließe sich im allgemeinen auch „durch wohlfahrts-polizeiliche Maßnahmen“ sicherlich nicht mehr unterdrücken (Preußische Statistik, Heft 102, S. 23). Die Kultusbürokratie und die leitenden Politiker brauchten noch fast zehn Jahre, ehe sie sich zu derselben Einsicht durchgearbeitet hatten. Nicht zuletzt auch das nüchterne Zahlenwerk der preußischen Hochschulstatistik trug dazu bei, daß sie vor den Grenzen der politischen Steuerbarkeit des modernen Bildungssystems die Augen nicht länger verschließen konnten.

Der ursprüngliche Plan einer jährlichen Veröffentlichung der Ergebnisse ließ sich auf die Dauer nicht realisieren. Nach der Erhebung für das Wintersemester 1895/96 wurde die produzierte Datenfülle nicht mehr im bisherigen Umfang veröffentlicht, so daß sich zunächst für sechs Semester eine Lücke ergab. Ab dem Studienjahr 1899/1900 wurden die Ergebnisse dann regelmäßig im Dreijahresrhythmus vollständig veröffentlicht; für die beiden dazwischen liegenden Jahre wurden nur die Hauptzahlen für den Besuch der einzelnen Universitäten mitgeliefert. Trotz dieser späteren Einschränkung ist dem Urteil Petersilies beizupflichten, der mit Stolz die Reichhaltigkeit dieses Zweiges der amtlichen Statistik rühmte, „die kein anderes Land in annähernd demselben Maße aufzuweisen hat“ (Petersilie 1894, S. 175). Bis 1913, als die letzte Vorkriegsveröffentlichung für das Studienjahr 1911/12 herausgegeben wurde (Heft 236), erschienen im Kaiserreich insgesamt 12 stattliche Bände.

Erst Mitte der 1920er Jahre konnte das Preußische Statistische Landesamt mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für das Wintersemester 1924/25 (Heft 279 der Preußischen Statistik) an die große Vorkriegstradition wieder anschließen. Für die folgenden Semester bis zum Winterhalbjahr 1927/28 wurde die bewährte Reihe lückenlos fortgesetzt. Ab dem Sommerhalbjahr 1928 erschien dann semesterweise die alle deutschen Hochschulländer umfassende „Deutsche Hochschulstatistik“. Nach Art und Umfang der Daten lassen sich die voluminösen 14 Bände dieser Statistik, die letztmalig für das Winterhalbjahr 1934/35 veröffentlicht wurde, den 12 im Kaiserreich und den 7 nach dem Kriege erschienenen Bänden der preußischen Hochschulstatistik kongenial an die Seite stellen. Diese beiden umfangreichen

und hervorragend einheitlichen Quellenbestände, die die Kernzeiträume 1886/87–1911/12 und 1924/25–1934/35 abdecken, bilden das unschätzbare Fundament, auf dem jede weiter gefaßte Erarbeitung einer langfristigen Übersichtsstatistik für das Hochschulwesen im 19. und 20. Jahrhundert aufbauen kann.

Für den Zeitraum von 1912 bis 1924 gibt es dagegen keine vergleichbare primärstatistische Quelle von ähnlicher Qualität. Diese Lücke läßt sich nur durch Rückgriff auf das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich überbrücken, in dessen Jahrgängen wenigstens die Frequenzdaten für die deutschen Einzeluniversitäten dokumentiert sind. Diese beruhen allerdings auf einer anderen Erhebungsmethode, die im Vergleich zum Zählkartenverfahren etwas höhere Gesamtzahlen für die Studierenden lieferte. Das Statistische Reichsamt, das seit 1909 aus eigener Initiative zusammenfassende Übersichten erstellte, stützte sich auf die von den Hochschulen herausgegebenen Personalverzeichnisse bzw. auf die unmittelbare Berichterstattung der Hochschulen. Leider sind den Sachbearbeitern im Statistischen Reichsamt, wie sich aus Vergleichsanalysen auf der Ebene der Personalverzeichnisse zeigen läßt, zahlreiche Fehler unterlaufen, so daß die hochschulstatistischen Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich nur mit Vorsicht benutzt werden sollten (vgl. die Korrekturen in dem in Kürze erscheinenden Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band I, 2. Teil).

Der enge Zusammenhang zwischen der Lage auf dem akademischen Arbeitsmarkt und der Ausgestaltung der Hochschulstatistik läßt sich für die Zwischenkriegszeit besonders eingehend studieren. Die im Herbst 1927 von den Unterrichtsverwaltungen beschlossene Herausgabe einer für das gesamte Reich einheitlichen deutschen Hochschulstatistik stellte sich ausdrücklich als Antwort auf das nun dringlicher als jemals zuvor wiederkehrende Überfüllungsproblem dar (Keller 1934, Sp. 97). In der ersten Hälfte der 1930er Jahre standen die fortlaufenden Berichterstattungen und statistischen Analysen ganz im Zeichen der angestrebten Eindämmung des Hochschulbesuchs. Im Unterschied zum Kaiserreich, als vom Statistischen Büro in den Kommentaren zur Preußischen Statistik kritische Bedenken gegen eine krude Ausschließungspolitik im Hochschulwesen erhoben wurden, stellten sich die Experten in den 1930er Jahren eifrig und distanzlos zur Verfügung. Die Restriktionsmaßnahmen ab 1933 trafen vor allem Juden und Frauen. Den späteren Nazi-Verbrechen gingen die Ausgrenzungen in der Hochschulstatistik frühzeitig und bedenkenlos voraus. So wurden die Zählkarten für „inländische Nichtmitglieder“ der Deutschen Studentenschaft mit einem gelben Streifen gekennzeichnet. „Nicht zur Studentenschaft gehören von den Inländern Personen jüdischer oder teilweise jüdischer Abstammung, Angehörige nationaler Minderheiten und ausgesprochene Staatsfeinde (Kommunisten usw.)“. (So der Oberregierungsrat Dr. Karl Keller vom Preußischen Statistischen Landesamt; Keller 1934, Sp. 102.)

Für das Sommerhalbjahr 1935 und das Winterhalbjahr 1935/36 wurde im Jahre 1936 vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine neu organisierte Statistik veröffentlicht, die unter dem programmatischen Titel „Die Deutschen Hochschulen, Band 1“, offensichtlich eine neue Reihe auf diesem Gebiet eröffnen sollte. Das Unternehmen erschöpfte sich in der hochtrabenden Ankündigung, Folgebände sind nicht erschienen. Die brutalen Restriktionsmaßnahmen, mit denen die Nationalsozialisten das Überfüllungsproblem aus der Welt schaffen wollten, endeten erst recht in der Sackgasse. Von einer „planvollen Betreuung

und Steuerung des akademischen Nachwuchses“, wie im Vorwort zur reorganisierten Statistik 1936 angekündigt wurde, konnte angesichts der dramatischen Frequenzeinbrüche in fast allen Bereichen des Hochschulstudiums schon in den folgenden Jahren nicht mehr die Rede sein. In der nur für den Dienstgebrauch bestimmten „Zehnjahres-Statistik des Hochschulbesuchs und der Abschlußprüfungen“, die nach siebenjähriger Unterbrechung der Berichterstattung 1943 vom Reichserziehungsministerium herausgegeben wurde, ließ sich nicht mehr beschönigen, daß „der schroffe Wechsel von Überfüllung und Mangel“ gerade auf dem akademischen Arbeitsmarkt „eine allgemeine Nachwuchskrise“ gezeitigt habe (Vorwort der Bearbeiterin Charlotte Lorenz). So steht als Quelle für die Hochschulstatistik im „Tausendjährigen Reich“ im wesentlichen nur die Zehnjahres-Statistik zur Verfügung, die eine Fortschreibung der Hauptdaten im Anschluß an die Deutsche Hochschulstatistik bis zum Winter-Trimester 1941 erlaubt. In einer Beilage (Die Entwicklung des Fachstudiums während des Krieges. Berlin 1944) wurden schließlich noch zusammenfassende Frequenzdaten für die wissenschaftlichen Hochschulen „Großdeutschlands“ in den folgenden sechs Semestern von 1941 bis 1943/44 veröffentlicht.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß wir für den Bereich der Hochschulstatistik in Deutschland für die Entwicklung seit dem frühen 19. Jahrhundert über sehr gute Quellengrundlagen verfügen, denen auch im internationalen Vergleich eine hervorragende Bedeutung zukommt (Ringer 1979; Jarausch 1983; Flora 1983). Da die preußische Hochschulstatistik im Kaiserreich auch die nichtpreußischen anderen deutschen Universitäten weitgehend einbezog, ist das Fehlen einer einheitlichen Reichsstatistik auf diesem Gebiet viel weniger nachteilig als beim Volksschulwesen und besonders beim höheren Schulwesen. Wenn man die seit dem frühen 19. Jahrhundert verfügbaren Personalverzeichnisse für die einzelnen Universitäten (die auch vom Preußischen Statistischen Büro ausgewertet wurden) zur Kontrolle und ergänzend mit heranzieht, dann lassen sich für sämtliche deutschen Einzeluniversitäten semesterweise fortlaufende Zeitreihen für die fachspezifischen Studentenströme von 1830/31 bis 1941 erstellen (vgl.: Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band I, 2. Teil).

3 Die nichtamtliche Bildungsstatistik

Nachdem die Lehrer in den einzelnen Schultypen des niederen und höheren Bildungswesens zwischen etwa 1860 und 1890 den modernen Weg des Zusammenschlusses und der organisierten Vertretung ihrer spezifischen Standesinteressen beschritten hatten, erfuhr die amtliche Bildungsstatistik besonders seit den 1890er Jahren fruchtbare Anstöße und Anregungen durch die schulstatistischen Arbeiten der Vereine und Verbände. Der Ende 1871 konstituierte Deutsche Lehrerverein (DLV) gründete 1900 eine „Statistische Zentralstelle“, die Schule und Lehrer betreffendes gesetzliches und statistisches Material sammeln und den Zweigvereinen zugänglich machen sollte. Ähnlich wie die Reichsschulstatistik föderativ organisiert, besaß jeder Landes- und Provinzialverein seine Zählstelle, die für das Vereinsgebiet die von der Zentralstelle vorgesehenen statistischen Erhebungen durchführte. Im Vordergrund standen hier natürlich die standesspezifisch interessierenden Thematiken (wie Anstellungs-, Besoldungs-, Familienverhältnisse der Lehrerschaft, Ausstattung der Schulen, Schulaufsicht, Schulleitung usw.). Die größeren Arbeiten wurden in einer besonderen Reihe veröffentlicht („Schriften der Statistischen Zentralstelle des DLV“). Die Ausgestaltung der

amtlichen Statistik wurde aufmerksam verfolgt und mit kritischen Stellungnahmen begleitet. So ging beispielsweise eine Reihe von Vorschlägen des DLV in die Reichsschulstatistik von 1921 ein (Tredup 1923/24, S. 58).

Die Delegiertenkonferenz der preußischen Philologenvereine beschloß 1892 die Gründung eines statistischen Kalenders, der die standespolitischen Aktivitäten (besonders hinsichtlich der Gleichstellung mit den Juristen) auf ein solides empirisches Fundament stellen sollte. Mit der Zusammenstellung der von Vertrauensmännern an allen höheren Lehranstalten Preußens gesammelten Materialien wurde der Gymnasialdirektor K. Kunze beauftragt, der 1894 den ersten statistischen Kalender herausgab. In Gestalt dieses sogenannten „Kunze-Kalenders“ baute der Philologen-Verband ein umfassendes standeseigenes Informationssystem auf, das in der Form einer Berufsbilanz die Standesstatistik nach Bestand, Zugang und Abgang von akademisch gebildeten Lehrkräften alljährlich in einer sehr zuverlässigen Weise fortschrieb. Darüber hinaus wurde im Kunze-Kalender (später: Philologenjahrbuch für das höhere Schulwesen Preußens und einiger anderer deutscher Länder) fortlaufend auch eine als ziemlich zuverlässig geltende Statistik des höheren Schulwesens veröffentlicht, die auf den Erhebungen der Vertrauensleute an den einzelnen Lehranstalten beruhte, die jährlich zu einem Stichtag (1. Mai) einen Fragebogen ausfüllten. Angesichts der Lückenhaftigkeit der amtlichen Statistik liegt hier ein relativ einheitlicher ergänzender Quellenbestand vor, der von der historischen Bildungsforschung bislang kaum ausgeschöpft wurde. Über die historischen Brüche hinweg sammelten sich von 1894 bis 1942 insgesamt 48 fortlaufende Jahrgangsbände an, die für die Rekonstruktion der Sozialgeschichte des höheren Lehrstands eine wichtige empirische Grundlage darstellen (Bölling 1983; Nath 1988).

Aus der Fülle bildungsstatistischer Arbeiten, die besonders seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Privatleuten veröffentlicht wurden (vgl. die gut nutzbare kommentierte Auswahlbibliographie von Kahlert 1978), können hier nur einige exemplarische Beispiele Erwähnung finden. Von grundlegender Bedeutung sind die universitätsstatistischen Arbeiten des Hallenser Nationalökonomen Johannes Conrad, die auch die amtliche Hochschulstatistik nachhaltig beeinflussten, sowie des Leipziger Nationalökonomen Franz Eulenburg (vgl. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band I/1, S. 11 ff.). Für die Universität Tübingen liegt eine wichtige Abhandlung vor, in der erstmals auch die soziale Herkunft der Studenten einen breiten Raum einnimmt (Riecke 1877). Das Universitätsstudium der Württemberger seit der Reichsgründung ist eingehend von Rienhardt (1917) untersucht worden. Interessante Vergleichsanalysen der deutschen mit der österreichischen Hochschulfrequenz für das Stichjahr 1910/11 liefert Haan (1917). Auf einer hochaggregierten Datenbasis ist die Entwicklung des Hochschulbesuchs vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der 1950er Jahre von Quetsch (1960) untersucht worden.

Lange vor der Einrichtung der Reichsschulstatistik versuchte Georg von Mayr eine sachlich angemessene statistische Übersicht über die Frequenz der höheren Schulen im gesamten Deutschen Reich für das Stichjahr 1890 zu geben, indem er die vielgestaltigen Schultypen in den einzelnen Ländern unter drei Haupttypen subsumierte (Gymnasialanstalten, Realschulen mit Latein, Realschulen ohne Latein; Mayr 1893/94). Bemerkenswert früh setzte das Interesse an international vergleichenden statistischen Übersichten ein, die sich allerdings vorrangig auf die Bereiche des Elementarschulwesens und des Hochschulwesens beschränken mußten,

weil hier die verfügbaren nationalen Materialgrundlagen für Vergleiche noch am ehesten tragfähig erschienen. Eine von Mischler (1893/94) veröffentlichte internationale Übersicht bezog bereits die meisten europäischen Staaten sowie die USA und sogar Japan ein. Auch Petersilie richtete seine Aufmerksamkeit über die nationalen Grenzen hinweg und bezog die Entwicklung des öffentlichen Unterrichtswesens in den europäischen Staaten in seine vergleichenden Analysen ein (Petersilie 1897, mit guter Bibliographie). Als der Nationalismus nach dem Weltkrieg die Psyche der Völker zu vergiften begann, erhoffte sich Friedrich Zahn von einer international vergleichenden Kulturstatistik auch einen Beitrag zur gegenseitigen Achtung und Verständigung der Völker. „Kulturstatistische Arbeiten und deren internationaler Austausch dürften im hohen Grade versöhnend wirken“ (Zahn 1925, S. 287).

4 Ergebnisse aus dem Göttinger Forschungsprojekt QUAKRI

Die Göttinger Forschungsgruppe QUAKRI (= Abkürzung für das Kennwort des ersten DFG-Antrags „QUALifikationsKRisen und Strukturwandel des Bildungssystems“) hat in rund zehnjähriger Arbeit auf der Grundlage von ca. 3 Millionen Daten eine übersichtliche historische Studentenstatistik auf EDV-Basis erarbeitet. Den ersten Teil dieser Statistik, zusammenfassende Langzeitreihen für das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944, haben wir 1987 als Band I/1. Teil eines mehrbändig angelegten Datenhandbuchs zur deutschen Bildungsgeschichte veröffentlicht. Der zweite Teilband, die Frequenzdaten für sämtliche deutschen Einzeluniversitäten vom frühen 19. Jahrhundert bis 1941, wird voraussichtlich 1991 erscheinen.

Im folgenden werden einige ausgewählte Ergebnisse aus dem QUAKRI-Projekt vorgestellt (eine Liste der Veröffentlichungen, die aus dem Projekt bislang hervorgegangen sind, kann in Göttingen angefordert werden).

Zur Tiefenstruktur des Hochschulbesuchs

Für den historischen Bildungsforscher, der sich in die Geschichte der akademischen Studien vertieft, ist es eine faszinierende Erfahrung, daß sich hinter der Vielfalt und dem Wechsel der Erscheinungen auf diesem Gebiet bestimmte Regelmäßigkeiten erkennen lassen. Einsichten in die tiefere Struktur der Prozesse, die beim Hochschulbesuch wirksam sind, eröffnen sich freilich erst, wenn man die Entwicklung anhand zahlreicher Indikatoren über möglichst langfristige Zeiträume hinweg verfolgen kann. Die Dauer einer Generation bedeutet hier fast gar nichts und fällt kaum ins Gewicht, Zeiträume von 60 bis 90 Jahren ermöglichen Einblicke in tiefere Dimensionen der Entwicklung, wünschbar sind noch längerfristige Übersichten von 120 Jahren und mehr, die die tieferen Strukturen eindringlich hervortreten lassen und der Forschung neuartige Fragen und Erkenntnischancen eröffnen.

Diese hohe Bedeutung der Zeitdimension hängt mit zwei Eigentümlichkeiten kollektiver Bildungsprozesse zusammen, die bislang zu wenig Beachtung gefunden haben und von der sozialgeschichtlich orientierten Bildungsforschung erst allmählich in ihrer systematischen Tragweite erkannt werden. Die lange Ausbildungsdauer des Nachwuchses für die akademischen Karrieren und die wichtigen Einflüsse der Berufsdauer auf den Prozeß der Generationsablösung im Erwerbsleben hätten uns eigentlich schon längst darüber belehren

müssen, bei der Wahrnehmung und Analyse von Problemen im Bereich der höheren Bildung in der Zeiteinheit von Generationen zu denken. Wenn tiefgreifende demographische Veränderungen hinzutreten, wie seit der Jahrhundertwende, wird ein derartiges Denken in Generationen geradezu herausgefordert; das gilt nicht nur für den Bildungsbereich. Drastisch veränderte Jahrgangsstärken erzeugen in allen Lebensbereichen langfristig fortwirkende neue Problemlagen, vom Kindergarten bis in die Rentenversicherung.

Die zweite Eigentümlichkeit kollektiver Bildungsprozesse bezieht sich auf einen viel komplexeren Sachverhalt und läßt sich nicht so anschaulich auf den Begriff bringen; wir wissen darüber auch erst sehr wenig. Nicht nur in Hinsicht auf individuelle Lebensläufe, sondern auch im Verhältnis der Generationen stellen allgemeine Bildungsprozesse *Aufbauphänomene* dar, die in einem Kreislaufprozeß selbstmotivierend das Bedürfnis nach weiterer Bildung hervorbringen und steigern. Diese zirkulären Verstärkereffekte lassen sich in langfristig orientierten kollektivbiographischen Analysen des Bildungsverhaltens deutlich erkennen. Wenn etwa eine bildungsferne Schicht in der ersten Generation die soziale Distanz zur höheren Bildung verkürzt und teilweise Anschluß an die dort vorherrschende soziale Reproduktion über das Berechtigungswesen gewinnt, dann ergeben sich daraus für das Bildungsverhalten in der zweiten Generation erheblich veränderte Ausgangsbedingungen, und in der dritten Generation ist, darauf aufbauend, wiederum eine neue Konstellation gegeben. Besonders bei Lehrer- und Beamtenfamilien läßt sich aufschlußreich studieren, wie Bildungsprozesse als Aufbauphänomene über die Generationen fortwirken und eine eigentümliche soziale Dynamik entfalten. Daß fast die Hälfte aller Studierenden an den deutschen Universitäten um 1930 aus Beamtenfamilien stammte (vgl. die Sozialprofile im Datenhandbuch, Band I/1, S. 228ff.), wird als empirisches Einzeldatum in seiner sozialgeschichtlichen Bedeutung und seiner systematischen Tragweite erst auf dem Hintergrund derartiger Aufbauphänomene beim kollektiven Bildungsverhalten voll erkennbar und verständlich. Die Struktur des Berechtigungswesens, wie sie im Vormärz institutionalisiert wurde, liefert bei diesem Ansatz der langfristigen Betrachtung unter Umständen erst den Schlüssel, um einen tieferen analytischen Zugang zu bestimmten Erscheinungen beim Universitätsbesuch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu gewinnen. Die auf Jahre notwendige Disziplin bei der Erarbeitung langfristiger Zeitreihen wird so durch die neuen Erkenntnischancen reichlich aufgewogen.

4.1 Relativer Hochschulbesuch und Verwertungschancen

Die allgemeinen Verwertungsbedingungen üben die entscheidenden Einflüsse auf den Universitätsbesuch aus. Es mag für das Selbstverständnis der Institution befremdlich sein, für manchen Hochschullehrer vielleicht auch beunruhigend, aber die historischen Erfahrungen belehren hier sicher und deutlich: Auch und gerade dort, wo es um „rein geistige Dinge“ zu gehen scheint, wie bei den akademischen Studien, schlagen die materiellen Bedingungen und Zwänge der Gesellschaft nachhaltig durch. Über längere Zeiträume günstige Verwertungsbedingungen der berechtigten Bildung, wie zwischen 1860 und 1880 und 1960 und 1975, lösen Sogeffekte auf den Zustrom ins Universitätsstudium aus, deren Dynamik oft unterschätzt wird. Eine Verringerung der allgemeinen Aufnahmefähigkeit des akademischen Arbeitsmarkts, wie nach 1830 und nach 1930 und kurzfristig um 1890, führt über kurz oder lang zu Stagnations- oder gar Schrumpfungerscheinungen beim Universitätsbesuch. Dabei gehen die entscheidenden Einflüsse, die sich bis in Verhaltensänderungen durchsetzen, von

der wahrgenommenen tatsächlichen Verengung von Berufschancen aus und nicht von symbolisch vermittelten Beeinflussungen und bildungspolitischen Steuerungsversuchen („Warnungen“ vor dem Studium, „Beratungen“, angestrebte Umschleusungen von Schüler- und Studentenströmen usw.).

4.2 Kulturelle Mobilisierung und „Cooling-out“

Die periodisch wiederkehrenden langfristigen Wechsellagen bei den allgemeinen Verwertungsbedingungen der akademischen Bildung haben zur Folge, daß sich der Zugang in die akademischen Berufe für den potentiellen Nachwuchs über die Generationsfolge hinweg sehr unterschiedlich gestaltet, mal schwieriger zu realisieren ist, mal relativ problemlos funktioniert. Mit Hilfe spezifischer Indikatoren lassen sich Phasen abgrenzen, in denen der Zustrom in das berufsvorbereitende Fachstudium über den langfristigen Trend hinaus stark anwächst, die Statuskonkurrenz sich verstärkt, der Selektionsdruck sich erhöht, die Mißerfolgsquoten bei der Prüfungsauslese ziemlich regelmäßig steigen, die Berufsaussichten als „schlecht“ wahrgenommen werden usw. („Cooling-out“). In anderen Phasen wiederum werden Bildungsreserven mobilisiert, die Mittel für Studienförderungen aufgestockt, die formalen Vorbildungsvoraussetzungen für akademische Berufe erleichtert oder großzügiger ausgelegt, und nahezu alle Bewerber erreichen ihr angestrebtes Berufsziel, sofern sie die jeweils geforderte Qualifikation erfüllen. Besonders charakteristisch für diese unterschiedlichen Phasen ist der Umstand, daß sich allmählich die gesamte Umwelt der berechtigten Bildung gewandelt hat, wenn man so will: die gesamte politische Kultur, vom Schulklima bis zur Prüfungsnorm, vom Vorgesetztenenton bis zum Staatshaushalt. Um in diesem Sinne das gesamte Spektrum der unterschiedlichen Bedingungen einzuschließen, liegt es nahe, in diesem Zusammenhang von Selektionsklima zu sprechen. Im langfristigen historischen Prozeß scheinen sich unmerklich immer wieder charakteristische Veränderungen im allgemeinen Selektionsklima herauszubilden, die den Zeitgenossen kaum bewußt werden, von denen die alltäglichen Ausleseprozesse in Schulen und Hochschulen aber gleichwohl in tiefgreifender Weise beeinflußt werden.

Bei den Auswirkungen dieser so unterschiedlichen Rahmenbedingungen ist allerdings eine bemerkenswerte Differenz festzustellen. Ein günstiges Selektionsklima, das Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabechancen öffnet und Bildungsanstrengungen herausfordert und mobilisiert, scheint stärkere Wirkungen hervorzurufen als ein ungünstiges Selektionsklima, das naturgemäß Erwartungen enttäuscht, Chancen einengt und Anstrengungen dämpft. Mit anderen Worten: Bei günstigen Verwertungsbedingungen und guten Aussichten kommt im schichtspezifischen Bildungsverhalten mehr in Bewegung, als durch ungünstige und schlechte Aussichten wieder zurückgedrängt oder „stillgestellt“ wird. In Phasen der kulturellen Mobilisierung werden mehr Chancen umverteilt, als in anschließenden „Cooling-out“-Phasen wieder zurückgewonnen werden.

Mit dieser interessanten Differenz dürften auch zwei weitere langfristige Tendenzen beim Hochschulbesuch zusammenhängen: 1. Über die wiederholt auftretenden Frequenzeinbrüche hinweg setzte sich in der langfristigen Entwicklung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein säkularer Wachstumstrend durch. 2. Trotz der wiederkehrenden „Cooling-out“-Prozesse hat sich die soziale Rekrutierungsbasis der Studierenden vom ausgehenden

19. Jahrhundert bis zur Gegenwart in die mittleren und unteren Sozialschichten hinein erweitert, bei einer beträchtlichen Ausweitung der Beteiligung am Hochschulstudium insgesamt.

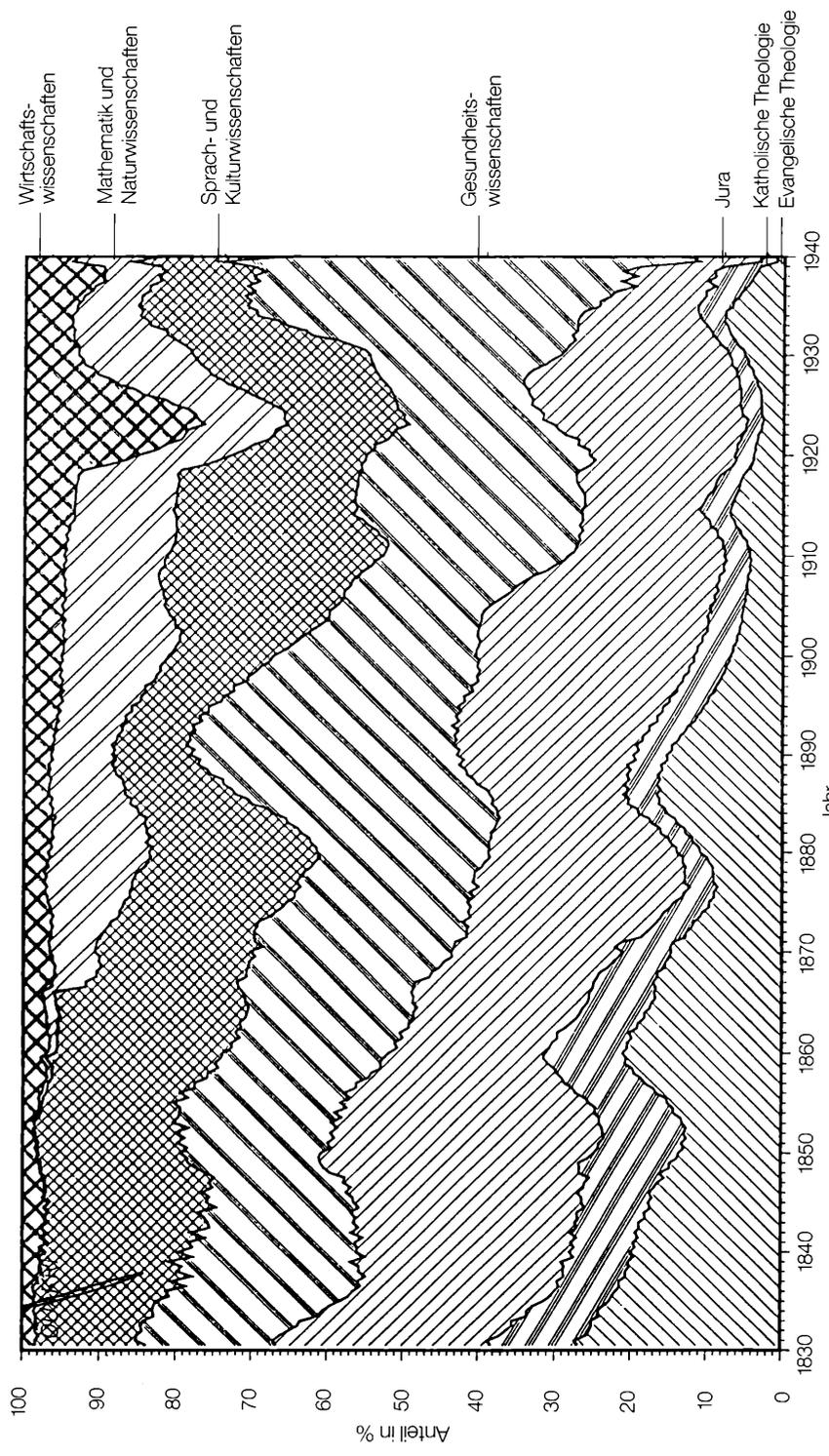
4.3 Zyklische Strukturen im System der Nachwuchsrekrutierung

Wegen der langen Ausbildungsdauer in den akademischen Studiengängen und der damit verbundenen Zeitdifferenz zwischen Bildungsentscheidung (Studienfachwahl) und Bildungsverwertung (Berufszugang) werden bei den studentischen Nachwuchsströmen an den Universitäten zyklische Schwankungen generiert, die sich mindestens über den Zeitraum einer doppelten Ausbildungsdauer erstrecken. Diese Zustromschwankungen beim Nachwuchs führen zu einer relativ regelmäßigen Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in den fachspezifischen Karrieren oder zumindest zu relativen Wechsellagen auf den jeweils betroffenen Arbeitsmärkten. Die hieraus resultierenden Einflüsse auf das Bildungsverhalten werden durch altersstrukturelle Einflüsse bei der Generationsablösung in den akademischen Berufen noch zusätzlich überformt. Durch vorausgegangene ungleichmäßige Wachstumsprozesse bedingt, weisen die akademischen Berufsstände oftmals einen spezifischen Altersaufbau auf, der von einer pyramidenförmigen Struktur in charakteristischer Weise abweicht (Verzerrung durch das Überwiegen von Berufsangehörigen in bestimmten Altersklassen). Dadurch lösen sich im Abstand einer mittleren Berufsdauer Phasen der beschleunigten und der verlangsamten Generationsumschichtung in den Karrieren ab (Verjüngung und Überalterung des Berufsstandes). Dieses wellenförmige Pulsieren der Ersatznachfrage bringt eine neben der langen Ausbildungsdauer wirksame zweite Einflußkomponente in die langfristige Entwicklung der jeweiligen Karriere, die ihrerseits Zyklen generiert.

Das langfristige zyklische Pulsieren der Studentenströme läßt sich bereits nach dem bloßen Augenschein deutlich erkennen, wenn man den fachspezifischen Universitätsbesuch über mehrere Generationen hinweg in den Blick nimmt (vgl. die Abbildungen für die Einzelfächer im Datenhandbuch, Band I/1, S. 103 ff.). Wenn man die Wahrnehmung für diese Phänomene mit den ausgefeilten Instrumenten der modernen Zeitreihenanalyse methodisch kontrolliert und verschärft, werden diese Einsichten zuverlässig bestätigt und verfeinert. Auch der übersichtliche Blick auf die langfristige fachliche Entwicklung der gesamten Studentenschaft an den deutschen Universitäten von 1830 bis zum Zweiten Weltkrieg läßt die zyklische Tiefenstruktur des fachspezifischen Hochschulbesuchs noch deutlich erkennen (vgl. Abbildung 1, S. 78). Selbst in den Fachbereichsprofilen auf der Ebene der Einzeluniversitäten treten die Zyklen noch klar in Erscheinung (vgl. die ausgewählten Beispiele für Heidelberg in Abbildung 2, S. 79 und Erlangen in Abbildung 3, S. 80).

Bemerkenswert ist die Tendenz zur Verkürzung der Zyklen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Für diese empirisch gut abgesicherte Beobachtung hat sich in der Göttinger Forschungsgruppe während der letzten Jahre ein Erklärungsmodell herauskristallisiert: Solange die soziale Rekrutierungsbasis für die kaum wachsenden gelehrten Berufe ständisch gebunden und durch privilegierte Zugangschancen eng begrenzt ist, bleibt das zyklische Pulsieren der Nachwuchsströme dem biologisch vorgezeichneten Rhythmus der Generationsablösung in den gelehrten Berufen eng verhaftet. In den beobachtbaren langen Wellen manifestiert sich vor allem die altersstrukturell bedingte Komponente der periodisch erhöhten

Abbildung 1
Das Fachbereichsprofil der Studierenden an den deutschen Universitäten 1830/31–1940¹⁾



¹⁾ Gegenüber der Abbildung im Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band 1/1, S. 102, auf weiter verbesserter Datenbasis, ohne die kleine Gruppe der Studierenden in „sonstigen“ Fächern.

Abbildung 2
 Das Fachbereichsprofil der Studierenden an der Universität Heidelberg 1807–1941

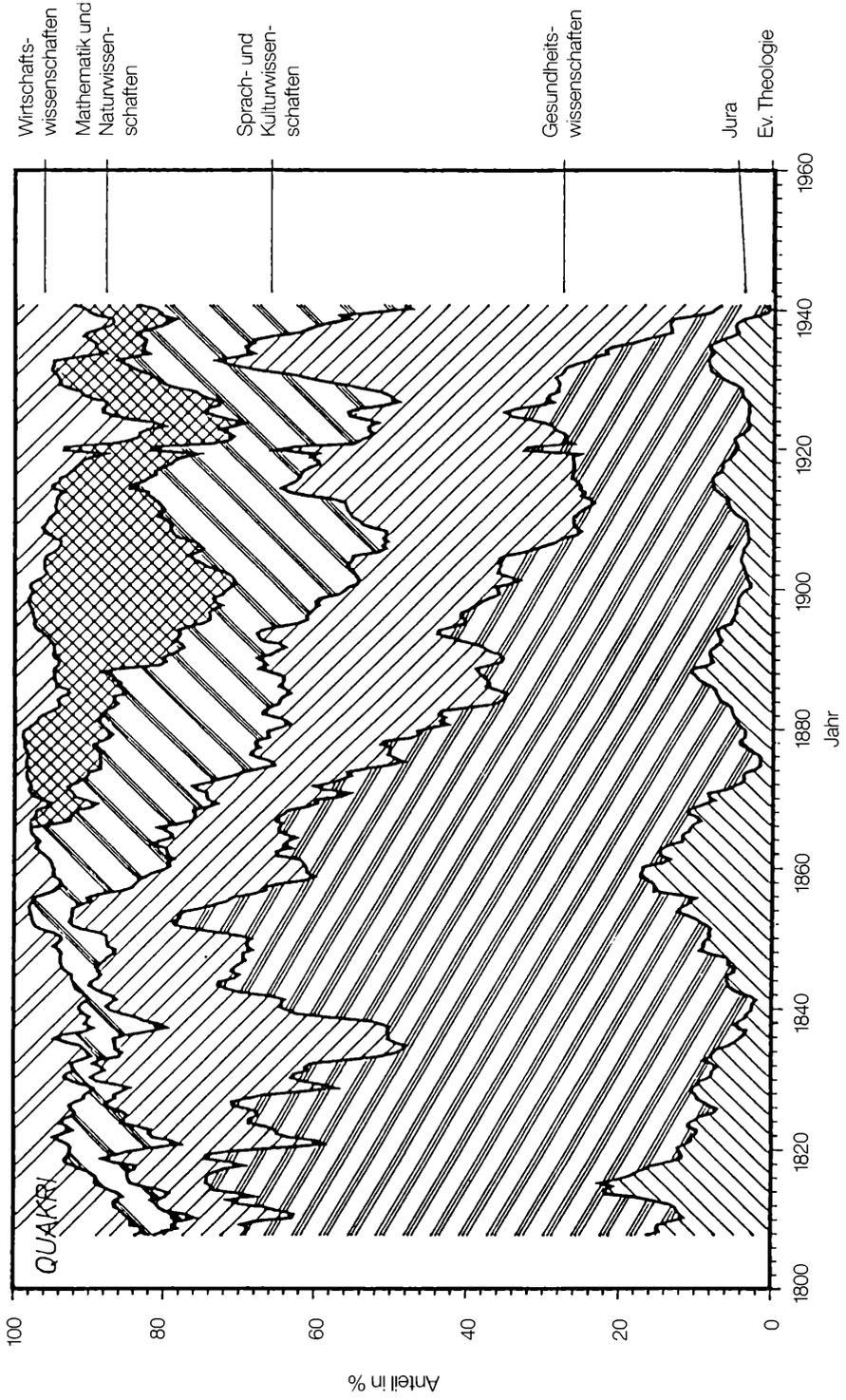
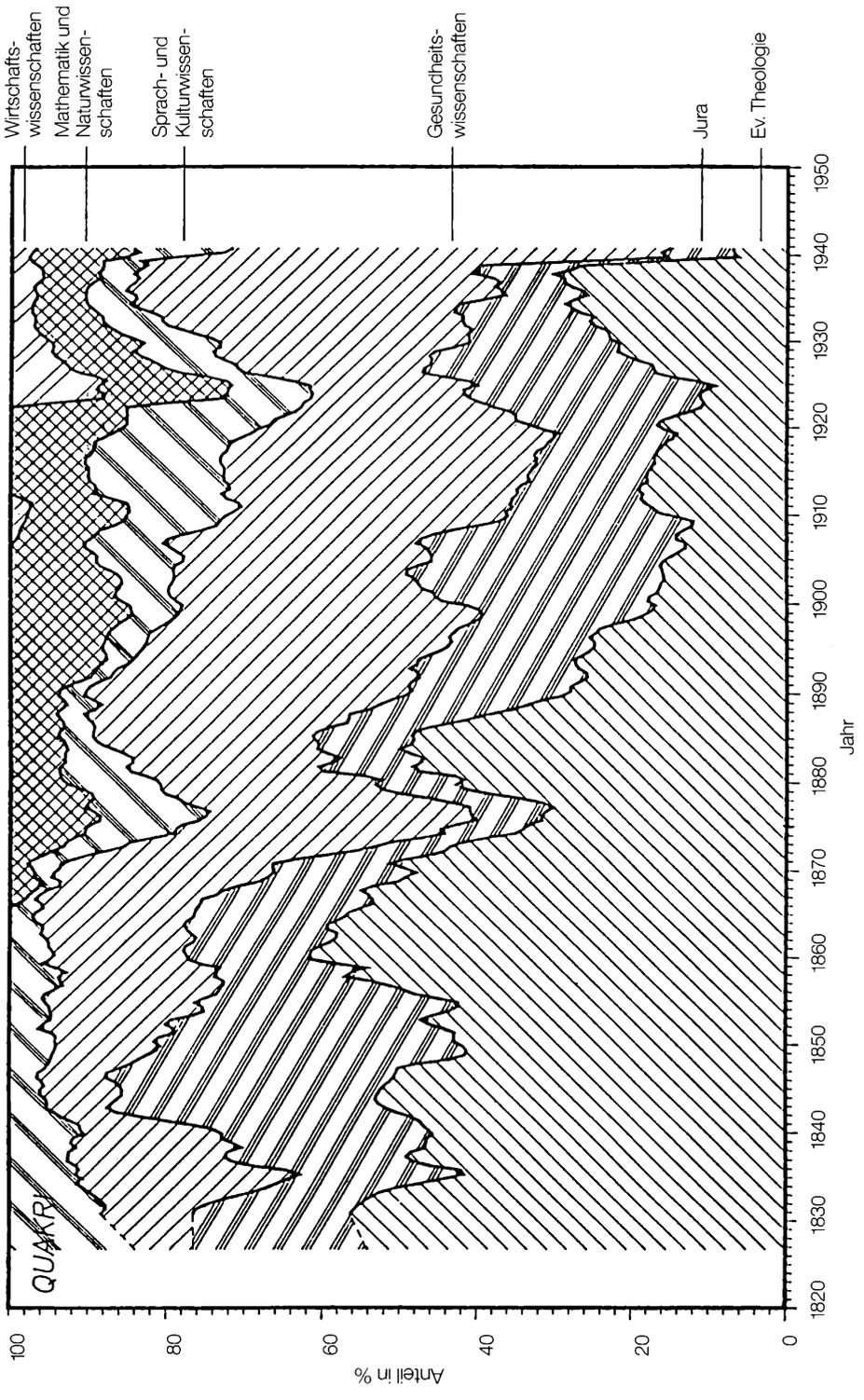


Abbildung 3
Das Fachbereichsprofil der Studierenden an der Universität Erlangen 1826/27–1941



Ersatznachfrage, die als Schwingungsphänomen einmal aufgebaut im System der Nachwuchswerbung über die Generationen hinweg beharrlich fortwirkt (Zyklen von der Länge einer durchschnittlichen Berufsdauer). Das verstärkte Auftreten kürzerer Zyklen signalisiert demgegenüber, daß sich die Rekrutierung für die gelehrten Berufe aus der traditionellen ständisch geprägten Struktur ein Stück weit herauslöst und in die moderne Struktur der sozial offeneren Arbeitsmärkte hineinbewegt. Wenn sich die individuellen Spielräume für den akademischen Statuswerb erweitern, und folglich auch die Schar der potentiellen Mitbewerber immer größer wird, dann gewinnt der ökonomische Gesichtspunkt der Verwertung von Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt eine erhöhte Bedeutung. Zumal von den „sozialen Aufsteigern“ werden die Chancen dort aufgespürt und ergriffen, wo sie sich aktuell aufturn. Unter diesen Bedingungen werden durch das flexible Studienfachwahlverhalten (Orientierung an den jeweils wahrgenommenen Berufsaussichten) Zyklen von der Länge einer doppelten Ausbildungsdauer hervorgerufen. Mit anderen Worten und in pointierter Zuspitzung: Das schnellere Pulsieren der Studentenströme markiert den historischen Entwicklungspfad von der ständisch geprägten gelehrten Welt in die moderne „Leistungsgesellschaft“, in der der Zugang in die begehrten und stark angewachsenen Karrieren zu einem massenhaften Wettlauf um knappe Chancen wird.

Die wechselnden Berufsaussichten haben allerdings nicht allein ökonomisch bedeutsame quantitative Auswirkungen auf den Zustrom in die Universitäten. Das vielleicht interessanteste Phänomen, auf das wir bei der Analyse historischer Massendaten gestoßen sind, stellen die sozialen Mechanismen von Sog und Abschreckung beim akademischen Berufszugang dar. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer doppelten Selektivität der akademischen Statusrekrutierung.

Bei günstigen Berufsaussichten öffnen sich die Karrieren in ihrer sozialen Rekrutierungsbasis ein Stück weit nach „unten“ in bildungsferne Schichten hinein. Dieser Sogeffekt kann zum einen durch eine beschleunigte Generationsablösung in der Karriere bedingt sein (hoher Ersatzbedarf wegen Überalterung des Berufsstandes), zum anderen durch ein beschleunigtes Wachstum (hoher Erweiterungsbedarf durch Stellenausbau). Treffen die beiden Bedingungskomplexe zusammen, dann kumulieren sich die Wirkungen auf den Berufsnachwuchs zu einem besonders starken Sogeffekt. Von ihm werden vor allem diejenigen Nachwuchskräfte angezogen, die aufgrund ihrer „schwachen“ sozialen Herkunft (geringe materielle Ressourcen, labiles Anspruchsniveau) ihre relativ begrenzten Chancen zu ergreifen suchen und in besonderem Maße denjenigen Karrieren zustreben, die wegen ihrer Mangellage schnelle Versorgungschancen bieten.

Erscheint der Nachwuchsbedarf einer Karriere „gesättigt“ und die Berufsaussichten verschlechtern sich, dann schließt sie sich in ihrer Rekrutierungsbasis wieder ein Stück weit nach „unten“ ab, weil sich die Zugangschancen von „oben“ nach „unten“ schichtspezifisch verknappen. Wie sich anhand mehrerer Indikatoren zuverlässig nachweisen läßt, wirken die Abschreckungseffekte, die von Überfüllungssituationen ausgehen, sozial selektiv (in der Regel steigende Akademikerquote und sinkende Anteile aus bildungsfernen Schichten bei schrumpfenden Studentenzahlen). Je nach Schichtzugehörigkeit erweist sich der potentielle Nachwuchs für die akademischen Studien und Karrieren in spezifischer Weise als mehr oder weniger „resistent“ gegen die wechselnden Verwertungsbedingungen und die damit verbundenen Veränderungen beim Selektionsklima.

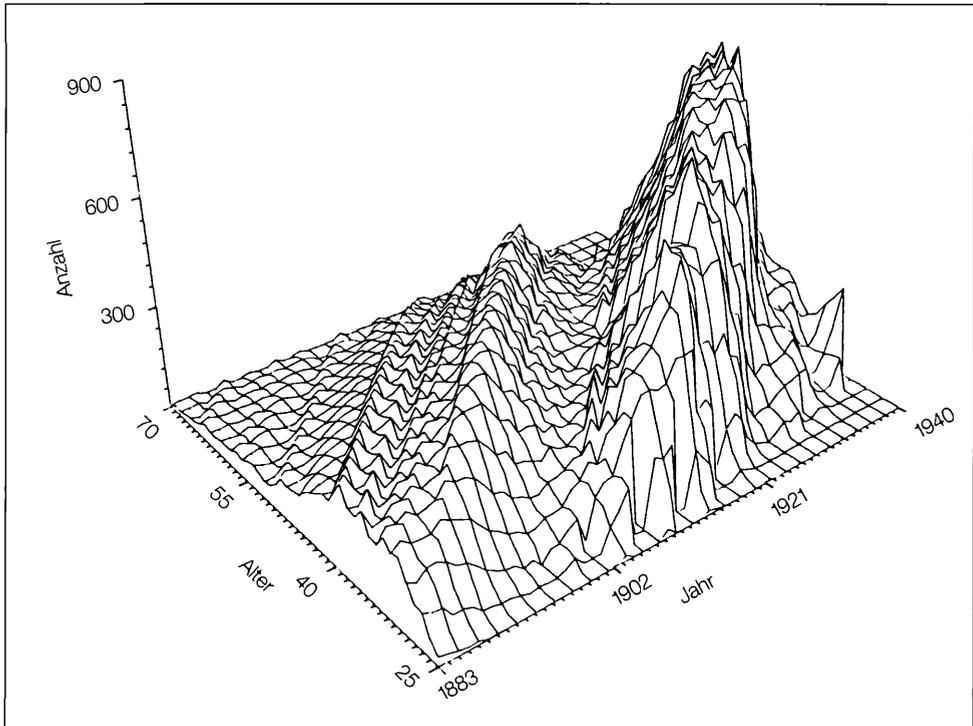
Wir haben diese komplexen Prozesse in vergleichenden Analysen für vier ausgewählte akademische Karrieren untersucht (Evangelische Theologen, Juristen, Ärzte und Lehrer an höheren Schulen). Die modernen Möglichkeiten der EDV eröffnen heute die Chance, die zyklischen Strukturen im System der Nachwuchsrekrutierung in ihren Auswirkungen bis in den Altersaufbau der Berufsstände hinein zu verfolgen und anschaulich zur Darstellung zu bringen. Besonders für den höheren Lehrerstand in Preußen, für den wir eine sehr differenzierte Datenbasis erarbeitet haben, läßt sich eindringlich verfolgen, wie sich die Zyklen beim Nachwuchs vom Kaiserreich bis zum Zweiten Weltkrieg in der generativen Struktur des Berufsstandes niedergeschlagen haben (vgl. Abbildung 4, S. 83; nähere Erläuterungen dazu in Titze/Nath/Müller-Benedict 1985, S. 114f.).

4.4 Entwertung von Qualifikationen und gesellschaftliche Stabilität

Durch das Zusammenspiel aller Einzelmechanismen in einem komplexen Wirkungszusammenhang halten sich die Karrieren langfristig in einem offenen und dynamischen Fließgleichgewicht. Die innere Flexibilität mittels der zyklischen Nachwuchsrekrutierung verhindert einerseits, daß sich die akademischen Berufsstände als moderne Funktionselite kastenmäßig absondern können und ermöglicht andererseits, daß die sozialen Abstände zwischen den einzelnen Karrieren dennoch über Generationen gewahrt bleiben und das gesamte hierarchische Gefüge sich ziemlich stabil reproduziert. Die exklusiven Karrieren (Jura, Medizin) bleiben vergleichsweise exklusiv und die offenen Karrieren vergleichsweise offen (Theologie, Lehramter). Rangverschiebungen im gesamten Spektrum der Karrieren vollziehen sich, wenn überhaupt, dann nur über die Distanz mehrerer Generationen (beispielsweise die Aufwertung der Zahnmedizin vom Kaiserreich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg).

Die nie voll harmonische, sondern immer im Fluß befindliche Beziehung zwischen Bildungsprozessen einerseits und deren Verwertungschancen andererseits hat langfristig eine objektiv stabilisierende Funktion, auch wenn diese Disharmonie den subjektiv Betroffenen, die zufällig in eine Generation mit geringeren Chancen hineingeboren wurden, als Ausdruck einer Krise erscheint, unter der sie zu leiden haben. In den zyklisch wiederkehrenden Phasen der Berufsüberfüllung auf dem akademischen Arbeitsmarkt, in denen die Entwertung von Qualifikationen so sinnfällig in Erscheinung tritt, wird allen Akademikern der Wert ihrer Statusprivilegien deutlich ins Bewußtsein gehoben. Die Verhältnisse beim eigenen Berufsnachwuchs demonstrieren den akademischen Schichten sehr eindringlich die systemimmanenten gesellschaftlichen Bedingungen ihrer eigenen Privilegien. Deren Aufrechterhaltung setzt die periodische Entwertung von Qualifikationen voraus, damit das privilegierende Sonderwissen nicht „sozialisiert“ wird und unter Preis vermarktet werden muß. Durch die „geistige Währungs- und Wertungskrise“ wird die junge Generation, die von der „Entwertung“ besonders betroffen ist, in ihren Berufsaussichten gedämpft und in ihren Erwartungen politisch abgekühlt. Die privilegierten Schichten orientieren sich wieder bewußter und enger an ihrer eigenen sozialen und politischen Interessenlage. Nach Phasen der Mobilisierung und Reform unter Mangelbedingungen und Wachstumserwartungen ziehen sich die Handlungsspielräume wieder enger zusammen; in Überfüllungskrisen und „Cooling-out“-Phasen bewegt sich nicht mehr viel. Darin sehen wir den latenten Beitrag, den die Zyklen für die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse leisten.

Abbildung 4
Die Entwicklung der Altersstruktur des festangestellten männlichen wissenschaftlichen Lehrpersonals an preußischen höheren Lehranstalten 1883–1940



4.5 Zur Rhythmik des Bildungswachstums

Zahlreiche Langzeit-Indikatoren stützen die These, daß das System der berechtigten Bildung nicht kontinuierlich wächst, sondern einer eigentümlichen Rhythmik mal beschleunigter, mal verlangsamer Wachstumsprozesse folgt. Das strukturelle Muster dieser langfristigen Wachstumsentwicklung scheint einer rationalen Rekonstruktion zugänglich zu sein. Über die Triebkräfte und komplexen Zusammenhänge, die dieser Wachstumsrhythmik zugrunde liegen, wissen wir freilich noch sehr wenig. Beim gegenwärtigen Forschungsstand zeichnen sich einige Hypothesen ab, die immerhin die Richtung erkennen lassen, in der weitere Untersuchungen anschließen können.

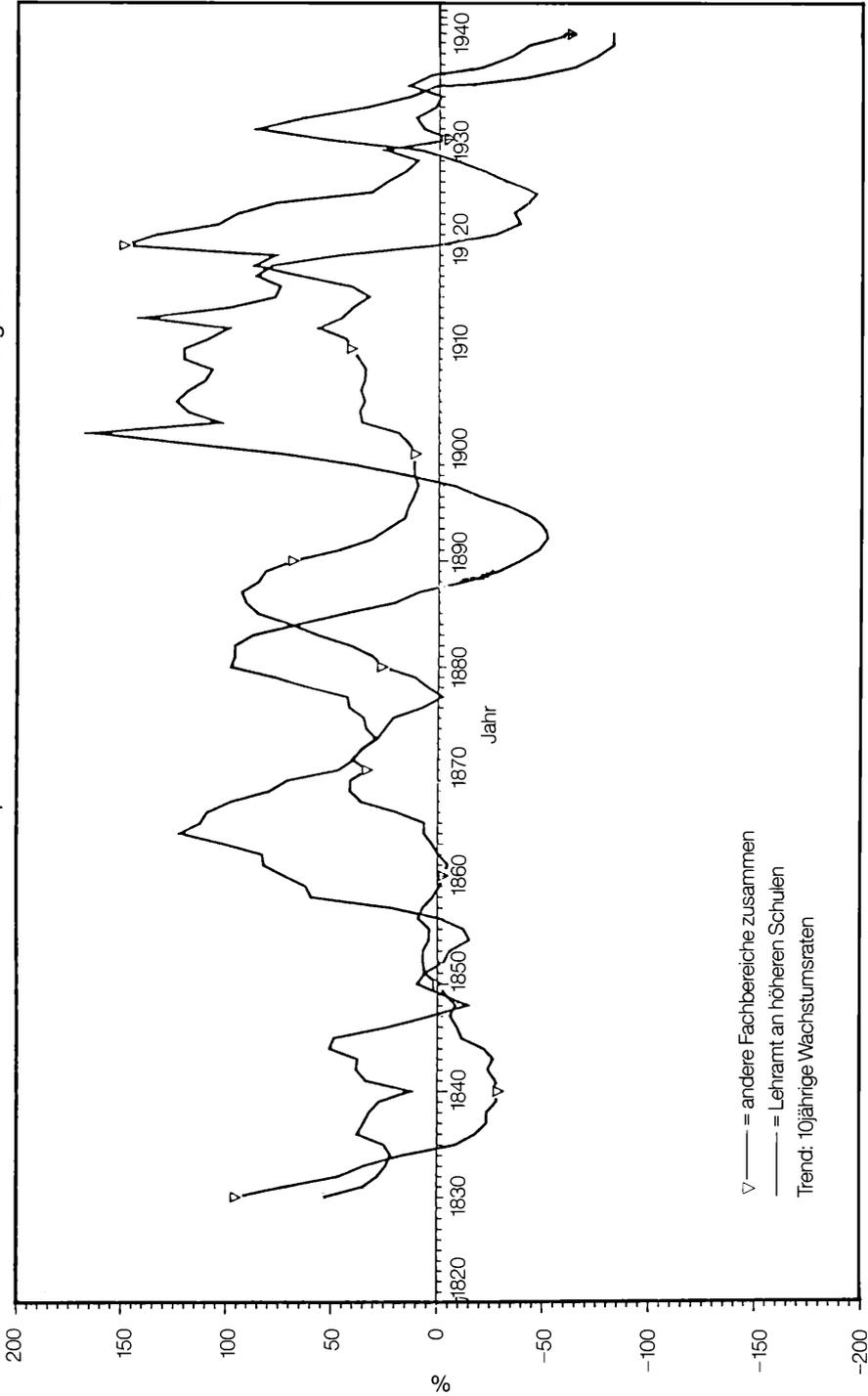
Das allgemeine Bildungswachstum scheint sich über Entwicklungsplateaus zu bewegen, die durch ihre Anpassungskapazität definiert sind. Ist die Anpassungskapazität auf einem Niveau erschöpft, wird durch die daraus entstehenden Problemlagen und funktionalen Imperative der „Sprung“ auf das nächste Entwicklungsplateau herausgefordert. Der entscheidende strukturelle Mechanismus, der den „Sprung“ vom einen zum nächsten Entwicklungsplateau vermittelt, läßt sich als beschleunigter Eigenausbau des Bildungs-

systems begrifflich fassen. Für die Abfolge und Fristigkeit von Wachstumsprozessen übernimmt dieser Eigenausbau eine allgemeine Leitfunktion, die in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen ist. Erst nach dem Wachstum des Bildungssystems selbst kommt es zu Breitenwachstum „nach außen“, zur erweiterten Zirkulation der Bildungsströme in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs. Die Phasen des Eigenausbaus des Bildungssystems lassen sich im historischen Prozeß empirisch gut identifizieren und abgrenzen, indem man der Frage nachgeht, wie hoch der Anteil ist, den das Bildungssystem als Beschäftigungssystem vom gesamten Akademikernachwuchs absorbiert (Quote der Studierenden in den lehramtsorientierten Fächern). Zeigt dieser Indikator über längere Zeiträume besonders hohe Werte an, dann lassen sich auf diese Weise die Phasen eines beschleunigten Eigenausbaus im historischen Prozeß abgrenzen. In solchen Phasen des Durchbruchs auf ein neues Entwicklungsplateau „speist“ das Bildungssystem vorrangig seine eigenen Wachstumsbedürfnisse: für einen gewissen Zeitraum absorbiert es einen Großteil der Personen, die es zuvor ausgebildet hat, in einem kurzgeschalteten Kreislauf selbst; in historisch ungewöhnlichem Ausmaß werden aus Schülern und Studenten Lehrer im Schul- und Hochschulwesen (vgl. diesen Indikator für Preußen 1820–1941 in Titze/Nath/Müller-Benedict 1985, S. 105 ff.).

Wenn man für die schulwissenschaftlichen Studentenströme an sämtlichen preußischen Universitäten 1820–1941 die langfristigen Wachstumsraten berechnet und ihnen die entsprechenden Werte für die Studentenströme in allen anderen Fächern vergleichend zur Seite stellt, dann werden ebenfalls bemerkenswerte strukturelle Muster sichtbar, deren Spuren die historische Bildungsforschung in interessantes Neuland führen könnten (vgl. Abbildung 5, S. 85). Die Wachstumswellen in der Philosophischen Fakultät, der Berufsfakultät der Lehrämter, laufen den Wachstumswellen in sämtlichen anderen Wissenschaftsbereichen in bemerkenswerter Regelmäßigkeit voran. Darin kann man eine Bestätigung für die These sehen, daß das Wachstum des höheren Bildungssystems immer wieder als Leitsektor für das Wachstum aller anderen akademischen Karrieren funktioniert. Die dargestellte Abfolge der Wachstumswellen legt auch die interessante Überlegung nahe, daß von den „Kulturwissenschaften“ im langfristigen historischen Prozeß immer wieder wichtige Impulse im Sinne einer Initialfunktion für „kulturelle Mobilisierung“ ausgehen könnten. Die Forschung steht hier freilich noch ganz in den Anfängen.

Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart lassen sich zwei „Wachstumssprünge“ durch einen beschleunigten Eigenausbau des Bildungssystems empirisch identifizieren: der erste vollzog sich im Wilhelminischen Kaiserreich, der zweite in der Reformperiode der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren. Wenn man diese beiden Phasen als Bezugspunkte für die Theoriebildung wählt, dann läßt sich die Entwicklung des Systems der berechtigten Bildung in Deutschland in drei Stadien sinnvoll periodisieren: 1. der Zeitraum von der Institutionalisierung bis zum Beginn des historisch neuartigen säkularen Wachstums im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts; 2. der Zeitraum vom Kaiserreich bis in die 1950er Jahre; 3. die jüngste Periode seit den 1960er Jahren. Innerhalb dieser drei Perioden bewegt sich das Wachstum auf Entwicklungsplateaus, die unter strukturellen Gesichtspunkten als Einheit zu betrachten sind.

Abbildung 5
 Die langfristigen Wachstumsraten der schulwissenschaftlichen Studentenströme und der Studentenströme in allen anderen Fachbereichen an den preußischen Universitäten 1820–1940 im Vergleich

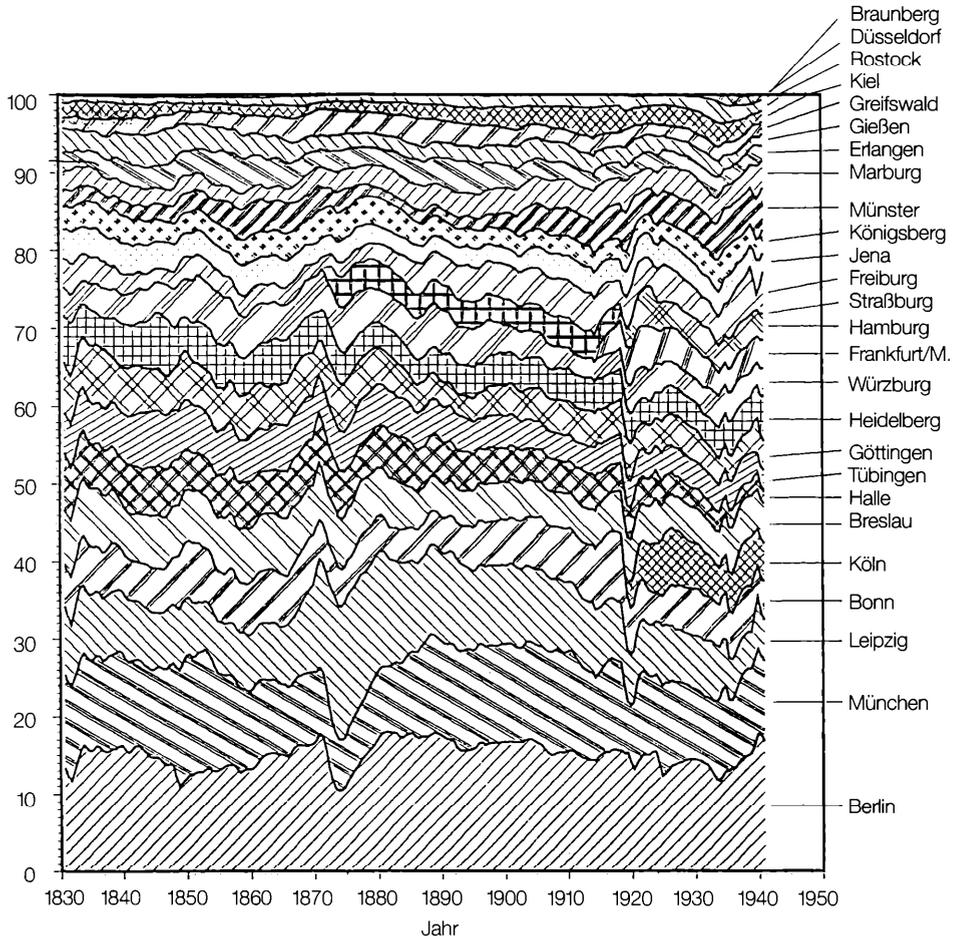


4.6 Das deutsche Universitätsprofil 1830–1941

Durch die allgemeinen Reformen im letzten Drittel des 18. und ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde das Bildungswesen in den meisten deutschen Staaten grundlegend reorganisiert. Wenn man die moderne Entwicklung der Bildungseinrichtungen statistisch dokumentieren möchte, muß man bis in diese Umbruchphase zurückgehen, in der die Institutionen in ihrer historisch weiterwirkenden Gestalt geschaffen wurden. Für das Universitätswesen brachte diese Zeit besonders tiefgreifende Einschnitte mit sich. Dem notwendigen Anpassungsprozeß fiel nach der Französischen Revolution etwa jede zweite Universität im deutschen Sprachgebiet zum Opfer. Nach diesem „Massensterben“ zwischen 1794 und 1818 zählte man auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches nur noch 19 Universitäten und eine aus zwei Fakultäten bestehende Rumpfuniversität (Münster im Status einer Akademie bis zur Universitätserhebung 1902). Bis zum Zweiten Weltkrieg blieb die Zahl der Universitäten dann außerordentlich stabil. Nach der Reichsgründung kam 1872 nur noch Straßburg hinzu (bis 1918), und erst zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde das institutionelle Gefüge um drei Großstadtuniversitäten erweitert (Frankfurt a. M. 1914, Hamburg und Köln 1919). Zwischen 1820 und den Zweiten Weltkrieg zählte man also nie mehr als 20 bis 23 gleichzeitig nebeneinander bestehende deutsche Universitäten. Der erste Wachstumssprung im Kaiserreich vollzog sich also innerhalb der Institutionen, die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihre in die Zukunft weisende Gestalt erhalten hatten. Der zweite Wachstumssprung erfolgte demgegenüber unter gänzlich anderen Bedingungen: In den zwei Jahrzehnten zwischen 1960 und 1980 wurden in der Bundesrepublik etwa ebenso viele Universitäten neu geschaffen, wie zwischen 1820 und 1945 in sämtlichen deutschen Staaten bzw. im Deutschen Reich insgesamt bestanden. Erst im Übergang zur Massenhochschule wurde also das festgefügte institutionelle System der deutschen Universitäten, das fast eineinhalb Jahrhunderte überdauerte, gleichsam „aufgesprengt“.

Das stabile Gefüge der Institutionen tritt im langfristigen Universitätsprofil deutlich hervor (vgl. Abbildung 6, S. 87). Nach ihrem prozentualen Beitrag zur Gesamtzahl der Studierenden lassen sich die 24 Universitäten und 2 Akademien mit Universitätsrang (Düsseldorf und Braunsberg) vier abgestuften Gruppen zuordnen: Fast durchgängig nehmen die drei Großstadtuniversitäten Berlin, München und Leipzig eine herausragende Sonderstellung ein. Nur Mitte der 1870er Jahre konnte Leipzig kurzfristig Berlin den führenden Rang streitig machen. Unter den 9 Universitäten im oberen Mittelfeld heben sich Bonn und Breslau langfristig heraus, denen Köln nach dem Ersten Weltkrieg an die Seite tritt. Dicht zusammen folgen die fünf Traditionsuniversitäten Halle, Tübingen, Göttingen, Heidelberg und Würzburg sowie die neugegründete Großstadtuniversität Frankfurt a.M. Die 8 Universitäten im unteren Mittelfeld (Plätze 13 bis 20) werden von Hamburg, Straßburg (1872–1918), Freiburg, Jena, Königsberg, Münster, Marburg und Erlangen eingenommen. Die beiden letzten Hochschulen dieser Gruppe nähern sich im gesamten Spektrum bereits den 4 Kleinuniversitäten an. Deren Plätze 21 bis 24 belegen die kleinen Traditionsuniversitäten Gießen, Greifswald, Kiel und Rostock (mit Anteilswerten unter jeweils 2,5 % an der Gesamtfrequenz). Auf lange Sicht war Rostock (durchschnittlich 1,24 %) mit Abstand die kleinste deutsche Universität.

Abbildung 6
 Das deutsche Universitätsprofil 1830/31–1941*)



*) Prozentualer Anteil der Studierenden an den einzelnen Universitäten an der Gesamtzahl der Studierenden.

Literaturhinweise

- Behre, O. (1905): Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preussen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin.
- Bölling, R. (1983): Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen.
- Engel, E. (1869): Beiträge zur Geschichte und Statistik des Unterrichts, insbesondere des Volksschulunterrichts im preussischen Staate. In: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, S. 99–116 und S. 153–211.
- Flora, P. u. a. (1983): State, Economy and Society in Western Europe 1815–1975. A. Data Handbook. Volume I: The Growth of Mass Democracies and Welfare States, Frankfurt a. M.
- Haan, Freiherr von (1917): Statistische Streiflichter zur österreichischen Hochschulfrequenz. In: Statistische Monatsschrift, S. 155–208, Brunn.
- Herrlitz, H.-G., Titze, H. (1987): Die Studiersucht der armen Leute. In: Herrlitz, H.-G., Kern, H. (Hrsg.): Anfänge Göttinger Sozialwissenschaft. Göttinger Universitätsschriften, Serie A, Band 4, S. 96–126, Göttingen.
- Hoffmann, J. G. (1859): Das statistische Zeitalter. In: Mittheilungen des Statistischen Bureaus 12, S. 229–234, Berlin.
- Jarausch, K. H. (Ed., 1983): The Transformation of Higher Learning 1860–1930, Stuttgart und Chicago (The University of Chicago Press).
- Kahlert, H. (1978): Prolegomena zur Geschichte der Bildungsökonomie. Bibliographie und Darstellung (1850–1945), Frankfurt a. M.
- Keller, K. (1934): Probleme der deutschen Hochschulstatistik. In: Deutsches Statistisches Zentralblatt 26, Sp. 97–110.
- Köhler, H. (1977): Quellen der Bildungsstatistik. MPI für Bildungsforschung: Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 8, Berlin.
- Königlich Preußisches Statistisches Bureau (1905): Festschrift zur Jahrhundertfeier seines Bestehens, Berlin.
- Mayr, G. von (1893/94): Die Lernmasse der höheren Schulen des Deutschen Reichs. In: Allgemeines Statistisches Archiv 3, S. 610–617.
- Mischler, E. (1893/94): Internationale statistische Übersichten. Unterrichtswesen. In: Allgemeines Statistisches Archiv 3, S. 686–731.
- Müller-Benedict, V. (1989): Akademikerprognosen und die Dynamik des Hochschulsystems. Eine historisch-statistische Untersuchung, Dissertation, Göttingen.
- Müller, D. K., Zymek, B. unter Mitarbeit von Herrmann, U. (1987): Sozialgeschichte und Statistik des Schulsystems in den Staaten des Deutschen Reichs, 1800–1945. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Band II: Höhere und mittlere Schulen, 1. Teil, Göttingen.
- Nath, A. (1988): Die Studienratskarriere im Dritten Reich. Systematische Entwicklung und politische Steuerung einer zyklischen „Überfüllungskrise“ – 1930 bis 1944, Frankfurt.
- Petersilie, A. (1894): Die preussischen und die deutschen Universitäten. In: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, S. 175–214.
- Petersilie, A. (1897): Das öffentliche Unterrichtswesen im Deutschen Reiche und in den übrigen europäischen Kulturländern, 2 Bände, Leipzig.
- Quetsch, C. (1960): Die zahlenmäßige Entwicklung des Hochschulbesuchs in den letzten 50 Jahren, Heidelberg.
- Riecke, K. V. von (1877): Statistik der Universität Tübingen. In: Württembergische Jahrbücher, Heft 3, S. 1–83.

- Rienhardt, A. (1916): Das Universitätsstudium der Württemberger seit der Reichsgründung. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, S. 161–282, Stuttgart 1917.
- Ringer, F. (1979): Education and Society in Modern Europe (Indiana University Press), Bloomington/London.
- Titze, H. (1985): Der Akademikerzyklus. Historische Untersuchungen über die strukturellen Bedingungen und sozialen Mechanismen der periodischen Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in akademischen Karrieren (Habil.), Göttingen.
- Titze, H. unter Mitarb. von Herrlitz, H.-G., Müller-Benedict, V. und Nath, A. (1987): Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band I: Hochschulen, 1. Teil, Göttingen.
- Titze, H., Nath, A., Müller-Benedict, V. (1985): Der Lehrzyklus. Zur Wiederkehr von Überfüllung und Mangel im höheren Lehramt in Preußen. In: Zeitschrift für Pädagogik 31, S. 97–126.
- Tredup, A. E. (1923/24): Statistik des deutschen Schulwesens. In: Allgemeines Statistisches Archiv 14, S. 1–81.
- Zahn, F. (1925): Internationale Kulturstatistik. In: Allgemeines Statistisches Archiv 15, S. 265–292.
- Zymek, B. (1988): Der Strukturwandel des höheren Mädchenschulsystems in Preußen 1908–1941. In: Zeitschrift für Pädagogik 34, S. 191–203.

Historische Verkehrsstatistik von Deutschland

1 Das Gesamtvorhaben

1.1 Sachliche, zeitliche und räumliche Abgrenzung

Ziel des Forschungsvorhabens, das seit 1986 am Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Freien Universität Berlin durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland“ gefördert wird, ist die Erstellung langer Reihen zum Verkehr in Deutschland für die Zeit von 1835 bis heute. Wegen der begrenzten Mittel konnten bisher leider nicht alle Verkehrsbereiche bearbeitet werden. In vier Teilprojekten werden derzeit Daten zum Eisenbahnverkehr, zur Binnenschifffahrt, zur Seeschifffahrt sowie zum städtischen Nahverkehr erhoben. Die übrigen Bereiche – Straßenverkehr und Luftverkehr – sollen eventuell nach Fertigstellung der laufenden Arbeiten in Angriff genommen werden.

Die zeitliche Abgrenzung bedarf einer kurzen Erläuterung. Im Grunde haben wir das Aufkommen der Eisenbahn als Richtpunkt für den Beginn der Langzeitreihen genommen, die bis in die Gegenwart durchgezogen werden. Diese zunächst rein pragmatisch erscheinende Abgrenzung läßt sich inhaltlich damit begründen, daß mit der Eisenbahn in Deutschland die erste „Verkehrsrevolution“ einsetzte und wahrscheinlich die entscheidende Beschleunigung zum modernen Wirtschaftswachstum begann.

Die geographische Gesamtheit der Erhebung ist das Deutsche Reich und dessen Nachfolgestaaten (vor 1871 das spätere Reichsgebiet ohne Elsaß-Lothringen). Als Nachfolgestaaten in diesem Sinne gelten uns die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in deren jeweiligen Grenzen. Die geographische Tiefengliederung der Erhebung richtet sich nach den besonderen Bedingungen des Verkehrssektors. Primär wird daher nicht nach politischen, sondern nach verkehrsgeographisch relevanten Einheiten untergliedert, also nach Verkehrsräumen wie Verkehrsbezirke, Wasserstraßengebiete usw., oder auch nach einzelnen Eisenbahngesellschaften. Dies schließt allerdings nicht aus, daß in einzelnen Fällen auch eine Unterteilung nach politisch-administrativen Gesichtspunkten gewählt wird, z. B. die Staatsbahnen der einzelnen deutschen Territorialstaaten, oder die Registrierung von Schiffen nach dem Heimatstaat. Die bewußt stark differenzierte geographische Tiefengliederung bedeutet gleichzeitig eine weitgehende Disaggregation der zu erstellenden Langzeitreihen. Gerade hier unterscheiden sich unsere Arbeiten von bereits vorhandenen Langzeitreihen zum Verkehr in Deutschland. Durch die geographische Tiefengliederung wird dem späteren Benutzer Zugriff auf regionale oder lokale Daten ermöglicht. Dementsprechend werden unsere Daten nicht nur für die verkehrs- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung, sondern auch für die allgemeine Regional- und Lokalforschung von Nutzen sein.

*) Prof. Dr. Rainer Fremdling, Universität Groningen.

**) Dr. Andreas Kunz, Institut für Europäische Geschichte, Mainz.

1.2 Methodischer Zugriff

Der methodische Zugriff – oder das Konzept – soll der Auswahl repräsentativer Kategorien für Langzeitreihen dienen und dabei gleichzeitig für alle Teilprojekte möglichst einheitlich sein, damit die in ihnen erhobenen Daten untereinander, so weit es geht, vergleichbar sind. Darüber hinaus bietet das Konzept eine Richtschnur, mit der das komplexe Material überhaupt erst zu überschaubaren Kategorien verdichtet werden kann. Denn auf der einen Seite gibt es zwar einen Mangel an „harten Daten“, auf der anderen Seite existiert aber geradezu eine Fülle von Informationen zum Verkehrssektor. Um sich nicht darin zu verlieren, ist aus forschungsökonomischen Gründen ein solch einengendes und distanzierendes Konzept nötig. Daß in einigen Bereichen das Konzept wegen Mangels an Daten nicht ausgefüllt werden kann, spricht nicht gegen das Konzept an sich. Denn es schärft damit auch den Blick für Lücken.

Uns wäre es am liebsten gewesen, wenn man sich für die Historische Statistik auf das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geeinigt hätte, wie das in der Entstehungsphase des Forschungsschwerpunktes einmal diskutiert worden war.¹⁾ Damit wäre ein guter Schritt hin zur überfälligen Revision der Hoffmannschen Daten getan.²⁾ Allerdings hätte man dann auch Schätzungen und damit verbundene Manipulationen der Ausgangsdaten zulassen müssen. Diese Möglichkeit war aber im Rahmen dieses Schwerpunktes ausgeschlossen, da nur die Erhebung sogenannter „harter Daten“ zugestanden wurde.

Als Kompromiß haben wir ein Konzept entwickelt, in dem zwar nur „harte Daten“ erhoben werden, jedoch für solche Kategorien, die weitgehend als Vorstufe für eine noch zu leistende Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Verkehrs dienen können. Wir haben uns an der Produktionsfunktion des Wirtschaftssektors „Verkehr“ orientiert. Dabei werden Daten zu den Einsatzfaktoren (Kapitalstock, Betriebsstoffe, Arbeitskräfte) sowie zum Produktionsergebnis (Transportleistung) erhoben. Die Angaben über physische Größen werden möglichst durch eine Wertrechnung (etwa: Einnahmen von den auf den Eisenbahnen transportierten Gütern) ergänzt. Wie noch deutlich werden wird, werden dadurch Schlüsselgrößen für alle drei Ansätze erfaßt, um das Volkseinkommen bzw. das Sozialprodukt zu messen, nämlich über die Produktion, die Einkommen und die Ausgaben.

Zu den Einsatzfaktoren:

Beim Kapitalstock ist zwischen der eigentlichen Infrastruktur (den Verkehrswegen und -stationen) und den Betriebsmitteln (den Verkehrsgefäßen) zu unterscheiden. Zu erheben sind u. a. die Länge der Verkehrswege und die Anzahl der Stationen jeweils mit ihrem Leistungsabgabepotential (z. B. ein- oder mehrgleisiger Schienenweg, unterschiedliche Straßenklassen, Tragfähigkeit von Kanälen und natürlichen Schifffahrtsstraßen) sowie Angaben über die Kosten der Verkehrswege. Bei den Betriebsmitteln ist neben Art und Anzahl auch das Leistungs-

¹⁾ Zur Entstehung des Schwerpunktes und seiner allgemeinen Zielsetzung siehe Wolfram Fischer (1986): Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland. Ein Forschungsschwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In: Jahrbuch der Historischen Forschung, S. 47–52, München.

²⁾ Walther G. Hoffmann (1965): Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin. – Zur Kritik vgl. Rainer Fremdling (1988): German National Accounts for the 19th and early 20th Century. A Critical Assessment. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jahrgang 75, Nr. 3, S. 339–355.

vermögen der Verkehrsgefäße und ihrer Antriebsaggregate zu erfassen (z.B. Bruttoregistertonnen bei Schiffen und PS-Zahl der Lokomotiven). Wenn möglich, sollen auch Daten über den Verbrauch von Betriebsstoffen gesammelt werden, z. B. Kohleverbrauch von Dampfschiffen und Lokomotiven. Bei den Arbeitskräften soll ihre Anzahl mit ihren Löhnen erhoben werden, evtl. nach bestimmten Kategorien grob untergliedert (z. B. Arbeiter, Angestellte, Beamte).

Zum Produktionsergebnis:

Bei der Transportleistung kann zwischen der Verkehrsleistung (z. B. der Anzahl der Schiffe auf einem Kanal pro Zeiteinheit) und der eigentlichen Güter- und Personenverkehrsstatistik unterschieden werden. Darüber hinaus kann eine Unterscheidung nach Tarifklassen (Eisenbahn) und wichtigen Waren bzw. Warengruppen (Binnen- und Seeschifffahrt) erfolgen. Falls sich der Preis der Transportleistung, also der Tarif, nicht direkt ermitteln läßt, kann dies über die Einnahmen der verschiedenen Verkehrsarten geschehen. Soweit das Verkehrsvolumen nicht in Tonnenkilometern oder Personenkilometern zu erfassen ist, können Verkehrszählungen an strategischen Stellen (z. B. Häfen und Schleusen bei der Schifffahrt oder Zollstellen) vorgenommen werden. Benutzer der historischen Verkehrsstatistik können später aus diesen Angaben Langzeitindexreihen über das Verkehrsvolumen erstellen.

1.3 Quellenlage

Die Quellen erlauben für einzelne Verkehrsbereiche (z. B. Eisenbahnen, Binnen- und Seeschifffahrt) eine systematische Auswertung der Erhebungen des Statistischen Reichsamts bzw. Bundesamts oder der Verwaltungsbehörden für die Zeit nach 1872 bzw. 1880. Allerdings müssen diese Daten der in dem geplanten Projekt angestrebten, einheitlichen Erhebungssystematik angeglichen werden, was allein schon dadurch schwierig (und nur mit Mitteln der modernen EDV zu lösen) ist, da sich die Systematik der Statistiken im Zeitraum von 1872 bis 1985 mehrmals änderte. Auch sind nicht alle in der Projektsystematik erscheinenden Kategorien in den Statistiken ausgewiesen, so daß in einzelnen Fällen auch für die Zeit nach 1872 auf statistisches Urmaterial (z. B. Betriebsstatistiken, Reedereistatistiken, Vereinsstatistiken usw.) zurückgegriffen wird.

Für den Zeitraum von 1835 bis 1871 bzw. 1879 stellt sich die Quellenlage insgesamt gesehen uneinheitlich dar. Dementsprechend ist hier der Zeitaufwand ungleich größer, um die jeweiligen Reihen bis zum Jahre 1835 zurückzuführen. Für den Zeitraum von etwa 1850 bis 1870/79 kommen als Quelle vor allem die statistischen Ämter der deutschen Territorialstaaten bzw. deren Publikationen in Betracht. Für die Jahre von 1835 bis 1850 werden archivalische Quellen bzw. unveröffentlichte Betriebs-, Vereins- und Handelskammerstatistiken, Zeitungen und zeitgenössische Publikationen herangezogen.

1.4 Arbeiten im Umfeld des Gesamtprojekts

Im Umfeld des Projekts werden weitere Arbeiten durchgeführt, die über den eigentlichen thematischen Schwerpunkt – die Historische Statistik dargestellt in Tabellenform – hinausreichen. So wurde als elektronische Datenbank eine Bibliographie zur Verkehrsgeschichte erstellt, in

der insbesondere die Literatur zur Historischen Verkehrsstatistik berücksichtigt wurde; sie enthält derzeit etwa 6000 Titel. Hierfür wurden vornehmlich ältere statistische Fachzeitschriften systematisch ausgewertet. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildet die computergestützte thematische Kartographie, mit deren Hilfe ein Teil der gesammelten Daten kartographisch umgesetzt wird. Auf sie wird weiter unten ausführlicher eingegangen werden. Schließlich werden in einem parallel laufenden Projekt Informationen über Industrieansiedlungen an Verkehrswegen, insbesondere an Binnenwasserstraßen, quantitativ erfaßt und ausgewertet.

2 Die Teilprojekte

2.1 Statistik der deutschen Eisenbahnen

Schwerpunkt der Arbeit in diesem Teilprojekt ist es, „harte Daten“ zur Entwicklung der Eisenbahnen, die bislang nur schwer zugänglich, unvollständig oder in veröffentlichter Form gar nicht vorliegen, zu Langzeitreihen zusammenzustellen und so der weiteren Forschung zugänglich zu machen. Um für die Anfangsphase eine adäquate Tiefengliederung zu erzielen, werden für die Jahre 1835–1892 zunächst Daten für jede einzelne Eisenbahngesellschaft erfaßt; im Schnitt sind dies 70–80 Gesellschaften, davon etwa 60 größere Bahnen. Ab 1892 bis 1920 werden die Länderbahnen erhoben. Solche Privatbahnen, die als Hauptbahnen ausgewiesen sind, werden einzeln aufgeführt, die Nebenbahnen werden zusammengefaßt. Nach 1920 bis 1985 werden Daten zur Reichsbahn bzw. nach 1945 zu deren Rechtsnachfolgern erhoben. Damit entfällt eine regionale Untergliederung. Eine Differenzierung nach Verkehrsbezirken kann ab dann nur noch für wenige Kategorien (z.B. Streckenlängen) aufrecht erhalten werden.

Auch bei den Erhebungskategorien ergibt sich ein breites Spektrum. Im Bereich der Einsatzfaktoren wurde unterteilt nach Kategorien zu Infrastruktur, Betriebsmitteln, Baukosten, Betriebsausgaben, Betriebsstoffen und Arbeitskräften. Es werden hier u.a. Daten erhoben zur Streckenlänge, zu Zahl und Art der Lokomotiven und der Wagen, zu den Kosten für den Bau und die Unterhaltung von Gebäuden und Werkstätten, zu den Arbeitskräften (Anzahl und Löhne) sowie zum Energieverbrauch und den Betriebsausgaben. Das Produktionsergebnis ist in die Unterpunkte Verkehrsaufkommen, Transportleistung im Güterverkehr, Transportleistung im Personenverkehr und Einnahmen gegliedert. Hier werden z.B. die Anzahl der Personen- und Tonnenkilometer sowie die jeweiligen Einnahmen und Tarife erfaßt. Ein Beispiel für die Umsetzung der Daten in Tabellenform zeigt die Abbildung 1, S. 94.

Die Quellen zur historischen Eisenbahnstatistik Deutschlands sind, ähnlich wie in anderen Verkehrsbereichen, durch eine Vielfalt bei der Überlieferung und den Quellengattungen geprägt.³⁾ Für die Zeit von 1835 bis 1849 existierte keine amtliche Statistik für die deutschen Staaten insgesamt oder eine entsprechende Gesamterhebung auf freiwilliger Grundlage. Als Primärquellen wurden deshalb Berichte für Aktionäre der Eisenbahngesellschaften und Jahres-

³⁾ Eine ausführliche Darstellung der Quellen hat Ruth Federspiel geschrieben, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin dieses Teilprojekt bearbeitet hat. Ruth Federspiel (1991): Quellen zur Statistik der deutschen Eisenbahnen im 19. und 20. Jahrhundert. In: W. Fischer, A. Kunz (Hrsg.): Quellen zur Historischen Statistik von Deutschland, Opladen. – Vgl. auch Rainer Fremdling (1985): Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840–1879, Dortmund.

Abbildung 1
Bahnlinie Glückstadt–Elmshorn 1845–74

Jahr	Bahn- länge	Verwendetes Anlagenkapital	Transportleistung		Einnahmen	Ausgaben	Jahr
			Personen	Güter			
	km	Mark	Anzahl	t	Mark	Mark	
Spalte	1	2	3	4	5	6	Spalte
1845	–	–	49.289	3.146	28.485	–	1845
1846	–	994.726	96.820	15.794	24.537	–	1846
1847	–	–	82.537	9.353	19.238	–	1847
1848	–	–	93.180	9.553	19.560	–	1848
1849	–	–	72.744	13.976	29.998	–	1849
1850	16,7	1.345.212	–	8.518	70.989	–	1850
1851	16,7	1.345.212	–	7.531	65.148	–	1851
1852	16,7	1.345.212	59.982	5.249	50.025	–	1852
1853	16,7	1.345.212	61.000	17.043	90.141	51.060	1853
1854	16,7	1.345.212	62.422	16.508	81.303	60.939	1854
1855	16,7	1.345.212	62.984	18.462	98.937	62.337	1855
1856	16,7	1.496.112	64.865	19.073	109.983	72.168	1856
1857	33,9	2.705.055	84.780	24.182	112.008	89.133	1857
1858	33,9	2.705.055	141.278	25.155	166.494	130.119	1858
1859	33,9	2.714.445	141.428	25.233	–	132.549	1859
1860	33,9	2.714.445	132.632	22.238	167.442	120.273	1860
1861	33,9	2.786.205	128.582	26.248	188.409	136.071	1861
1862	33,9	2.973.969	120.703	31.329	186.687	150.672	1862
1863	33,9	3.006.705	129.333	35.442	194.790	120.156	1863
1864	33,9	3.006.705	134.535	34.153	221.286	133.803	1864
1865	33,9	3.137.070	142.687	33.367	202.518	128.904	1865
1866	33,9	3.317.070	158.463	40.277	224.553	136.860	1866
1867	33,9	3.161.070	174.604	47.775	268.062	161.865	1867
1868	33,9	3.056.850	173.239	55.970	270.648	158.502	1868
1869	33,9	3.056.850	162.925	63.645	272.463	161.001	1869
1870	33,9	3.056.850	149.471	62.715	279.096	165.000	1870
1871	35,9	3.056.850	163.341	92.006	388.623	234.867	1871
1872	33,4	3.056.850	173.225	61.240	281.577	177.420	1872
1873	33,5	3.056.850	181.569	68.611	102.889	196.920	1873
1874	33,4	3.056.850	199.404	75.698	109.808	198.429	1874

Anmerkungen:

1845–1849 Sp. 2, 5: Angaben in Mark Courant.

1845–1849 Sp. 4: Angaben enthalten auch Baugüter.

1845 Sp. 1–6: Angaben ab 20. 7. 1845

Quellen: Michaelis, EZ, DEST, SNP.

berichte aufgrund gesetzlicher Auflagen (z.B. in Preußen), die zunehmend differenzierter wurden, herangezogen. Für die Bahnen außerhalb Preußens, die zumeist in der Hand der jeweiligen Staaten waren, verfügen die Archive für die ersten Jahre nur über spärliche Bestände. Lediglich Württemberg macht hier eine Ausnahme. Da aber das neue Verkehrsmittel aufmerksam von den Zeitgenossen registriert wurde, konnten auf der Basis solcher Sekundärquellen zahlreiche Daten erhoben werden. Hervorzuheben ist die „Eisenbahnzeitung (EZ)“, die von 1843 bis 1857 wöchentlich erschien. Schließlich haben Privatpersonen, die zumeist über direkte Kontakte zu den einzelnen Eisenbahngesellschaften statistisches Urmaterial erhielten, teilweise umfangreiche statistische Monographien verfaßt, die (mit der notwendigen Vorsicht) als Quellen dienen können. Hervorzuheben sind die Arbeiten von Redens, Beils und Michaelis.⁴⁾

Mit dem Jahr 1850 beginnt die jährliche Statistik des bereits 1846 gegründeten Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. In der „Deutschen Eisenbahnstatistik für das Betriebsjahr 1850“ (und nachfolgende Jahre; DEST) werden erstmals zahlreiche Kategorien zur Statistik der einzelnen deutschen Eisenbahnen zuverlässig und detailliert dargestellt. Trotz einiger Mängel und Lücken ist diese Vereinsstatistik für die Datenerhebung des Projektes bis zum Erscheinen der Reichsstatistik (1880/81) maßgebend. Um Lücken zu schließen, wurde die ebenso ausführliche preußische Eisenbahnstatistik herangezogen.

Als Nachfolgerin der „Statistischen Nachrichten von den Preußischen Eisenbahnen (SNP)“ beginnt mit dem Betriebsjahr 1880/81 die offizielle „Statistik der im Betrieb befindlichen Eisenbahnen Deutschlands“, die bis 1940/41 ohne Unterbrechung (wenn auch unter variierenden Titeln) und schließlich noch einmal 1943 erschien. Die letzten Jahrgänge können für die Bildung von Langzeitreihen allerdings nicht mehr herangezogen werden, da die Daten ab 1938 die annektierten Gebiete einschließen und das Reichsgebiet von 1937 nicht gesondert ausgewiesen ist. Eine nachträgliche Umrechnung ist nicht mehr möglich.

Für die unmittelbare Nachkriegszeit 1945 bis 1947 gibt es keine Gesamterhebungen mehr, und die Statistiken für die einzelnen Besatzungszonen sind, falls überhaupt welche vorliegen, in der Regel nicht geeignet, um für das Gebiet der späteren Bundesrepublik oder der ehemaligen DDR aggregierte Daten zu rekonstruieren. Die Verwaltung der Deutschen Bundesbahn ermittelt seit 1947/48 wieder zentral Daten, die aber erst mit der Veröffentlichung in der Fachserie „Verkehr“ des Statistischen Bundesamts ab 1950 problemlos zugänglich sind. Für die ehemalige DDR sind seit 1950 lediglich die spärlichen Angaben im „Statistischen Jahrbuch der DDR“ verfügbar.

2.2 Statistik der deutschen Binnenschifffahrt

In diesem Teilprojekt werden auf der Grundlage einer am Gesamtkonzept entwickelten Erhebungssystematik Daten zur Verkehrs- und Transportleistung der Binnenschifffahrt, zum Güterumschlag in Binnenhäfen sowie zur Entwicklung der Infrastruktur (Verkehrswege, d.h. Flüsse, Kanäle, Binnenseen, auch Binnenhäfen) auf der Grundlage der amtlichen Statistik für den Zeitraum von 1835 bis heute erhoben. Die regionale Untergliederung erfolgt dabei nach

⁴⁾ Friedrich Wilhelm Frhr. von Reden: Die Eisenbahnen Deutschlands, Band 1–5, 1843–1847, Berlin u. a.; Johann Anton Beil (1844): Stand und Ergebnis der Deutschen Eisenbahnen am Schluß des Jahres 1843, Frankfurt; Julius Michaelis (1859): Deutschlands Eisenbahnen, 2. Aufl., Leipzig.

insgesamt acht Wasserstraßengebieten (Ost- und Westpreußen, Odergebiet, Märkische Wasserstraßen, Elbe-, Weser-, Ems-Jade-, Rhein- und Donaugebiet), für die zu bestimmten Kategorien (z. B. zur tonnenkilometrischen Leistung der Binnenschifffahrt) aggregierte Reihen zusammengestellt werden können. Innerhalb dieser Wasserstraßengebiete wird nach einzelnen Wasserstraßen (insgesamt 60) sowie nach einzelnen (statistischen) Zählpunkten (Schleusen, Grenzstellen, Häfen – insgesamt ca. 130) unterteilt. Ziel ist es, für möglichst viele dieser Zählpunkte Jahresreihen über große Zeiträume zusammenzustellen, die dem späteren Benutzer Auskünfte über das Verkehrsaufkommen auf Wasserstraßen, über Güterbewegungen auf Wasserstraßen in regionalen und überregionalen Märkten sowie über Umschlagsleistung in Binnenhäfen geben können.

Zwangsläufig müssen bei Projekten dieser Art Kompromisse hinsichtlich des Umfangs der Erstaufnahme gemacht werden, nicht zuletzt aus arbeitsökonomischen und damit auch finanziellen Gründen. Für die Regional- und Lokalforschung ist dabei sicherlich problematisch, daß in diesem Projekt Ausschließungskriterien angelegt werden mußten, die nicht zuletzt gerade ihr Arbeitsgebiet betreffen. So werden z. B. Wasserstraßen mit einer Tragfähigkeit von weniger als 100 t (vor 1870: weniger als 50 t) in der Regel nicht berücksichtigt; bei den Binnenhäfen können nur die wichtigeren Häfen ausgewiesen werden, was für den regionalen Bereich das Bild etwas verzerren mag. Letztlich sind solche Kompromisse aber notwendig, um ein Vorhaben dieser Art überhaupt durchführbar zu machen. Im übrigen wurde darauf geachtet, daß ein gewisses Maß an Flexibilität hinsichtlich der Auswahlkriterien stets gewährleistet blieb, schon weil sich die Bedeutung von Wasserstraßen und Binnenhäfen in einem Zeitraum von 150 Jahren verändert hat. Um nur eines von vielen möglichen Beispielen zu nennen: Coswig an der Elbe, in neuerer Zeit kaum als ein bedeutender Hafen einzustufen, hatte in der Aufnahmeperiode 1835–1875 noch einige Bedeutung für den Elbeverkehr als Zollstelle zum Herzogtum Anhalt. Der Ort ist also, zumindest in diesem Zeitraum, als „wichtiger Zählpunkt“ einzustufen und wird dementsprechend in dem statistischen Handbuch zur Binnenschifffahrt für diesen Zeitraum ausgewiesen sein (siehe das Beispiel einer Zahlenreihe in Abbildung 2, S. 97 bzw. deren graphische Umsetzung in Abbildung 3, S. 98).

Als Grundlage der statistischen Erhebung dient, soweit vorhanden, die amtliche Statistik der deutschen Territorialstaaten, ab 1873 die Reichsstatistik, ab 1949 die Bundesstatistik bzw. die amtliche Statistik der ehemaligen DDR. Der quellenmäßig am schwersten zu erfassende Zeitraum betrifft die Jahre von 1835 bis etwa 1855; hier wird verstärkt auf Archivbestände, d. h. ungedrucktes Material wie Zolllisten, Schiffsregister, frühe Handelsstatistiken, Wasserbauakten usw. zurückgegriffen. Durchgängige, homogene Quellenbestände sind für diese Zeit selten. Eine Ausnahme bilden die „Jahresberichte der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt“, die ab 1835 regelmäßig erschienen sind und einen umfangreichen statistischen Teil enthalten; dieser wurde, soweit bisher zugänglich, bis in die 1870er Jahre komplett aufgenommen. Als sehr ergiebige Quelle haben sich auch die Jahresberichte der Handelskammern erwiesen, die entweder von den Kammern selbst veröffentlicht oder aber, zumindest für Preußen, auszugsweise im „Preußischen Handelsarchiv“ veröffentlicht worden sind.⁵⁾

⁵⁾ Eine ausführliche Betrachtung der Quellen zur Statistik der Binnenschifffahrt findet sich in Andreas Kunz: Quellen zur historischen Verkehrsstatistik und zur deutschen Binnenschifffahrt im 19. und 20. Jahrhundert. In: W. Fischer und A. Kunz (Hrsg.). Vgl. auch die Beiträge von Daniel Thomas (Seeschifffahrt) und Dietlind Hüchtler (Öffentlicher Nahverkehr) in demselben Band.

Abbildung 2

WG: 4

WASSERSTRASSE: Elbe

ZÄHLPUNKT: Coswig (Anhalt)

AUFNAHME: Schiffs- und Güterverkehr

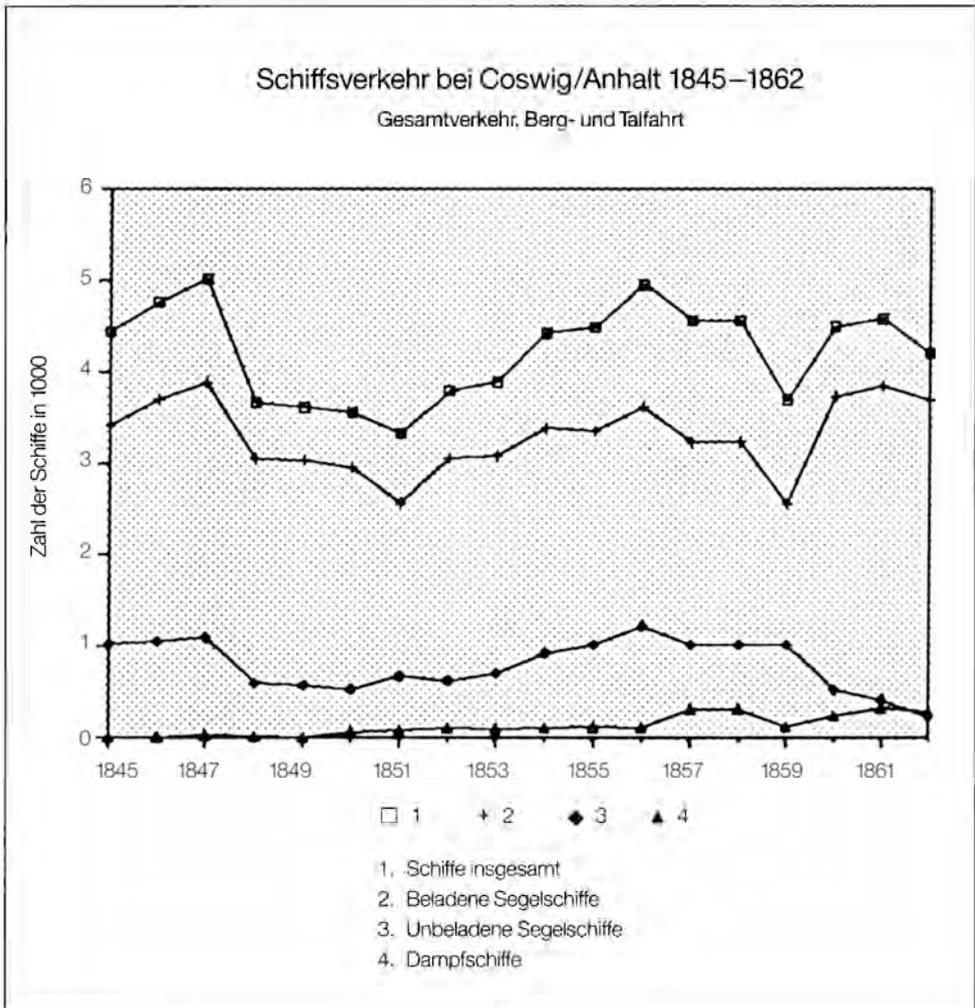
RICHTUNG: Berg- und Talfahrt

JAHR: 1845–1862

Jahr	Schiffe insges.	Dampf- schiffe	Segelschiffe		Güter auf Segelschiffen	Jahr
	Zahl		Zahl	insges.		
Spalte	1	2	3	4	5	Spalte
1845	4.440	3	4.437	1.025	194.634	1845
1846	4.762	6	4.756	1.052	199.689	1846
1847	5.012	31	4.981	1.094	262.807	1847
1848	3.665	15	3.650	600	170.959	1848
1849	3.614	2	3.612	574	185.115	1849
1850	3.556	69	3.487	532	214.849	1850
1851	3.331	83	3.248	677	193.239	1851
1852	3.797	111	3.686	627	206.063	1852
1853	3.890	104	3.786	708	226.089	1853
1854	4.426	111	4.315	927	291.967	1854
1855	4.489	118	4.371	1.018	300.235	1855
1856	4.953	115	4.838	1.222	278.789	1856
1857	4.561	316	4.245	1.014	252.999	1857
1858	4.561	316	4.245	1.014	252.999	1858
1859	3.693	125	3.568	1.013	208.786	1859
1860	4.494	239	4.255	523	349.439	1860
1861	4.581	322	4.259	416	342.403	1861
1862	4.205	290	4.915	228	311.511	1862

Quelle: Zollregister Coswig (in: Commerzbibliothek Hamburg)

Abbildung 3



Die Angaben zum Produktionsergebnis der Binnenschifffahrt werden ergänzt durch solche zu den Einsatzfaktoren, d.h. insbesondere zur Entwicklung der für die Produktion notwendigen Infrastruktur. Hier werden Daten zum Ausbau von natürlichen und künstlichen Binnenwasserstraßen, zur Anlage und Ausbau von Binnenhäfen sowie Angaben zu den Verkehrsmitteln, d.h. der Binnenschiffsflotte gesammelt und aufbereitet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf modernisierende Tendenzen in dieser Verkehrsbranche gerichtet. Deshalb sollen Angaben zur Entwicklung der Dampfschifffahrt in der ersten Phase des Berichtszeitraums (1835–1872) sowie zur Ketten- und Seilschifffahrt in der zweiten Phase (1873–1914) besonders umfassend nachgewiesen und dokumentiert werden. Die Daten zur Infrastruktur werden in einer Datenbank gespeichert, die wiederum Teil eines umfangreicheren elektronischen Informationssystems zur Geschichte der Binnenschifffahrt in Deutschland ist. Quellenmäßige Grundlage sind die seit den 1870er Jahren in regelmäßigen Zeitabschnitten erscheinenden „Führer auf den deutschen Schifffahrtsstraßen“.⁶⁾

Abschließend ein Wort zur Arbeitsmethode. Wie in den übrigen Teilprojekten auch, werden bei der Erhebung zur Binnenschifffahrtsstatistik die Daten über Eingabemasken direkt von der Quelle in Personal Computer eingegeben und auf Datenträger gespeichert. Um Eingabefehler zu vermeiden, orientiert sich diese Erstaufnahme an der Quelle selbst, z.B. an den von der Reichsstatistik vorgegebenen Erhebungskategorien. Allerdings wird schon bei der Eingabe selektiert, d.h. es werden nur ausgewählte Häfen und Durchgangsstellen bzw. Güter berücksichtigt. Durch eingebaute Codierungen können die Daten später dann in einem zweiten Schritt auf einheitliche Maße umgerechnet, nach einheitlichen Kriterien selektiert und zu Jahresreihen zusammengestellt werden. Ein wichtiger Vorteil des nachträglichen Selektierens ist neben der Vermeidung von Eingabefehlern die Tatsache, daß die umfassenderen Daten der Erstaufnahme später auf Datenträgern bzw. in einer Datenbank den Benutzern zur Verfügung gestellt werden können.

2.3 Statistik der deutschen Seeschifffahrt

Ziel des Teilprojekts ist die Erstellung langer Reihen zur Entwicklung der Seeschifffahrt in Deutschland von 1835 bis heute. Dem Gesamterhebungskonzept folgend werden die Daten zur Seeschifffahrt nach folgenden Kategorien erhoben:

Aus dem Bereich Einsatzfaktoren Daten zum Leistungsabgabepotential von Seeschiffahrtswegen (schiffbare Flüsse und Haffs, Seekanäle), zum Bestand und Zuwachs der Seeschiffsflotte, insbesondere Angaben über die Zahl der Schiffe nach Gattung und Antriebsart, mit ihrem jeweiligen Leistungsabgabepotential (Tragfähigkeit, PS-Zahl der Antriebsaggregate).

Aus dem Bereich Produktionsergebnis Daten zur Verkehrsleistung und zur Transportleistung der Seeschifffahrt. Bei der Verkehrsleistung wird unterschieden zwischen (a) Ankunft und Abgang von Schiffen in wichtigeren Häfen, aufgeschlüsselt nach der Zahl der Schiffe, ihrer Gattung, Größe und Nationalität (Flagge); (b) Angaben über die Seereisen deutscher Schiffe

⁶⁾ Näheres zur Methode der Datenbankanwendung in Andreas Kunz (1988): Zum Einsatz von Datenbankprogrammen in der Wirtschaftsgeschichte. BINWA – eine Datenbank zur Entwicklung des Binnenwasserstraßennetzes in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. In: K. H. Kaufhold und J. Schneider (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und elektronische Datenverarbeitung, S. 277–312, Stuttgart.

insgesamt, zwischen deutschen Häfen und den Häfen wichtiger außerdeutscher Länder, und zwischen außerdeutschen Häfen; (c) Angaben über den Seeverkehr in speziellen Regionen (z.B. Ostseegebiet) und auf speziellen Schifffahrtswegen (z.B. Nord-Ostsee-Kanal). Bei der Transportleistung wird der Güterumschlag in Seehäfen insgesamt und nach Hauptwarengruppen dargestellt sowie die Transportleistung von Seeschiffen im Personen- und Güterverkehr ausgewiesen. In Abbildung 4 (siehe S. 101) ist beispielhaft eine Tabelle zur Seeschifffahrt wiedergegeben.

Die regionale Gliederung der Erhebung folgt den übrigen Teilprojekten, wenn auch mit einigen Abweichungen bei der Tiefengliederung. Die geographische Gesamtheit ist das Deutsche Reich (vor 1871 das spätere Reichsgebiet ohne Elsaß-Lothringen) und dessen Nachfolgestaaten in ihren jeweiligen Grenzen (die Bundesrepublik Deutschland sowie die ehemalige DDR). Als nächste Untergliederung schließt sich eine Aufteilung nach Seegebieten an (Ostsee bzw. Nordsee). Danach erfolgt die weitere Unterteilung nach den politischen Territorien (Bundesstaaten, Länder, Bundesländer, in Preußen auch die Provinzen) bzw. nach Seegebieten innerhalb politisch-administrativer Einheiten (etwa das Schleswig-Holsteinische Nordseegebiet). Die Tiefengliederung nach politischen (im Gegensatz zu rein verkehrsgeographischen) Einheiten bietet sich bei der Schifffahrt an, weil die Registrierung der Schiffe und ihrer Fahrten vor 1871 nach den jeweiligen Heimatstaaten (den Bundesstaaten) erfolgte. Die unterste Erhebungseinheit ist der einzelne Seehafen. Es werden die bedeutenden Seehäfen wie Hamburg, Bremen und Lübeck wie auch solche von mittlerer Größe, aber großer regionaler Bedeutung, wie Kiel, Flensburg oder Wismar, aufgenommen. Nicht erhoben werden der militärische Schiffsverkehr sowie der reine Fischereiverkehr.

Die Quellenlage für die historische Statistik der Seeschifffahrt kann insgesamt als gut bezeichnet werden; sie ist allerdings für einzelne Zeitabschnitte unterschiedlich geprägt. Nachfolgend die wichtigsten Quellengattungen und -bestände für einzelne Zeitabschnitte:

Der Zeitraum von 1835 bis 1872 kann in bezug auf die statistische Überlieferung zur Seeschifffahrt in zwei Unterabschnitte eingeteilt werden. Für die Jahre von 1835 bis 1850 sind archivalische Quellen von grundlegender Bedeutung; für die Zeit von 1850 bis 1872 kommen neben Archivbeständen auch schon die publizierten Statistiken der einzelnen Bundesstaaten in Betracht, die in der Regel um 1850 einsetzen. Auch die Überlieferungen von Handelskammern sowie Zollregister haben sich als wertvolle Quellen erwiesen.

Für den Zeitabschnitt 1872 bis 1940 steht die Statistik des Deutschen Reichs als Hauptquelle zur Verfügung. Das Statistische Reichsamt hat sowohl zum Schiffsbestand wie zur Schifffahrtsbetriebsstatistik einschlägige Erhebungen durchgeführt und seit 1874 publiziert. Die Erhebungsmethode war allerdings lückenhaft; so fehlt bis 1925 die Güterstatistik. Auch die Vergleichbarkeit der Daten über den Zeitraum 1872–1944 muß, ähnlich wie bei der Binnenschifffahrt, genau überprüft werden. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Erhebung, diese Vergleichbarkeit durch Reaggregation der Daten wiederherzustellen.

Die Reichsstatistik wird ergänzt durch die zum Teil wesentlich detaillierteren statistischen Veröffentlichungen der einzelnen Bundesstaaten bzw. Länder. Auch Spezialverzeichnisse einzelner Hafenstädte, wie etwa die seit dem frühen 19. Jahrhundert durchgängig vor-

Abbildung 4
 Angekommene Seeschiffe in Hamburg 1835–1872

Jahr	Schiffe				Dampfer	
	insgesamt	dar. unbeladen	Trag- fähigkeit	Besatzung	insgesamt	Trag- fähigkeit
	Zahl	Zahl	t	Zahl	Zahl	t
1835	2.530	183	314.358	17.895	265	.
1836	2.497	210	331.314	18.734	303	.
1837	2.601	197	349.506	19.526	300	.
1838	2.700	229	378.372	21.349	272	.
1839	2.939	270	413.298	22.537	346	.
1840	2.937	295	448.863	24.362	343	.
1841	3.194	304	495.738	25.146	310	.
1842	3.330	229	520.764	26.031	346	121.239
1843	3.538	129	533.949	26.536	336	125.775
1844	3.260	194	484.302	23.968	307	118.986
1845	3.990	308	584.424	28.247	295	114.999
1846	3.779	326	558.063	27.667	361	136.371
1847	4.178	307	631.890	30.888	411	162.039
1848	3.304	299	593.634	27.311	383	151.305
1849	3.459	295	564.282	26.287	393	160.065
1850	4.094	356	730.656	33.168	535	224.850
1851	4.169	366	747.537	34.266	607	238.479
1852	4.440	403	841.695	37.187	725	279.585
1853	4.174	623	743.493	34.149	653	246.798
1854	4.896	754	904.104	40.694	819	319.635
1855	4.593	623	927.006	40.102	815	312.393
1856	5.201	743	1.172.724	49.264	1.119	470.484
1857	5.067	761	1.250.499	51.746	1.235	663.761
1858	4.364	486	1.104.660	44.540	1.014	470.109
1859	4.554	574	1.131.069	45.327	1.083	509.424
1860	5.029	889	1.261.539	49.791	1.215	578.046
1861	5.219	794	1.323.225	51.880	1.207	592.098
1862	5.083	660	1.299.822	51.245	1.229	608.700
1863	5.543	811	1.443.648	55.125	1.433	715.632
1864	5.012	815	1.397.727	50.616	1.422	737.589
1865	5.186	677	1.631.205	56.468	1.637	896.133
1866	5.185	831	1.770.231	61.194	1.904	1.133.792
1867	5.055	668	1.908.111	63.858	2.007	1.279.654
1868	5.297	700	2.043.555	67.351	2.150	1.400.980
1869	5.192	678	2.138.415	68.362	2.185	1.492.512
1870	4.144	491	1.853.052	56.141	1.949	1.367.004
1871	5.439	752	2.516.673	73.196	2.458	1.752.990
1872	5.913	728	2.774.550	80.493	2.749	1.993.640

Quelle: Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels

handenen Handels- und Schiffsstatistiken Hamburgs und Bremens, werden herangezogen.

Für den letzten Erhebungszeitraum, die Jahrzehnte ab 1946, stehen die einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter (Bundesrepublik) sowie die Publikationen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR zur Verfügung; sie werden, wenn nötig, durch Spezialverzeichnisse ergänzt.

2.4 Statistik des öffentlichen Nahverkehrs

Mit den Arbeiten zu diesem Teilprojekt ist soeben erst begonnen worden. Deshalb können hier nur einige Anmerkungen gemacht werden.

Ziel der Erhebung ist das Erstellen langer Reihen zur Entwicklung des öffentlichen (sprich: öffentlich zugänglichen) städtischen Nahverkehrs in Deutschland von ca. 1880 (Gründungsjahr der Deutschen Lokal- und Straßenbahngesellschaft) bis heute. Dabei sollen Daten zu den Verkehrswegen (z. B. Streckenlängen bei Straßenbahnen), den Betriebsmitteln (z. B. Verkehrsmittel und deren Kosten), der Transportleistung des Nahverkehrs sowie den Kosten (z. B. Baukosten für Betriebseinrichtungen) und Einnahmen (Fracht- und Personentarife) erhoben werden. Die geographische Gesamtheit der Erhebung ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1871 und dessen Nachfolgestaaten in ihren jeweiligen Grenzen (die Bundesrepublik Deutschland sowie die DDR).

Die regionale Tiefengliederung erfolgt nach Städten bzw. regionalen Verdichtungsräumen (urbane bzw. regionale Ballungszentren). Die wichtigste Zählseinheit ist dabei die einzelne Stadt. Erfasst werden soll der Nahverkehr in Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50 000 (im Zeitraum 1880 bis 1918) bzw. mehr als 100 000 (ab 1919). Kleinere Städte, die in späteren Verdichtungsräumen liegen, werden dabei mitberücksichtigt.

Als weitere räumliche Untergliederung bieten sich regionale Ballungszentren bzw. Verdichtungsräume an, in denen später Verbundsysteme im Nahverkehr entstanden. Folgende Ballungszentren kommen in Betracht: Das Gebiet des späteren Groß-Berlin, Hamburg mit Harburg und Altona, Bremen mit Bremerhaven und den Städten an der Unterweser, Hannover, Ruhrgebiet bzw. Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet, Rhein-Main-Gebiet um Frankfurt, Mannheim-Ludwigshafen, Karlsruhe, Saarbrücken, Stuttgart, Erlangen-Nürnberg, München, Leipzig-Dresden, Magdeburg.

In der Bundesstatistik werden die Daten zum städtischen Nahverkehr auch nach Bundesländern aggregiert. Ob diese Art der Erfassung auch für die Zeit vor 1945 möglich sein wird, ist fraglich, da in der Reichsstatistik gleichwertige Zahlen nicht veröffentlicht worden sind.

Hauptquellen für diese Erhebung sind die statistischen Veröffentlichungen der einzelnen Städte, das Statistische Jahrbuch Deutscher Städte (ab 1890), Betriebsstatistiken großer Nahverkehrsunternehmen (z. B. Betriebsstatistik der BVG Berlin) sowie für die frühe Zeit auch Handelskammerberichte. Neben der statistischen Sammlung des Arbeitsbereichs Wirtschafts- und Sozialgeschichte stehen für diese Erhebung die Bestände des Archivs des Deutschen Städtetages bzw. der Senatsbibliothek in Berlin zur Verfügung.

3 Thematische Kartographie

Gerade für verkehrsgeschichtliche Problemstellungen sind Karten nicht nur Anschauungsmaterial, sondern ein unerlässliches Hilfsmittel auch bei der Darstellung von Forschungsergebnissen. Die hier vorgestellten Arbeiten zur historischen Verkehrsstatistik machen da keine Ausnahme. Wenn auch das Hauptgewicht der Materialdarstellung notwendigerweise in der Tabellenform liegt, so gibt es doch Bereiche, in denen kartographische Darstellungen nicht nur Orientierungshilfen für den Benutzer des Tabellenwerkes sind, sondern ihren eigenen Aussagewert haben und statistisches Material an sich wiedergeben können.

Im Teilprojekt Binnenschifffahrt wurde auf diese Weise mit Hilfe von computergestützter thematischer Kartographie die Entwicklung der Verkehrswege, der Binnenwasserstraßen und Seeschifffahrtswege dargestellt. In insgesamt sieben Zeitschnitten (1850/60, 1874, 1893, 1914, 1920, 1938, 1985) wird so die Bautätigkeit im Bereich der Wasserstraßengebiete einerseits kartographisch erfaßt und andererseits historisch-thematisch gedeutet. Wie auf der folgenden Karte (siehe S. 104) als Beispiel zu sehen ist, geschieht dies durch die graphische Codierung des Leistungsabgabepotentials der Wasserstraßen. Daneben sind Häfen und Durchgangsstellen (Schleusen und Zollstellen) ausgewiesen.

Es handelt sich bei dem Kartenwerk um Übersichts- bzw. Detailkarten, die mit Hilfe computergestützter Kartographie auf der Basis des an der Freien Universität entwickelten Programms „THEMAK 2“ realisiert worden sind.⁷⁾ Ein Vorteil dieses Verfahrens ist, daß andere thematische Vorgaben relativ leicht durchzuführen sind, wenn der Grunddatensatz (die „digitalisierte Karte“) erst einmal vorhanden ist. Es ist z. B. relativ leicht, auf der hier abgebildeten Karte des Elbegebietes die Umschlagsleistung von Häfen statt des Leistungsabgabepotentials der Wasserstraßen (oder aber auch beides) darzustellen.

Die bisherigen Arbeiten mit der thematischen Kartographie hat sich als so fruchtbar erwiesen, daß geplant ist, sie bei entsprechender Finanzierung zu einem „Computeratlas zur Historischen Statistik von Deutschland“ auszuweiten. Bei einem solchen Unternehmen könnten dann auch andere Projekte des DFG-Schwerpunkts – etwa die in Göttingen angesiedelte „Historische Gewerbestatistik Preußens“ – beteiligt werden.

4 Nutzen für die weitere Forschung und Relevanz für gegenwärtige Probleme

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Historischen Verkehrsstatistik von Deutschland sollen innerhalb der Reihe „Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland“ in mehreren Bänden vorgelegt werden.⁸⁾ Da alle erhobenen Daten, ein-

⁷⁾ Diese Arbeiten werden von dem Berliner Kartographen Joachim Robert Möschl durchgeführt, dem auch für die Erstellung der auf S. 104 abgebildeten Karte zu danken ist.

⁸⁾ Die Reihe erscheint im Scripta Mercaturae Verlag, St. Katharinen. Für die historische Verkehrsstatistik sind folgende Bände in Vorbereitung: Rainer Fremdling (Hrsg., 1991): Statistik der Eisenbahnen in Deutschland (bearb. von Ruth Federspiel); Andreas Kunz (Hrsg. und Bearb., 1991): Statistik der Binnenschifffahrt in Deutschland; Andreas Kunz (Hrsg., 1992): Statistik der Seeschifffahrt in Deutschland (bearb. von Daniel Thomas); Andreas Kunz (Hrsg., 1992): Statistik des öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland (bearb. von Dietlind Hüchtler). – Weitere Beiträge werden folgen.

Abbildung 5



schließlich einer umfassenden Bibliographie zur Verkehrsgeschichte, maschinenlesbar sind, wäre es auch möglich, sie in eine (noch zu gründende) Datenbank „Historische Statistik von Deutschland“ einzubringen.⁹⁾ Dies hätte den großen Vorteil, daß neben den „aufbereiteten Daten“, also den Jahresreihen, auch die dahinter liegenden, wesentlich umfangreicheren „Urdaten“ der Erstaufnahme abrufbar wären. Sicher dürfte gerade das für die Regional- und Lokalgeschichtsforschung von einigem Interesse sein.

Aber auch für gegenwärtige Probleme der Verkehrsplanung und Verkehrspolitik kann eine derartige Datenerhebung von Nutzen sein. Der Verkehrssektor läßt sich bekanntlich schwer nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien organisieren. Ein unregulierter Wettbewerb führt entweder zu Marktversagen (durch ruinöse Konkurrenz) oder zu privatwirtschaftlichen Kartellen bzw. Monopolen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die neuere Regulierungs- oder Deregulierungsdiskussion gerade dem Verkehrsbereich einen prominenten Platz einräumt. Auch wenn sie bestätigen sollte, daß dieser Sektor nicht ohne Regulierung funktionieren kann, ist es doch schwierig zu entscheiden, wie weit eine Regulierung gehen muß und wo Wettbewerbsmechanismen erhalten bleiben sollten. Dies ist sowohl eine theoretische als auch eine empirische Frage. Dabei reicht es nicht aus, danach zu schauen, wie gegenwärtig regulierte Verkehrsmärkte funktionieren, denn sie sind ja häufig das Ergebnis früherer Regulierungsbemühungen und bilden folglich nur ein eingegengtes Spektrum aller möglichen ordnungspolitischen Maßnahmen.

Wie wichtig die Einbeziehung des geschichtlichen Werdegangs für die Lösung gegenwärtiger Probleme ist, läßt sich gut am Beispiel der Eisenbahn demonstrieren. Fast jeder hält es heute für selbstverständlich, daß die Nutzung und das Eigentum der Schiene (wie bei der Bundesbahn) in einer Hand liegen müsse. Die Eisenbahn gilt weithin als natürliches Monopol. Doch geht das Staatsmonopol bei der Eisenbahn erst auf die Verstaatlichung der preußischen Bahnen nach 1879 zurück. Die verkehrswissenschaftliche Literatur der letzten hundertzehn Jahre nahm sich allerdings vornehmlich der Rechtfertigung dieser Maßnahme an, kaum aber der möglichen Alternativen dazu. Aus einem Forschungsprojekt, das Günter Knieps und Rainer Fremdling erarbeiten, geht jedoch hervor, daß die Verstaatlichung seinerzeit weder eine notwendige Konsequenz aus dem Marktversagen des vorher herrschenden gemischten Systems noch eine hinreichende Lösung darstellte. Eine Regulierung wäre viel mehr nur beim Eigentümer der Infrastruktur notwendig gewesen, während bei den Nutzern Konkurrenz und freier Markteintritt ein besseres Marktergebnis als das gemischte System oder das Staatsmonopol hätten erbringen können.

Hier ist relevant, daß man das Funktionieren von Verkehrsmärkten bei den unterschiedlichen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und bei der unterschiedlichen Entwicklung von Verkehrsträgern nur aufgrund von statistischen Langzeitreihen für den Verkehr untersuchen kann. Dafür reichen die bei Hoffmann¹⁰⁾ und in statistischen Handbüchern verfügbaren Daten meistens nicht aus, und die Originalstatistiken sind schwer zugänglich, zu komplex, und in

⁹⁾ Vgl. dazu den Beitrag von Andreas Kunz in diesem Band (S. 159 ff.). – Siehe dazu auch Ulrike Albrecht und Andreas Kunz (1990): Building a Databank on German Historical Statistics. In: Computer Science and the Historical Discipline. Proceedings of the Tinbergen Conference on History and Computing, Amsterdam.

¹⁰⁾ Vgl. Walther G. Hoffmann (1965).

der Regel nicht als Zeitreihen aggregiert. Datenhandbücher wie die im Projekt der „Historischen Verkehrsstatistik Deutschlands“ geplanten Bände können diese empfindliche Lücke füllen.

Die augenblicklich geführte Deregulierungsdebatte im Verkehrssektor macht deutlich, daß die Ergebnisse der „Historischen Statistik“ nicht nur von der historisch orientierten Forschung, sondern sicher auch für gegenwartsbezogene Forschungen herangezogen werden können.

Historische Statistik des Gesundheitswesens

1 Eingrenzung des Gegenstandes

Statistik des Gesundheitswesens ist keine wissenschaftliche Spezialität mit eindeutig abgegrenzten Gegenständen, Fragestellungen und Methoden. Vielmehr werden diese von den jeweils daran Interessierten nach pragmatischen Gesichtspunkten zusammengestellt. Während der letzten Jahrzehnte hat sich in Deutschland allerdings eine gewisse Tradition herausgebildet, was die Auswahl der Gegenstandsbereiche angeht. So zählt etwa eine Publikationsreihe, die sich durch ihren Obertitel als voll einschlägig ausweist, nämlich „Statistische Berichte über das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland“¹⁾, auf dem Titelblatt folgende Gegenstandsbereiche auf: „Bevölkerung, Heil- und Hilfspersonen, Krankenanstalten, Mortalität, Morbidität“. Diese, wenn man so will, enumeratorische Definition dessen, was „Statistik des Gesundheitswesens“ sein soll, ist heutzutage weitgehend akzeptiert.

Der Gegenstandskatalog deckt sich jedoch keineswegs mit dem, was man im 19. und frühen 20. Jahrhundert unter „Medizinalstatistik“ verstand. Deren am häufigsten übernommene Definition durch Friedrich Prinzing lautet: „Die medizinische Statistik ist demnach die exakte zahlenmäßige Untersuchung der pathologischen Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft“.²⁾ Die so verstandene „Medizinalstatistik“ hat ihren Schwerpunkt in der Sterblichkeits- und Todesursachenstatistik und überschneidet sich insofern teilweise mit der Bevölkerungsstatistik. Deshalb meint Prinzing bezüglich ihrer Methodologie auch lakonisch: „Die Methoden der medizinischen Statistik sind im allgemeinen diejenigen der Bevölkerungsstatistik“.³⁾ Genau das veranlaßte wiederum den bekannten Sozialhygieniker Alfred Grotjahn, die Grenzen noch enger zu ziehen. Er geht von Prinzings Definition aus, meint jedoch: „Die Aufgaben der medizinischen Statistik sind so außerordentlich zahlreich, daß es unnötig ist, ihre Grenzen zu überschreiten. Diese Grenzen zu kennen, ist nicht unwichtig. Sie liegen ungefähr dort, wo das Gebiet der reinen Bevölkerungsstatistik anfängt. Zwischen Geburt und Tod liegt das Gebiet der medizinischen Statistik. Die Statistik der Geburten aber und die der Todesfälle bleiben besser dem mathematisch geschulten Statistiker vom Fach überlassen“.⁴⁾ So gesehen ist die Medizinalstatistik sogar ausschließlich Morbiditätsstatistik.

Das wäre allerdings zweifellos eine zu starke Verengung: Wer, wenn nicht der Medizinalstatistiker, sollte den bis heute so wichtigen Bereich der Todesursachen-Statistik bearbeiten? Man wird also sinnvollerweise der „Medizinalstatistik“ als Gegenstandsbereiche die Mor-

*) Prof. Dr. Reinhard Spree, Universität Konstanz.

¹⁾ Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesundheitswesen, Band 9, 1962, Stuttgart/Mainz.

²⁾ Prinzing, F. (1931): Handbuch der medizinischen Statistik, 2. Aufl., S. 1, Jena. Pathologisch sei hier im wörtlichen Sinne zu verstehen, merkt Prinzing dazu an.

³⁾ Prinzing, F. (1923): Die Methoden der medizinischen Statistik. In: Abderhalden, E. (Hrsg.): Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden, Abt. V, Teil 2, S. 517, Berlin/Wien. – In diesem Sinne verstand auch der Sozialhygieniker Chajes die Medizinalstatistik als Teil der Bevölkerungsstatistik; vgl. Chajes, B. (1931): Kompendium der sozialen Hygiene, 3. Aufl., S. 15, Leipzig.

⁴⁾ Grotjahn, A. (1923): Soziale Pathologie, 3. Aufl., S. 14f., Berlin.

biditäts- und Mortalitätsstatistik zuweisen. Sie ist somit ein Teilgebiet der „Statistik des Gesundheitswesens“, und zwar eben dasjenige, das am stärksten mit der Bevölkerungsstatistik verzahnt ist, ohne in dieser aufzugehen. Dazu kämen für eine „Statistik des Gesundheitswesens“ die Variablenbereiche „Heilpersonal“ und „Krankenhauswesen“. Diese letztgenannten beiden Variablenbereiche und die „Mortalität“ stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.⁵⁾ Spiegeln die erstgenannten Variablenbereiche die personelle und institutionelle oder auch Angebotsseite des Gesundheitswesens wider, kann der Bereich „Mortalität“ Indikatoren für die Herausforderungen bieten, denen sich das Gesundheitswesen jeweils gegenüber sieht bzw. auch Indikatoren für die relativen Erfolge bei der Bewältigung dieser Herausforderungen.

2 Verfügbare Literatur

Heutzutage ist in den Industrienationen das Interesse an Informationen über Art, Ausmaß und Wirksamkeit der Gesundheitsversorgung bekanntlich sehr groß. Ein Grund dafür sind die hohen Kosten, die in diesem gesellschaftlichen Bereich entstehen. Sie machen inzwischen rund 10 % des Bruttosozialprodukts aus.⁶⁾ Ein anderer Grund – wahrscheinlich nicht weniger wichtig – ist in der ständig steigenden Wertschätzung zu sehen, die Gesundheit in unserer auf Wohlbefinden und Glückserlebnisse ausgerichteten Gesellschaft genießt. Gesundheit wird dabei nicht nur als Leistungs- und Arbeitsfähigkeit oder als Schmerzfreiheit begriffen, sondern zunehmend als Voraussetzung für positives Lebensgefühl überhaupt, als Voraussetzung für die Möglichkeit, sein individuelles Potential auszuleben. Die Kehrseite ist eine wachsende Angst vor Schmerz, Krankheit und Tod.

Entsprechend gibt es eine wahre Informationsflut über die verschiedensten Aspekte von Gesundheit, Krankheit und medizinischer Versorgung, einschließlich einer unübersehbaren Fülle amtlicher, halbamtlicher und privater Zahlzusammenstellungen. Diese sind allerdings ganz auf die aktuelle Situation fixiert. Schon die 1960er Jahre oder die Frühphasen der Entwicklung der Bundesrepublik werden selten in den Blick genommen. Und wenn man sich gar ein Bild über die langfristige Entwicklung im Gesundheitswesen des 19. und 20. Jahrhunderts machen will, sind einschlägige Publikationen kaum noch zu finden.

Was auch immer die Gründe für diese Abstinenz sein mögen – Publikationen zur Statistik des Gesundheitswesens haben in der Gegenwart i. d. R. eine sehr kurze Zeitperspektive. Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Festschrift zum 100jährigen Jubiläum der amtlichen Statistik dar, „Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972“, die lange Zeitreihen für Gruppen des Heil- und Pflegepersonals, für die Krankenanstalten und für die Sterblichkeit an ausgewählten Todes-

⁵⁾ Auf die Morbiditätsstatistik wird hier nicht eingegangen, da sie nach wie vor punktuell und mit großen Unsicherheiten behaftet ist. Das folgt allein schon aus den mehrdimensionalen und schwer zu operationalisierenden Begriffen „Krankheit“ bzw. „Gesundheit“. Vgl. dazu u. a. Blohmke, M. (1982): Morbidität. In: Schaefer, H. (Hrsg.): Umwelt und Gesundheit – Aspekte einer sozialen Medizin. Funk-Kolleg, Bd. 1, S. 190ff., Frankfurt/M. – Ergänzend auch Spree, R. (1981): Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich, S. 22–30, Göttingen.

⁶⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1989): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, S. 187, Bonn.

ursachen bietet.⁷⁾ Alle anderen einschlägigen Übersichtswerke, z.B. die vom Bundesministerium für Gesundheitswesen während der 1960er und 1970er Jahre herausgegebenen und vom Statistischen Bundesamt bearbeiteten Bände „Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland“⁸⁾, enthalten nur zufällige, d.h. punktuelle und lückenhafte Rückblicke für ausgewählte Indikatoren.

Im Kaiserreich und in der Zwischenkriegszeit sah die Situation prinzipiell nicht viel günstiger aus. Zwar wurden während dieses Zeitraums, beginnend 1865 mit dem berühmten Handbuch von Oesterlen⁹⁾ und 1931 endend mit dem bereits erwähnten Standardwerk von Prinzing¹⁰⁾, einige wichtige Übersichtsdarstellungen zur Statistik des Gesundheitswesens publiziert.¹¹⁾ Sie beschränken sich jedoch sämtlich auf die Medizinalstatistik im engeren Sinne, d.h. auf Daten zur Morbidität und Mortalität. Die personelle und institutionelle Seite des Gesundheitswesens interessiert in diesen Werken nicht. Selbst in der bekannten Festschrift „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“ findet man zwar in der Ausgabe von 1940 unter dem Stichwort „Statistik des Gesundheitswesens“ allein 10 Spezialabhandlungen. Doch erfährt man von den Krankenanstalten nur am Rande, nämlich in einem Aufsatz zur „Statistik der Krankheiten und Gebrechen einschließlich der Krankenanstaltsstatistik“, vom Heil- und Pflegepersonal sogar nichts.¹²⁾

Man muß also konstatieren, daß Datensammlungen zur Statistik des Gesundheitswesens, die längere Zeiträume in der Form von Zeitreihen übergreifen und mit ihren Variablen die wesentlichen Teilbereiche des Gesundheitswesens systematisch abdecken, aus der Vor- und Zwischenkriegszeit nicht existieren.

3 Quellenlage

Die Quellenlage ist – entgegen dem Bild, das die eben geschilderte Veröffentlichungssituation bietet – im Prinzip nicht schlecht. Sie ist kürzlich von meinen Mitarbeitern und mir ausführlich dargestellt worden.¹³⁾ An dieser Stelle genügen deshalb einige kurze Anmerkungen. Die konkrete Ausgestaltung der Statistik des Gesundheitswesens seit dem frühen 19. Jahrhundert in den verschiedenen deutschen Staaten hing prinzipiell davon ab, ob und wann sich ein öffentliches Gesundheitswesen ausbildete und wie dies dann in den jeweiligen staatlichen

⁷⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1972): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972. Herausgegeben anläßlich des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik, S. 117–125, Stuttgart/Mainz. – Ergänzende Sterblichkeitsdaten enthält auch der Teil über die Bevölkerungsbewegung, S. 109–113. Fortschreibungen finden sich in: Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1974): Fachserie 12, Gesundheitswesen, Reihe 1 „Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen“, Stuttgart/Mainz.

⁸⁾ Band 1 erschien 1963; der letzte Band, Band 5, 1974, Stuttgart/Mainz.

⁹⁾ Vgl. Oesterlen, F. (1865): Handbuch der medicinischen Statistik, 1. Aufl. (2. Aufl. 1874, Tübingen).

¹⁰⁾ Vgl. Prinzing: Handbuch der medizinischen Statistik.

¹¹⁾ Vgl. auch als teilweise einschlägig Kisskalt, K. (1919): Einführung in die Medizinalstatistik, Leipzig; Mayr, G. (1926): Statistik und Gesellschaftslehre, Band 2: Bevölkerungsstatistik, 2. Aufl., Tübingen; Westergaard, H. (1901): Die Lehre von der Mortalität und Morbidität, 2. Aufl., Jena.

¹²⁾ Vgl. Burgdörfer, F. (Hrsg., 1940): Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Zahn, 2 Bände, Berlin.

¹³⁾ Vgl. Kohler, W. (1990): Quellen der Historischen Statistik des Gesundheitswesens in Deutschland (1815–1938). In: Fischer, W., Kunz, A. (Hrsg.): Quellen zur Historischen Statistik von Deutschland. Opladen; Kube, R., Spree, R. (1990): Quellen zur Statistik des Gesundheitswesens der Bundesrepublik Deutschland. In: Ebenda.

Verwaltungsapparat einbezogen wurde. Während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts war dieser Prozeß in allen größeren deutschen Staaten abgeschlossen: Es existierten i. d. R. oberste Gesundheitsbehörden (Sanitäts- oder Medizinalkommissionen bzw. -kollegien), die als Beratungs- und Gutachtergremien fungierten. Darunter, auf mittlerer Verwaltungsebene, gab es meist medizinische Fachbeiräte (Kreisärzte; in Preußen: Kommissionen), die die Funktion der Übermittlung von Regierungsinstruktionen, der Informationssammlung und der Beaufsichtigung des Heil- und Pflegepersonals wahrnahmen. Und auf der untersten Ebene wirkten die Amtsärzte (Physici), die die verschiedensten gerichtsmedizinischen, gesundheitspolizeilichen und wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben erfüllten.¹⁴⁾

Damit waren die Voraussetzungen für die Entstehung einer systematischen Medizinalstatistik gegeben, als deren eigentliche Erhebungspersonen grundsätzlich bis ins späte 19. Jahrhundert und teilweise – in gewandelter Form – bis heute die Amtsärzte fungierten. Erhoben wurden von diesen vor allem die Zahlen der verschiedenartigen (approbierten und nicht-approbierten) Heil- und Pflegepersonen, der Apotheken, der Krankenanstalten sowie der Gestorbenen nach Todesursachen. Die Informationen über die Gestorbenen kamen typischerweise aus den von den örtlichen Geistlichen geführten Kirchenbüchern, einschließlich der Angabe der Todesursache, die nur selten von einem Arzt stammte oder nachträglich überprüft wurde.¹⁵⁾

Die Ausbildung dieser hier schematisiert dargestellten Verwaltungsstruktur des Gesundheitswesens hatte ihren entscheidenden Impuls während des späten 18. Jahrhunderts durch die Konzepte einer Medizinischen Polizei erhalten. Diese ergänzten die auf reine Quantitätssteigerung der Bevölkerung gerichteten populationistischen Vorstellungen des Kameralismus, indem sie verdeutlichten, daß positive wirtschaftliche Auswirkungen nur von einer zwar zahlenmäßig zunehmenden, zugleich aber auch gesunden Bevölkerung zu erwarten seien. Der absolutistische Staat habe sich somit im Eigeninteresse auch um die Hebung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung zu bemühen.¹⁶⁾

Der Kameralismus hatte bereits Anlaß für die ersten Volkszählungen gegeben, um das in der Bevölkerungsgröße und -struktur liegende Wirtschaftspotential abschätzen zu können.¹⁷⁾ Die Konzepte der Medizinischen Polizei verlangten nun darüber hinaus die differenzierte Erfassung

¹⁴⁾ Vgl. Kohler (1990).

¹⁵⁾ Vgl. zu dieser Problematik u.a. Bauer, J. (1928/29): Die ärztliche Beglaubigung der Todesursachen. In: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 74/75, S. 510–513; Prinzing, F. (1990): Die Zuverlässigkeit der Todesursachenstatistik Württembergs im Vergleich mit der anderer Staaten. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, S. 276–293.

¹⁶⁾ Vgl. zu diesem Komplex ausführlicher Frevert, U. (1984): Krankheit als politisches Problem 1770–1880. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung. Besonders S. 21–83, Göttingen.

¹⁷⁾ So fand z. B. in Teilen Preußens die erste, durch kameralistische Ideen angeregte Ermittlung des Bevölkerungsumfangs 1654 statt (= Untertanenverzeichnisse der Mark Brandenburg), wiederholt 1666. Eine weitere Volkszählung beschränkter Umfangs gab es 1697. Spätere Zählungen während des 18. Jahrhunderts bezogen auch die Bevölkerungsbewegung (sowie die Todesursachen der Gestorbenen) ein, erstmals offenbar im Jahre 1722. Weitere derartige Aufnahmen folgten 1746 und 1780. – Vgl. die etwas widersprüchlichen Angaben einerseits bei Behre, O. (1905): Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlich Statistischen Bureaus, S. 162 ff., 168 und 178, Berlin; andererseits bei Blenck, E. (Hrsg., 1905): Das Königlich Preußische Statistische Bureau im ersten Jahrhundert seines Bestehens 1805 bis 1905, S. 1 und 42, Berlin.

der verschiedensten gesundheitsrelevanten Beobachtungen. Man sprach zwar in diesem Zusammenhang durchaus schon von Statistik, dachte aber weniger an Zahlen, geschweige denn an systematische Tabellen. Vielmehr meinte man mit Statistik umfassende topographische Orts- und Regionalbeschreibungen. Medizinische Topographien, die seit den 1770er Jahren in großer Zahl von Amts- oder Kreisärzten verfaßt und veröffentlicht wurden, sind frühe Formen der „Statistik des Gesundheitswesens“.¹⁸⁾ In ihnen überwog allerdings die verbale Beschreibung von Klima, Geographie, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, wirtschaftlichen und Wohnverhältnissen, Ernährungsgewohnheiten, Krankheiten u.a. jahrzehntelang bei weitem vor der zahlenmäßigen Darstellung. Tabellen wurden erst seit den 1830er Jahren die Regel, d.h. während der Periode der Entstehung und Konsolidierung der ersten Statistischen Ämter¹⁹⁾ und damit der Endphase des vorstatistischen Zeitalters.

Obwohl die *Physici* in den meisten Bundesstaaten seit dem frühen 19. Jahrhundert zur Erhebung von Angaben des genannten Typs (ob nun in verbaler Beschreibung oder in Zahlenform) angehalten waren, wurden die obrigkeitlichen Anweisungen von ihnen und den ihnen übergeordneten Kreisärzten praktisch höchst unterschiedlich umgesetzt, teils sehr akribisch und detailliert, z. B. hinsichtlich der quantitativen Nachweise, teils gar nicht. Ebenso gingen die jeweiligen Verwaltungsinstanzen, die mit dem erhobenen und eingelieferten Material befaßt waren, sehr verschieden damit um. Gelegentlich stellten sie schon im frühen 19. Jahrhundert umfangreiche Tabellen mit aggregierten Daten zusammen und publizierten diese sogar oder nahmen sie zumindest (u.U. gedruckt) zu den Akten.²⁰⁾ In anderen

¹⁸⁾ Vgl. bezüglich der rund 60 zwischen 1770 und 1850 veröffentlichten Topographien besonders die Auswertung bei Brügelmann, J. (1982): *Der Blick des Arztes auf die Krankheit im Alltag 1779–1850. Medizinische Topographien als Quelle für die Sozialgeschichte des Gesundheitswesens*, Phil. Diss., Freie Universität Berlin. – Ergänzend die älteren Beschreibungen dieser Quellen (in der Reihenfolge ihres Publikationsdatums): Fischer, A. (1928): *Beiträge zur Kulturhygiene des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Deutschen Reiche*, Leipzig; Zeiss, H. (1935): *Medizinische Topographien als volkskundliche Quellen*. In: *Archiv für Bevölkerungswissenschaft (Volskunde) und Bevölkerungspolitik*, 5; Brandmeier, K. P. (1942): *Medizinische Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet*, Berlin; Jusatz, H. (1967): *Die Bedeutung der medizinischen Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der Hygiene*. In: Artelt, W., Rüegg, W. (Hrsg.): *Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart. – Dazu kommen zahlreiche unveröffentlichte und bisher kaum ausgewertete Topographien in den Archiven der deutschen Bundesstaaten, besonders für die drei süddeutschen Staaten. Vgl. als gelungenes Beispiel der laufenden Auswertungen unveröffentlichten topographischen Materials aus Bayern, die C. Probst in München betreut: Stolberg, M. (1986): *Heilkunde zwischen Staat und Bevölkerung. Angebot und Annahme medizinischer Versorgung in Oberfranken im frühen 19. Jahrhundert*, Med. Diss., Technische Universität München. Einen einschlägigen Bestand beschreibt Zorn, W. (1982): *Medizinische Volkskunde als sozialgeschichtliche Quelle. Die bayerische Bezirksärzte-Landesbeschreibung von 1860/62*. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 69/2. – Der Verfasser hat 56 dieser Topographien in dem Projekt der Universität Konstanz „Die Entwicklung der ‚Volksgesundheit‘ in Deutschland, 1780–1850“ systematisch im Hinblick auf die Informationen zu den Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnissen, zur Stadt- und Wohnhygiene, zur Ernährungssituation, zu den Arbeitsbedingungen sowie zur Säuglings- bzw. Kleinkindpflege auswerten lassen. Über die vorläufigen Ergebnisse liegt ein Bericht vor unter dem Titel „Auf dem Wege zu einer historischen Epidemiologie für Deutschland – spätes 18. und frühes 19. Jahrhundert“.

¹⁹⁾ Die Gründungsdaten einiger Statistischer Ämter (Doppeldatierung bedeutet: Nach einer ersten Gründung oder auch nur Absichtserklärung erfolgte eine Auflösung oder auch keinerlei Verwaltungshandeln; das zweite Datum bezeichnet dann den Beginn einer langfristigen Kontinuität): Baden 1852/1856; Bayern 1815/1833; Hessen 1845; Preußen 1805/1816; Sachsen 1831/1850; Württemberg 1817/1820.

²⁰⁾ So z. B. in Bayern, wo die gesundheitsstatistischen Daten auf der Ebene der Gerichtsbezirke über die der Kreise bis zur Ebene des Gesamtstaats aggregiert und als gedruckte Anlagen zu den jährlichen Verwaltungsberichten genommen wurden. Diese Zusammenstellungen auf Staatsebene sind offenbar verloren gegangen, während die der Kreise – soweit ersichtlich – in den jeweiligen Staatsarchiven zu finden sind.

Staaten blieben die statistisch verwertbaren Angaben der Physici – auch wenn vorhanden und eingeliefert – unbeachtet und wurden nicht aufbereitet.²¹⁾

Erst seit dem späten 19. Jahrhundert fanden mehr und mehr auf Reichsebene diskutierte und empfohlene Vorgehensweisen auch in den einzelnen Bundesstaaten Anwendung. Sie führten zu einer Verstetigung der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung von gesundheitsstatistischen Daten nach Kriterien, die sich allmählich stärker angleichen, ohne vereinheitlicht zu werden. Diese Entwicklung wurde gefördert einerseits durch die in gewisser Weise zentralistisch orientierte Praxis der Statistischen Ämter in den Bundesstaaten, andererseits durch die ebenfalls zunehmend an reichsweiten (professionellen) Maßstäben ausgerichteten Vorstellungen der Medizinalbehörden und schließlich durch die statistischen Erhebungs- und Publikationsaktivitäten des Kaiserlichen Statistischen Amtes (seit 1872) und des Kaiserlichen Gesundheitsamtes (seit 1876).²²⁾

Zusammenfassend läßt sich konstatieren: Die Quellenlage für eine Statistik des Gesundheitswesens ist spätestens mit Beginn des „statistischen Zeitalters“, also der Gründung von Statistischen Ämtern in den Bundesstaaten, gut. Seitdem werden große Mengen einschlägiger Zahlen veröffentlicht – allerdings in unregelmäßigen Abständen, in unterschiedlichster Form der Aufbereitung und an häufig wechselnden Orten. Das hat sich im übrigen bis heute nicht prinzipiell geändert. Die Vereinheitlichung der Gegenstandsdefinitionen und -bezeichnungen nahm während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ständig zu, ohne zu einer echten Standardisierung geführt zu haben – mit Ausnahme der Krankheiten bzw. Todesursachen, deren Bezeichnungen seit dem frühen 20. Jahrhundert aus reichsweit (bundesweit) gültigen Verzeichnissen übernommen werden, die an internationalen Übereinkünften orientiert sind.

Die Zusammenstellung historischer Übersichtsdaten ist demnach je nach Gegenstand unterschiedlich weit ins 19. Jahrhundert zurück auszudehnen, wobei jedoch erhebliche sachliche Interpretationsprobleme zu lösen sind. Was sehr schwerfällt ist, echte Zeitreihen auf Jahresbasis für eine größere Zahl von Variablen zu bilden und das möglicherweise auch auf Aggregationsstufen unterhalb der Reichs- bzw. Bundesebene. Viele der zentralen Variablen (etwa Zahl der Ärzte, Apotheker, Hebammen oder auch der Betten in Krankenanstalten) sind nur in größeren Zeitschritten erhoben und veröffentlicht worden.

Um zu sehen, wieweit ein solider, systematisch zusammengestellter Zahlenkorpus für das Gesundheitswesen zu schaffen ist unter Ausnutzung aller Quellen, der veröffentlichten wie der unveröffentlichten, der amtlichen wie der privaten, wurden die Projekte in Angriff genommen,

²¹⁾ So blieben z.B. in Württemberg zwischen 1847 und 1872 die jährlichen Medizinalberichte aus den 64 Oberämtern weitgehend unbearbeitet. Sie bilden einen interessanten Handschriftenbestand im Staatsarchiv Ludwigsburg, der noch nicht unter statistischen Gesichtspunkten ausgewertet worden ist.

²²⁾ Beispielsweise hatten die berufs- und gewerbestatistischen Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, besonders die Spezialerhebung zum medizinischen Personal von 1876 (im Kaiserreich wiederholt 1887, 1898 und 1909), Angleichungen bei den Berufsbezeichnungen im Gesundheitsbereich zur Folge. Diese wurden wiederum zusätzlichem Vereinheitlichungsdruck ausgesetzt durch die Bemühungen der Ärzteverbände um reichsweit gültige Ausbildungs-, Anerkennungs- und Kontrollprinzipien hinsichtlich der Gesundheitsberufe.

aus deren laufender Arbeit hier berichtet wird.²³⁾ Einige Beispiele aus der entstehenden Historischen Statistik des Gesundheitswesens sollen den Charakter der Projektarbeit und die Bedeutung der Ergebnisse illustrieren.

4 Beispiele einer Historischen Statistik des Gesundheitswesens

Im folgenden werden drei Zahlenbeispiele aus den Variablenbereichen „Heilpersonal“ und „Kennziffern der Mortalität“ vorgestellt. Die Beispiele sind so gewählt, daß jeweils längere Zeiträume abgedeckt werden. Es wurde darauf geachtet, daß sie vorliegende lange Zeitreihen aus amtlichen Publikationen ergänzen.

Das erste Beispiel betrifft die Entwicklung der altersspezifischen Sterblichkeit in Preußen von 1816–1868 (vgl. Tabelle 1, S. 114 f.). Grundlage für die Tabelle sind die unterschiedlichsten Publikationen der amtlichen preußischen Statistik, denen einerseits die Gestorbenen nach Geschlecht und Altersklassen entnommen wurden, andererseits die Zahlen der im betreffenden Jahr Lebenden, ebenfalls gegliedert nach Geschlecht und Altersklassen. Um die Sterblichkeitsziffern zu gewinnen, die in dieser Form erstmals berechnet worden sind, mußten Daten aus 24 verschiedenen Quellen zusammengeführt werden. Ziel der Berechnungen ist es, zu überprüfen, welche Altersklassen dazu beigetragen haben, daß der Trend der Durchschnittsterblichkeit in Preußen seit den 1830er Jahren bis Ende der 1860er Jahre fallend war. Das ist ein beachtliches Phänomen, weil ja zur selben Zeit die sogenannte Dauerkrise des Pauperismus zu einer Erhöhung der Sterblichkeit in den Massen der Unterschichten geführt haben soll. Wie in Schaubild 1 (siehe S. 116) zu erkennen ist, trugen vor allem die Altersklassen der Erwachsenen zu dem sinkenden Durchschnittstrend bei, nicht – wie oft in der Literatur vermutet – die Kinder und Jugendlichen.²⁴⁾

Ein zweites Beispiel kommt aus dem Bereich der Statistik des Heilpersonals, hier: der Ärzte. In „Bevölkerung und Wirtschaft (B+W) 1872–1972“ ist eine lange Reihe für die Ärzte im Deutschen Reich ausgewiesen. Diese hat jedoch, wie in der folgenden Tabelle ersichtlich, vor 1913 sehr große Lücken (vgl. Tabelle 2, S. 117). Unsere Datenerhebung stützte sich in diesem Fall vor allem auf eine nicht-amtliche Quelle, nämlich den „Reichsmedizinalkalender (RMK)“. Damit konnten die Ärzte-Zahlen für das Reich, die Bundesstaaten und die Regierungsbezirke derselben für den Zeitraum 1880–1913 nahezu lückenlos rekonstruiert werden. Allerdings soll diese Gegenüberstellung noch eine weitere Bedeutung unserer Arbeit illustrieren. Wir können oft nicht nur die publizierten amtlichen Daten ergänzen, sondern auch korrigieren. Für die

²³⁾ Projekt 1, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) = „Historische Statistik des Gesundheitswesens in Deutschland vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart“; Bearbeiter: Walter Kohler, zusammen mit Gudrun Kling, Roland Otto und Hartmut Hägle. Projekt 2, gefördert mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) = „Informationssystem zur Medizinalstatistik der Bundesrepublik Deutschland“; Bearbeiter: R. Kube. Beide Projekte arbeiten in engem Verbund unter der Leitung des Verfassers an der Universität Konstanz, Phil. Fakultät. Das erste Projekt erhebt und ediert Grunddaten, ohne sie – durch Bezug auf die Bevölkerung – in Kennziffern umzurechnen. Das wird – beschränkt auf die Bundesrepublik – im zweiten Projekt geleistet. Die Daten aus den oben genannten drei Variablenbereichen werden jeweils auf Reichs- bzw. Bundesebene, auf der Ebene der Bundesstaaten/-länder und auf der der Regierungsbezirke zusammengestellt.

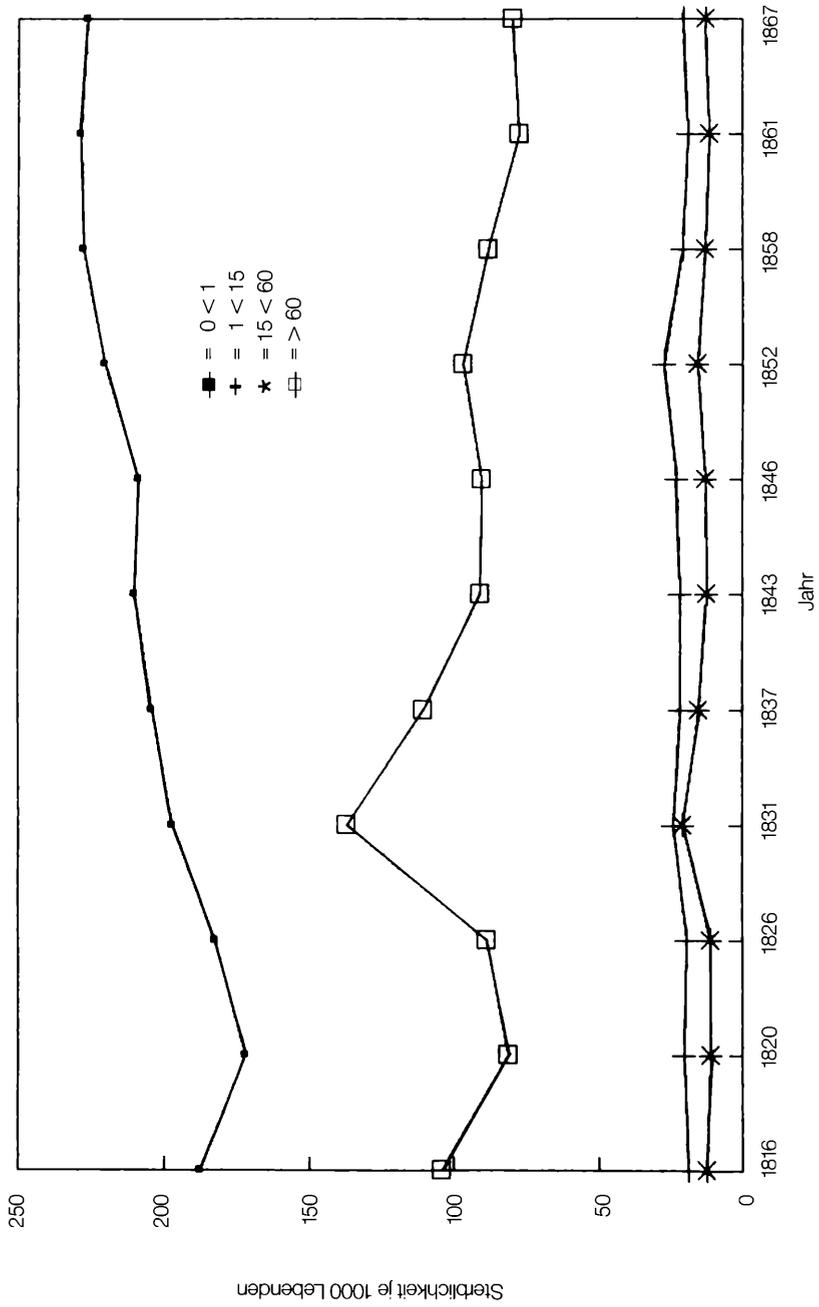
²⁴⁾ Vgl. zur eingehenden Darstellung und Interpretation dieser Daten Spree, R. (1990): „Volksgesundheit und Lebensbedingungen in Deutschland während des frühen 19. Jahrhunderts“. In: Kümmel, W. (Hrsg.): Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Band 7/8, 1989, S. 75–113, Stuttgart.

nach Altersklassen

Lebende

1837	1840	1843	1846	1849	1852	1855	1858	1861	1864	1867
2042	1935	2101	2088	1816	2201	2063	2276	2284	2146	2261 ¹⁾
1726	1638	1822	1814	1576	1925	1805	1964	1983	1831	1970 ¹⁾
876	816	860	871	812	975	822	927	888	988	796
768	720	774	786	724	882	743	813	792	861	709
684	655	685	705	656	790	662	742	707	758	639
602	582	620	639	589	714	603	656	634	666	573
425	410	427	435	416	494	415	454	427	450	391
382	372	395	407	379	453	383	407	389	402	356
419 ²⁾	407 ²⁾	420 ²⁾	443 ²⁾	396 ²⁾	517 ²⁾	412 ²⁾	397 ²⁾	382 ²⁾	446	431 ¹⁾²⁾
409 ²⁾	398 ²⁾	416 ²⁾	426 ²⁾	385 ²⁾	500 ²⁾	415 ²⁾	381 ²⁾	382 ²⁾	429	415 ¹⁾²⁾
333 ²⁾	335 ²⁾	339 ²⁾	368 ²⁾	331 ²⁾	428 ²⁾	345 ²⁾	331 ²⁾	308 ²⁾	349	347 ¹⁾²⁾
325 ²⁾	328 ²⁾	337 ²⁾	355 ²⁾	324 ²⁾	412 ²⁾	346 ²⁾	318 ²⁾	308 ²⁾	337	332 ¹⁾²⁾
216 ²⁾	214 ²⁾	216 ²⁾	233 ²⁾	219 ²⁾	274 ²⁾	224 ²⁾	210 ²⁾	190 ²⁾	209	209 ¹⁾²⁾
214 ²⁾	214 ²⁾	218 ²⁾	233 ²⁾	217 ²⁾	268 ²⁾	225 ²⁾	205 ²⁾	193 ²⁾	206	204 ¹⁾²⁾
95	96	89	108	115	124	108	99	72 ³⁾	84	66
97	101	94	108	116	123	109	100	77 ³⁾	87	70
82	75	73	85	94	100	86	78	59 ³⁾	62	53
84	81	79	87	95	101	86	80	64 ³⁾	67	57
106	62	60	75	76	84 ³⁾	83 ³⁾	67 ³⁾	51 ³⁾	53	54 ³⁾
.	64 ³⁾	49 ³⁾	51	52 ³⁾
115	83	80	86	100	99	104	79	74	81	78 ³⁾
.	86	63	64	68 ³⁾
107	94	91	95	117	117	122	91	83	87	90 ³⁾
.	93	78	79	83 ³⁾
112	98	97	99	123	123	134	96	.	95	.
113	97	99	100	120	117	120	98	.	86	.
152	128	127	130	162	158	181	129	118	124	131
147	125	125	126	153	146	156	124	107	108	114
105	99	96	99	119	114 ³⁾	117	92	76	112	.
.	74	55	62	.
119	98	94	92	113	108 ³⁾	112	85	82	103	92 ³⁾
.	79	68	72	77 ³⁾
132	108	104	101	131	127 ³⁾	139 ³⁾	99	91 ³⁾	101	102 ³⁾
.	102	84 ³⁾	88	93 ³⁾
114	98	91	84	108	103	106	79	87 ³⁾	95	.
.	84	81 ³⁾	84	.
147	123	119	116	156	153	175	118	101 ³⁾	99	113 ³⁾
.	135	112 ³⁾	110	114 ³⁾
140	121	129	126	162	158	186	123	.	138	.
.	126	.	131	.
252 ³⁾	205 ³⁾	208 ³⁾	211 ³⁾	162 ³⁾	245 ³⁾	308 ³⁾	212 ³⁾	199	197 ³⁾	218
.	195 ³⁾	179	172 ³⁾	179
326	260	260	261	321	311	384	268	.	233	.
273	236	235	230	282	264	308	236	.	197	.
1105	902	910	902	951	969	1154	879	775	787	797
1132	921	905	895	1003	974	1151	895	780	781	762

Schaubild 1
Sterblichkeit in Preußen 1816 bis 1867*)
Männer nach Altersklassen



*) Vgl. die Daten in Tabelle 1, S. 114 f.

Tabelle 2: Ärzte im Deutschen Reich*)

Jahr	RMK	B+W	Jahr	RMK	B+W
1880	15 149	–	1897	24 873	–
1881	–	1898	–
1882	17 623	–	1899	26 689	26 689
1883	15 100	–	1900	27 374	27 374
1884	15 368	–	1901	28 174	–
1885	15 783	–	1902	29 133	–
1886	16 292	–	1903	29 997	–
1887	16 864	15 824	1904	30 457	–
1888	17 690	–	1905	31 041	31 041
1889	18 467	–	1906	31 346	–
1890	18 846	–	1907	31 864	–
1891	19 630	19 630	1908	31 640	–
1892	20 500	–	1909	31 969	30 558
1893	21 621	–	1910	32 449	–
1894	22 287	–	1911	32 835	–
1895	23 099	–	1912	33 527	–
1896	23 910	23 910	1913	34 136	–

*) Nach dem „Reichsmedizinalkalender (RMK)“ sowie „Bevölkerung und Wirtschaft (B+W)“.

Jahre 1887 und 1909 ist nämlich eine deutliche Differenz zwischen der Reihe auf der Basis des RMK und derjenigen aus B+W ersichtlich; zwischen diesen Eckdaten stimmen dagegen die beiden Reihen überein. Was ist der Grund: Für 1887 und 1909 wurden vom Statistischen Bundesamt die Zahlen aus den reichsweiten Erhebungen des Heilpersonals übernommen, in den Jahren dazwischen dagegen die des RMK.²⁵⁾ Dieser Wechsel der Quelle ist jedoch in der Publikation nicht ausgewiesen. Daß es 1898 eine Lücke in der B+W-Reihe gibt, ist wiederum erstaunlich, weil in diesem Jahr eine amtliche Zählung des Heilpersonals durchgeführt wurde. Diese Probleme der vorliegenden Zahlen lassen sich nun mit der von uns zu publizierenden Datenbasis besser einschätzen und teilweise auch beheben.²⁶⁾

Zur Illustration des Nutzens der regionalen Differenzierung, die im Projekt „Historische Statistik des Gesundheitswesens“ angestrebt wird, vgl. die folgende Tabelle 3 (S. 119). Hier sind die Ärztezahlen ausgewählter preußischer Regierungsbezirke abgebildet und in 5-Jahres-Abständen auf die jeweilige Bevölkerung umgerechnet (= Arzt-Dichte). Man kann erkennen, daß die absoluten Arzt-Zahlen in den meisten Regionen langfristig stark zunahmen. Die Ausnahme bildet der Regierungsbezirk Gumbinnen, der für die ostelbischen Agrarregionen steht. Die Dichte-Ziffern machen allerdings erst die verschiedenen regionalen Angaben vergleichbar. Sie verdeutlichen vor allem die beachtlichen regionalen Disparitäten der ärztlichen Versorgung. Zwar zeigt sich, daß die ausgewählten rheinisch-westfälischen Regierungsbezirke in dieser Hinsicht relativ gut abschneiden. Aber auch sie blieben unter dem preußischen Durchschnitt. Ursache dafür war die extreme Konzentration der Ärzte in Großstädten. Davon profitierte – wie aus der Tabelle ersichtlich – besonders der Großraum Berlin, aber z. B. auch der nicht in die Tabelle aufgenommene Regierungsbezirk Köln, dessen Arztdichte 1910 mit 7,8 je 10000 Einwohnern ebenfalls deutlich über dem preußischen Durchschnitt lag.²⁷⁾

Als drittes Beispiel werden die Veränderungen des Todesursachen-Panoramas auf der Ebene des Deutschen Reichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland, differenziert nach Geschlecht und Altersklassen, von 1910–1972 tabellarisch belegt. Zu diesem Zweck wurden ausschließlich Daten aus amtlichen Publikationen verarbeitet. Problematisch sind die extreme Fülle des Materials und die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Todesursachen-Bezeichnungen. Ziel der Arbeiten ist es, erstmalig für Deutschland eine vertiefte Analyse der Sterblichkeitsentwicklung, hier: im 20. Jahrhundert, vorzunehmen und dabei Gesichtspunkten einer historischen Epidemiologie Rechnung zu tragen. Ich führe hier ein Beispiel vor, das noch den Charakter des Vorläufigen hat.²⁸⁾

Zunächst wurden die Grunddaten (Gestorbene nach Geschlecht, Alter und Todesursachen sowie Lebende nach Geschlecht und Alter) für einzelne Stichjahre erfaßt, das sind 1910, 1925,

²⁵⁾ Die Erhebungen fanden bis zum Ersten Weltkrieg alle 11 Jahre statt, beginnend im Jahre 1876.

²⁶⁾ Ein ungeklärtes Problem möchte ich hier nur andeuten, daß nämlich die Ärztezahlen des RMK stets um einige Hundert größer sind als die der amtlichen Statistik. Der Hauptgrund: Die Zahlen des RMK basieren auf Verbandsmeldungen. Ärzte waren auch dann schon Mitglieder, wenn sie noch nicht im Sinne der amtlichen Statistik als „berufstätig“ galten. Und sie wurden noch als Mitglieder geführt, wenn die Berufstätigkeit im amtlichen Sinne bereits beendet war.

²⁷⁾ Zum Vergleich die Dichte-Ziffern der anderen rheinischen Regierungsbezirke: Aachen = 4,1; Koblenz = 4,7; Düsseldorf = 4,2 und Trier = 3,1.

²⁸⁾ Die Finanzierung dieses Projektteils ist noch nicht gesichert, so daß bisher nur Vorarbeiten geleistet werden konnten.

Tabelle 3: Ärzte und Arztdichte in Preußen und ausgewählten Regierungsbezirken
je 10.000 Einwohner

Jahr	Preußen insgesamt		Stadt Berlin		Potsdam		Gumbinnen		Regierungsbezirk Oppeln		Münster		Düsseldorf	
	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte	Ärzte	Dichte
1880	8 533	3,1	1 060	9,4	335	2,9	94	1,2	227	1,6	182	3,9	506	3,2
1881
1882	8 634	.	1 048	.	346	.	93	.	222	.	173	.	527	.
1883	8 741	.	1 043	.	353	.	97	.	229	.	179	.	519	.
1884	8 960	.	1 065	.	380	.	101	.	243	.	173	.	538	.
1885	9 101	3,2	1 150	8,7	384	3,1	103	1,3	249	1,7	179	3,6	549	3,1
1886	9 347	.	1 193	.	398	.	108	.	257	.	184	.	549	.
1887	9 690	.	1 218	.	419	.	113	.	267	.	187	.	597	.
1888	10 186	.	1 300	.	446	.	118	.	281	.	194	.	666	.
1889	10 664	.	1 398	.	478	.	125	.	288	.	205	.	642	.
1890	11 009	3,7	1 460	9,2	516	3,7	126	1,6	314	2,0	207	3,9	666	3,4
1891	11 487	.	1 615	.	556	.	128	.	306	.	219	.	718	.
1892	12 074	.	1 636	.	596	.	138	.	320	.	220	.	752	.
1893	12 851	.	1 799	.	728	.	145	.	346	.	228	.	781	.
1894	13 257	.	1 834	.	785	.	148	.	374	.	241	.	805	.
1895	13 778	4,3	1 978	11,8	852	5,2	159	2,0	384	2,2	250	4,2	847	3,9
1896	14 351	.	2 077	.	948	.	158	.	390	.	259	.	888	.
1897	14 957	.	2 196	.	757	.	172	.	407	.	252	.	944	.
1898	15 104
1899	16 103	.	2 314	.	872	.	181	.	460	.	260	.	1 048	.
1900	16 498	4,8	2 360	12,5	917	4,8	176	2,2	463	2,5	271	3,9	1 077	4,1
1901	17 034	.	2 394	.	968	.	182	.	483	.	278	.	1 121	.
1902	17 616	.	2 467	.	1 068	.	192	.	496	.	282	.	1 164	.
1903	18 219	.	2 572	.	1 163	.	191	.	511	.	303	.	1 191	.
1904	18 480	.	2 638	.	1 186	.	196	.	511	.	314	.	1 228	.
1905	18 841	5,1	2 636	12,9	1 311	5,6	159	2,6	527	2,6	322	3,9	1 275	4,3
1906	19 052	.	2 655	.	1 389	.	162	.	523	.	325	.	1 291	.
1907	19 433	.	2 678	.	1 474	.	151	.	526	.	329	.	1 348	.
1908	19 130	.	2 177	.	1 555	.	158	.	524	.	346	.	1 366	.
1909	19 319	.	2 143	.	1 662	.	150	.	528	.	349	.	1 400	.
1910	19 671	4,9	2 071	10,0	1 772	6,2	151	2,5	534	2,4	361	3,7	1 440	4,2
1911	19 956	.	1 961	.	1 890	.	149	.	527	.	367	.	1 512	.
1912	20 424	.	1 928	.	1 993	.	150	.	548	.	370	.	1 592	.
1913	20 766	.	1 850	.	2 129	.	152	.	551	.	384	.	1 636	.

1932, 1938, 1950 und 1972. Unterschieden werden 7 Altersklassen. Bei den Todesursachen bildete ich 16 Gruppen.²⁹⁾ Die Langfrist-Tendenzen der Veränderungen des sogenannten Todesursachen-Panoramas, hier im Medium der todesursachenspezifischen Sterblichkeitsziffern, sind der Tabelle 4 (siehe S. 121) zu entnehmen. Man erkennt die bekannten Tendenzen: Starker Rückgang der Sterblichkeit an allen Infektionskrankheiten, Zunahme und Dominanz der sogenannten degenerativen und man-made diseases. Bei Herz-/Kreislaufkrankheiten, Krebs und anderen Neubildungen sowie bei „Gewaltsamem Tod“, das sind vor allem Unfälle, fand allerdings nicht nur eine Vergrößerung des Gestorbenen-Anteils statt, anhand dessen meist das Todesursachen-Panorama diskutiert wird, sondern ein Anstieg der todesursachenspezifischen Sterblichkeitsziffern.

Markante Veränderungen des Gewichts bestimmter Todesursachen in unterschiedlichen Altersklassen illustrieren die folgenden Schaubilder 2 und 3 (siehe S. 122 f.) Ich habe hier die erkennbaren Tendenzen überprüft, indem ich altersstandardisierte Ziffern des mittleren Sterbealters für alle Todesursachen von 1910–1972 berechnete. Für die entsprechenden Graphiken (vgl. die Schaubilder 4 und 5, S. 124 f.) habe ich fünf wichtige Todesursachen herausgegriffen: Tuberkulose, Lungen- und Brustfellentzündung, Herz-/Kreislaufkrankheiten, Krankheiten des Zentralnervensystems und Krebs. Man kann erkennen, daß die wegen ihrer stetig steigenden Gestorbenenanteile oft gefürchteten Herz-/Kreislaufkrankheiten und Krebs in einem anderen Licht erscheinen, wenn man das mittlere Sterbealter an diesen Todesursachen berücksichtigt: Es lag bereits vor dem Ersten Weltkrieg über der mittleren Lebenserwartung und hat sich seitdem stark erhöht. Das heißt, man stirbt an diesen Krankheiten heutzutage durchschnittlich erst in höherem Alter, mit Ende 60, Anfang 70. Damit schließe ich die Hinweise auf den Informationsgehalt einer Historischen Statistik des Gesundheitswesens ab.

²⁹⁾ In vorliegenden Aufbereitungen des Grundmaterials zu den Todesursachen durch das Statistische Bundesamt oder in einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen wurden für diesen langen Zeitraum nie so viele Todesursachen berücksichtigt. – Vgl. z. B. Imhof, A. E. (1981): Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren . . . S. 196 und 220. München; Rothenbacher, F. (1982): Zur Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse in Deutschland seit der Industrialisierung. In: Wiegand, E., Zapf, W. (Hrsg.): Wandel der Lebensbedingungen in Deutschland. Wohlfahrtsentwicklung seit der Industrialisierung. S. 360 und 362, Frankfurt a.M./New York. – Auch fehlt i. d. R. eine Differenzierung nach Geschlecht und Altersklassen. Meine Klassifikation der Todesursachen führt dazu, daß bereits 1910 nur 21% der Sterbefälle in die Kategorien „Sonstige“ bzw. „Unbekannte“ Todesursachen fallen. 1972 sind es sogar nur 18 %. Dagegen decken die 9 in „Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972“, S. 120, ausgewiesenen Todesursachen (wenn man die nichtssagende Kategorie „Altersschwäche“ beiseite läßt) 1910 nur 53% der Sterbefälle ab; 1972 sind es dann immerhin rund 80 %.

Tabelle 4: Sterblichkeit nach Todesursachen*)
je 10000 Lebende

Todesursachen	Frauen			Männer		
	1910	1972	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	1910	1972	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
Krankheiten der Neugeborenen (einschl. angeborener Mißbildungen)	10	2	-82	13	3	-80
Krankheiten der Schwangerschaft, der Entbindung und des Wochenbetts	2	0	-95	-	-	-
Akute Infektionskrankheiten ¹⁾	11	1	-93	10	1	-93
Tuberkulose der Atmungsorgane	15	0	-98	15	1	-94
Tuberkulose anderer Organe (einschl. Miliartuberkulose)	2	0	-96	3	0	-94
Lungen- oder Brustfellentzündung	13	2	-81	14	3	-82
Andere Krankheiten der Atmungsorgane ²⁾	9	2	-76	10	5	-47
Krankheiten der Kreislauforgane	17	31	86	16	35	118
Krankheiten des Zentralnervensystems und der Sinnesorgane	14	19	39	16	15	-7
Krankheiten der Verdauungsorgane ³⁾	20	3	-84	24	5	-77
Krebs und andere Neubildungen	10	24	130	8	26	203
Selbstmord	1	1	28	4	3	-26
Gewaltsamer Tod ⁴⁾	2	5	170	6	8	28
Sonstige benannte Todesursachen	37	17	-54	35	16	-54
Typhus und Paratyphus	0	0	-99	0	0	-100
Insgesamt	162	113	-30	176	124	-29

*) Auf der Ebene des Deutschen Reichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁾ Ohne Krankheiten der Schwangerschaft, der Entbindung, des Wochenbetts, Lungen- oder Brustfellentzündung sowie Typhus und Paratyphus.

²⁾ Ohne akute Infektionskrankheiten, Tuberkulose der Atmungsorgane, Lungen- oder Brustfellentzündung sowie Krebs und andere Neubildungen.

³⁾ Ohne akute Infektionskrankheiten sowie Typhus und Paratyphus.

⁴⁾ Z. B. Unfälle, Mord, Hinrichtungen und Kriegsverbrechen.

Schaubild 2
 Anteile ausgewählter Todesursachen bei Männern im Alter von 15 bis unter 30 Jahren
 je 1000 Todesfälle

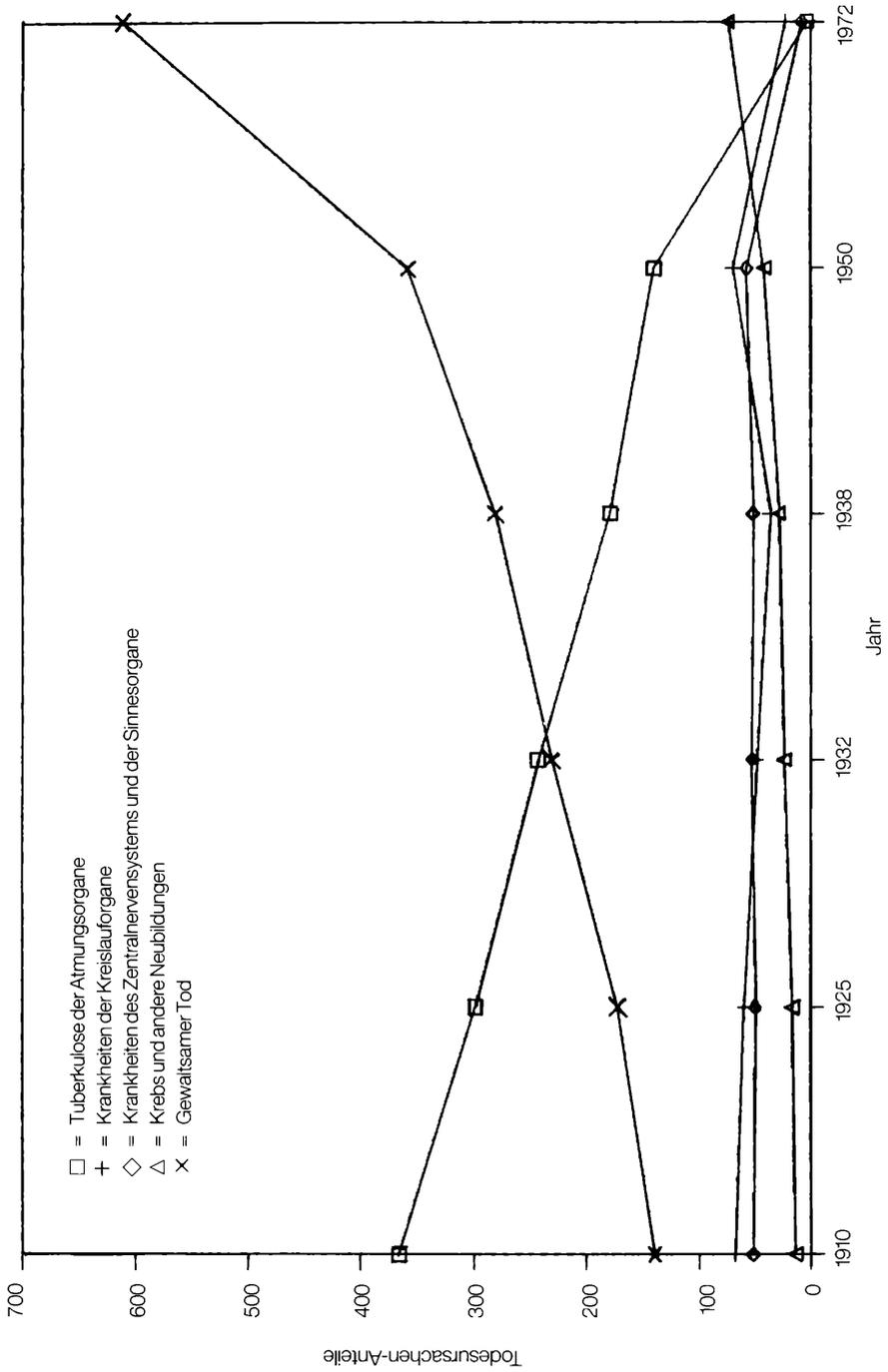


Schaubild 3
 Anteile ausgewählter Todesursachen bei Männern im Alter von 30 bis unter 60 Jahren
 je 1000 Todesfälle

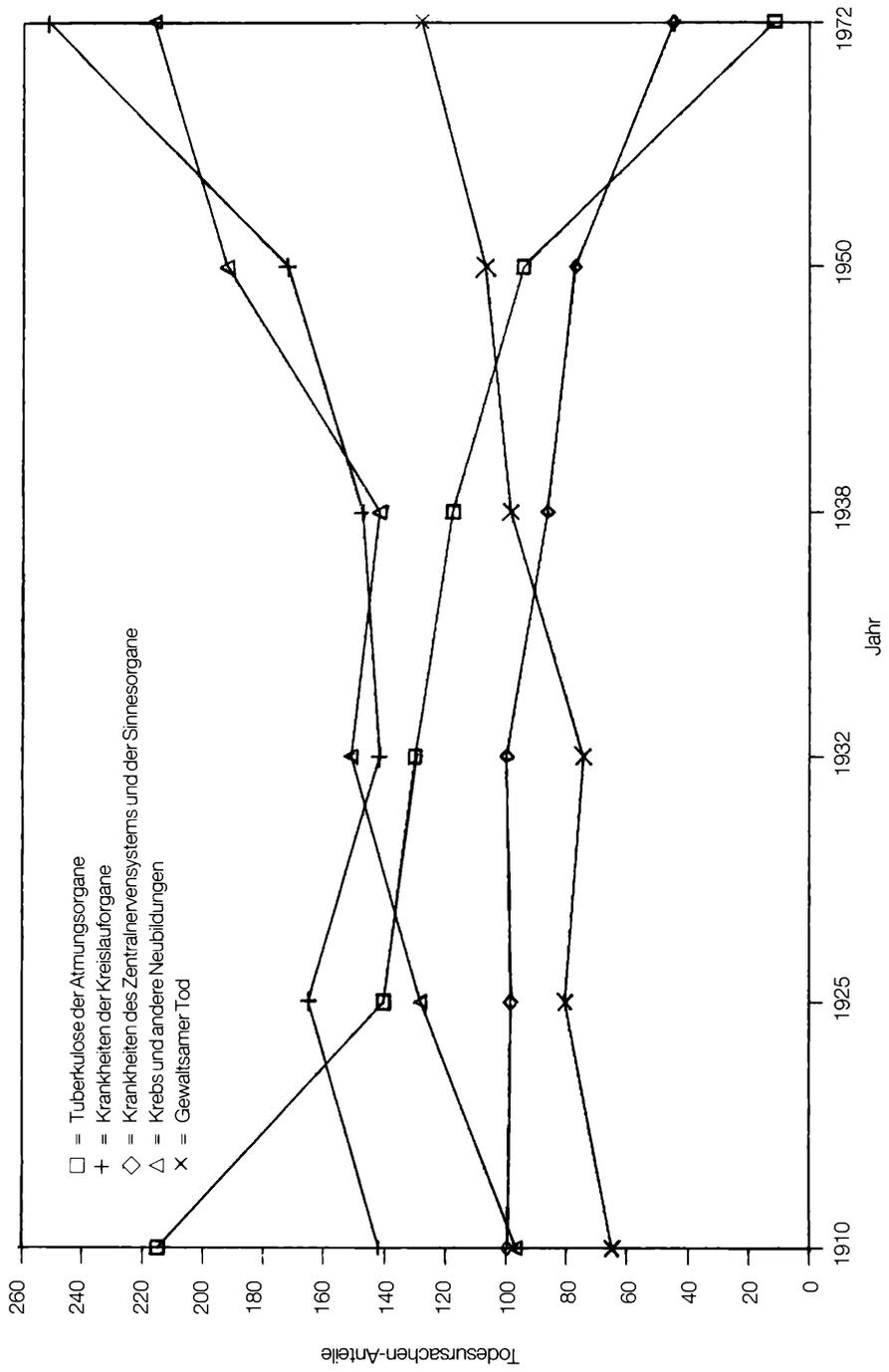


Schaubild 4
Mittleres Sterbealter von Frauen nach ausgewählten Todesursachen

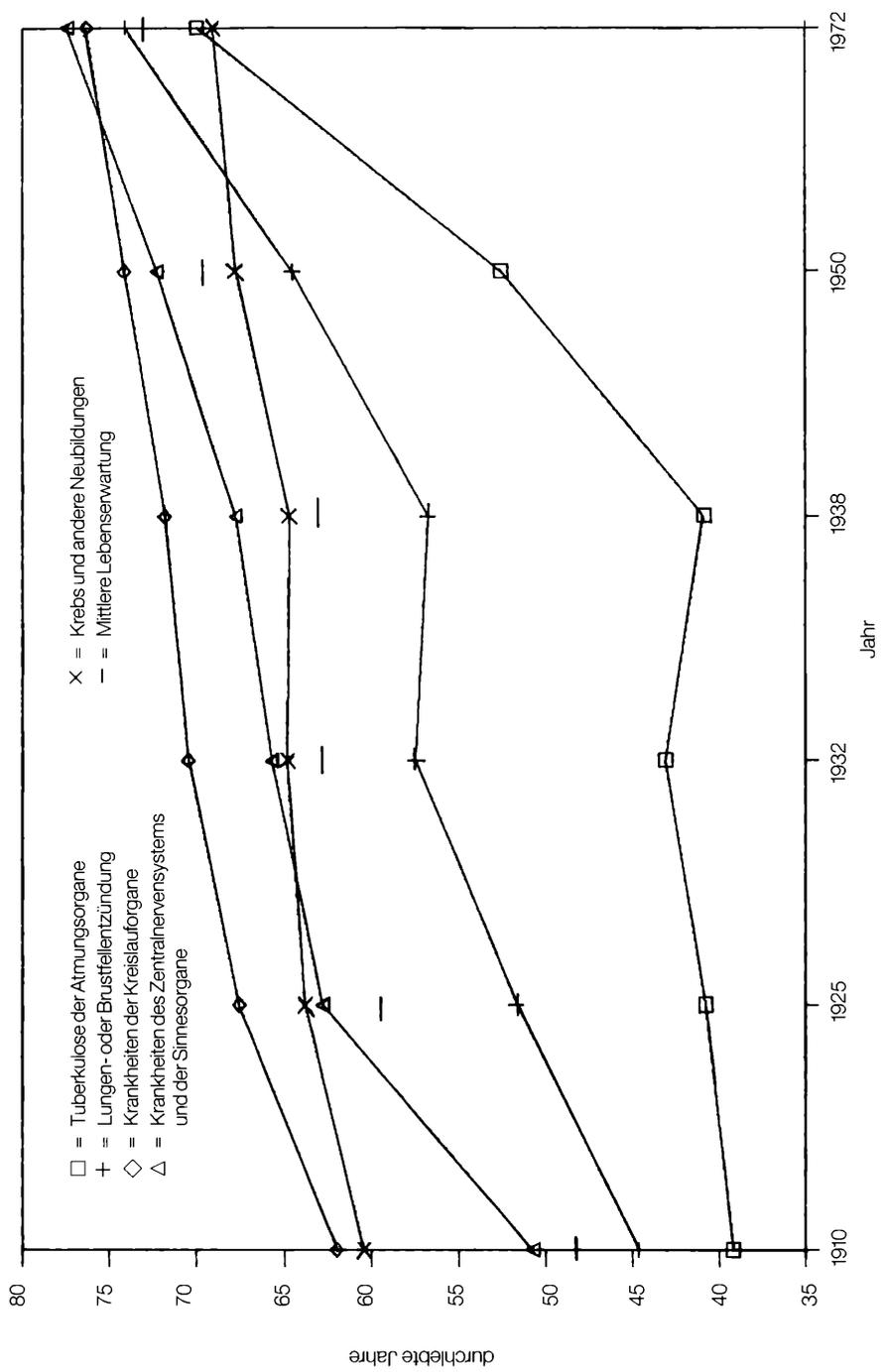
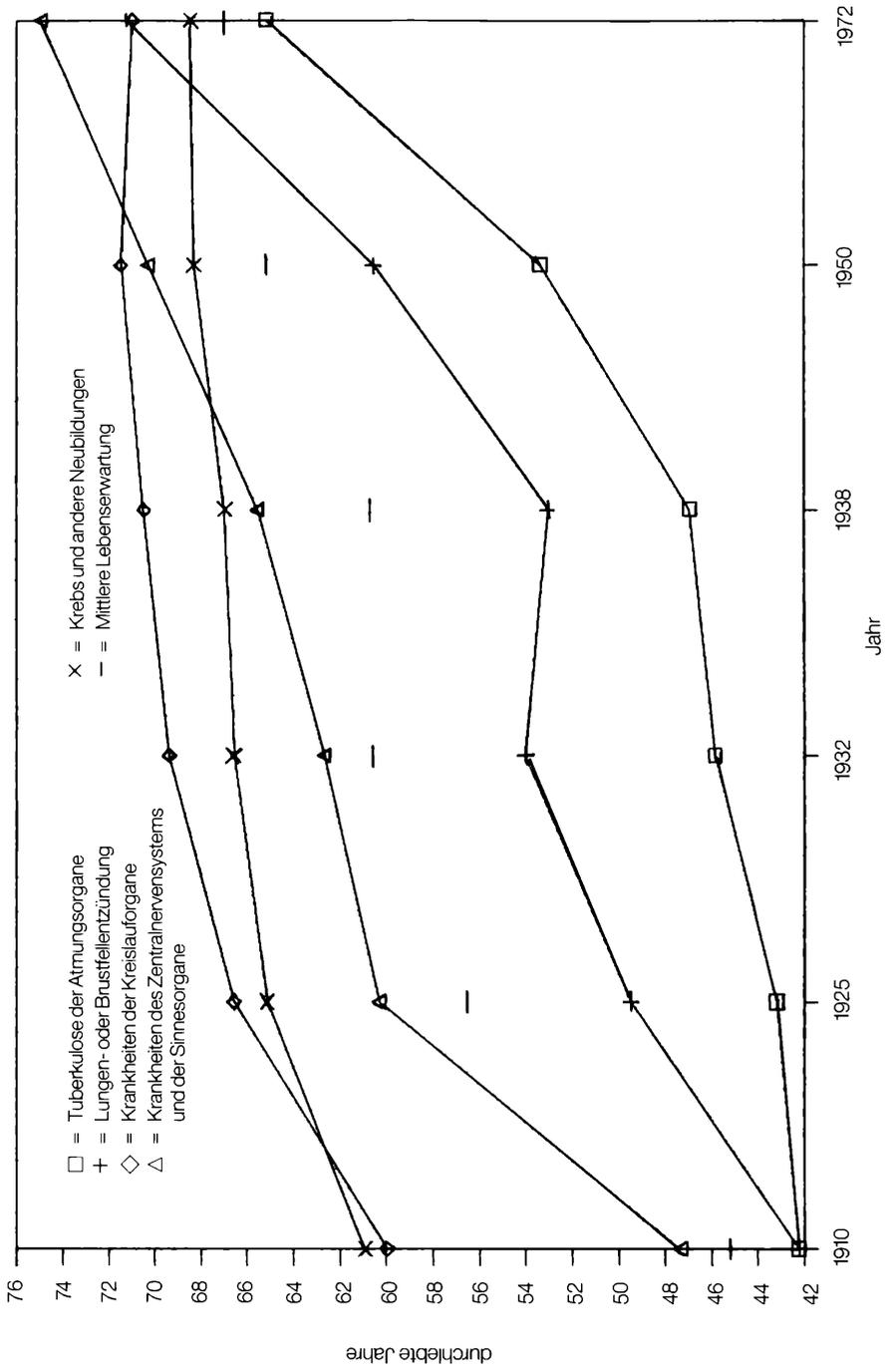


Schaubild 5
Mittleres Sterbealter von Männern nach ausgewählten Todesursachen



5 Zur Bedeutung der Historischen Statistik des Gesundheitswesens

Die Beispiele sollten zeigen, daß die Bedeutung der Historischen Statistik des Gesundheitswesens, wie ich sie bearbeite, von verschiedenen Seiten her zu belegen ist. Dabei gilt es zu bedenken, daß das Gesundheitswesen ein zentrales gesellschaftliches Teilsystem ist, dessen wirtschaftliche, soziale und politische Relevanz erst während der letzten Jahrzehnte, dafür nun aber um so nachdrücklicher bewußt geworden ist. Die älteren Daten aus dem 19. Jahrhundert dürften vor allem für Historiker wichtig sein, besonders für die Historische Demographie, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte und die Medizingeschichte. Die Daten aus dem 20. Jahrhundert stellen nicht nur einen Input für die eben genannten wissenschaftlichen Disziplinen dar. Hier kommen vermehrt auch die Politologen und Verwaltungswissenschaftler, die Gesundheitsökonomien und die Soziologen ins Spiel, soweit sie nämlich langfristigen sozialen Wandel in ihren Theorien oder empirischen Untersuchungen berücksichtigen. Und für die neueste Zeit liegen bereits Anfragen von Experten der Politikberatung vor, die die Daten für aktuelle Trendanalysen sowie für Planungszwecke benutzen möchten.

Historische Wahlstatistik 1849 bis 1987

Bemerkungen zu Quellenlage und Forschung

Bereits ganz am Anfang aller historischen Wahlstatistik, am Anfang der amtlichen Dokumentation von politischen Wahlen, stellte sich dem verantwortlichen Statistiker die Frage nach der Aufgabe, die ihre neue Arbeit wohl erfüllen sollte. Wegen des zu erwartenden erheblichen Arbeitsaufwandes schied eine rasche aktuelle Information der Öffentlichkeit von vornherein aus. Ein Mannheimer Statistiker formulierte es einmal so: „In der ganzen Statistik reiten die Toten schnell, in der Wahlstatistik reiten sie Galopp. Ein gieriges Verschlingen der nächtlichen Sonderblätter, ein schon sehr viel geruhsameres Durchlesen der Zeitungsnekrologe am anderen Mittag – und die leidenschaftliche Anteilnahme der Vortage der Wahl ist bei den meisten Wählern verraucht. Kommt dann endlich der Statistiker mit seiner in geduldigem Fleiß gebastelten Ware, so findet er den Markt leer . . . Die sozialstatistische Auswertung des gebotenen Stoffes bleibt zumeist dem Forschungstrieb des statistisch veranlagten Politikers oder aber umgekehrt des politisch interessierten Statistikers vorbehalten.“¹⁾

Für die Zeit bis 1918, teilweise auch noch später, gilt: Wenn von beiden Seiten, von politischer und von seiten der Direktoren Statistischer Ämter kein Interesse an der Auswertung von Wahlergebnissen vorhanden war, bleibt die jeweilige Wahlstatistik bei der schlichten Materialtabelle, kommt über den Rahmen einer „veredelten Geschäftsstatistik“²⁾ nicht hinaus. Dieses ist dann, wie es ein anderer Statistiker der Weimarer Zeit ausdrückte, die „tiefere Stufe“ der Wahlstatistik. „Die höhere Stufe der Wahlstatistik dringt wesentlich tiefer in die Materie ein. Sie forscht nach den örtlichen Unterschieden der Wahlberechtigung, sie gliedert die Wahlberechtigung nach Geschlecht, Alter, Beruf und manchmal auch nach weiteren Zugehörigkeitsmerkmalen, sie sucht unbekümmert um die Forderung des Wahlheimnisses der Wahlbeteiligung auf den Grund zu kommen, namentlich die Ursachen der Nichtbeteiligung zu ergründen, sie zerlegt die Wahlergebnisse nach Parteien unter Gewinnung von Einblicken in die örtlichen Unterschiede, sie ermittelt die Herkunft der Stimmen der Gewählten und Nichtgewählten nach örtlichen Unterschieden und nach Parteiquellen.“³⁾

Diese Wahlstatistik konnte jeweils nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Wahlrecht durchgeführt werden. Wie noch zu zeigen sein wird, war die amtliche Wahlstatistik häufig dann am differenziertesten, wenn es darum ging, neue Wahlgesetze zu entwerfen und die Wirkung des alten Wahlrechts mit Hilfe der Wahlstatistik in Erfahrung zu bringen.

Der folgende Abriß behandelt die amtliche Wahldokumentation in drei Epochen der neueren deutschen Geschichte, im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik

*) Dr. Merith Niehuss, Universität München.

¹⁾ Sigmund Schott (1919): Statistische Bemerkungen zum Ergebnis der Nationalwahlen in Mannheim. Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, 6. Sondernummer, S. 6.

²⁾ Ebenda.

³⁾ O. H. Jenny (1928): Die Statistik der politischen Wahlen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Band 17, S. 370–379, hier: S. 373, Jena.

Deutschland. Schwerpunkt der Darstellung bildet jedoch die Zeit des deutschen Kaiserreichs 1871–1914; für diesen Zeitraum werden ausgewählte Länderstatistiken vorgestellt.

Weit extremer als während der Weimarer Republik und der Bundesrepublik (mit Ausnahme der Anfangszeit) weichen im Kaiserreich die Länderwahlgesetze voneinander und von der Wahlgesetzgebung des Reiches ab, so daß demzufolge die amtlichen Wahldokumentationen nicht nur qualitativ wie quantitativ, sondern auch bezüglich der Aussagefähigkeit ihrer Daten in den Ländern erheblich differieren.

Wahlstatistik im Deutschen Kaiserreich

1 Die Reichstagswahlen 1871 bis 1912

Die amtliche Dokumentation parlamentarischer Wahlen und Abstimmungen in Deutschland war und ist im europäischen Vergleich von herausragender Qualität. Die Dokumentation der Wahlen zum deutschen Reichstag beginnt mit der ausführlichen, auch textlichen Bearbeitung der ersten und zweiten Reichstagswahlen 1871 und 1874 in der Reihe „Statistik des Deutschen Reichs“⁴⁾ und wird dort auch fortgeführt. Allerdings wechselt die tabellarische Form der Darbietung des Datenmaterials in nahezu jeder Veröffentlichung, so daß vielerlei Detailinformationen häufig nur für einige oder gar nur eine einzige Wahl zur Verfügung stehen. Dennoch ist das übergreifend dargestellte Material äußerst ergiebig. Durchgängig wird für alle 397 Wahlkreise (1871 noch 382 ohne Elsaß-Lothringen) sowie zusammenfassend für die Einzelstaaten, die preußischen Provinzen und die preußischen und bayerischen Regierungsbezirke die Zahl der Einwohner nach der jeweils letzten Volkszählung angegeben sowie der Prozentsatz der evangelischen und katholischen Bevölkerung, ferner die Zahl der Wahlberechtigten und der abgegebenen gültigen Stimmen nach Parteien. Ausgewiesen ist auch jeweils die Parteistellung der gewählten Abgeordneten (ihre absolute und relative Stimmzahl, ihr Name) sowie die Stimmabgabe bei Stichwahlen, Ersatz- und Nachwahlen. Ungenauigkeiten entstanden im wesentlichen nur bei den ersten zwei bis drei Reichstagswahlen: Nicht immer war die Parteistellung der Abgeordneten eindeutig auszumachen. Diese wurde „ . . . nach der Fraktion im Reichstage, welcher sie vor der Abstimmung über das Reichsmilitärgesetz angehörten (bezeichnet), wenn sie aber einer Fraktion nicht angehörten, nach ihrer an die Öffentlichkeit getretenen politischen Wirksamkeit . . .“, hieß es in der „ausführlichen Statistik der Wahlen für die erste und zweite Legislaturperiode.“⁵⁾ Nicht gewählte Kandidaten ließen sich, sofern sie nicht vorher bereits parlamentarisch tätig und dadurch identifizierbar waren, nur nach den „Angaben der Regierung“ einer Partei zuordnen.⁶⁾ Problematisch für die gesamte Zeitdauer des Kaiserreichs ist die Zuordnung von „Partikularisten“, was am Beispiel Elsaß-Lothringens besonders deutlich wird. Üblicherweise – auch die amtliche Statistik tut dies – ordnet man alle katholischen Abgeordneten im Reichsland der Gruppierung „Elsaß-Lothringer“ zu. Interne Differenzen treten dadurch nicht zutage – eine Par-

⁴⁾ Erste Reihe, Band 8,1 und Band 14,2. Vgl. zu genauen bibliographischen Angaben der amtlichen Veröffentlichungen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1941/42, S. ILf., sowie Niels Diederich u. a. (1976): Wahlstatistik in Deutschland. Bibliographie der Deutschen Wahlstatistik 1848–1975, München.

⁵⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Band 14, 3. Heft, 2. Abtlg., S. V. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 3. Jahrgang 1875, 3. Heft, 2. Abtlg.

⁶⁾ Ebenda.

teizuordnung aller Elsaß-Lothringer Abgeordneten muß unbefriedigend bleiben und kann nur anhand von Regionalstudien hinreichend genau beschrieben werden.⁷⁾

In den ersten beiden Wahlen ergaben sich auch noch ungeklärte Differenzen zwischen den Werten, die das Statistische Reichsamt aus den Wahlprotokollen ermittelte, und den Werten, die von den Landesregierungen ebenfalls den Wahlprotokollen entnommen wurden. In den Übersichtstabellen des Statistischen Amtes des Deutschen Reichs wurden deswegen beide Werte abgedruckt.⁸⁾ Neben diesen durchgängig für alle Wahlen vorhandenen Daten gibt es für einzelne Wahlen Auswertungen, die nicht wiederholt wurden. Zur Wahl 1874 wies die amtliche Statistik eine Differenzierung aller Wahlbezirke innerhalb der Wahlkreise nach der Zahl der Wahlberechtigten und der prozentualen Wahlbeteiligung aus.⁹⁾ Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich veröffentlichte bis 1891 zu jeder Wahl zusammenfassend Angaben über Größe und Konfession der Wahlkreise, wobei unterschieden wurde zwischen rein städtischen Wahlkreisen, Wahlkreisen mit großen Städten und Wahlkreisen ohne große Städte.¹⁰⁾ Für die letzten vier Wahlen des Kaiserreichs in den Jahren 1898, 1903, 1907 und 1912 wies die amtliche Statistik durchgehend die Wahlergebnisse nach Ortsgrößenklassen aus. Mit Ausnahme der Wahl von 1893 lassen sich auch so in gewissem Rahmen durchgängig Aussagen über die Verteilung der Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung für städtische und ländliche Wahlkreise machen, wenn auch erst seit 1898 über parteipolitische Präferenzen der wahlberechtigten Bevölkerung dieser Wahlkreise.¹¹⁾ Im Gegensatz zu den amtlichen Wahlstatistiken der Bundesstaaten, worauf weiter unten noch zurückzukommen sein wird, kommentiert das Statistische Reichsamt keine seiner Tabellen, mit Ausnahme seiner ersten Veröffentlichung zur Wahl von 1871/74. Doch wurden auch ohne Interpretationshilfen des Statistischen Amtes die Wahlergebnisse nach der amtlichen Wahlstatistik von Zeitgenossen kritisch ausgewertet. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs wurde zunehmend Kritik am Wahlgesetz laut, die sich auf die Auswertungen der amtlichen Veröffentlichungen berief.

Das Wahlrecht zum Reichstag¹²⁾ war ein absolutes und direktes Mehrheitswahlrecht, d. h. ein Abgeordneter war direkt gewählt, wenn in einem Wahlkreis mehr als 50% der Stimmen auf ihn entfielen. War das in einem Wahlkreis nicht der Fall, so fanden zwischen den beiden stärksten Kandidaten Stichwahlen statt. Die Stichwahlen waren für die Parteien von erheblicher Bedeutung, zumal sie gegen Ende des Kaiserreichs in nahezu jedem zweiten Wahlkreis stattfanden. Jetzt mußten diejenigen Parteien, die ihre Kandidaten nicht in die Stichwahl gebracht hatten, ihre Wählerschaft für diesen zweiten Wahlgang entweder zur

⁷⁾ Vgl. hierzu die 1986 erschienene Dissertation von Hermann Hiery (1986): Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reichs 1871–1918, Düsseldorf.

⁸⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Band 14, Tabelle I, S. V.2 ff.

⁹⁾ Ebenda, Tabelle VIII und IX.

¹⁰⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, z. B. 12. Jahrgang 1891, S. 134 f.

¹¹⁾ Vgl. zur Darstellung der amtlichen Wahldaten auch Ernst Bock (1919): Wahlstatistik – ein Beitrag zur politischen Statistik, Phil. Diss., Halle-Wittenberg.

¹²⁾ Ernst-Rudolf Huber (1963): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III: Bismarck und das Reich, Stuttgart; Ernst-Rudolf Huber (Hrsg., 1961/1964): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 1 und 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1918, Stuttgart; Julius Hatschek (1920): Kommentar zum Wahlgesetz und zur Wahlordnung im Deutschen Kaiserreich, Berlin. – Vgl. weiterhin für einen Überblick: Hans Fenske (1972): Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt a. M.

Wahlenthaltung aufrufen, oder dazu, ihre Stimme einem der Kandidaten der rivalisierenden Parteien zu geben. Diese Stichwahltaktik und auch die Fähigkeit, die eigene Wählerschaft zu diesem Wahlverhalten zu mobilisieren, entschied ganz wesentlich über die Stärke der parlamentarischen Vertretung einer Partei. Die Wahlkreiseinteilung, die nach der Volkszählung von 1864 etwa 100 000 Einwohner pro Wahlkreis vorsah, wurde bis 1912 nicht verändert und trug so der erheblichen Bevölkerungsbewegung vom Land in die Städte und Industriegebiete, von Ost nach West, nicht Rechnung. So wählten beispielsweise in einem Wahlkreis nahe Berlin 1912 fast 340 000 Wahlberechtigte einen Abgeordneten und in einem ländlichen Wahlkreis (Schaumburg-Lippe) lediglich 10 700. Von dieser starren Wahlkreiseinteilung profitierten vor allem die Parteien, die ihr Wählerpotential in ländlichen Gegenden hatten, also die preußische Konservative Partei und das Zentrum in den katholischen Landesteilen. Erheblich benachteiligt war die Sozialdemokratie, deren Wählerschaft sich vor allem in dicht besiedelten Gebieten, in Industriezentren und Großstädten befand. Bei der Reichstagswahl 1907 konnte sie beispielsweise knapp 30% der Stimmen verbuchen, erreichte aber nur knapp 11% der Mandate.

Die amtliche Wahlstatistik hatte sich besonders intensiv um eine ausführliche Wahlkreisstatistik bemüht. Insofern stellte die amtliche Dokumentation der Reichstagswahlen eine fundierte Grundlage vor allem für die Hauptkritik am Wahlgesetz dar, nämlich die nicht berücksichtigte Bevölkerungsverschiebung in den Wahlkreisen (vgl. Tabelle 1, S. 131).

Die Kritik an den starren Wahlkreisgrenzen kam nicht nur von sozialdemokratischer Seite¹⁴⁾, die ihre Wählerschaft vorwiegend in städtischen Bereichen und Industrieagglomerationen rekrutierte, sondern auch von seiten des liberalen Bürgertums, das die Benachteiligung der Stadt- gegenüber der Landbevölkerung beklagte. Stellvertretend für viele ähnlich lautende Schriften sei hier auf die Argumentation eines Vertreters des Deutschen Städtetages verwiesen¹⁵⁾: Er stellte fest, daß nicht nur die Extreme auseinanderklafften („Der größte Wahlkreis des Deutschen Reichs hat einundzwanzigmal mehr Einwohner, fünfundzwanzigmal mehr Wähler als der kleinste, beide aber haben einen Abgeordneten“), sondern auch die Durchschnittsangaben. „Man kann deshalb sagen, daß der deutsche Bauer im allgemeinen das drei- bis vierfache Wahlrecht hat gegenüber dem Berliner, Hamburger oder Münchener.“¹⁶⁾ Merkt errechnete ferner, daß auch die Steuerleistung städtischer Gebiete um ein Vielfaches höher lag als die ländlicher Gebiete. So bezahlte der größte Wahlkreis „Teltow“ im Jahr 1909 27 Millionen Mark Staatseinkommensteuer in Preußen und stellte einen Reichstagsabgeordneten, während die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen zusammen lediglich 10 Millionen Mark beisteuerten und 30 Abgeordnete nach Berlin schickten.¹⁷⁾ Veröffentlichungen zu den Folgen der starren Wahlkreiseinteilung zogen sich durch Kaiserreich,

¹⁴⁾ Vor allem in Artikeln der sozialdemokratischen Presse „Neue Zeit“ und „Vorwärts“. – Vgl. auch die Resolution zur Änderung der Wahlkreisgrenzen auf dem Erfurter Parteitag 1891. – Sehr ausführlich die amtliche Statistik auswertend: Theodor Wacker (1903): Entwicklung der Sozialdemokratie in den zehn ersten Reichstagswahlen 1871–1893. Aufgrund der amtlich geprüften Wahlziffern. Mit einem Nachtrag: Die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl 1903, Freiburg.

¹⁵⁾ Merkt (1911): Neueinteilung der Reichstagswahlkreise. Bericht erstattet dem III. Deutschen Städtetage zu Posen am 12. September 1911. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt München, Band XXIII, Heft 4.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 4.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 7 und Tabelle VIII, S. 73.

Tabelle 1: Struktur der Reichstagswahlkreise nach Größenklassen*)

Reichstagswahlkreise mit... Wahlberechtigten	1871 ¹⁾	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Durchschnitt der Wahlberechtigten	20 043	21 470	22 527	22 993	22 898	23 635	24 609	25 556	26 772	28 819	31 565	33 634	36 379
weniger als 16 000	45	44	38	35	37	36	30	27	24	20	16	18	14
16 001 – 24 000	293	257	215	204	221	210	181	176	165	144	112	89	83
24 001 – 32 000	43	87	128	138	117	118	144	142	142	144	149	152	139
32 001 – 40 000	1	8	12	15	17	23	29	34	37	47	59	67	70
40 001 – 60 000	–	1	4	5	5	7	9	12	20	29	39	46	59
60 001 – 90 000	–	–	–	–	–	3	4	5	7	8	14	14	18
90 001 – 120 000	–	–	–	–	–	–	–	1	1	3	5	6	3
120 001 – 150 000	–	–	–	–	–	–	–	–	1	2	1	3	6
150 001 – 200 000	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	1	3
mehr als 200 000	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	2

*) Die angegebenen Daten wurden errechnet aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 4. Jahrgang, 1883, S. 137, und 12. Jahrgang, 1891, S. 135; Ernst Bock: Wahlstatistik, a.a.O., S. 137 und 140. – Die Zahl der durchschnittlich Wahlberechtigten fehlt für 1893 und wurde errechnet aus: Vierteljahresshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 2. Jahrgang, 1893, Heft IV, S. 2.

1) Ohne Elsaß-Lothringen, daher insgesamt nur 382 statt 397 Wahlkreise ab 1874.

Quelle: Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niehuss, München 1980, S. 98

Weimarer Republik und Bundesrepublik.¹⁸⁾ Jüngst wurde auch versucht, die fiktive Zahl der unter unterschiedlichen Wahlgesetzen gewählten Abgeordneten mit den in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Daten zu errechnen.¹⁹⁾ Solche Art Rechnungen täuschen allerdings darüber hinweg, daß Wähler bzw. Wahlberechtigte sich unter verschiedenen Wahlgesetzen verschieden verhalten. Berechnungen dieser Art haben somit eher nur illustrierenden Charakter.

Aus der amtlichen Statistik lassen sich vor allem die parteipolitischen Aspekte des Wahlablaufs sehr genau rekonstruieren. Eine Vielzahl von zeitgenössischen und historischen Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit dem Parteiensystem des Kaiserreichs, das sich durch das absolute Mehrheitswahlsystem entscheidend geformt hat. Vor allem die Regelungen der erforderlichen Stichwahlen und die sich entwickelnde Stichwahltaktik der Parteien sind aus den amtlichen Dokumentationen erarbeitet worden, entweder für bestimmte Parteien²⁰⁾ oder für einzelne Wahlen.²¹⁾ Die meisten dieser Forschungen basieren auf den Untersuchungseinheiten der 397 Wahlkreise. Diese Gesamtbetrachtungsweise hat der Forschung wichtige Erkenntnisse nicht nur über einen politischen Gesinnungswandel der wahlberechtigten Bevölkerung vermittelt, wie auch über die „Partei der Nichtwähler“²²⁾, sondern auch über unmittelbar parteipolitische Belange wie den zunehmenden Konkurrenzkampf um den einzelnen Wahlkreis zwischen den Parteien, was sich anhand einer Analyse der Kandidatenaufstellung erarbeiten ließ.²³⁾ Trotz dieser zunehmenden Konkurrenz um jeden Wahl-

¹⁸⁾ U. a. Rudolf Smend (1955): Maßstäbe des parlamentarischen Wahlrechts in der deutschen Staatstheorie des 19. Jahrhunderts. In: Rudolf Smend (Hrsg.): Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze, S. 19–38, Berlin; Fritz Stier-Somlo (1918): Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt, Berlin; Michael Deutsch (1908): Weshalb bedarf es einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise? Bonn; Leo von Savigny (1907): Das parlamentarische Wahlrecht im Reich und in Preußen und seine Reform, Berlin; August Kolb (1911): Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise nach einem neuen Vorschlag, Würzburg; Herbert Brauner (1970): Wahlkreiseinteilung und Wahlrechtsgleichheit. Eine Untersuchung des gesamtstaatlichen Parlamentswahlrechts in Deutschland vom Norddeutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Jur. Diss., Heidelberg.

¹⁹⁾ Stanley Suval (1985): Electoral Politics in Wilhelmine Germany. Tabelle S. 231, Chapel Hill/London.

²⁰⁾ Aus der Vielzahl von Veröffentlichungen zur Parteiengeschichte seien hier nur einige wenige Arbeiten erwähnt, die sich besonders mit der Auswertung der amtlichen Wahlstatistik befassen: Walter Gagel (1958): Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1918, Düsseldorf; Wilfried Loth (1984): Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des Wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf; Johannes Schauff (1975): Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mainz; Adolf Neumann-Hofer (1903): Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage 1871–1903, 3. Aufl., Berlin; Erich Matthias, Eberhard Pikart (Bearb., 1966): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, 2 Teile, Düsseldorf.

²¹⁾ Jürgen Bertram (1964): Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf; Wolfgang Wölk (1978): Sozialstruktur, Parteienkorrelation und Wahlentscheidungen im Kaiserreich am Beispiel der Reichstagswahl von 1907. In: Otto Büsch, Monika Wölk, Wolfgang Wölk (Hrsg.): Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, S. 505–548, Berlin.

²²⁾ So der Titel der ersten Abhandlung, die sich mit dieser wichtigen Wahlberechtigtenengruppe befaßt. Eugen Würzburger (1967): Die „Partei der Nichtwähler“. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 33, S. 381–389. – Vgl. auch die methodisch sehr gelungene Arbeit von Ralf-Rainer Lavies (1973): Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf.

²³⁾ Gerhard A. Ritter (1985): Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, S. 75, Göttingen. – Vgl. diesen Band generell zu den vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten der amtlichen Wahlstatistik.

kreis fanden im Zeitraum des Kaiserreichs in 102 von 397 Wahlkreisen niemals Stichwahlen statt.²⁴⁾

Während sich so eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung und eine zunehmende parteipolitische Verfestigung der Blöcke unmittelbar anhand der amtlichen Statistik herausarbeiten läßt, zeigt sich die Beantwortung der Frage nach der Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien als weit schwieriger zu bearbeiten. Der statistischen Analyse am ehesten zugänglich ist das Wahlverhalten der katholischen Bevölkerung, da die Daten, die für jeden Wahlkreis veröffentlicht wurden, eine prozentuale Angabe über die Angehörigkeit der Wahlkreisbevölkerung zu einer der beiden großen Glaubensgemeinschaften erfaßten.²⁵⁾ Johannes Schauff wertete als einer der ersten ausgiebig dieses Material aus und versuchte auch, anhand dieser Daten und der im Längsschnitt betrachteten Wahlergebnisse, die zukünftig mögliche Bindung katholischer Wähler an die katholische Partei, das Zentrum, herauszuarbeiten. Als sehr viel weniger aussagekräftig erwies sich die alleinige Auswertung der Wahlstatistik zur Ermittlung der konfessionellen Zusammensetzung anderer Parteien.

Seit Rudolf Heberles bahnbrechender, spät veröffentlichter Studie über die Wahlgeschichte Schleswig-Holsteins²⁶⁾ hat die „Wahlökologie“, die Betrachtung der ökonomischen und ökologischen Struktur des Wahlgebiets in Verbindung mit den Wahlergebnissen, stetigen Aufschwung genommen. Das größte Hindernis für Aggregatdatenstudien dieser Art bleibt jedoch die Unvereinbarkeit zwischen Wahlkreisgrenzen und Verwaltungsbezirksgrenzen im Kaiserreich.

Der kleinste gemeinsame Nenner auf amtlicher Basis sind die Länderterritorien bzw. für Preußen und Bayern die Regierungsbezirke, für die aggregiert sowohl die Wahlergebnisse vorliegen wie auch die Ergebnisse anderer zeitgenössischer Erhebungen, vor allem der Volks- und Berufszählungen, Erhebungen über Schulbildung, Muttersprache, Wohnungen, Steuern und vieles mehr. Diese Grundeinheiten sind für quantitative Aggregatdatenanalysen zu groß, die Bevölkerungsstruktur ist zu stark diversifiziert, Gegensätze können sich aufheben, Randgruppen gehen in Durchschnittsangaben unter. Die Wahlkreise, eine immerhin noch diskutierbare Größenordnung für Aggregatdatenanalysen, decken sich nur in wenigen Fällen mit Bezirken der unteren Verwaltungseinheiten, wie z.B. im Bereich des heutigen Niedersachsens, wofür das Datenmaterial dann auch ausgewertet wurde.²⁷⁾

²⁴⁾ Z.B. Martin Schumacher (1982): Agrarische Wahlbewerbungen zum Reichstag 1912–1920/22. Ergebnisse einer Auszählung. In: Peter Steinbach (Hrsg.): Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß. S. 353–375, Stuttgart; Alfred Milatz (1973): Reichstagswahlen und Mandatsverteilung 1871–1918. Ein Beitrag zum Problem des absoluten Mehrheitswahlrechts. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, S. 207–223, hier: S. 213, Düsseldorf.

²⁵⁾ Johannes Schauff, a. a. O.; vgl. weiter z. B. Alois Klöcker (1913): Konfession und sozialdemokratische Wählerschaft. Statistische Untersuchung der allgemeinen Reichstagswahl des Jahres 1907, Phil. Diss., Mönchengladbach.

²⁶⁾ Rudolf Heberle (1963): Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932. Stuttgart. (In englischer Fassung unter dem Titel: „From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany, Baton Rouge 1945“, im Exil publiziert.)

²⁷⁾ Günter Franz (1951): Die Entwicklung der politischen Parteien in Niedersachsen im Spiegel der Wahlen 1867–1949. Bremen. – Vgl. eine Aggregatdatenanalyse am Beispiel Bayerns bei Merith Niehuss: Schichtungsanalyse der SPD-Wähler in Bayern 1890–1900. In: Peter Steinbach (Hrsg.): Probleme politischer Partizipation, a. a. O., S. 216–230; Wolfgang Schulte (1970): Struktur und Entwicklung des Parteiensystems im Königreich Württemberg. Versuche zu einer quantitativen Analyse der Wahlergebnisse, Soz. Diss., Mannheim.

Diese „Unzulänglichkeiten“ der amtlichen Statistik führten im wesentlichen zu zwei Lösungsversuchen:

Zum einen versuchten regionale Partei- und Wahlstudien mit Hilfe archivalischer Materialien die Wahlergebnisse auf einer niedrigeren Aggregatebene für eng umgrenzte Regionen, in der Regel Gemeinden²⁸⁾, zu rekonstruieren (vor allem Schüler von Max Braubach). Doch versperrten die Ergebnisse einer Wahlanalyse in kleinen Gemeinden noch häufig den Zugriff auf globales Wählerverhalten. Regionale Partei- und Wahlstudien der jüngeren Zeit haben aus diesen ersten Gehversuchen der neueren historischen Wahlforschung gelernt und die Parlamentarismusforschung mit Studien vor allem über süddeutsche Staaten²⁹⁾, aber auch über andere Regionen des Reiches³⁰⁾ ein gutes Stück weitergebracht mit einer gelungenen Analyse amtlicher Wahldaten und lokaler und regionaler archivalischer Quellen.

Die zweite Möglichkeit, die Daten der Reichstagswahlen und der Volks- und Berufszählung auf dieselbe aggregierte Ebene zu transformieren, sehen verschiedene Forschergruppen darin, verstreutes Material, auch nichtamtlicher Herkunft, auf der Ebene der Urwahlbezirke oder Gemeinden möglichst flächendeckend zusammenzutragen und so mit kleineren Gebietseinheiten aus den Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 neue Einheiten zu bilden.³¹⁾ Die Bearbeiter dieser Projekte stützen sich dabei auf die Erfolge, die diese Vorgehensweise, wie weiter unten noch darzustellen sein wird, für die Wahlforschung der Weimarer Wahlen und die der Bundesrepublik zeitig hat. Eine hinreichend detaillierte Datenbasis wird allerdings erst in mittlerer bis fernerer Zukunft der Forschung zur Verfügung stehen.

²⁸⁾ Vgl. hierzu u. a. die Studien der Schüler Max Braubachs über einzelne Gemeinden des Rheinlandes. Eine zusammenfassende Würdigung der Arbeiten findet sich in: Klaus Müller: Das Rheinland als Gegenstand der historischen Wahlsoziologie. Neu abgedruckt in: Otto Büsch u. a. (Hrsg.): Wählerbewegung in der deutschen Geschichte, a. a. O., S. 393–408.

²⁹⁾ Klaus Simon (1969): Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart; Dietrich Thänhardt (1973): Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zur Entstehung und Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf; Jörg Schadt (1971): Die sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900), Hannover; Jürgen Thiel (1976): Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905–1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland, Stuttgart; Rolf Weidner (1984): Wahlen und soziale Strukturen in Ludwigshafen am Rhein 1871–1914. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahlen, Ludwigshafen; David Blackbourne (1980): Class, religion and local politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914, Wiesbaden.

³⁰⁾ Vgl. besonders die Arbeiten von Karl Rohe (Hrsg., 1986) über das Ruhrgebiet: Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, politische Kultur, Essen; Peter Steinbach (1989): Die Politisierung der Region. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881, 2 Bände, Passau.

³¹⁾ Es handelt sich um Projekte, die Peter Steinbach in Passau und ein Forscherkreis um Otto Büsch an der Historischen Kommission zu Berlin – unabhängig voneinander – durchführen. Vgl. Peter Steinbach (1989): Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten. In: Heinrich Best (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, S. 19–33, St. Katharinen, sowie dazu: Stefan Immerfall: Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: Einige quantitative Befunde, S. 34–59. – Das Projekt um Otto Büsch ist bereits mit Ergebnissen der Datenzusammenstellung an die Öffentlichkeit getreten: Horst Nöcker (Bearb., 1987): Wählerentscheidung unter demokratischem und Klassenwahlrecht. Eine vergleichende Statistik der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse in Preußen 1903 nebst Angaben zur Wirtschafts- und Sozialstruktur nach Vergleichsgebieten, Berlin; Horst Nöcker (1987): Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924. Analysen – Interpretation – Dokumentation. Ein historisch-statistischer Beitrag zum Kontinuitätsproblem eines epocheübergreifenden Wählerverhaltens. Mit einer Einführung von Otto Büsch, Berlin. – Desgleichen konnte Jürgen Falter seinen Datensatz für die Weimarer Wahlen um Zahlenangaben aus dem späteren Kaiserreich erweitern.

Gerade für die Zeit des Kaiserreichs wird die alleinige quantitative Vorgehensweise auch nicht die Erkenntnisse bringen können, die sich für die Auswertung des Weimarer Datenmaterials oder das der Bundesrepublik andeuten. Dies liegt vor allem am absoluten Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs, das durch das systembedingte „Verschenken“ aller Stimmen für unterlegene Kandidaten und durch das Instrument der Stichwahlen ein grundsätzlich anderes Wahlverhalten in der Bevölkerung bedingt als das Verhältniswahlrecht. Die Wahlergebnisse bieten daher nur bedingt ein Abbild der politischen Einstellung der Bevölkerung. Zu sehr muß bei einer Analyse der Kaiserreichswahlen auf regionale Besonderheiten Rücksicht genommen werden. Viel eher als die den ganzen Staat umfassenden Untersuchungen scheinen regionale Analysen auch für die Zukunft den meisten Aufschluß über das politische Verhalten der Bevölkerung zu erbringen. Hier eröffnet sich der Wahlforschung noch ein weites Gebiet, zumal, wenn man die Analyse von Landtagswahlen und Kommunalwahlen, die z.T. von amtlicher Seite hervorragend bearbeitet sind, mit hinzuzieht.

1.1 Wahlstatistik in den Ländern

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen wurden von der Landesstatistik verschiedener deutscher Staaten in eigenen Veröffentlichungen aufgearbeitet: in Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen.³²⁾ Vor allem für Bayern und Württemberg waren die Tabellen von ausführlichen Texten umrahmt, die sich vor allem dann auch kritisch mit dem jeweiligen Länderwahlrecht auseinandersetzten, wenn Landtagswahlen und Reichstagswahlen zeitlich nahe beieinander lagen. Die Dokumentation der Landtagswahlen wurde ebenfalls in den Ländern recht unterschiedlich gehandhabt. Das Spektrum reicht von der völligen oder fast völligen Ignoranz der Landtagswahlen bis zur über 800 Seiten umfassenden Dokumentation der sächsischen Landtagswahl von 1909. Kaum ein Land jedoch besitzt eine komplette und qualitativ gleichbleibend gute Wahlstatistik. Die beiden Kleinstaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz verfügten als einzige nicht über eine gewählte Volkskammer, so daß auch keine Landtagswahlen dort stattfanden. Für die übrigen Mittel- und Kleinstaaten fehlt nahezu jedes amtliche veröffentlichte Material zu Landtagswahlen. Eine Landtagswahlstatistik weisen lediglich die vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen auf sowie die Großherzogtümer Baden und Hessen und die drei freien Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen.³³⁾ Während die Wahlstatistiken von Hamburg und Baden sich für einige Wahlen dadurch auszeichnen, daß sie bis auf kleinste Stimmbezirke hinuntergehen³⁴⁾, die Statistiken für Württemberg und Hamburg für einzelne Wahlen Vergleiche zwischen Reichstags- und Landtagswahlen durchführen³⁵⁾, fallen durch herausragende statistische Bearbeitung lediglich die drei großen Länder Preußen, Bayern und Sachsen auf, auf die allein im folgenden näher eingegangen wird.

1.1.1 Preußen

Das Preußische Statistische Amt veröffentlichte Wahlergebnisse bereits seit 1849 in der Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus. Die Dokumentation beschränkte

³²⁾ Philipp Arnold (1911): Wahlstatistik. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Festschrift für Georg von Mayr, hrsg. von F. Zahn, Band 1, S. 738–758, hier S. 744, München/Berlin.

³³⁾ Bock, a. a. O., S. 37.

³⁴⁾ Ebenda, S. 69 und 74.

³⁵⁾ Ebenda, S. 61 und 74.

sich allerdings auf die Zahl der Urwähler in den drei Abteilungen, die nach dem Dreiklassenwahlrecht gebildet wurden, und auf die steuerliche Leistung im Durchschnitt der Regierungsbezirke. Dies gilt für alle Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus bis 1866.³⁶⁾ Für die folgenden Wahlen bis 1873 wurde das Urwählermaterial weiterhin vom Statistischen Amt gesammelt und wohl auch zum Teil bearbeitet, jedoch unterblieben Veröffentlichungen. Über den Zeitraum zwischen 1873 und 1888 finden sich dann gar keine Aufzeichnungen mehr.³⁷⁾ So fehlen auch noch für die ersten beiden Jahrzehnte des Deutschen Kaiserreichs Angaben zur Stimmabgabe der Urwähler nach Parteien.

Allerdings sind die Wahlveröffentlichungen der frühen Zeit von erstaunlich packendem Zugriff und ausgeprägter Kritikfähigkeit. Deutlich tritt in amtlichen Veröffentlichungen die oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung zutage, die in der frühen Phase und noch während des Verfassungskonfliktes auch das Abgeordnetenhaus prägte. In seiner über 80seitigen Veröffentlichung der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1862 und 1863 machte der Direktor des Statistischen Amtes, Ernst Engel, auf die Lücken der amtlichen Wahlstatistik aufmerksam.³⁸⁾ Nicht nur wies er auf die Probleme der Feststellung der Parteizugehörigkeit von Wahlmännern und auch Abgeordneten hin, die es gelte in Zukunft eindeutig festzustellen; auch Ungenauigkeiten bei der Wiedergabe der Steuerbeträge zeigte er auf und plädierte vor allem für einen weiteren Ausbau der Wahlstatistik und auch der Wahlprotokolle, die den amtlichen Erhebungen zugrunde lagen.³⁹⁾ Die ausführliche Darstellung der Steuerleistung der Urwähler druckte er ab, „ . . . damit aber auch erkannt werden könne, welche Ungleichheiten zwischen der Wahlberechtigung und der Steuerleistung in den einzelnen Kreisen des Landes bestehen.“⁴⁰⁾ Was dem Statistiker Ernst Engel an Material noch nicht zugänglich war, veröffentlichte 1954 ein amerikanischer Forscher. In der sicheren Annahme, daß bei Bombenangriffen auf Berlin im Zweiten Weltkrieg die Bestände des Preußischen Hauptstaatsarchives verlorengegangen seien, edierte er die von ihm vor dem Krieg gesammelten Archivalien zu den preußischen Landtagswahlen 1862 und 1863, wobei er für 1862 die politische Ausrichtung der Wahlmänner sowie für 1863 auch die der Urwähler auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte angeben konnte.⁴¹⁾

Das preußische Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus⁴²⁾ hatte mit dem Reichstagswahlrecht nahezu nichts mehr gemein. Es war weder gleich noch direkt noch geheim. Alle Wahlbe-

³⁶⁾ G. Evert (1895): Die Staats- und Gemeindevahlen in Preußen. In: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 17, S. 1, Berlin. – Vgl. große Teile dieser Einleitung auch wörtlich in Philipp Arnold, a. a. O., S. 746.

³⁷⁾ Bock, a. a. O., S. 38; vgl. auch Evert, a. a. O., S. 1.

³⁸⁾ Vgl. zum folgenden Ernst Engel (1865): Die Ergebnisse der Urwahlen für das Preußische Abgeordnetenhaus vom 28. April 1862 und vom 20. Oktober 1863. In: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 5. Jahrgang, Heft 3, S. 1–86.

³⁹⁾ „Freilich läßt sich nicht leugnen, daß das statistische Material zur Zeit hierfür noch außerordentlich dürftig ist; aus den Wahlprotokollen ließe sich höchstens feststellen, wieviel Wahlmänner zur Wahl erschienen sind, ob die Abstimmungen sofort absolute Mehrheiten ergaben oder wie oft zur engeren Wahl geschritten werden mußte.“ Ebenda, S. 1.

⁴⁰⁾ Ebenda.

⁴¹⁾ Eugene M. Anderson (1954): The Prussian Election Statistics 1862 and 1863, Lincoln, Nebraska.

⁴²⁾ Vgl. den Wortlaut des Wahlrechts bei Ernst Rudolf Huber (Hrsg., 1961): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 1, S. 398 ff., Stuttgart, sowie eine Darstellung des Wahlrechts bei Nils-Uwe Tödter (1967): Die deutschen parlamentarischen Klassenwahlrechte im 19. und 20. Jahrhundert, Jur. Diss., Hamburg. – Vgl. als kritische Würdigung ferner Gerhard A. Ritter, M. Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 133–137.

rechtigten⁴³⁾ wurden in drei Klassen (Abteilungen) eingeteilt, je nach der von ihnen entrichteten direkten Staatssteuer. Diese Drittelung wurde jeweils gemeindeweise⁴⁴⁾ vorgenommen, d. h. für jede Gemeinde wurde der von ihren Bürgern entrichtete Steuerbetrag ermittelt und durch drei geteilt. Die drei Abteilungen oder Klassen hatten gleiches Stimmgewicht. Im Extremfall konnte das dazu führen, daß ein einziger Wahlberechtigter die erste Klasse bildete, da er allein ein Drittel der Gesamtsteuersumme der Gemeinde entrichtete und damit das gleiche Stimmengewicht hatte wie mehrere tausend Wahlberechtigte der dritten Klasse. Von 1849 bis 1913 bildeten in Preußen im Durchschnitt 3–5% der Wahlberechtigten die erste Klasse, 11–15% die zweite Klasse und 80–85% die dritte Klasse.⁴⁵⁾ Wähler der ersten Klasse konnten so im Durchschnitt des Landes bis zum 26fachen des Stimmgewichts eines Wählers der dritten Klasse haben. In einzelnen Gemeinden waren die Relationen noch sehr viel verzerrter. Aufgrund der parteipolitischen Interessendivergenz zwischen Wählern der ersten und zweiten Klasse und dem Großteil der schlecht verdienenden Wähler der dritten Klasse waren so die Mehrheiten bei der Wahl der Wahlmänner schon gewichtig gegen die dritte Wählerklasse gerichtet. Das Wahlrecht konnte nicht geheim ausgeübt werden. Urwähler wie auch bei der darauffolgenden Wahl die Wahlmänner gaben während der den ganzen Tag in Anspruch nehmenden Wahlhandlung öffentlich ihre Stimme zu Protokoll. Direkter und indirekter Wahlbeeinflussung waren damit Tür und Tor geöffnet.

Die preußische Wahlstatistik legte, entsprechend den Besonderheiten dieses Wahlrechts, großen Wert auf die Darlegung der steuerlichen Verhältnisse der Urwähler in den drei Abteilungen und auf eine räumlich weit hinunterreichende Ebene der Aggregation. Bereits vor der Einführung des Dreiklassenwahlrechts hatte der Direktor des Preußischen Statistischen Bureaus, Karl Friedrich Wilhelm Dieterici, eine Voruntersuchung zu den Auswirkungen des Wahlrechts, eine Analyse der sozialen Schichtung der preußischen Bevölkerung, vorgelegt.⁴⁶⁾ Die Miquelsche Steuerreform mußte sich zwangsläufig erheblich auf die Zahl und Verteilung der Urwähler auf die drei Abteilungen auswirken. Die amtliche Wahldokumentation von 1893, die die nachträglich aus den Wahlprotokollen erarbeiteten Wahldaten von 1888 heranzog, fiel deshalb erstmals nach langer Pause amtlicher Veröffentlichungen wieder detailliert aus, um die Auswirkungen dieser Steuerreform auf die Wahlen darzustellen. Die Qualität der statistischen Wahldokumentationen nahm nach der Jahrhundertwende in Preußen noch erheblich zu. Hervorzuheben ist hierbei noch die Veröffentlichung zur Wahl von 1908⁴⁷⁾, die bis auf die unteren Verwaltungsbezirke (Kreise) hinuntergeht.

Die Folgen des Wahlrechts wurden bereits von Zeitgenossen anhand der ausführlichen Wahlstatistik herausgearbeitet und die erheblichen Ungleichheiten heftig kritisiert. Viel zitiert war die nach der Jahrhundertwende erschienene Veröffentlichung von R. Siegfried⁴⁸⁾, der die

⁴³⁾ Die Wahlberechtigung entsprach mit gewissen Einschränkungen der zu den Reichstagswahlen und umfaßte große Teile aller männlichen preußischen Staatsbürger ab 24 Jahren, damit etwa 20% der Bevölkerung, immerhin rund ein Achtel weniger als bei den Reichstagswahlen.

⁴⁴⁾ Falls die Gemeinde einen einzigen Urwahlbezirk bildete. Wenn andere kleine Gemeinden zu einem Urwahlbezirk zusammengefaßt wurden, bildete der Urwahlbezirk die Grundeinheit.

⁴⁵⁾ Vgl. die Zahlenangaben bei Ritter/Niehuss, a. a. O., S. 142.

⁴⁶⁾ Vgl. die Darstellung bei Günther Grünthal (1978): Das preußische Dreiklassenwahlrecht. Ein Beitrag zur Genesis und Funktion des Wahlrechtsoktroys vom Mai 1949. In: Historische Zeitschrift, Band 226, S. 17–66.

⁴⁷⁾ Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 30, 1909.

⁴⁸⁾ R. Siegfried (1908): Die schwere Benachteiligung der volkreichsten Landesteile Preußens bei den Landtagswahlen, Berlin.

erhebliche Bevölkerungsverschiebung, die sich in den preußischen Gemeinden im Verlauf der Zeit seit 1849 ergeben hatte, darstellte und die damit zusammenhängende wahlrechtliche Bevorzugung der ländlichen Gebiete Preußens anprangerte. Bei insgesamt äußerst niedriger Wahlbeteiligung, die in den 1890er Jahren auf unter 20 % gefallen war, zeigten sich die Folgen des Wahlrechts durch die sich gegenseitig in der Wirkung bestärkenden einzelnen Komponenten des Wahlrechts besonders in der Bevorzugung der Konservativen und der erheblichen Benachteiligung der Sozialdemokratie.

In Schaubild 1 (siehe S. 139) werden zum Vergleich die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 herangezogen. Die Sozialdemokratie, die sich aus Protest gegen das Wahlrecht erst seit 1903 wieder an den preußischen Wahlen beteiligte, stellte in den Jahren 1907/08 zwanzig von 236 (8,5%) preußischen Reichstagsabgeordneten, aber nur sieben von 443 (1,6%) preußischen Landtagsabgeordneten. Bei der Reichstagswahl in Preußen erreichte sie dabei 26% der Stimmen, bei der Landtagswahl 24% (in der dritten Klasse 28%).⁵⁰⁾

Die neuere Forschung hat von den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus wenig Notiz genommen. Zwar wurde der preußische Parlamentarismus vor allem in seiner früheren Phase⁵¹⁾ intensiver untersucht und im Zusammenhang mit der Bismarckschen Reichspolitik auch für die Zeit des Kaiserreichs mitbearbeitet, ebenso wie die Wahlrechtsdiskussion 1848/49 und während des Ersten Weltkrieges in der Forschung Beachtung fanden⁵²⁾, doch Wahlanalysen im strengeren Sinn einer bewußten Auswertung vorhandenen Datenmaterials finden sich kaum. Überblicksdarstellungen zu Wahlen und Parteien sind nahezu ausschließlich die bereits zitierten Arbeiten von Gerhard A. Ritter. Um so erfreulicher erscheinen zur Zeit die Neuanfänge der Forschung. Ein Tübinger Projekt⁵³⁾ unter der Leitung von Bernhard Mann trägt die in der amtlichen Statistik nicht aufgeführten Daten aus archivalischen Quellen zusammen und versucht, die Wahlergebnisse zu den Landtagswahlen in Preußen zwischen 1867 und 1918 möglichst vollständig und detailliert, d. h. auf der Ebene der Stadt- und Landkreise zu dokumentieren. Im Rahmen dieses Projekts zeigte es sich zwar, daß die Urwählerstimmabgabe nicht mehr lückenlos rekonstruierbar ist, aber doch die Hoffnung besteht, die Wahlmännerwahlen auf der unteren lokalen Ebene vollständig herauszuarbeiten. Gleichzeitig sollen qualitative, vor allem parteipolitische Informationen auf dieser Ebene erfaßt werden, um die Partei- und Wahlpolitik für Preußen zu analysieren. Neben einer vielversprechenden Dissertation über die Wahlpraxis in Preußen wird in dem Projekt angestrebt, vor allem über regionale Studien weiteren Aufschluß über das Thema „Wahlen in Preußen“ zu erhalten.

Die Frage der sozialen Zusammensetzung der Urwähler, eine Verbindung der Wahlbezirksdaten mit Aggregatdaten aus den Volks- und Berufszählungen für die preußischen Landtagswahlen steht noch zur Beantwortung aus. Aus der Berliner Forschergruppe um Otto

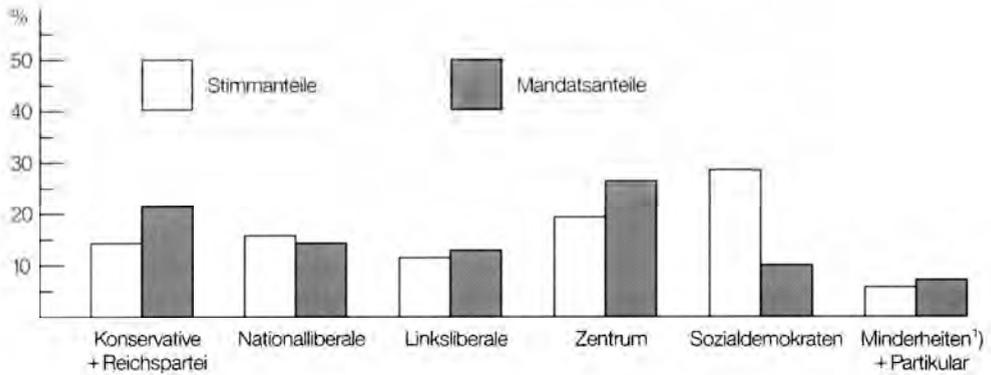
⁵⁰⁾ Vgl. die Zahlenangaben bei Ritter/Niehuss, a. a. O., S. 83, 140 und 146.

⁵¹⁾ Vgl. die Bände aus der Reihe des Handbuchs der Geschichte des deutschen Parlamentarismus von Günther Grünthal (1982): Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58, Düsseldorf, sowie Herbert Obenaus (1984): Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf und Karl Erich Pollmann (1985): Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf.

⁵²⁾ Reinhard Patemann (1964): Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf.

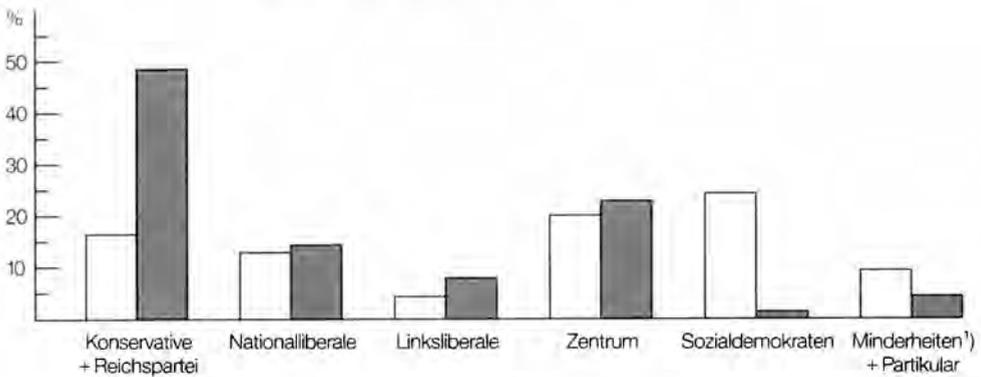
⁵³⁾ Vgl. den Beitrag von Bernhard Mann (1990): Die SPD und die preußischen Landtagswahlen 1893–1913. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, München.

Schaubild 1
 Stimm- und Mandatsanteile der wichtigsten Parteien
 bei verschiedenen Wahlsystemen
 Reichstagswahlen 1907 (direktes Mehrheitswahlrecht)



¹) Polen, Weifen, Dänen, Elsaß-Lothringer.

Landtagswahl Preußen 1908 (Dreiklassenwahlrecht)



¹) Polen, Dänen, Litauer, Weifen.

Quelle: Ritter: Die deutschen Parteien, S. 37 und 38

Büsch entstand die erwähnte Arbeit von Horst Nöcker⁵⁴⁾ als Datenbasis für die Reichstags- und Landtagswahlen in Preußen 1903 nach „Vergleichsgebieten“. Allerdings fehlt noch eine historische Aufarbeitung der Daten, obwohl gleichzeitig bereits Wirtschafts- und Sozialdaten angeboten werden. Doch aufgrund des vorliegenden Datenmaterials allein scheint mir eine Aufarbeitung dieses Materials nicht möglich. Das preußische Wahlgesetz verzerrte die Wiedergabe der politischen Einstellung der Bevölkerung so sehr durch die Klasseneinteilung, die Wahlkreiseinteilung, die indirekte Wahl und vor allem durch die deutliche schichtspezifisch geringe Wahlbeteiligung, daß eine alleinige quantitative Analyse ins Leere stieß. Notwendig sind hier, analog der Forschung Bernhard Manns, regionale Studien, für die alle verfügbaren qualitativen und letztendlich auch die quantitativen Daten zu interpretieren wären.

1.1.2 Bayern

Die amtliche Dokumentation der Landtagswahlen in Bayern beginnt mit einer bemerkenswert ausführlichen Veröffentlichung der Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Bureaus im Jahr 1869, verfaßt von dem Direktor dieses Statistischen Bureaus, Georg von Mayr.⁵⁵⁾ Für die Landtagswahlen zwischen 1848 und 1869 existieren keine amtlichen Aufzeichnungen mehr⁵⁶⁾, für die Zeit nach 1869 berichtete das Bayerische Statistische Landesamt regelmäßig über die Wahlen. Bis heute gehören die selbständigen Veröffentlichungen dieses Statistischen Amtes zu den ausführlichsten Wahlveröffentlichungen innerhalb Deutschlands. Die einzige Ausnahme für den Zeitraum des Kaiserreichs ist die Dokumentation der Landtagswahl 1875, die unterblieb und für die nur „Zusammenstellungen gemacht (wurden), die für die Zwecke der Verwaltung vonnöten“ waren⁵⁷⁾; angeblich waren es nicht erfüllte Stellenforderungen, die zu so drastischer Reaktion führten.⁵⁸⁾ Eine Besonderheit der bayerischen Wahlstatistik ist für die Jahre 1869 und 1881 eine ausführliche Aufstellung der gewählten Wahlmänner nach dem Beruf. Wie in der preußischen Wahlstatistik auch, schlüsselte man die Wahlergebnisse erst in den neunziger Jahren (1898) nach der Parteiorientierung der Wähler auf. Zumindest in den Anfangsjahren der Wahlstatistik wäre eine solche Veröffentlichung in allen Ländern mit indirektem Wahlrecht, wie es auch in Bayern bis 1906 bestand, schlecht möglich gewesen. Während die gewählten Abgeordneten (weniger bereits die nicht gewählten Kandidaten) sich in der Regel im Kabinett einer Fraktion anschlossen und damit parteipolitisch einzuordnen waren, galt das in der Frühphase weniger für die aufgestellten Wahlmänner. In Bayern waren in den 1860er Jahren an die zwanzigtausend Wahlmänner zu wählen, in Preußen gar über hunderttausend. Die Zahl der Kandidaten lag dabei weitaus höher. „Vielfach wird aber die Parteistellung der Wahlmannskandidaten gar nicht bekannt oder sie bleibt zweifelhaft, wenn die Kandidaten nicht gewählt worden sind oder wenn sie bei der Wahl der Abgeordneten ihre Stimme nicht abgegeben haben.“⁵⁹⁾ Auch die Zahl der Wahlberechtigten mußte in dieser Anfangszeit politischer Wahlen in Bayern noch geschätzt werden. 1869 gab es noch keine Wählerlisten, der Wahlberechtigte mußte in seinem Wohnbezirk eine Erklärung abgeben.⁶⁰⁾

⁵⁴⁾ Horst Nöcker (Bearb.): Wählerentscheidung unter demokratischem und Klassenwahlrecht, a. a. O.

⁵⁵⁾ In: 1. Jahrgang 1869.

⁵⁶⁾ So Adolf Miller (1968): Die Entwicklung der Wahlstatistik. In: Die amtliche Statistik, ein Instrument der Zeit. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Jahrgang 100, S. 58.

⁵⁷⁾ Bock, a. a. O., S. 54.

⁵⁸⁾ Miller, a. a. O., S. 59.

⁵⁹⁾ Bock, a. a. O., S. 49.

⁶⁰⁾ Vgl. Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Bureaus, 1. Jahrgang 1869, S. 30 sowie Miller, a. a. O., S. 58.

Der Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung war in Bayern wie auch in Preußen geringer als noch in dem Reichstagswahlrecht, er lag in Bayern zwischen 17 und 18%.⁶¹⁾ Das Wahlrecht war bis 1906 indirekt und bis zur Gesetzesnovelle 1881 öffentlich. Eine Besonderheit der bayerischen Wahlpraxis war die sogenannte Wahlkreisgeometrie: Die Regierung legte die Wahlkreisgrenzen häufig neu fest, vor allem in der Anfangsphase bis 1881, aber auch später, indem sie versuchte, durch neue Grenzziehungen die liberale Regierungspartei zu stärken. Die ähnlich wie im Reich und auch in Preußen zunehmende Ungleichheit der Wahlkreise in bezug auf ihre Bevölkerungszahl änderte die Regierung jedoch nicht.

1906 gelang der Sozialdemokratie und dem Zentrum die Durchsetzung eines neuen Wahlrechts, das sich, ähnlich wie in den anderen süddeutschen Staaten, dem Reichstagswahlrecht annäherte: Die Wahlkreisgrenzen wurden neu festgesetzt und die direkte Wahl eingeführt, allerdings nach relativer, nicht mehr nach absoluter Mehrheit.

In allen amtlichen Veröffentlichungen zu den bayerischen Landtagswahlen ist das Aggregationsniveau erfreulich niedrig. Nicht nur werden die Ergebnisse immer auf Wahlkreisebene wiedergegeben, sondern für die Anfangszeit auch auf der Ebene der unmittelbaren Städte und Gerichtssprengel und 1905 sogar für Urwahlbezirke. Für diese Ebene der Aggregation liegen kaum Veröffentlichungen der neueren Forschung vor. Zwar gelten gerade die bayerischen Parteiverhältnisse, ebenso wie auch die in Baden und Württemberg, den beiden anderen großen süddeutschen Staaten, als relativ gut untersucht, nicht zuletzt gilt das für Bayern wohl auch besonders, weil im Freistaat seit langem eine tätige Landesgeschichte an den Universitäten verankert ist. Dennoch beziehen sich diese Untersuchungen auf Überblicksdarstellungen⁶²⁾; es fehlt an Regionalstudien, Städtstudien⁶³⁾ und auch an einer spezifischen Wahlgeschichte, die nicht allein das Parteigeschehen in den Vordergrund stellt, sondern auch die Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Wähler stellt.⁶⁴⁾ Neuere Forschungsansätze, wie sie vor allem für Preußen in Aussicht stehen, sind für eine Untersuchung des Wahlverhaltens in Bayern noch nicht in Sicht.

1.1.3 Sachsen

Das Königreich Sachsen hatte sich schon früh zu der am weitestgehenden industrialisierten Region des Deutschen Reiches entwickelt. Der hohe Anteil an Arbeitern und deren gelungene Politisierung und Organisation trug dazu bei, daß die Sozialdemokratie in Sachsen bereits in

⁶¹⁾ Vgl. zum bayerischen Landtagswahlrecht: Ludwig Hubbauer (1908): Die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Landtagswahlrechts mit Beschränkung auf die Kammer der Abgeordneten, Leipzig. In einem Anhang werden alle Gesetzesnovellen zwischen 1848 und 1906 abgedruckt.

⁶²⁾ Heinrich Hirschfelder (1979): Die bayerische Sozialdemokratie 1864–1914, 2 Bände, Erlangen; Dietrich Thränhardt (1973): Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf.

⁶³⁾ Hier gibt es einige Ansätze: Rolf Weidner (1984): Wahlen und soziale Strukturen in Ludwigshafen am Rhein 1871–1914. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahlen, Ludwigshafen; Ilse Fischer (1975): Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs.

⁶⁴⁾ Ein Versuch auf Wahlkreisebene stellt dar: Merith Niehuss (1982): Zur Schichtungsanalyse der SPD-Wähler in Bayern 1890–1900. In: Peter Steinbach (Hrsg.): Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, S. 217–230, Stuttgart.

den frühen 1870er Jahren in den Reichstagswahlen zur stimmenmäßig stärksten Partei wurde. 1903 gewann sie 22 von 23 sächsischen Reichstagsmandaten. Die Regierungspolitik und im besonderen die Wahlrechtsgestaltung im Königreich standen seit Anbeginn des Kaiserreichs ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie; auch in der Wahlstatistik spiegelt sich dieser Kampf wider und macht damit die sächsische Wahlstatistik zur wohl interessantesten der Epoche.

In Sachsen wurde 1863 die ständische Vertretung mit einer Verfassungsänderung in eine Volkskammer umgewandelt. Das Wahlrecht⁶⁵⁾ hierzu war direkt, geheim und gleich, basierte allerdings auf einem Zensus, so daß der Anteil der wahlberechtigten Männer im Vergleich zu den Wahlberechtigten zur Reichstagswahl zunächst nur die Hälfte, später zwei Drittel betrug. Die Agitation der gut organisierten sächsischen Sozialdemokratie ließ die Wahlbeteiligung von 24% 1871 auf mehr als 51% 1895 ansteigen.⁶⁶⁾ Als die Partei von Wahl zu Wahl, trotz des ihre potentielle Wählerschaft erheblich benachteiligenden Wahlrechts, gestärkt in den Landtag einzog⁶⁷⁾, führte die Regierung „überhastet ein indirektes, aber weiterhin geheimes Dreiklassenwahlrecht“⁶⁸⁾ ein. Der Zensus wurde hierzu ermäßigt, die Wahlberechtigung neu geregelt und die Einteilung nach Steuerklassen weitgehend nach preußischem Vorbild vorgenommen. Im Durchschnitt des Landes wählten 3% in der ersten Klasse, 16% in der zweiten und 81% in der dritten Klasse. Der Effekt bezüglich der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten war durchschlagend: in den Wahlen von 1901 und 1903 wurde kein einziger Sozialdemokrat in den Landtag gewählt. 1903 war dabei gleichzeitig das Jahr des größten Wahlerfolges der Partei bei den Reichstagswahlen in Sachsen; wie erwähnt, gewann sie 22 der 23 Mandate des Landes.

Der Triumph der Sozialdemokratie in diesen Reichstagswahlen, der die Manipulation des Wählerwillens bei den sächsischen Landtagswahlen offensichtlich machte, ließ die Regierung erneut in Sachsen Wahlrechtsänderung tätig werden. Zielvorstellung war offenbar, das Mißverhältnis zwischen sozialdemokratischer Stimmabgabe und Mandatsgewinn erträglich zu gestalten, ohne die SPD in die Nähe einer gefährlichen Mehrheitspartei kommen zu lassen. Voraussetzung für ein adäquates Wahlsystem war eine detaillierte Analyse der Wählerschaft. Diese lag im Rahmen der amtlichen sächsischen Wahlstatistik vor.

In Sachsen hatte die amtliche Wahlstatistik eine verhältnismäßig kurze Tradition. Erst 1903 wurden die Ergebnisse der Wahlen unter dem Dreiklassenwahlrecht veröffentlicht; sie sollten der Regierung weitestgehenden Aufschluß über die Wirkung dieses neuen Wahlrechts vermitteln. Zu diesem Zweck wurde – einmalig im Kaiserreich – neben der auch in Preußen üblichen Veröffentlichung der exakten Steuerleistungen nach Wahlbezirken mittels ca. 700 000 Zählkarten eine Individualstatistik der Wahlberechtigten und der Wähler nach Alter und Beruf aufgenommen.⁷⁰⁾ Die Wahlberechtigten wurden in sieben Altersgruppen und in 22 Berufs-

⁶⁵⁾ Vgl. zum sächsischen Wahlrecht E. Oppe (1910): Die Reform des Wahlrechts für die II. Kammer der Ständeversammlung im Königreich Sachsen. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts 4, S. 374–409.

⁶⁶⁾ Vgl. das zusammengefaßte Datenmaterial bei Ritter/Niehuss, S. 173.

⁶⁷⁾ Bei den Wahlen wurde alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten erneuert, so daß die Wahlergebnisse aufeinanderfolgender Jahre nicht vergleichbar sind.

⁶⁸⁾ Ritter/Niehuss, S. 165.

⁷⁰⁾ Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus, 49. Jahrgang 1903, Heft 1 und 2.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung in Sachsen 1897 bis 1901 nach Berufsgruppen
%

Berufsgruppe (a = Selbständige, b = Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal, c = Arbeiter)	Wahlbeteiligung in jeder Berufsgruppe			
	in Wahlklasse			zu- sammen
	I	II	III	
Insgesamt	66,1	50,8	32,2	36,3
Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei a	63,0	43,8	27,1	37,4
b	73,3	63,1	39,4	46,3
c	–	41,1	21,6	21,8
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen a	72,7	46,2 ¹⁾	20,0 ¹⁾	60,8
b	73,6	74,1	47,3	67,0
c	52,7	55,4	42,2	44,2
Industrie und Baugewerbe a	69,2	53,0	31,8	57,8
b	69,4	52,9	36,0	42,0
c	35,0	47,1	32,9	33,2
Handwerk a	64,7	48,3	30,1	33,6
c	100,0 ¹⁾	53,9	33,8	34,1
Handel und Verkehr, Versicherungsgewerbe, Beherbergung und Erquickung a	65,7	49,3	28,0	39,0
b	63,2	44,9	28,8	33,0
c	50,0 ¹⁾	34,7	24,1	24,3
Häusliche Dienste	–	48,0	28,1	28,3
Reichs-, Staats-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, freie Berufsarten ²⁾	70,5	60,2	42,8	49,1
Ohne Beruf	62,7	57,8	32,2	39,7

¹⁾ Die absolute Zahl zur Berechnung der Prozentzahl war geringer als 20.

²⁾ Beamte, Rechtsanwälte, Geistliche, Lehrer, Ärzte, Sonstige.

Quelle: Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus,
49. Jahrgang 1903, S. 50–54

gruppen unterteilt. Leider stimmen die Berufsgruppen nur zum Teil mit der Kategorisierung der Volks- und Berufszählungen überein, so daß Vergleiche zur Gesamtbevölkerung erschwert sind. Da außerdem das Wahlergebnis gehütet wurde, sind ausschließlich Aussagen über die Wahlbeteiligung möglich. Allerdings führte dieses amtlich erhobene Material trotz dieser Einschränkungen erstmals zu wesentlichen Erkenntnissen der Wahlbeteiligung sozialer Schichten und Altersklassen – Erkenntnisse, die zum größten Teil erst durch die Verquickung von amtlichen Aggregatdatenanalysen und Umfrageergebnissen der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gewonnen werden konnten. Die amtliche sächsische Statistik interpretiert zwar diese Daten, doch wurde erstaunlicherweise dieses wertvolle Material von der Forschung noch kaum „entdeckt“. Gerhard A. Ritter legte Ergebnisse und Interpretationen seiner Berechnungen dieses Materials vor⁷¹⁾, auf dessen Bedeutung er bereits in früheren Veröffentlichungen hingewiesen hat.⁷²⁾

Deutlich wird in der Darstellung des Statistischen Bureaus, daß die jüngste Altersklasse die geringste Wahlbeteiligung aufweist, die dann von Alterskohorte zu Alterskohorte steigt und erst in der Gruppe der über 60jährigen wieder abfällt. Wahlrechtsspezifisch ist das Ergebnis, daß junge Männer und abhängig Beschäftigte in der Gruppe der Wahlberechtigten unterrepräsentiert sind im Vergleich zur männlichen Wohnbevölkerung. Von zentraler Bedeutung für die Auftraggeber war die Berufsstatistik, also die Verteilung der Berufsgruppen auf die Wahlrechtsklassen und deren Beteiligung an der Wahl. „Die Berufsstatistik kann bis zu einem gewissen Grade als Prüfstein dafür dienen, ob und inwiefern die Absicht des Gesetzgebers, die drei Abteilungen im großen und ganzen durch die Angehörigen der entsprechenden Gesellschaftsschichten zu besetzen und dem Wahlrechte des Mittelstandes die wünschenswerte Verstärkung zu verleihen, erreicht worden ist.“⁷³⁾

In der dritten Wählerklasse gaben 98% der Industriearbeiter (einschließlich der Handwerksgehilfen und Arbeiter in Handel und Verkehr), sogar 99% der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Diensthilfen und immerhin noch 85% der Bergarbeiter ihre Stimme ab. In der ersten und zweiten Klasse dagegen wählten 90% der selbständigen Gewerbetreibenden in der Industrie, 88% der Ärzte, 93% der Geistlichen und 96% der Rechtsanwälte. Mehr als zwei Drittel aller Angestellten, Beamten und Künstler wählten auch in der dritten Klasse sowie etwa die Hälfte der Landwirte und der Selbständigen in Handel und Verkehr und ca. zwei Drittel der Lehrer und der Angestellten im Bergbau.

Weiterhin schlüsselt die amtliche Wahlstatistik ihre Ergebnisse nach Großstädten, anderen Städten und Landgemeinden auf. Durch die unterschiedlichen Steuerbeträge der Gemeinden für die Zuweisung der Wahlberechtigten in die drei Abteilungen ergaben sich auch innerhalb von Berufsgruppen ganz unterschiedliche Klassenzuweisungen: In Großstädten mußten beispielsweise 16% der Geistlichen in der dritten Klasse wählen, in Landgemeinden nur 3,5% von ihnen.⁷⁴⁾ Da auch die Wahlbeteiligung in den drei Klassen durch die unterschiedlichen Erfolgswerte der Stimmen, die den Wählern durchaus bewußt waren, stark schwankte und

⁷¹⁾ Gerhard A. Ritter: Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1867–1914. In: Ritter (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.

⁷²⁾ Ritter/Niehuss, a. a. O., S. 168 f.

⁷³⁾ Zeitschrift, a. a. O., Jahrgang 49, 1903, S. 58.

⁷⁴⁾ Ebenda.

in der dritten Klasse nur durchschnittlich 32% betrug gegenüber 65% in der ersten Klasse, verwundert es nicht, wenn die in der dritten Klasse wählenden Geistlichen eine Wahlbeteiligung von nur 44% aufwiesen, wogegen dieselbe Berufsgruppe, wenn sie in der ersten Klasse wählte, zu 80% an die Wahlurnen ging und damit die höchste Wahlbeteiligung unter allen Berufsgruppen aufwies.⁷⁵⁾

Diese Erhebungen des Statistischen Landesamtes in Sachsen, und vor allem die Interpretation der Zahlenangaben, bildeten immer wieder die Materialbasis für die Diskussion um ein neues Wahlrecht, in dem, wie erwähnt, die Sozialdemokratie nicht so offensichtlich wie bisher unterrepräsentiert sein sollte, nach dem sie aber auch keinesfalls zu einer Mehrheit im Landtag gelangen sollte. Eine schwierige Aufgabe, zumal jede Wahlrechtsänderung auch die Interessen und das Stärkeverhältnis der anderen Parteien beeinflussen mußte.⁷⁶⁾

Das aufgrund dieser Überlegungen und unter Zuhilfenahme der Berechnungen des Statistischen Landesamtes neu eingesetzte Wahlrecht⁷⁷⁾ war ein sogenanntes Pluralwahlrecht – es gab den Wählern also unterschiedlich viele Stimmen. Jeder Wahlberechtigte erhielt aufgrund seines Einkommens, seines Besitzes, seiner Bildung oder seines Alters eine bis höchstens drei Zusatzstimmen. Allein ein Einkommen ab einer bestimmten Höhe oder Grundbesitz mit einer festgelegten Besteuerungssumme gewährte bis zu drei Zusatzstimmen. Wer aufgrund seiner Steuerleistung noch keine Zusatzstimme bekommen hatte, konnte sie für das „Einjährige“, also den Abschluß der mittleren Reife, erhalten, oder für sein Alter: ab dem 50. Lebensjahr wurde eine Zusatzstimme gewährt, sofern der Wahlberechtigte nicht schon anderweitige Zusatzstimmen hatte. Weiterhin beschränkte das Wahlgesetz die allgemeine Wahlberechtigung unter anderem durch die Notwendigkeit, nun mindestens zwei Jahre im Staat wohnhaft gewesen zu sein. Insgesamt waren ein Viertel der Reichstagswahlberechtigten von der Landtagswahl ausgeschlossen. Gewählt wurde direkt, nunmehr nur noch alle sechs Jahre, nach absolutem Mehrheitswahlrecht.

Das Ergebnis entsprach dann auch recht exakt den Vorstellungen der Regierung: mit knapp 500000 Stimmen erhielt die SPD 25 Mandate, die Nationalliberalen erreichten mit knapp 340000 Stimmen (also zwei Drittel der SPD-Stimmen) 28 Mandate und die Konservativen mit 280000 Stimmen 24 Mandate. Dabei waren unter den Nationalliberalen Wählern fast 40% mit vier Stimmen, unter den Konservativen noch 35% und unter den SPD-Wählern lediglich 8%.⁷⁸⁾

Auch für diese Wahl legte das Sächsische Statistische Landesamt wieder eine Individualstatistik vor nach Alterskohorten und Berufsgruppen. Diesmal wurden sechs Altersgruppen und 16 Berufsgruppen ausgesondert; wiederum ist ein Vergleich weder mit der Berufszählung des Deutschen Reichs noch mit der Individualstatistik der Wahlen von 1897–1901 möglich. Wiederum wurden die Daten für alle Wahlkreise ausgewiesen, einzelne Merkmale, wie die abgegebenen Stimmen sogar bis herunter auf die Ebene der mehr als 3000 Wahlbezirke.

⁷⁵⁾ Ebenda, S. 61.

⁷⁶⁾ Ebenda, S. 62.

⁷⁷⁾ Vgl. zur Wahlrechtsdiskussion E. Oppe: Die Reform des Wahlrechts, a.a.O. sowie eine kurze Darstellung dieser Diskussion in Gerhard A. Ritter: Das Wahlrecht und die Wählerschaft, a.a.O.

⁷⁸⁾ Ritter/Niehus, a.a.O., S. 172 und 179.

Die Ergebnisse dieser Individualstatistik, die vor allem regional von der Forschung noch nicht ausgewertet wurden, zeigen, daß die Zuweisung der Zusatzstimmen, die vor allem zu Ungunsten der potentiellen Wählerschaft der Sozialdemokratie, der Arbeiter, ausfallen sollte, durchaus ihre Wirkung zeitigte: Arbeiter, die wegen der Einschränkungen der Wahlberechtigten nur etwa die Hälfte der Wahlberechtigten stellten (1907 waren 70% der Erwerbstätigen in Sachsen Arbeiter), nahmen 70% von der Gruppe ohne Zusatzstimme ein. Von den 114 000 Arbeitern, die über eine Zusatzstimme verfügten, handelte es sich bei 81 000 um die Altersstimme.⁷⁹⁾

Eine oder zwei Zusatzstimmen wiesen überwiegend untere Beamte auf, mittlere Beamte erhielten im Durchschnitt zwei bis drei Zusatzstimmen und höhere Beamte, Geistliche, Freie Berufe, Lehrer sowie Selbständige in der Landwirtschaft erhielten zu über 50% vier Stimmen. Lediglich die Gruppe der Selbständigen in Gewerbe und Handel und die Angestellten verteilten sich mehr oder weniger gleichmäßig auf alle vier Stimmgruppen.⁸⁰⁾

Wie bisher gezeigt wurde und am Beispiel Sachsen vielleicht auch besonders deutlich zutage tritt, sind die Möglichkeiten der Auswertung der amtlichen historischen Wahlstatistik von der Forschung noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies gilt um so mehr, da in diesem Rahmen auf die Qualität der städtischen wahlstatistischen Veröffentlichungen nicht verwiesen werden kann. Die Zukunft der Wahlforschung, sofern sie das Kaiserreich betrifft, liegt ganz zweifelsfrei in regionalen Studien, in denen dann die Veröffentlichungen aller drei „amtlichen Ebenen“ ausgeschöpft werden könnten: die Ebene der Reichstagswahlen, die der Landtagswahlen und schließlich die der Kommunalwahlen, die besonders für Großstädte hervorragendes Material bietet.⁸¹⁾

In diesen umgrenzten historischen Räumen ist es zum Teil auch möglich, Untersuchungseinheiten, wie z. B. Stimmbezirke, aus archivalischen Quellen neu zu bilden und auf diese Weise die regionale Besonderheit nicht nur die politische Kultur betreffend zu erfassen, sondern für die resultierenden Wahlergebnisse auch strukturgeschichtlich fundierte Antworten zu finden. Ganzheitlich wird derartige Wahlforschung wohl am ehesten von der Forschergruppe um Bernhard Mann für Preußen durchgeführt, die rein quantitativen Arbeiten aus der Historischen Kommission zu Berlin um Otto Büsch sind bisher noch nicht hinreichend ausgewertet worden, es fehlt noch die historische Aufarbeitung.

2 Wahlen in der Weimarer Republik 1918 bis 1933

Der politische Umsturz im Jahr 1918 brachte den linken Parteien die nötige Macht, um die verhassten Klassenwahlrechte abzuschaffen und eine alte, erstmals auf dem Erfurter Parteitag 1891 ausformulierte Forderung der Sozialdemokratie durchzusetzen: die Einführung des Verhältniswahlrechts für Männer und Frauen.⁸²⁾ Angesichts der politischen Verhältnisse gab es

⁷⁹⁾ Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes, 55. Jahrgang 1909.

⁸⁰⁾ Gerhard A. Ritter: Das Wahlrecht und die Wählerschaft, a. a. O.

⁸¹⁾ Vgl. z. B. Helmuth Croon (1960): Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln und Opladen.

⁸²⁾ Vgl. zum Wahlrecht Eberhard Scharbacher (1982): Parlamentarische Wahlen und Wahlsysteme in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf.

von seiten der bürgerlichen Parteien weder 1919, als das Wahlrecht auf Beschluß des Rates der Volksbeauftragten für die Wahlen zur Nationalversammlung eingeführt wurde, noch 1920, als von dieser Nationalversammlung ein nur geringfügig modifiziertes Wahlrecht für die Wahlen zum ersten Reichstag 1920 beschlossen wurde, erhebliche Einwände. Bei diesem stillen Einverständnis spielten bei den bürgerlichen Parteien wohl wesentlich die durchaus positiven Erfahrungen mit, die sie in der Zeit des Kaiserreichs mit verschiedentlich ausgeführten Varianten eines Verhältniswahlrechts gemacht hatten. Es war letztendlich immer dann eingesetzt worden, wenn es der Sozialdemokratie hätte gelingen können, trotz restriktiver bestehender Wahlgesetze zu Mehrheiten zu gelangen.⁸³⁾ Diese „Funktion“ erfüllte das Verhältniswahlrecht dann auch in der Anfangsphase der Weimarer Republik. Dennoch blieb die SPD bei ihrer Einstellung: „Anders als die bürgerlichen Parteien, welche die Reformbedürftigkeit des Wahlsystems vorrangig nach funktionalen Gesichtspunkten oder einer verbesserten Wahlarithmetik beurteilten, sah die Sozialdemokratie in der Verhältniswahl einen unverzichtbaren Bestandteil der Demokratie. Die meisten Sozialdemokraten vertreten den Proporz als einen aus dem Gleichheitsprinzip emanierenden Verfassungsgrundsatz, für den im Kaiserreich Generationen von Sozialdemokraten gekämpft hatten.“⁸⁴⁾ Auf derselben Argumentation baute auch 30 Jahre später die Einstellung der Partei zum Verhältniswahlrecht der Bundesrepublik auf.

Das Wahlrecht von 1919 teilte das Reich in 36 Wahlkreise, in denen entsprechend ihrer Einwohnerzahl eine feststehende Anzahl Abgeordneter nach starren Parteilisten und nach der Methode d'Hondt gewählt wurde. Über die Wahlkreisgrenzen hinweg konnten Stimmen nicht addiert werden, so daß die großen Parteien erheblich bevorzugt wurden. Zur ersten Reichstagswahl von 1920 wurde dieses geändert. Die nunmehr 35 Wahlkreise blieben fest bestehen, für je 60 000 Stimmen pro Liste erhielt jede Partei einen Abgeordneten, „übriggebliebene“ Stimmen wurden mit denjenigen benachbarter Wahlkreise (Wahlkreisverband) aufaddiert; bei diesem zweiten Durchgang erhielten betroffene Parteien einen weiteren Abgeordneten von je 30 000 Stimmen. Reststimmen aus diesem Verfahren wurden reichsweit wiederum addiert, wobei wieder 30 000 Stimmen für einen Abgeordneten ausreichten. Auf diese Weise variierte die Zahl der Abgeordneten im Reichstag je nach der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen 459 Abgeordneten 1920 und 647 1933.⁸⁵⁾ Die Zahl der Wahlberechtigten wurde durch die Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre und vor allem durch die Verleihung des Wahlrechts auch an Frauen nahezu verdreifacht.⁸⁶⁾

⁸³⁾ So zum Beispiel bei den neuen Landtagswahlgesetzen nach der Jahrhundertwende von Württemberg und Hamburg und bei verschiedenen Kommunalwahlgesetzen ebenfalls nach 1900, z. B. in Bayern. Vgl. hierzu Schulte, a. a. O., sowie als Überblick Merith Niehuss: Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., sowie Merith Niehuss (1989): Strategien zur Machterhaltung bürgerlicher Eliten am Beispiel kommunaler Wahlrechtsänderungen im ausgehenden Kaiserreich. In: Heinrich Best (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung in historischem und interkulturellem Vergleich, S. 60–91, St. Katharinen.

⁸⁴⁾ Vgl. Schanbacher, a. a. O., S. 204.

⁸⁵⁾ Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann (1986): Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 24, München.

⁸⁶⁾ Für den Gebietsumfang Preußens nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der Wahlberechtigten von 7 885 281 für die Reichstagswahl 1912 auf 22 244 953 bei der Landtagswahl 1921, das entspricht einer Zunahme von 22,5% Wahlberechtigter in der Bevölkerung auf 61,6% 1921. – Heinrich Höpker (1927): Die Wahlen zum Preußischen Landtag vom 7. Dezember 1924. In: Preußische Statistik, Band 278, 2. Teil, S. 80, Berlin.

Die Länder des Deutschen Reichs haben sich durchweg im wesentlichen an dem Reichstagswahlrecht orientiert, als sie neue Länderwahlgesetze einführten. Allerdings fanden auch hier in der Anfangsphase noch erhebliche Veränderungen am Wahlgesetz statt; außerdem variierten die Länderwahlgesetze zum Teil in wesentlichen Details vom Reichstagswahlrecht, am meisten wich das Wahlgesetz Bayerns vom Reichstagswahlgesetz ab.⁸⁷⁾

Die amtliche Wahlstatistik für Reich und Länder ist überwiegend außerordentlich detailliert. Vor allem das Bayerische und das Preußische Statistische Landesamt veröffentlichten nicht nur zu den Landtagswahlen ausführlich, sondern auch zu den Reichstagswahlen im eigenen Land. Umfangreiche Wahlstatistiken bestehen ebenfalls für die Länder Württemberg, Sachsen und Hamburg.⁸⁸⁾ Für viele kleinere Länder wiederum ist die Wahlstatistik nicht im gewünschten Umfang vorhanden, so daß Wahlergebnisse z. B. für die kleinen Parteien oft nur schwierig zu ermitteln sind.⁸⁹⁾

Anders als die Wahlstatistik der Bundesrepublik sahen die Statistischen Ämter in den ersten Wahlen der Weimarer Republik durchaus eine Kontinuität zu den Wahlen im Kaiserreich, die es zu dokumentieren galt. Einige Statistische Ämter bemühten sich, dem Wahlforscher Material zur Verfügung zu stellen, das einen Vergleich der ersten Nationalrats-, Reichstags- und Landtagswahlen ermöglichte. Angesichts der völlig neuen Wahlkreiseinteilung in 37 bzw. 35 große Wahlkreise auf Reichsebene ist nahezu jede Form der Umrechnung ohne amtliche Hilfe unmöglich. Das Material für die Reichstagswahlen⁹⁰⁾ wurde von Gerhard A. Ritter in einer Abhandlung ausgewertet zur Frage nach den Kontinuitäten des Parteienspektrums und der regionalen Parteistärke über den Zeitraum des Krieges hinweg und angesichts eines völlig neuen Verfassungs- und Wahlsystems.⁹¹⁾ Auch das Arbeitsbuch zu den Wahlen der Weimarer Republik von Jürgen Falter bietet Korrelationsmatrizen hierzu an.⁹²⁾ Das Preußische Statistische Landesamt veröffentlichte ebenfalls Material dieser Art, das aber m. W. noch nicht ausgewertet wurde.⁹³⁾ In einem Forschungsprojekt einer Gruppe um Otto Büsch in der Berliner Historischen Kommission hat Horst Nöcker eine Datensammlung mit von ihm neu geschaffenen Vergleichsgebieten vorgelegt mit Ergebnissen der letzten Reichstagswahl vor dem Krieg 1912 und der ersten, wie er definiert, „normalen“ Wahl der Weimarer Epoche, 1924, sowie einigen Wirtschafts- und Sozialdaten aus den Volks- und Berufszählungen 1907 und 1925.⁹⁴⁾

⁸⁷⁾ Vgl. Walter Jellinek (Hrsg., 1926): Die deutschen Landtagswahlgesetze nebst Gesetzestexten zum Wahlrecht des Reichs, Danzigs, Österreichs und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Berlin, sowie die Studie von Schanbacher, a. a. O., bes. S. 102.

⁸⁸⁾ Vgl. zu den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik die ausgezeichnete Bibliographie von Martin Schumacher (1973): Wahlen und Abstimmungen 1918–1933: Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik, Düsseldorf.

⁸⁹⁾ Falter, Lindenberger, Schumann, a. a. O., S. 11.

⁹⁰⁾ Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Band 29 (1919), Heft 4, S. 277–285.

⁹¹⁾ Vgl. Gerhard A. Ritter (1976): Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920. In: Ritter (Hrsg.): Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 116–157, Göttingen.

⁹²⁾ Falter, Lindenberger, Schumann (1986), S. 24.

⁹³⁾ Preußische Statistik, Band 278: Die Wahlen zum Preußischen Landtag vom 7. Dezember 1924. Bearb. von Heinrich Höpker, 2. Teil (1927), Berlin.

⁹⁴⁾ Horst Nöcker: Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924, a. a. O. Vgl. hierzu die kritischen Bemerkungen von Jürgen W. Falter (1988): Neue Studien zum Wählerverhalten zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte 28, S. 489–496.

Einen bzw. zwei große Datensätze, die sich über den gesamten Wahlzeitraum der Weimarer Republik hinziehen, sind in einer Forschungsgruppe um Jürgen Falter in München und Berlin entstanden. Hier gelang es, auf der Ebene von Gemeinden, bzw. Stadt- und Landkreisen, nicht nur alle relevanten Wahldaten aus amtlichen Quellen zusammenzutragen, sondern auch eine Vielzahl sozioökonomischer Variablen auf derselben Ebene hinzuzufügen. Erste Ergebnisse liegen in einigen Aufsätzen vor⁹⁵⁾, ein Arbeitsbuch zum Wahlverhalten in der Weimarer Republik zeigt mit Arbeitstabellen, welche Kombinationsmöglichkeiten die Variablen zulassen.⁹⁶⁾ Ferner gelang es dieser Forschergruppe auch, auf der Basis der von ihr gewählten Gebietsebene der Stadt- und Landkreise, weitere Wahlergebnisse und einige Strukturvariablen für das Kaiserreich ihrem Datensatz hinzuzufügen sowie auf derselben Gebiets-ebene das gesamte Datenmaterial, das für die Bundesrepublik zu Wahlen zusammengetragen worden ist, ebenfalls einzugliedern. Da zumindest für die Weimarer Republik und für die Bundesrepublik auch die Landtagswahlergebnisse eingearbeitet sind, ist auf diese Weise ein ideales Datengerüst errichtet worden, das sowohl Längsschnitt- wie Querschnittstudien beliebig zuläßt. Hat allerdings bereits das Zusammentragen dieser Materialien insgesamt mehr als zehn Jahre in Anspruch genommen, wird die Auswertung der Daten, die immer nur innerhalb einer ausführlichen historischen Analyse erfolgen kann, eine weitere Reihe von Jahren die Forschung beschäftigen. Nachdem dieser Datensatz interessierten Forschern in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen wird⁹⁷⁾, bleibt zu hoffen, daß vor allem dringend benötigte Regionalstudien auf diese Materialsammlung zurückgreifen werden, denn gerade das Gebiet der Landtagswahlen ist für die Weimarer Zeit bislang sträflich vernachlässigt worden. Auch wenn Studien zum preußischen Parlamentarismus der Weimarer Zeit vorliegen⁹⁸⁾ – oder für andere Einzelstaaten –, sie beinhalten in der Regel keine Wahlanalysen. Die Studie von Thränhardt⁹⁹⁾ zu den Wahlen in Bayern auch während der Weimarer Zeit beispielsweise enthält keine detaillierte Analyse des bayerischen Landtagswahlrechts dieser Epoche, das gerade dasjenige Länderwahlrecht war, welches am meisten vom Reichstagswahlrecht abwich. Desgleichen läßt auch Günter Franz in seiner Studie über Niedersachsen die Landtagswahlen während der Weimarer Zeit ganz beiseite.¹⁰⁰⁾

Kürzlich wurde von E. Schanbacher in sehr viel differenzierterer Form die bereits stark in den Hintergrund gedrängte These von F. A. Hermens¹⁰¹⁾ wieder ins Rampenlicht gerückt, daß nämlich ein Mehrheitswahlrecht, wie es im Kaiserreich bestanden hätte, das Weimarer Parteiensystem vor einer Zersplitterung und so vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus bewahrt hätte.¹⁰²⁾ Angesichts der äußerst dünnen Forschungslage jedoch, wie sie sich für die Regionalwahlen zeigt, aber auch angesichts des generellen Forschungsrückstandes vor

⁹⁵⁾ Vgl. zuletzt Jürgen W. Falter, Hartmut Bömermann: Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP. In: Heinrich Best (Hrsg.): Politik und Milieu, a. a. O., S. 92–118.

⁹⁶⁾ Falter, Lindenberger, Schumann: Wahlen und Abstimmungen, a. a. O.

⁹⁷⁾ Zu beziehen über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln.

⁹⁸⁾ Vgl. stellvertretend für frühere Arbeiten u. a. auch Hans-Peter Ehni (1971): Zum Parteienverhältnis in Preußen 1918–1932. In: Archiv für Sozialgeschichte, Band 11, S. 214–288 und auch die ausführliche Studie von Horst Möller (1985): Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf, in der themenbedingt die fraktionelle Arbeit der Parteien und nicht eine Analyse der Anhängerschaft oder eine Wirkung des Wahlrechts im Vordergrund steht.

⁹⁹⁾ Dietrich Thränhardt, a. a. O.

¹⁰⁰⁾ Günter Franz, a. a. O., S. 23.

¹⁰¹⁾ Ferdinand A. Hermens (1951): Demokratie oder Anarchie?, Frankfurt a. M.

¹⁰²⁾ Schanbacher, a. a. O., vor allem S. 228–231.

allem für die Wahlen aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik, kann meines Erachtens eine solche These keinerlei Rückhalt haben. Zumindest kann eine Untersuchung des Wahlrechts allein, ohne dessen Auswirkungen auf das Wahlergebnis genauestens zu kennen, nicht zur Verifizierung einer solchen These hinreichen. Nach wie vor steht gegen diese These immer noch die Argumentation, die Fenske formuliert hat, daß nämlich nicht die Zersplitterung des Parteiensystems, sondern vielmehr dessen Unfähigkeit, tragende, also koalitionsfähige Mehrheiten zu bilden, die Weimarer Republik scheitern ließen.¹⁰³⁾

Ganz anders sieht der Forschungsstand aus, wenn man der Frage: Wer wählte Hitler? nachgeht. Die nationalsozialistische Machtergreifung und das Phänomen des Zusammenbruchs eines demokratischen Systems haben die Wahlforscher an der Epoche der Weimarer Republik vorrangig interessiert, so daß zu dieser Thematik eine Flut von Veröffentlichungen vorliegt. Aus dem hoch aggregierten Datenmaterial der amtlichen Wahlstatistik konnte diese Frage nicht hinreichend genau beantwortet werden; vor allem die ältere These, die alte Mittelschicht habe vorwiegend zum Aufstieg der NSDAP beigetragen¹⁰⁴⁾, wie auch die in der neueren Forschung vorgebrachte Theorie, es seien die Arbeitslosen gewesen, die überwiegend nationalsozialistisch gewählt hätten¹⁰⁵⁾, beruhen zweifellos auf „ökologischen Fehlschlüssen“.¹⁰⁶⁾ Aufgrund einer einseitigen Auswahl von Stadtbezirken ist auch die These, die Oberschicht sei innerhalb der NSDAP-Wählerschaft überrepräsentiert, nicht in dieser Form haltbar.¹⁰⁷⁾ Im Gegensatz dazu läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die NSDAP ohne die Arbeiterschaft unter ihren Wählern angesichts des großen Gewichts dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung wohl kaum zu solch hohen Ziffern gekommen wäre.¹⁰⁸⁾ Diese stark quantitativ arbeitende Forschung hat in den letzten zehn Jahren zur Frage nach der sozialstrukturellen Basis der nationalsozialistischen Wähler erheblichen Erkenntnisgewinn gebracht. Auch inzwischen verworfene Theorien haben die Diskussion belebt und immer einen Schritt weitergebracht.

Neben den vorhandenen Überblicksdarstellungen¹⁰⁹⁾ zur Weimarer Wahlepoche fehlen außer

¹⁰³⁾ Hans Fenske (1972).

¹⁰⁴⁾ Seymour Martin Lipset (1968): Extremismus der Mitte. In: G. Jasper (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler 1930–1933, S. 101–123, Köln; vgl. als Kritik hierzu: Heinrich August Winkler (1972): Extremismus der Mitte? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 20, S. 175–191 und Jürgen W. Falter (1982): Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse. In: Peter Steinbach (Hrsg.): Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, S. 438–469, Stuttgart.

¹⁰⁵⁾ Bruno S. Frey, Hannelore Weck (1981): Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? In: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 196, S. 1–31. Vgl. als Antwort hierauf: Jürgen W. Falter, Jan-Bernd Lohmöller, Andreas Link, Johann de Rijke (1985): Hat Arbeitslosigkeit tatsächlich den Aufstieg der NSDAP bewirkt? Band 200, S. 121–136.

¹⁰⁶⁾ Vgl. z.B. den zuletzt genannten Aufsatz von Frey, Weck: Wenn bei steigender Arbeitslosigkeit in den 13 Arbeitsamtsbezirken die Zahl der NSDAP-Wähler auch anstieg, ist der Individualschluß: die Arbeitslosen haben NSDAP gewählt, keinesfalls zulässig.

¹⁰⁷⁾ Richard F. Hamilton (1982): Who voted for Hitler?, Princeton.

¹⁰⁸⁾ Jürgen W. Falter, Dirk Hänisch (1986): Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 26, S. 179–216.

¹⁰⁹⁾ Alfred Milatz (1965): Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn; Dirk Hänisch (1983): Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik. Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924–1933, Duisburg.

Regionalstudien vorwiegend Querschnittsarbeiten zu einzelnen Wahlen und Wahlstudien zu anderen Parteien als der NSDAP.¹¹⁰⁾

Die amtliche Wahlstatistik der Weimarer Zeit wies eine Besonderheit auf: Angesichts des völlig neuen Frauenwahlrechts entschloß sich der Gesetzgeber, sogenannte Sonderauszählungen bei den Wahlen vornehmen zu lassen, um das Abstimmungsverhalten der Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht zu ermitteln. Wenn auch diese Sonderauszählungen nicht konsequent durchgeführt werden konnten, so bestehen sie doch für einige Wahlkreise¹¹¹⁾ über den gesamten Zeitraum hinweg und vermitteln trotz ihrer Unvollständigkeit wichtige Erkenntnisse zum Wahlverhalten. Handelt es sich doch bei diesen Sonderauszählungen um die einzige Quelle sowohl der Weimarer Zeit wie auch der Bundesrepublik, wo von amtlicher Seite her Individualdaten zum aktuellen Wahlverhalten gesammelt wurden. Viele zeitgenössische Statistiker hätten diese Sonderauszählungen gern im großen Rahmen für das ganze Reich vorgenommen, doch war die Zeit hierfür offenbar noch nicht reif. So beschwerte sich der Direktor eines städtischen Statistischen Amtes: „Wir haben uns energisch bemüht, für Mannheim eine solche getrennte Abstimmung (für Männer und Frauen) zu erreichen, aber eine dunkle Furcht vor möglicher Verletzung des Wahlgeheimnisses durch irgendwelche Hexenkünste der Statistik hat uns leider mit unserem Antrag scheitern lassen.“¹¹²⁾ Die Ergebnisse dieser Sonderauszählungen, die schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von hervorragenden deskriptiven Studien ausgewertet wurden¹¹³⁾, zeigen ein Frauenwahlverhalten, wie wir es noch lange Jahre in der Bundesrepublik beobachten konnten: Relativ geringe Wahlbeteiligung und Bevorzugung christlicher und eher gemäßigter rechter Parteien. Für die sozialistischen Parteien brachte so weder die von ihnen stark verfochtene Einführung des Verhältniswahlrechts noch auch die Einführung des Frauenwahlrechts Stimmengewinne.

3 Die Wahlstatistik in Deutschland nach 1945

Seit der zweiten Bundestagswahl von 1953 nahm die amtliche Wahlstatistik in Deutschland allmählich ihre heutige differenzierte Form an. Seit dieser Wahl liegen regelmäßig repräsentative Sonderauszählungen vor, die für die Merkmale Alter und Geschlecht auf gesonderten Stimmzetteln erfolgten und demnach Individualdaten darstellen sowie auf Stimmbezirksebene auf repräsentativer Basis die aggregierten Merkmale Konfession, Gemeindegrößenklasse, Gewerbestruktur, Berufsstruktur und ähnliches. Diese Materialien¹¹⁴⁾ wurden in der Wahl-

¹¹⁰⁾ Vgl. als Überblick, aber nicht auf der breiten Datenbasis, wie sie in der erwähnten Gruppe um Jürgen W. Falter erarbeitet wurde: Thomas Childers (1983): *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933*, Chapel Hill/London. Als unzureichend erwies sich: Peter Manstein (1988): *Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung*, Frankfurt a.M.

¹¹¹⁾ Sonderauszählungen nach dem Geschlecht der Wähler sind von 1919 bis einschließlich 1930 territorial relativ breit gestreut, wenn auch nicht repräsentativ. Das Interesse für Sonderauszählungen nach dem Alter der Wähler flaute nach 1924 schnell ab, so daß für die Zeit danach nur noch wenige Daten vorliegen. Vgl. zum Material den Überblick bei Falter u. a., *Wahlen und Abstimmungen*, a.a.O., S. 81–85.

¹¹²⁾ Schott, a.a.O., S. 20.

¹¹³⁾ Vgl. u. a. Gabriele Bremme (1956): *Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*, Göttingen.

¹¹⁴⁾ Eckhard Jesse (1975): *Die Bundestagswahlen 1953–1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. Zur Bedeutung eines Schlüsselinstrumentes der Wahlforschung*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 6, S. 310–322.

forschung der fünfziger Jahre noch systematisch ausgewertet; wenn in den sechziger und siebziger Jahren die Auswertung dieser Sonderauszählungen in der meist soziologischen Wahlforschung an Bedeutung verlor, so lag das einmal daran, daß die Ergebnisse dieser Auszählungen erst relativ spät veröffentlicht wurden, so daß sie der aktuellen, oft wissenschaftlichen Wahlanalyse noch gar nicht zur Verfügung standen. Zum anderen lag es aber auch daran, daß die Umfrageforschung mit ganz neuen Materialien sich in den Vordergrund drängte. Berechtigte Kritik an einer unkritischen Übernahme der Ergebnisse der Meinungsforschung hat erst in den beiden letzten Jahrzehnten eingesetzt.

Auch die „normale“ Wahlstatistik ist im Verlauf der Bundesrepublik und mit Hilfe der Weiterentwicklung der EDV immer komplexer geworden. Sie läßt heute fast keine Wünsche mehr offen. Für Untersuchungen allerdings, die auf Wahlkreisebene längsschnittartig mehrere Wahlen miteinander vergleichen wollen, ist die ständige Veränderung der Wahlkreisgrenzen und Verwaltungsgrenzen ein kaum zu überwindendes Hindernis. Zwar bringt die amtliche Wahlstatistik noch vor jeder Wahl ein Heft heraus, in dem die Strukturdaten der neuen Wahlkreise umgerechnet werden, so daß ein Vergleich zweier aufeinanderfolgender Wahlen immer möglich ist. Doch wird dieser Vergleich nicht für alle Variablen durchgeführt und für mehr als zwei Wahlen ist er ohnehin nicht mehr gültig. Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen hat jetzt in jahrelanger Arbeit alle Wahldaten der Bundesrepublik und die notwendigen Strukturdaten auf künstliche Wahlkreise umgerechnet, so daß mittlerweile ein kompletter Datensatz zur Verfügung steht.

Die amtliche Wahldokumentation umfaßt jetzt regelmäßig zwischen fünf und neun Hefte in der „Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“ des Statistischen Bundesamtes¹¹⁵⁾, von denen die erwähnten Sonderauszählungen jeweils ein Heft darstellen. Weitere Hefte betreffen die Vergleichsergebnisse früherer Wahlen nach Ländern, die Strukturdaten der Wahlkreise, Strukturdaten und Wahlergebnisse früherer Wahlen nach der jeweiligen aktuellen Wahlkreiseinteilung, die vorläufigen sowie die endgültigen Ergebnisse nach Wahlkreisen, die Sitzverteilung und die gewählten Abgeordneten sowie eine ausführliche textliche Auswertung aller Ergebnisse. Seit 1953 werden alle Wahlen unmittelbar nach dem Zeitpunkt der Wahl detailliert von der politologischen und soziologischen Forschung ausgewertet.¹¹⁶⁾

Die Wahl von 1949 wurde von der Forschung bisher recht stiefmütterlich behandelt¹¹⁷⁾, fehlen doch für diese Wahl noch weitgehend Umfragedaten und die Materialien der Sonderauszählungen. Auch wich das Wahlrecht zur ersten Bundestagswahl, in der der Wähler nur eine Stimme hatte, noch vom späteren Wahlrecht ab. Die amtliche Wahlstatistik stellt dabei den Löwenanteil des Materials. Hinzugezogen wurden ferner Umfragedaten, wobei die Untersuchung von Wählerwanderungen, die wesentlich auf der sogenannten „Rückerkinnerungsfrage“ beruht, zunehmend kritisch betrachtet wird wegen der errechneten hohen Fehler-

¹¹⁵⁾ Vgl. zu den genauen Quellenangaben sowie weitere detaillierte Literatur Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss (1987): Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, S. 207–228, München.

¹¹⁶⁾ Als beispielhaft für solche Art Einzelwahlanalysen sei hier auf den Sammelband von Max Kaase (Hrsg., 1977) verwiesen: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen.

¹¹⁷⁾ Vgl. allerdings den Aufsatz von Jürgen W. Falter (1981): Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahrsschrift, Jahrgang 22, Heft 3, S. 236–263.

wahrscheinlichkeit von 50 bis 100%.¹¹⁸⁾ Auf den aggregierten amtlichen Daten basieren ferner auch Untersuchungen zur Verbindung von ökonomischer Struktur und Wahlverhalten, die sich durch sehr komplexe statistische Untersuchungsverfahren auszeichnen.¹¹⁹⁾ Im Vordergrund gerade des publizistischen Interesses stehen ferner Untersuchungen zum Wahlkampf und zu aktuellen politischen Themen in Verbindung mit dem Wahlergebnis. Auf die Ergebnisse der Forschung kann an dieser Stelle nicht im einzelnen verwiesen werden, doch soll eine große Lücke der Wahlforschung in Deutschland nach 1945 hier nicht unerwähnt bleiben.

Generell relativ wenig Beachtung fand, wie in allen drei hier beschriebenen Epochen, die Auswirkung des Wahlrechts auf die Wahlergebnisse. In der neueren Forschung konnten zwar in jüngster Zeit Forschungslücken geschlossen werden durch eine genaue Analyse der Gesetzesgenese des heutigen personalisierten Verhältniswahlrechts.¹²⁰⁾ Vor allem die Wahlrechtsdiskussionen zwischen den großen Parteien um die Frage des Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts fanden in der Forschung große Beachtung. Die amtliche Wahlstatistik spiegelt die besonderen Bestimmungen des Wahlrechts durch eine genaue Wiedergabe des Stimmensplittings wider, des Briefwahlverhaltens der Wähler und durch eine Untersuchung der Bewerber einzelner Parteien in den Wahlkreisen sowie eine genaue Berichterstattung über alle Wahlbewerber, die der Sperrklausel zum Opfer fielen. Sehr wenig Beachtung in der Forschung fand demgegenüber die ständige Veränderung der Landtagswahlgesetze. Eine Zusammenstellung einzelner Gesetze für die Bundesrepublik bis 1987¹²¹⁾ (und danach fanden bereits wieder einige Veränderungen statt) ergibt insgesamt mehr als 60 Landtagswahlgesetze! Vor allem in der frühen Phase der Länderpolitik nach dem Krieg wurde in zum Teil vom Bundestagswahlrecht erheblich abweichender Form mit Wahlgesetzen geradezu experimentiert, um die jeweilige Parteienkonstellation, vor allem das Gefüge der kleineren Parteien und Splitterparteien¹²²⁾, dem Machtkampf der großen Parteien jeweils gefügig zu machen. Es bleibt zu fragen, ob das deutsche „Wahlwunder“ die Konzentration auf drei größere Parteien (bis zum Aufkommen der Grünen) nicht im wesentlichen in den Ländern entscheidend vorgeformt wurde, als es den größeren Parteien gelang, mit Hilfe eines raffiniert eingesetzten Wahlinstrumentariums die kleineren Parteien nach und nach aus dem Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland herauszufiltern.

¹¹⁸⁾ Peter Hoschka, Hermann Schunck (1975): Schätzung von Wählerwanderungen. Puzzlespiel oder gesicherte Ergebnisse? In: Politische Vierteljahresschrift 16, S. 491–539.

¹¹⁹⁾ Vgl. hierzu einige Aufsätze aus dem Sammelband von Max Kasse, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg., 1983): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen.

¹²⁰⁾ Erhard H. M. Lange (1975): Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan; Eckhard Jesse (1985): Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983, Düsseldorf.

¹²¹⁾ Ritter, Niehuss, a.a.O., S. 123–135.

¹²²⁾ Vgl. die sehr gute vergleichende Studie zu den deutschen Splitterparteien von Manfred Rowold: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Karl Dietrich Bracher (1974), Düsseldorf.

Förderung der Historischen Statistik durch das Statistische Bundesamt

Was kann die amtliche Statistik und insbesondere das Statistische Bundesamt eigentlich für die Historische Statistik leisten? Die Statistik hat die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Sie hat der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, daß diese Massenphänomene möglichst wirtschaftlich erfaßt und verwaltet werden, so daß eine möglichst vielfältige und vielseitige Nutzung stattfindet. Neben der Bereitstellung und Verbreitung von Daten sollten einige unserer Mitarbeiter – und das in Zukunft verstärkt – auch wissenschaftlich unmittelbar mit diesen Daten arbeiten.

Aber auch für die geschichtliche Entwicklung sollte angestrebt werden, möglichst viele Daten zu erfassen, so daß sie miteinander und mit den aktuellen Ergebnissen vergleichbar sind und in Verbindung mit anderen, nicht quantitativen Phänomenen, gesetzt werden können. In Zusammenarbeit der amtlichen Statistik und den statistisch arbeitenden Historikern sollte es gelingen, Daten zu erfassen, zu erheben, also zu produzieren, die dann für wissenschaftliche Arbeiten, aber auch jeden interessierten Nutzer zur Verfügung stehen. Kein Wissenschaftler sollte mehr – wie in der gestrigen Diskussion eindrucksvoll dargelegt – viele Jahre seines Lebens investieren müssen, um Informationen für einen begrenzten Bereich zu gewinnen. Die informationelle Grund- und Infrastruktur sollte er möglichst weitgehend bereits vorfinden.

In dem DFG-Schwerpunktprogramm „Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland“ sind bereits zahlreiche Statistikbereiche um lange historische Reihen bis in die vorstatistische Zeit ergänzt worden. Da in vielen Projekten das vorhandene Archivmaterial nur in Ansätzen oder gar nicht ausgewertet werden konnte, sollte bei einzelnen Projekten versucht werden, auch in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt die Datengrundlagen aufzuarbeiten. Die Kooperation des Amtes mit Historikern zur gezielten Bearbeitung von Datenlücken in der Historischen Statistik könnte einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der historischen Datenbasis darstellen. Ich biete hier, im Rahmen dessen, was möglich ist, die Hilfe meines Amtes an, die zum Beispiel darin bestehen kann, daß ein Fachmann eines bestimmten Teilgebiets aus seiner Erfahrung mit aktuellen Statistiken Amtshilfe leistet.

Eine stärkere Berücksichtigung historischer Daten oder Themen könnte verschiedenste Arbeiten unseres Hauses bereichern. Mögliche Ansatzpunkte wären

- stärkerer Nachweis historischer Reihen in den Fachserien,
- Ergänzung des Statistischen Jahrbuchs um ausgewählte historische Daten,
- Fortbildungsveranstaltungen einerseits für Historiker über die Arbeit des Statistischen Bundesamtes und andererseits für die Mitarbeiter des Amtes über Forschungsergebnisse der Historischen Statistik.

*) Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Eine interessante und wichtige gemeinsame Aufgabe für die Zukunft wäre die Herausgabe eines „Datenhandbuchs Historische Statistik“. Ähnlich wie das Statistische Jahrbuch für die Gegenwart sollte für die Historische Statistik ein Band geschaffen werden, der die Vielfalt historisch-statistischer Ergebnisse präsentiert. Basis dieses Gesamtwerks der Historischen Statistik könnte das vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Werk „Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972“ sein, das leider seit Jahren vergriffen ist. Dieses „Historische Jahrbuch“ könnte gemeinsam vom Statistischen Bundesamt mit Historikern herausgegeben und dann in regelmäßigen Abständen aktualisiert und neu aufgelegt werden.

Um eine kontinuierliche Forschungsarbeit im Bereich der Historischen Statistik sicherzustellen, ist eine Institutionalisierung, zum Beispiel in Form einer „Arbeitsgemeinschaft für Historische Statistik“ unumgänglich. Eine solche Arbeitsgemeinschaft sollte die vorhandenen Forschungsarbeiten koordinieren und Vorschläge für die langfristige Entwicklung dieses Aufgabengebiets machen. Zu den Aufgaben dieser Arbeitsgemeinschaft sollte es gehören, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß die Grundlagen der historischen Statistik weiter erforscht und verbreitert werden. Weiterhin sollte in diesem Gremium diskutiert werden, wo und wie eine Datenbank mit langen historischen Reihen geführt werden soll.

Mein Bestreben ist es auch, im Statistischen Bundesamt die Arbeiten im Bereich der Historischen Statistik zu intensivieren. Der Druck der Tagesaktualität führt sehr häufig dazu, daß die historischen Dimensionen unserer Arbeit vernachlässigt werden. Daher strebe ich langfristig an, daß einige Mitarbeiter kontinuierlich wissenschaftlich an Historischen Fragestellungen im Bereich der Bundesstatistik arbeiten.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß unsere Bereitschaft zur Mithilfe nicht damit erlischt, daß wir diese Veranstaltung heute ausgerichtet haben. Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Historische Statistik ist nicht nur ein Kulturgut, ein kulturelles Erbe oder Gegenstand von Forschungen der historischen Wissenschaft, sondern sie hat auch unmittelbar praktischen Aussagewert für politische Aufgabenstellungen.

Zukünftige Forschungsaufgaben der Historischen Statistik

Die Erarbeitung von langen Reihen, „Historische Statistik“ genannt, hat in den letzten zehn Jahren große Fortschritte gemacht. Die in den letzten beiden Tagen vorgestellten Projekte stellen nur eine begrenzte, von ihrer Thematik und Methodik her jedoch repräsentative Auswahl aus einer weitaus größeren Anzahl von laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekten dar. Ich darf nochmals kurz die wichtigsten Bearbeitungsschwerpunkte nennen, die im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms durchgeführt worden sind:

1. Die gewerbliche und industrielle Produktionsstatistik seit der Mitte des 18. Jahrhunderts.
2. Die Handels- und Finanzstatistik im 19. und 20. Jahrhundert.
3. Die Verkehrsstatistik und die Energiestatistik.
4. Die Agrarstatistik (zumindest ansatzweise).
5. Ausgewählte Gebiete der Sozialstatistik des 19. und 20. Jahrhunderts.
6. Regional oder lokal ausgerichtete Projekte zur Bearbeitung von Daten aus „vorstatistischer“ Zeit, d. h. aus der Zeit vor 1800.

Neben den Arbeiten im DFG-Schwerpunkt werden auch außerhalb dieses Schwerpunkts wertvolle Datensammlungen erstellt, von denen zwei – die Projekte von Herrn Titze zur Bildungsstatistik und von Frau Niehuss zur Wahlstatistik – hier vorgestellt worden sind. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang außerdem die in Bochum unter der Leitung von Wolfgang Köllmann durchgeführten Arbeiten zur historischen Bevölkerungsstatistik.

Dem Nutzer bieten sich also schon heute viele Möglichkeiten. Trotzdem werden auch nach Abschluß der laufenden Arbeiten – d. h. nach dem Auslaufen des DFG-Schwerpunktprogramms im Jahr 1991 – noch immer empfindliche Lücken und Forschungsdesiderate bestehen. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Zum einen konnten für viele Themen keine Bearbeiter gefunden werden, zum anderen war der von der DFG bewilligte Finanzierungsrahmen nicht groß genug, um alle beantragten Projekte zu fördern. Auch macht die dezentrale Organisation eines Schwerpunktprogramms es schwer, wenn nicht gar unmöglich, systematisch vorzugehen.

Auch nach Abschluß der laufenden Arbeiten werden wir daher noch nicht in der Lage sein, ein kompaktes Datenhandbuch zur Historischen Statistik von Deutschland vorzulegen. Dazu ist es notwendig, daß noch bestehende Lücken geschlossen werden. Ich nenne nur die wichtigsten:

1. Im Bereich Gewerbestatistik vor 1850 die außerpreußischen Staaten.
2. Im Bereich Industrieproduktion die Branchen Elektrotechnik, Chemie, eisenverarbeitende Industriebranchen, insbesondere die Werft-, Automobil- und Luftfahrtindustrien, aber auch die großen Konsumgüterindustrien.

*) Prof. Drs. Wolfram Fischer, Freie Universität Berlin.

3. Im Bereich Verkehr das Post- und Nachrichtenwesen sowie der Straßenverkehr und die Luftfahrt.
4. Der gesamte Bereich Bauwesen, insbesondere der Wohnungsbau.
5. Im Bereich Dienstleistungen das Banken-, Geld- und Kreditwesen sowie andere Dienstleistungsgewerbe und die öffentlichen Hände, insbesondere die Staatsfinanzen.
6. Teile der Binnen- und Außenhandelsstatistik.
7. Teile der Lohn-, Preis- und Einkommensstatistik.
8. Die (historische) Umweltstatistik.
9. Schließlich große Bereiche der Sozialstatistik.

Der Umfang und die Vielfalt dieser noch nicht oder nur teilweise bearbeiteten Bereiche mag erschrecken, denn ohne die Reihen aus diesen Themenbereichen wird ein umfassendes Datenhandbuch zur Historischen Statistik von Deutschland (oder auch ein einigermaßen komplettes elektronisches Datenarchiv) unmöglich sein. Die Frage ist, wie nach dem Auslaufen der Förderung durch die DFG die weitere Forschung auf dem Gebiet der Historischen Statistik organisiert und finanziert werden sollte, um ein gezieltes Schließen dieser Lücken zu ermöglichen.

Hier einen Denkprozeß einzuleiten, ist eines der Ziele dieser Tagung im allgemeinen und dieser Podiumsdiskussion im besonderen. Erlauben Sie mir deshalb zum Abschluß einige Bemerkungen zu dieser Frage.

Ich würde meinen, daß die weitere Bearbeitung der Historischen Statistik an wenigen Orten und gut koordiniert erfolgen sollte. Nur so erscheint es gewährleistet, daß die eben erwähnten Lücken geschlossen werden können. Außerdem müßten diese Arbeiten längerfristig personell und finanziell abgesichert werden.

Als vordringlich möchte ich zusammenfassend drei Aufgabenbereiche nennen:

1. Die Aufstellung einer historischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die möglichst weit bis 1870/80 zurückreichen sollte.
2. Eine historische Sozialberichterstattung.
3. Die Erarbeitung und Bereitstellung von Daten aus der vorstatistischen Zeit.

Als mögliche Standorte für diese zukünftigen Forschungsaufgaben bieten sich Berlin und Göttingen an. An beiden Orten kann auf einen großen Erfahrungsschatz bei der Erstellung von historisch-statistischen Reihen, auf eingearbeitete Teams von Projektmitarbeitern sowie auf z.T. umfangreiche Quellensammlungen rekurriert werden. Es wäre daher m.E. wünschenswert, innerhalb des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Göttingen sowie des Arbeitsbereichs Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Freien Universität Berlin jeweils Arbeitsstellen einzurichten, deren Aufgabe es wäre, Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Historischen Statistik langfristig zu planen und durchzuführen. Die Arbeitsteilung zwischen diesen beiden Zentren wäre eher chronologisch als thematisch: die

Göttinger Gruppe würde schwerpunktmäßig den Zeitraum bis etwa 1850, die Berliner den Zeitraum ab 1850 bearbeiten. Die Daten würden nach einheitlichen Kriterien und Methoden erhoben werden, um sie dann in eine gemeinsame Datenbank einspeisen zu können.

Dafür bieten sich zwei bereits bestehende Institutionen an, einmal das Zentrum für historische Sozialforschung in Köln, in dem bereits eine gewisse Infrastruktur bereitsteht. Allerdings hat dieses Zentrum sich bisher vorwiegend auf die Sammlung von Daten aus Forschungsarbeiten zur historischen Soziologie beschränkt. Für die Wirtschaftsstatistik gibt es ein solches Datenarchiv bisher noch nicht. Es könnte daher entweder bei den beiden Forschungsstellen errichtet werden oder aber beim Statistischen Bundesamt.

Die Mitwirkung dieses Amtes scheint mir von zentraler Bedeutung für die Zukunft jeder Historischen Statistik zu sein, denn die im Statistischen Bundesamt anfallenden gespeicherten und verarbeiteten Daten werden ja im Laufe der Zeit ohnehin zu „Historischer Statistik“. Wenn sich das Amt darüber hinaus auch der Sammlung, Pflege und Bereitstellung der im Forschungsprozeß außerhalb der amtlichen Statistik anfallenden Daten widmen könnte, würde es – ohne die ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben zu überschreiten – der historischen Forschung auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschafts-, Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturgeschichte einen unschätzbaren Dienst erweisen.

Wir sollten daher einen Verbund anstreben, in dem universitäre und außeruniversitäre Forschungsstellen mit der amtlichen Statistik eng zusammenwirken.

Eine Datenbank zur Historischen Statistik von Deutschland

Es braucht in diesem Kreis wohl nicht besonders betont werden, daß wir im Zeitalter des Computers leben. Vielleicht könnte man diese an sich platte Feststellung dahingehend erweitern (und gleichzeitig präzisieren), daß wir seit etwa zehn Jahren im Zeitalter des Personal Computers leben. Der Siegeszug der kleinen Rechner auf den Schreibtischen hat auch vor den ansonsten oft eher auf „bewährte und althergebrachte“ Arbeitsmethoden fixierten Historikern nicht haltgemacht. Auch für sie gehört heute der PC immer mehr zur Standardausrüstung. Es mag symptomatisch dafür sein, daß auf dem letzten Historikertag in Bamberg zum ersten Male eine der Sektionen sich dem Thema „EDV-gestützte Arbeitsmethoden“ gewidmet hatte. Sie war – einige der auch heute hier Anwesenden werden sich daran erinnern – sehr gut besucht, wenn nicht sogar hoffnungslos überfüllt. Die dort versammelten, zumeist jüngeren Historiker zeigten großes Interesse an den verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten im PC-Bereich, darunter auch an Datenbanklösungen.

Was für die Mehrzahl der Historiker erst seit einiger Zeit gilt, hat sicher für den Sozialwissenschaftler (oder auch den Wirtschaftswissenschaftler) bereits eine längere Tradition, obwohl auch hier erst in den letzten Jahren der Schritt vom Großrechner auf die „persönlichen Computer“ gemacht worden ist und PC-Standardprogramme die oft nur einem kleinen Kreis Eingeweihter bekannten Großrechnersprachen bzw. -programme in zunehmendem Maße ersetzt haben.

Was hat all das nun mit einer Datenbank zur Historischen Statistik zu tun? Um es kurz zu umreißen: auch eine öffentlich zugängliche Datenbank ist ein Dienstleistungsunternehmen und muß sich deshalb am Bedarf, an der Nachfrage orientieren. Die Durchsetzung des PC als Arbeitsinstrument im wissenschaftlichen Bereich heißt nichts anderes, als daß eine Datenbank mit historisch-statistischen Daten sich am PC-Benutzer orientieren muß, d.h. Daten für den Einsatz auf PC-Maschinen (derzeit nahezu ausschließlich im sogenannten DOS-Format) und für die Aufnahme und Weiterverarbeitung in PC-Standardprogrammen zur Verfügung stellen muß. Nur so ist gewährleistet, daß diese Daten später von dem einzelnen Forscher nutzbar verwendet werden und somit überhaupt nachgefragt werden. Es reicht m.E. daher nicht, historisch-statistische Daten auf Großrechnern zu speichern, gewissermaßen zu archivieren – obwohl auch dies eine wichtige Funktion einer elektronischen Datenbank ist. Es muß auf jeden Fall eine „Schnittstelle“ zur Umwelt des PC-Nutzers geben, und die gespeicherten Daten müssen „portabel“ sein, d.h. sie müssen auf gängigen Standardprogrammen der PC-Welt verwendbar sein.

Die im Rahmen des DFG-Schwerpunkts „Historische Statistik“ geplante Datenbank HISTAT wird diesen Bedürfnissen der Endnutzer Rechnung tragen und die Datenausgabe (Tabellen, Grafiken und erläuternde Texte) entweder in gedruckter Form und/oder in PC-lesbarer Form, also in Form von Dateien auf externen Datenträgern zur Verfügung stellen. Als Datenformat für die Ausgabe in Diskettenform wurde das Tabellenkalkulationsprogramm LOTUS 1-2-3

*) Dr. Andreas Kunz, Institut für Europäische Geschichte, Mainz.

gewählt, das mittlerweile zum „Weltstandard“ im Bereich der Tabellenkalkulation geworden ist (Weltmarktanteil ca. 70%). Daten im LOTUS-Format können daher sehr leicht in andere Programme übernommen und weiterverarbeitet werden. Die ausgezeichnete Portabilität von LOTUS-Dateien hat dazu geführt, daß z.B. die OECD-Statistiken in diesem Format herausgegeben werden. Auch die Daten der im Statistischen Bundesamt beheimateten Datenbank STATIS-BUND sind so strukturiert, daß sie in dieses Format konvertierbar sind. Mit der Option für die LOTUS-Umgebung scheint uns deshalb auch langfristig die Portabilität der Daten aus HISTAT gesichert zu sein.

Neben der Ausgabe von Disketten auf der Grundlage von Einzelanfragen könnten zu einem späteren Zeitpunkt auch Teileditionen größerer Datenbestände auf anderen Speichermedien (CD-ROM oder optischen Massenspeichern, sogenannten WORM-Disks) erfolgen. Hier muß allerdings die weitere technische Entwicklung dieser neuen Speicher und ihrer Akzeptanz durch die Benutzer noch abgewartet werden. Auch Probleme des Urheberschutzes treten bei einem derartigen Vertrieb von Massendaten auf, die noch keineswegs geklärt sind.

Soweit meine Bemerkungen zum „Output“ von HISTAT. Die Zeit reicht nicht, um Inhalt und Struktur der geplanten Datenbank im Detail vorzustellen. Daher nur einige zusammenfassende Bemerkungen.

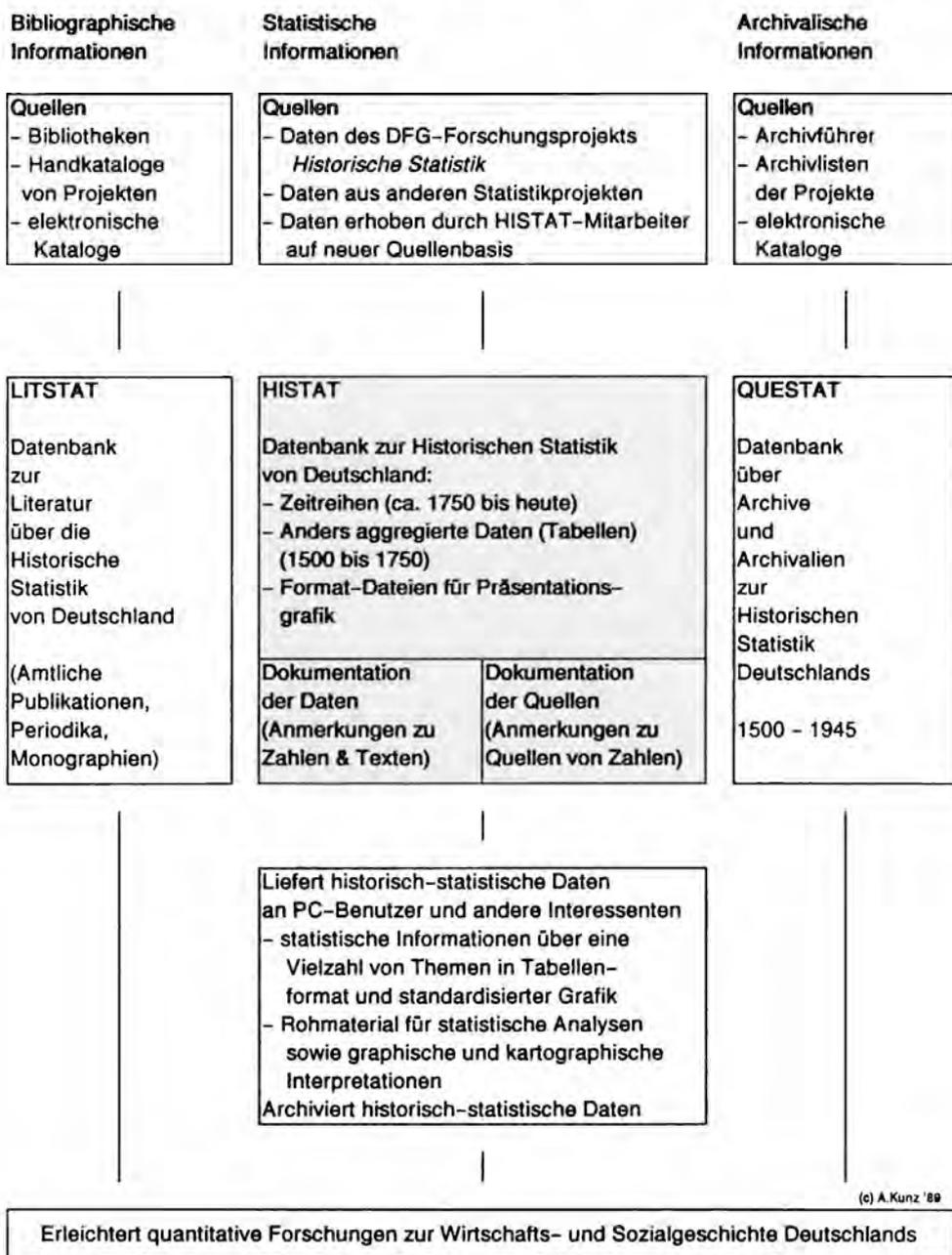
HISTAT ist als gemeinsame Datenbank für bereits vorliegende maschinenlesbare Daten aus den verschiedenen Projekten des DFG-Schwerpunkts konzipiert. Die in den einzelnen Projekten des Schwerpunkts erhobenen, durchweg numerischen Daten liegen derzeit in den verschiedensten Datenformaten vor. Sie müssen daher in ein einheitliches Format (LOTUS-Format) gebracht werden und können erst dann in einer gemeinsamen Datenbank (ORACLE for 1-2-3) gespeichert und verwaltet werden, deren Ausgabeoberfläche wiederum der Tabellenstruktur von LOTUS 1-2-3 entspricht. Auf die in der Datenbank befindlichen numerischen Daten kann dann selektiv und mit großer Flexibilität mittels SQL, einer Standardabfragesprache für Datenbanken, zugegriffen werden. Jede erfolgreiche SQL-Abfrage generiert demnach eine neue Tabelle im LOTUS-Format, die an den Auftraggeber der Recherche weitergegeben werden kann; Tabelleninhalte können zudem graphisch interpretiert werden, wobei bestimmte Standardformate des Spreadsheet-Publishers ALLWAYS benutzt werden.

Neben den historisch-statistischen Daten in numerischer Form (also den Langzeitreihen) wird HISTAT auch die notwendigen Datendokumentationen enthalten, also Anmerkungen zu den Ziffern und Quellenangaben. Langfristig ist geplant, zwei weitere Datenbank-Bereiche aufzubauen, die dem Benutzer neben den numerischen Daten bibliographische Informationen (Literatur zur Historischen Statistik in LITSTAT) und Angaben zu Quellenbeständen in Archiven (QUESTAT) geben sollen.

Die Datenbank HISTAT befindet sich derzeit noch in der Konzeptions- bzw. Aufbauphase. Die Datenbasis beschränkt sich vorerst auf maschinenlesbares Material aus dem DFG-Schwerpunkt, das somit für die weitere Nutzung gesichert wird. Es sei betont, daß dieses Material in vielen Fällen über die im Rahmen des Schwerpunkts publizierten Datenhandbücher hinausgehen wird, besonders in seiner regionalen Tiefengliederung. Als späterer Standort der Datenbank kommen die eben von Herrn Fischer genannten möglichen zukünftigen Zentren

für historische Statistikforschung, Berlin und Göttingen, in Betracht. Es sei hier betont, daß keine „Insellösung“ geplant ist. Kooperation und Datenaustausch mit bereits bestehenden Datenbanken, etwa mit STATIS-Bund oder mit den in Köln geplanten Datenbanken, ist daher kein Lippenbekenntnis, sondern notwendiger Bestandteil dieser Arbeiten, schon um Doppelarbeit und Redundanzen zu vermeiden. In diesem Sinne bin ich guten Mutes, daß HISTAT vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt Bestandteil eines Netzes, eines Datenverbundes sein wird, das dann in seiner Gesamtheit ein elektronisches Datenarchiv zur Deutschen Geschichte werden könnte.

ABB. 1 HISTAT: Datenbank zur Historischen Statistik von Deutschland
 - Allgemeine Struktur -

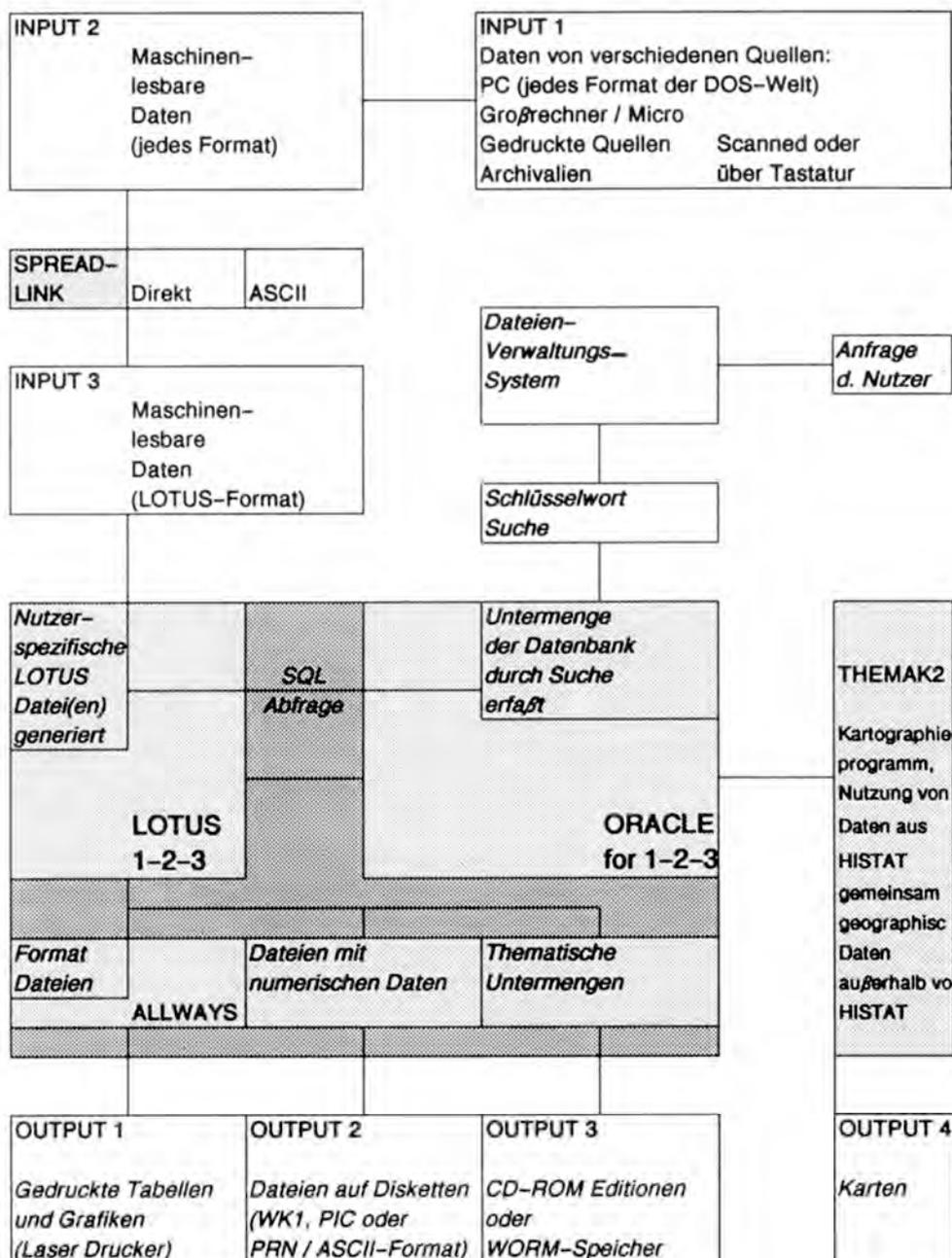


(c) A. Kunz '89

ABB. 2

Datenbank zur Historischen Statistik

- Struktur von HISTAT -



Harald Uhl*)

Wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

Der 1. Januar 1987 ist zu einem historischen Datum für die historische Statistik und die historische Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland geworden. An diesem Tag begann als jüngstes Glied in der großen Familie der von Bund und Ländern gemeinsam in der Blauen Liste geförderten Forschungseinrichtungen die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e. V. (GESIS) an den drei Standorten in Mannheim, Bonn und Köln ihre Tätigkeit. Auf der Grundlage eines Gutachtens des Wissenschaftsrates wurde sie aus drei bestehenden Einrichtungen gebildet:

- dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e. V. (ZUMA) in Mannheim,
- dem Informationszentrum Sozialwissenschaften in Bonn und dem
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln.

Im Rahmen des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln bildet das Zentrum für historische Sozialforschung (ZHSF) eine wissenschaftlich autonome Abteilung. Mit einer Startausstattung von drei wissenschaftlichen und einem informationstechnischen Mitarbeiter hat damit erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine institutionell gesicherte Einrichtung für die historische Sozialforschung und wesentlicher Gesichtspunkte der historischen Statistik ihre Arbeit aufgenommen. Die räumliche und organisatorische Verbindung mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Erwin K. Scheuch bietet Möglichkeiten der Zusammenarbeit in datentechnischer und methodischer Hinsicht, die Einbeziehung des Gesamtkonzepts von GESIS macht das ZHSF zu einem Teil eines dezentralen Infrastrukturkonzepts für die deutschen Sozialwissenschaften, das international inzwischen breite Anerkennung gefunden hat und vielfach als vorbildlich bezeichnet wird.

Das ZHSF konnte bei seiner Einbeziehung in die Struktur von GESIS bereits auf eine zehnjährige, erfolgreiche Arbeit zurückblicken. In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den siebziger Jahren damit begonnen, eine wissenschaftliche Infrastruktur für die quantitative historische Forschung bzw. die historische Sozialforschung zu bilden. Besondere Bedeutung kommt dabei der im europäischen Raum ältesten und mit Abstand größten Mitgliederorganisation in Form der „Arbeitsgemeinschaft für Quantifizierung und Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung e. V.“ (QUANTUM) zu. Fast alle wichtigen Initiativen auf dem Bereich der quantitativen historischen Forschung in den zurückliegenden 14 Jahren wie die Gründung der Zeitschrift „Historical Social Research – Historische Sozialforschung“ und auch die Gründung des ZHSF 1977 gehen auf diese Vereinigung zurück. Das ZHSF konnte in den ersten zehn Jahren seiner Tätigkeit lediglich auf Projektzuwendungen und -förderungen in unterschiedlicher Höhe und mit erheblichen Unsicherheiten aufbauen. Um so eindrucksvoller und anerkennenswerter ist es, daß der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme

*) Dr. Dr. Harald Uhl, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn.

vom Januar 1986 darauf verweisen konnte, daß trotz finanzieller Engpässe und verringerter Arbeitskapazität die Publikationen des ZHSF in vollem Umfang weitergeführt und in einigen Bereichen sogar noch ausgebaut werden konnten. So wurde z. B. die Serie „Datenhandbücher für die empirische Sozialforschung“ 1983 neu begründet. Die Auswahlbibliographie der Mitarbeiter und Mitglieder des ZHSF verzeichnete für die Zeit von 1979 bis 1985 insgesamt 45 Titel. Der Wissenschaftsrat hat sich deshalb uneingeschränkt für die institutionelle Förderung des ZHSF und die Einbeziehung in das GESIS-Konzept ausgesprochen.

Inzwischen hat das ZHSF sein für die kleine Gründungsmannschaft nach wie vor erstaunlich breites Arbeitsprogramm in folgenden Bereichen aufgenommen:

- Erschließung, Archivierung und Bereitstellung maschinenlesbarer Forschungsdaten der historischen Sozialforschung;
- methodisch technische Beratung bei der Planung und Durchführung quantitativer Analysen historischer Daten sowie bei der sekundäranalytischen Nutzung von bereits archivierten historischen Forschungsdatensätzen;
- Entwicklung und Anwendung von numerischen und nicht-numerischen Verfahren zur computergestützten Erfassung, Verarbeitung und Analyse historischer Quellen;
- Durchführung eigener Forschungsprojekte, insbesondere solcher mit Methoden-Daten oder datenverarbeitungsorientierter Ausrichtung, auch als Drittmittelvorhaben;
- Vermittlung forschungsrelevanter Information durch periodische Publikationen (u. a. durch die wissenschaftliche Zeitschrift *Historical Social Research*/Historische Sozialforschung);
- Veranstaltungen von nationalen und internationalen Kongressen, Konferenzen und Fachtagungen;
- Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch die alljährlich in den beiden letzten September-Wochen stattfindenden Seminare zur Methodik der historischen Sozialforschung.

Außerdem unterstützten die Mitarbeiter des ZHSF den Mitgliederverband QUANTUM und die internationale Dachorganisation Interquant, deren Generalsekretariat sich ebenfalls im ZHSF befindet, bei der Betreuung des internationalen Netzwerkes der quantitativen historischen Forschung. Das Zentrum steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Privatdozent Dr. Wilhelm H. Schröder, seine wissenschaftliche Arbeit wird unterstützt durch einen Fachbeirat unter Vorsitz von Prof. Dr. Heinrich Best, Köln, während Prof. Dr. Falter, Berlin, das ZHSF im Fachbeirat des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung vertritt.

Diese strukturelle Sicherung der historischen Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland hat zweifellos zur weiteren Sicherung der Leistungsfähigkeit der historischen Sozialforschung der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Konzert beigetragen. Umfang und Qualität der Publikationen, der Beratungstätigkeit und der Fortbildungsveranstaltungen sind eindrucksvoll und finden weithin Anerkennung. Trotzdem soll das jetzt erreichte Stadium weder Schlußpunkt noch Anlaß sein, auf wissenschaftlichen oder administrativen Lorbeeren auszuruhen. Ich möchte vielmehr die Gelegenheit dieser Podiums-

diskussion wahrnehmen, um Vorstellungen für den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen für die historische Sozialforschung und die historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland mit Ihnen zu diskutieren.

Die erheblichen und wichtigen Aufgaben der historischen Sozialforschung, ihr weit fortgeschrittener methodischer Stand und die vielfach sich ihr erschließenden Quellenzugänge werden es ohne Zweifel erforderlich machen, die Ausstattung des ZHSF in Köln zu erweitern. Praktische Ansatzpunkte dazu wird die erste Überprüfung der GESIS-Konzeption durch den Wissenschaftsrat liefern, die vereinbarungsgemäß in den Jahren 1991/92 durchzuführen sein wird. Bei aller Freude und Anerkennung der im ZHSF geleisteten Arbeit bin ich mit dessen Mitarbeitern und dem wissenschaftlichen Fachbeirat aber völlig einer Meinung, wenn wir nicht ein Konzept anstreben, in dessen Mittelpunkt eine große zentrale Einrichtung für die Vielfalt der wissenschaftlichen Anwendungsfelder der historischen Sozialforschung und Statistik steht. So wie die Gesamtkonzeption GESIS organisch gewachsen ist und auf dezentral, föderalistisch organisierten Einrichtungen aufbaut, möchte ich den dezentralen Ausbau der Infrastruktureinrichtungen für historische Sozialforschung und Statistik der Bundesrepublik vorschlagen. Ziel könnte sein, daß an einer durchaus überschaubaren Zahl von Orten, ich nenne einmal probe- und stichwortartig München, Mannheim, Wiesbaden, Frankfurt, Bielefeld und Berlin, Arbeitseinheiten an universitären oder außeruniversitären Einrichtungen entstehen bzw. bereits bestehende Einheiten strukturell gesichert werden, so daß auf diese Weise ein ständiges Netzwerk für die wissenschaftliche Infrastruktur der historischen Sozialforschung und Statistik entsteht. Als Partner könnte ich mir – Sie haben es bei der Nennung der Orte vermutlich bereits identifiziert – Universitäten in München, Bielefeld und Berlin, Einrichtungen wie das Deutsche Jugendinstitut in München, das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, das ZUMA in Mannheim und das Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt oder das Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen vorstellen. Einige der genannten Einrichtungen werden jetzt mehr, die anderen weniger überrascht sein, wie sie auf diese Wunschliste gelangen. Ich gestehe freimütig zu, daß es sich dabei um eine etwas spontan entstandene Liste handelt, bei der allerdings zum Großteil bestehende Arbeitskontakte des ZHSF miteinbezogen wurden. Darüberhinaus ist mit dieser Überlegung auch der Gedanke von arbeitsteiligen Schwerpunkten verbunden, so wenn ich etwa an die Familien- und Jugendforschung und deren historische Komponenten am Deutschen Jugendinstitut in München oder an sozial- und rechtsgeschichtliche Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt denke.

Auch ein solches Netzwerk sollte und müßte organisch wachsen und dürfte nicht durch übereilte strukturelle Verfestigungen in ein möglicherweise gar nicht passendes Raster gedrängt werden. Als außerordentlich nützlich für das Sammeln von Erfahrungen und den Aufbau von leistungsfähigen Infrastrukturen hat sich für den Bundesforschungsminister in verschiedenen Bereichen, nicht zuletzt bei den Sozialwissenschaften, die Einrichtung von Forschungsverbänden erwiesen. Ich möchte daher meinen Beitrag mit dem Hinweis auf die Möglichkeit eines solchen Forschungsverbands abschließen, ein Forschungsverbund, in dessen Rahmen aufgrund eines gemeinsamen Forschungsprogramms Einrichtungen sehr unterschiedlicher Art zu einem gemeinsam gewählten Thema arbeitsteilig mehrere Jahre zusammenarbeiten. Die Finanzierung erfolgt entweder über bestehende institutionelle Quellen oder auf dem Weg zusätzlicher Projektförderung. Da, wie ich gehört habe, der gegenwärtige

Schwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Historische Statistik“ 1991 zu Ende geht, wäre möglicherweise in der Folge ein solcher Forschungsverbund das geeignete Instrument für den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen für die historische Sozialforschung und die historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn diese Meinung Zustimmung findet, ist es nicht zu spät, jetzt mit den Vorbereitungen zu beginnen.

Journalistischer Umgang mit historischen Statistikdaten

Journalistische Texte wenden sich an fachlich nicht oder nur wenig vorgebildete Leser. Dies zwingt inhaltlich oft zu groben Vereinfachungen. Fachausdrücke können nur ausnahmsweise und nur nach platzraubenden Erläuterungen verwendet werden. Um nahe an der Anschauung zu bleiben, haben die Schilderung handelnder Personen und die Beschreibung konkreter Lebensumstände im Vordergrund zu stehen. Abstrakte Trends, Wachstumsprozesse, „lange Wellen“, „demographische Übergänge“ u. ä. können demgegenüber nur recht kurz skizziert werden. Sie sollten nach Möglichkeit sofort mit konkreten Fällen illustriert, bei der Schilderung handelnder Personen mit „eingeschmuggelt“ oder mit Hilfe von Metaphern veranschaulicht werden.

Journalistik ist somit weitgehend abstraktionsfeindlich. Die Statistik gewinnt demgegenüber gerade durch umfangreiche Abstraktionsprozesse aus zahlreichen Einzelschicksalen und -daten neue Erkenntnisse. Journalisten und Statistiker arbeiten also zunächst einmal gegenläufig. Dies spiegelt sich unmittelbar in der nur sparsamen Verwendung statistischer Daten in journalistischen Texten wider.

Dies bedeutet keineswegs, daß historische Statistikdaten für die journalistische Arbeit irrelevant wären. Statistisches Material geht zum einen in die Urteilsbildung des Journalisten ein. Insofern statistische Daten die zur Interpretation der historischen Realität verwandten Theorien bestätigen bzw. falsifizieren, prägen sie die „Optik“ des Journalisten. Auch wenn die Daten selbst nur in geringem Umfang zitiert werden, können statistische Erhebungen somit in hohem Maße eine journalistische Schilderung beeinflussen.

Zum zweiten liefern statistische Daten einem Journalisten oft den Ausgangspunkt, konkrete Lebensumstände und individuelle Situationen idealtypisch zu rekonstruieren: „Um 1700 wurde eine Frau im Durchschnitt alle zweieinhalb Jahre schwanger. Heiratete sie mit zwanzig, so bekam sie acht bis zehn Kinder“. Diese Aussage konnte erst auf Basis abstrakter demographischer Zeitreihen zur Fertilität formuliert werden. Diese Zeitreihen können nur selten „nackt“ zitiert werden. Sie erlauben es aber gelegentlich, den statistischen Abstraktionsprozeß kontrolliert rückgängig zu machen und idealtypisch wieder auf die individuelle Lebenssituation zu fokussieren.

Auch wird sich ein Journalist nicht (sollte sich zumindest nicht) mit nackten Daten von Preisbewegungen begnügen. Die Zahlen des Anstieges der Brotpreise am Vorabend der Französischen Revolution werden aus journalistischer Sicht erst in Verbindung mit den Daten des Anteils der Ausgaben für Brot am Familienbudget interessant; dann erst läßt sich erahnen, was die Brotpreissteigerung für die einzelne Familie konkret bedeutete.

Wegen ihres starken Interesses an Material, welches individuelle Lebensumstände beleuchtet, sind Journalisten oft dankbar für Texte, welche aus der Perspektive der „Geschichte von

*) Dr. Wolfgang Zank, DIE ZEIT, Aalborg/Dänemark.

unten“, „oral history“ oder „historischen Ethnographie“ geschrieben wurden. Ähnliches gilt für ganz traditionelle Texte der Geschichtsschreibung „von oben“, insofern sie beispielsweise sehr biographisch orientiert sind. Damit ist selbstverständlich kein Urteil über Stärken und Schwächen der verschiedenen Richtungen in Geschichts- oder Sozialwissenschaft impliziert. Die hier genannten Vorlieben basieren ausschließlich auf der für den Journalisten essentiellen Nähe zur Anschauung.

Was die Produktion historischer statistischer Zeitreihen betrifft, so wecken aus journalistischer Sicht neue Daten, welche kleinräumige Verhältnisse möglichst konkret erhellen, zunächst mehr Interesse als hochaggregierte Daten. Hochaggregierte Daten finden in der Regel erst über einen Umweg, dann nämlich, wenn sie zu einer erheblich anderen theoretischen Sicht der betreffenden Periode oder des betreffenden Problems führen, Eingang in journalistische Texte. Die Betonung liegt hierbei auf „erheblich anders“. Nuancen, welche den Theoretiker aus gutem Grund fesseln, kann ein Journalist fast nie berücksichtigen.

Nicht selten empfiehlt es sich bei der Abfassung journalistischer historischer Texte, die Quellen ausführlich zu zitieren. Die Vorgehensweise des Autors und seine Informationsgrundlage werden auf diese Weise transparenter, es läßt sich einiges an Zeitkolorit transportieren, und außerdem ist der Leser eher in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Auf der anderen Seite steht oft nicht viel Zeit für eigene Archivstudien zur Verfügung. Quellensammlungen oder wissenschaftliche historische Arbeiten, die ihrerseits ausführlich Quellen zitieren, sind einem Journalisten daher immer willkommen.

Im konkreten Fall der Historischen Statistik wäre es aus journalistischer Sicht damit ein Nachteil, falls bei Publikation der derzeit laufenden umfangreichen Arbeiten „nur“ aggregierte Zahlenreihen veröffentlicht werden würden. Bereits einige wenige exemplarische Beispiele aus dem umfangreichen Archivmaterial wären für die journalistische Arbeit wertvoll.

Der Nutzen derartiger exemplarischer Beispiele stiege natürlich erheblich, sofern sie mit sachkundigen Erläuterungen versehen wären („Beispiel für eine dem statistischen Durchschnitt sehr nahe kommende Bauernfamilie“ oder „vom Durchschnitt sehr abweichender und damit die Spannweite des statistischen Materials illustrierender Fall“).

Hier deckt sich das journalistische Interesse vermutlich mit dem anderer potentieller Benutzergruppen historischer Statistik wie Lehrern oder wissenschaftlichen Autoren, die Wert darauf legen, ihre Ergebnisse sehr anschaulich zu präsentieren.

Die Nachfrage nach historischen Statistikdaten und deren Förderung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

1 Ziel und Aufgaben der amtlichen Statistik

Die Nutzung von amtlichen Statistikdaten durch die Historische Statistik erfordert die Kenntnis von Ziel, Aufgabe und Möglichkeiten der amtlichen Statistik. Nach § 1 Bundesstatistikgesetz hat diese „Daten über Massenerscheinungen“ für „Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung“ bereitzustellen und zu analysieren. Klarer, wenn auch blumiger, ist die Aufgabe für Württemberg schon 1821 (!) in einem Dekret des Departements der Finanzen des Königreichs Württemberg beschrieben. Danach hat das Statistische Bureau „eine genaue und vollständige Landes-, Volks- und Ortskunde von Württemberg zu liefern und Veränderungen sorgfältig zu sammeln, so daß jede Regierungsbehörde und jeder Württemberger fortdauernd eine richtige und umfassende Kenntnis von dem Zustand und den Verhältnissen des Vaterlandes sich zu verschaffen Gelegenheit habe“. Eine wahrhaft moderne, wissenschaftsfreundliche Vorstellung von amtlicher Statistik, der damit eine allgemeine Kulturfunktion zugeschrieben wird. Da aber auch nur informierte Bürger verantwortlich entscheiden können (Bundesverfassungsgericht), ist der verlangte Zugang zu statistischen Ergebnissen gleichzeitig auch die Grundlage für ein funktionierendes demokratisches Staatswesen. Die zunehmende Verrechtlichung auch und gerade der amtlichen Statistik, insbesondere die Detailregelungen des Datenschutzes, behindern jedoch diese Art der Nutzung heute stärker als je zuvor. Gleichwohl bleibt als **Auftrag** an die amtliche Statistik:

- ein (möglichst aktuelles) statistisches **Gesamtbild** über die Gesellschaft zu liefern,
- Daten auch für kleine Gebiete des Staates (z.B. Gemeinden) vorzuhalten und
- Informationen **allen**, nicht nur der (Staats-)Verwaltung verfügbar zu machen.

Hieraus folgt, daß die amtliche Statistik (obwohl natürlich Teil der Staatsverwaltung) in ihrer Arbeit eher einem wissenschaftlichen Dienstleistungsbetrieb als einer klassischen Verwaltungsbehörde entspricht.

Wenn speziell der Historischen Statistik gedient werden soll, ist von der amtlichen Statistik vor allem ein Essential zu beachten: Die verfügbaren Daten sollten in der Zeit möglichst sachlich und räumlich gut vergleichbar sein, d.h.

- Änderungen nur, wenn sie unvermeidbar sind,
- möglichst kleinräumige Daten, die sich leicht zu beliebigen Räumen zusammenfassen lassen,
- variable Stichproben (fast) nur für den aktuellen Bedarf.

*) Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

2 Die Befriedigung des Informationsbedarfs durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg

Mit kaum mehr nachvollziehbarer Akribie haben die früheren Statistiker wichtige statistische Informationen auf Papier festgehalten. Heute liegen diese Datenschatze (jedenfalls in Baden-Württemberg, in anderen Bundesländern wohl aber ähnlich)

- im Staatsarchiv als zumeist unveröffentlichtes Material und
- in der Bibliothek des Amtes.

Von Anfang an hat die amtliche Statistik eine zumeist sehr auf die Darstellung von Entwicklungen bedachte Veröffentlichungstätigkeit entwickelt. In Baden-Württemberg kennt man – seit 1818 – die Jahrbücher für Statistik und Landeskunde bzw. deren Vorgänger. Zahlreiche Veröffentlichungsreihen schließen sich heute an, die dem Interessierten eine Fülle von Daten – auch speziell für geschichtliche Betrachtungen angelegt – liefern können (so z. B. die württembergischen Oberamtskarten, die älteren Oberamtsbeschreibungen, die jüngeren Kreiskurzbeschreibungen und einzelne Zeitreihendarstellungen). Historisch von besonderem Wert ist sicher auch das Material einer vom Statistischen Landesamt in Württemberg 1948 durchgeführten Umfrage bei den Gemeindeämtern über Ereignisse und Zerstörungen in den letzten Kriegsjahren.

Die Bibliothek des Amtes verfügt über viele veröffentlichte und unveröffentlichte Unterlagen; sie ist für den allgemeinen Publikumsverkehr frei. Veröffentlichungen haben allerdings insofern nur begrenzten Wert, als sie mengenmäßig limitiert und in Form und Gehalt von den jeweiligen (Staats-)Grenzen bestimmt sind.

Im Zeichen moderner Technik haben sich in den letzten Jahrzehnten neue Formen der Datenbereitstellung herausgebildet. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verfügt heute über ein ca. 6000 Magnetbänder umfassendes elektronisches Archiv, das statistikbezogen organisiert ist. Für historische Forschungen wichtiger ist (und in Zukunft noch mehr) die allgemeine Verfügbarkeit von statistischen Datenbanken. Das Statistische Landesamt begann vor 1970 mit der systematischen Speicherung von zumeist auch regional tiefgegliederten Daten (teilweise bis weit in die Vergangenheit – derzeit bis 1871 – zurück.)¹⁾ Heute steht im Landesinformationssystem Baden-Württemberg ein technisches Instrument in Form eines Datenbanksystems zur Verfügung, das ca. zwei Milliarden Faktendaten über alle Lebensbereiche (zumeist, aber nicht ausschließlich, aus der amtlichen Statistik) umfaßt und darüber hinaus Nachweise über wichtige Dokumente (Parlamentsmaterial – seit 1976, Gesetze und Rechtsverordnungen – Gültigkeit ab 31. 01. 1980, Amtsveröffentlichungen – ca. 11 000 – teilweise bis 1820 zurückreichend, Landesbibliographie für die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg – jährlich ca. 8000 Dokumente) enthält. Da eine flexible Auswertung möglich ist, stellt dieses Landesinformationssystem mit Sicherheit eine Fundgrube auch für den historisch Forschenden dar. Die statistischen Datenbanken sind – im Rahmen der statistischen Geheimhaltungsregeln und

¹⁾ Leider kam um 1970 eine vom Statistischen Landesamt dringend befürwortete Datenbankkonzeption für alle Länder und den Bund nicht zustande.

des allgemeinen Datenschutzes – für jedermann zu moderaten Kosten direkt (u. a. Btx) und indirekt zugänglich.

Archive und Datenbanken hätten wenig Wert, wenn ihre Nutzung nicht technisch-organisatorisch besonders begleitet werden würde: Gerade für statistische Datensammlungen ist eine fachkundige Beratung des Konsumenten dringend erforderlich. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat deshalb einen zentralen Auskunftsdienst eingerichtet, der alle Anfragen bearbeitet, die nicht eindeutig fachbezogen beantwortet werden können. Darüber hinaus haben spezielle Nutzer mit Fachkenntnissen einen direkten Zugriff auf die Datenbanken, die keine Individualdaten enthalten. An dieser Stelle sei angemerkt, daß Konsumentenwünsche nach Individualdaten der amtlichen Statistik in vielen Fällen sachlich nicht erforderlich sind und daher aufwendige Anonymisierungsmaßnahmen vermieden werden können.

Der zentrale Auskunftsdienst des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg bearbeitet jährlich fast 4000 Anfragen, wobei jeweils ein Drittel aus der Verwaltung, der Wissenschaft und der privaten Wirtschaft kommt. Zwar hat nur ein kleiner Teil eindeutig den Charakter historischer Forschung (es gibt leider keine Statistik über den Verwendungszweck), doch sind derzeit jährlich etwa 60 Anfragen (steigende Tendenz) zu beantworten, die mit Sicherheit originär historischen Bezug haben. Dabei spielen nicht zuletzt Heimatbücher eine beachtliche Rolle. Der vergleichsweise kleine Anteil an Anfragen (weniger als 2%) darf nicht über den Umfang der Arbeit hinwegtäuschen: Historische Anfragen sind zumeist erheblich umfangreicher und komplexer als aktuelle Datenforderungen. Jedenfalls ist ein Mitarbeiter des Amtes speziell mit diesem Aufgabenbereich befaßt. Und dies alles ohne besondere Werbung – das Amt muß mit knappen Personal-Ressourcen auskommen und könnte einen Nachfrageboom derzeit (leider) nur schwer bewältigen.

3 Die weitere Entwicklung

Unsere schnellebige Zeit ruft – vielleicht als Reaktion – wieder ein stärkeres Interesse an der Vergangenheit wach. Die Nachfrage nach historisch bedeutsamen Fakten und Daten, die natürlich über die Zeit vergleichbar sein müssen, wächst deutlich. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat sich entschlossen, ein „Haus der Geschichte“ einzurichten. Andererseits sind der Trend nach zunehmender Privatheit (Stichworte: Datenschutz und Freiwilligkeitsprinzip bei statistischen Erhebungen) und nach Reduktion der Kosten für Statistik eine starke Triebfeder, die Verfügbarkeit von Daten der amtlichen Statistik in fachlicher und regionaler Hinsicht einzuschränken. Da die amtliche Statistik ohnedies nur aufgrund von Gesetzen bzw. Rechtsverordnungen tätig werden kann und Politiker (auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung) nach Einschränkung der Statistik rufen, besteht die große Gefahr, daß die amtliche Statistik für die Geschichtswissenschaft infolge zunehmenden Datenmangels künftig an Wert verliert. Da die Gegenwart Geschichte der Zukunft ist, sollte jedoch die (statistische) Gegenwartsbeschreibung als kulturelles Erbe weitergetragen werden. Mit ad-hoc zusammengestellten Stichprobenerhebungen auf freiwilliger Basis ist zwar möglicherweise ein aktueller Informationsbedarf zu unterstützen, einer seriösen Geschichtswissenschaft auf Dauer aber wenig gedient. Allerdings ist es Sache der Konsumenten der amtlichen Statistik (und nicht dieser selbst), beim Gesetzgeber auf Wahrung der Interessen zu drängen.

Was ist darüber hinaus zu tun? Eine engere Kooperation zwischen Geschichtswissenschaft und amtlicher Statistik ist sicher zweckmäßig. Der Zugang von Historikern zu Daten der amtlichen Statistik muß weiter erleichtert werden. Hierzu dient nicht zuletzt auch eine verbesserte Technik. Allerdings darf man von einer solchen zwar viel, aber nicht alles erhoffen. Die Technik fordert z. B. eine Exaktheit der Arbeit, die nicht immer erreichbar ist. Groß ist auch die Gefahr, daß man rechentechnische Algorithmen unkritisch anwendet, weil Hemmschwellen des Arbeitsaufwandes weit hinausgeschoben werden (die Maschine kann billig rechnen). Rechnen läßt sich formal vieles; die Frage bleibt, ob damit eine sachgerechte Information gewonnen wird. Schließlich ist der Technikeinsatz selbst eine sich in der Zeit wandelnde Größe. Die maschinelle Datenverarbeitung steckt noch in einer rasanten Entwicklung, die jeweils nachvollzogen werden muß, wenn man den Nutzen der Technik erhalten will. Dezentrale und fachspezifische oder auch nur spezielle Systeme erfordern deshalb einen Arbeits- und Pflegeaufwand, der nicht unterschätzt werden darf. Dadurch könnte der eigentlichen wissenschaftlichen (Analysen-)Arbeit wertvolle Kapazität verlorengehen. Beide Aspekte sprechen dafür, daß – statt mit eigenständigen Systemen – kooperativ mit Universal-systemen (z. B. der amtlichen Statistik) gearbeitet werden sollte.

Podiumsdiskussion

Moderator: Professor Dr. Jürgen Kocka

Freie Universität Berlin

Vielen Dank für die eindrucksvollen Einführungsstatements. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich gleich die generelle Diskussion eröffnen. Wir sollten im folgenden vor allem die Frage diskutieren, wie die bisherigen Arbeiten auf dem Gebiet der Historischen Statistik fortgesetzt, weiterentwickelt und koordiniert werden können. Der Vorschlag der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Historische Statistik“, ihre Aufgaben und Zielsetzungen, das vorgeschlagene Datenhandbuch „Deutsche Historische Statistik“ sowie die Datenbankproblematik sind wohl die Hauptgegenstände. Aber sicher besteht auch die Möglichkeit, andere generelle Aspekte dieser Tagung nochmals aufzunehmen.

Prof. Dr. Kaufhold (Universität Göttingen) Vielen Dank, daß wir die Gelegenheit zur Wortmeldung haben. Das ist ja bei Podiumsgesprächen keineswegs selbstverständlich: Sozusagen von unten zwar nicht Geschichte zu machen, aber sich von dort zu melden. Ich nehme die Gelegenheit gern wahr und möchte mich zunächst bei den Herren auf dem Podium herzlich dafür bedanken, daß nach ihren Äußerungen über das Wie oder vielleicht auch das Wohin Einmütigkeit besteht. Es scheint niemand der Auffassung zu sein, die Historische Statistik solle mit dem Ende des verdienstvollen Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu den Akten gelegt werden. Das halte ich aus der Sicht derer, die viele Jahre daran gearbeitet haben, für ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis. Es ist dort in den vergangenen 10 Jahren viel erreicht, aber aufgrund der notwendigen Konstruktion eines Schwerpunktprogramms vieles recht unsystematisch erarbeitet worden. Und es scheint mir geradezu zwingend, gezielt, d.h. systematisch weiterzumachen. Es wird darauf ankommen, die Lücken, die geblieben sind (und da hat das Schwerpunktprogramm ja deutliche Vorarbeiten geleistet), genau zu bezeichnen und dann systematisch zu schließen. Das könnte sicherlich auf verschiedene Art und Weise organisatorisch bewältigt werden. Denkbar wäre etwa eine Institution, die das sozusagen monopolartig macht und die sagt, was gemacht werden muß. Denkbar wäre auch eine stark dezentrale Lösung. Ich glaube, die erste Lösung einer „Monopolstelle“ wäre nicht glücklich, weil das Arbeitsfeld zu vielgestaltig ist und man damit ganz erhebliche Bestände an Sachverstand ausschlösse. Eine völlige Dezentralisierung auf der anderen Seite wäre auch nicht günstig, denn damit haben wir im Bereich des Schwerpunktprogramms, sagen wir es einmal ganz vorsichtig, nicht nur positive Erfahrungen gemacht. Ich möchte deshalb, um es mit einem Schlagwort zu sagen, eine „strukturierte Dezentralisierung“ fordern, d.h. eine Dezentralisierung, die nicht ins Unbestimmte geht,

sondern die Strukturen aufweist. Dazu möchte ich auf den Vorschlag von Herrn Fischer hinweisen. Dieser Vorschlag ist nicht nur von der Sache her wohlbegründet, sondern hat auch die spezifischen Fähigkeiten möglicher Bearbeiter angemessen berücksichtigt.

Für die „vorstatistische Zeit“ gebe ich eine Meldung für Göttingen ab: Wir haben eine lange Erfahrung auf diesem Gebiet. Wir verfügen über preis- und lohngeschichtliche Sammlungen, die ja einen sehr wesentlichen Bestandteil auch einer frühen Statistik abgeben. Das bedeutet selbstverständlich nicht (und wer mich kennt, wird mir das abnehmen) eine Art Wissenschaftsimperialismus, daß nun alles in Göttingen gemacht werden muß. Das geht ja auch nicht und überforderte die Möglichkeiten unserer zumeist sehr kleinen Institute. Daß die Arbeiten selbstverständlich nur in Zusammenarbeit etwa mit Trier oder auch mit Mannheim – um nur diese beiden, weil sie hier vertreten sind, anzusprechen – vor sich gingen, ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Vielen Dank.

Prof. Dr. Best
(Universität zu Köln)

Ich möchte Ihre Sammlung von Schlagworten um die Varianten „funktionale Differenzierung“ und „strukturelle Dezentralisierung“ bereichern. Damit sind Modelle gemeint, nach denen das Zentrum für Historische Sozialforschung an einem Forschungsverbund der Historischen Statistik beteiligt werden könnte. Grundsätzlich besteht eine Kompetenz und schließlich auch ein Interesse des Zentrums für Historische Sozialforschung, den letzten Teil der Verbreitung der Ergebnisse von Forschungen zur Historischen Statistik zu unterstützen und den Vertrieb für maschinenlesbare Daten zu übernehmen. Die Datenerschließung und -aufbereitung sollte weiter von den Primärforschern betreut werden. Wenn ich das richtig verstehe, geht der Vorschlag von Herrn Fischer über diese Vorstellung einer technischen Bereitstellung der Daten durch das Zentrum für Historische Sozialforschung sogar hinaus. Verwirklicht man sein Konzept, würde das Zentrum substantiell an der Arbeit an bestimmten Forschungsbereichen beteiligt. Auch das ist für uns eine verheißungsvolle Perspektive.

Ich möchte aber betonen, daß wir in keinem Fall eine besitzergreifende Haltung einnehmen wollen. Um die mildeste Form der Aggressivität, die bloße Existenz, kommen wir allerdings nicht herum. Und wir erlauben uns natürlich auch, eine Meinung zu der Ordnung der Dinge zu haben. Ich denke, es gibt gute, schon in verschiedenen Foren vorgetragene Gründe für die Existenz eines universellen Datenarchivs. Ich kann diese Gründe hier nicht im einzelnen wiederholen. Ich will nur einige Stichworte in Erinnerung rufen. Zunächst einmal gibt es die Macht des Bestehenden: Es ist eine Datenverarbeitungsinfrastruktur vorhanden, eine einsatzfähige Datenbank-Software ist

bereits implementiert und erprobt. Last but not least: das eingespielte Personal ist auch verfügbar. Dann gibt es internationale Datenarchive, die bereits Standards der Aufbereitung und Bereitstellung von Daten der historischen Sozialforschung entwickelt haben, und das Zentrum für Historische Sozialforschung ist seit langem Teil dieses Konzerts. Es gibt eine Verknüpfungsmöglichkeit mit bestehenden Datenbeständen. Sie haben ja die Datenbestandsliste des Zentrums für Historische Sozialforschung in Händen, und wenn man sie durchgeht, entdeckt man sofort viele Anknüpfungsmöglichkeiten mit dem, was im Rahmen der historischen Statistik aufbereitet worden ist. Ich denke, diese Aspekte sollten bei den künftigen Planungen berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Kocka
(Freie Universität
Berlin)

Vielen Dank, Herr Best. Ich glaube, daß zwei Punkte offen sind. Erstens wäre das der Bereich „Historische Sozialberichterstattung“, der nur dezentral auf- und ausgebaut werden könnte. Vielleicht mit einer Koordinierungsgeschäftsstelle in Köln, aber die Herstellung von Langzeitreihen kann nicht an einem Ort geleistet werden. Zweitens ist das die Frage, ob man eine Datenbank anstreben soll oder ob die Datenbereitstellung und -verbreitung dezentral organisiert wird.

Prof. Dr. Elsner
(Statistisches
Landesamt Berlin)

Viele Historiker suchen die Anbindung geschichtlicher Sachverhalte an die Gegenwart, und hier sehe ich auch den Bezug zur amtlichen Statistik. Aus den Ausführungen von Herrn Deininger ist vielleicht deutlich geworden, daß unsere Datenbanken eine etwas andere Größenordnung haben als die, die vielleicht Herrn Kunz vorschweben. Die Historiker haben auch nicht unbedingt die Aufgabe, DV-Großprojekte durchzuziehen. Ich spreche bewußt von DV-Großprojekten, auch wenn PC's und ähnliches in meinem Weltbild durchaus vorkommen. Wenn man die Vielzahl der Daten vielen verfügbar machen möchte, dann sollte man sie in einem standardisierten Informationssystem auf dem Großrechner speichern. Man kann sie von dort auf den PC holen und auf diesem weiterverarbeiten.

Ich glaube, die Hochschulen und Institute leiden darunter, daß sie Mitarbeiter mit Zeitverträgen haben, die nach kurzer Zeit wieder ausgetauscht werden. Da hat man vielleicht einen guten DV-Mann, der scheidet aus und dann bricht vieles zusammen. Danach fängt der nächste mehr oder weniger wieder bei Null an.

Ich meine, daß es schädlich ist, wenn jetzt überall unterschiedliche Datenbanken entstehen. Man müßte sich auf Standards einigen. Die Statistiker haben zwar die Fähigkeit, Datenbanken aufzubauen, aber sie haben keinen unmittelbar historischen Auftrag. Wir könnten auch sehr lange Reihen in die Datenbanken bringen, aber wir haben einfach nicht die Kapazität und das Personal, auch noch historische Aufgaben mitzuübernehmen. Also muß man nach anderen Wegen suchen.

Ich könnte mir da vorstellen, daß vom Bundesministerium für Forschung und Technologie für die Zusammenarbeit von Historikern und Statistikern Finanzmittel bereitgestellt werden zur Entwicklung eines historisch-statistischen Informationssystems. In einem solchen Forschungsprojekt sollte geprüft werden, inwieweit Vorhandenes brauchbar ist oder evtl. modifiziert werden muß. Aus der Sicht der Historiker ist an den vorhandenen Datenbanken sicherlich einiges verbesserungswürdig. Man müßte sich Standards zur Vernetzung überlegen, denn früher oder später wird man von einer Datenbank auf die andere umschalten wollen. Was nützt einem die Information an einer Stelle, die zwar dann den zeitlichen Vergleich hat, aber nicht den regionalen. Und dazu muß man Standards entwickeln. Dann geht es nicht nur um die Daten, sondern auch um die Darstellungsmethoden. Herr Kunz hat das Programm THEMAK erwähnt, also Kartierungsfragen, Statistikgraphik und ähnliches.

Man müßte eine zukunftsweisende historische Infrastruktur schaffen. Meiner Meinung nach reicht HISTAT da nicht aus. Es muß eine ständige Fortschreibung der Daten gewährleistet sein, ohne die amtliche Statistik ist das nicht möglich. Hier gibt es eine Reihe von Möglichkeiten unter Einbeziehung von CD-ROM, PC und ähnlichem. Aber ohne eine finanzielle Förderung scheint es mir kaum machbar zu sein.

Ich rege an, daß sich eine Gruppe aus Historikern und Statistikern zusammensetzt, um über das gemeinsame Datenproblem nachzudenken.

Prof. Dr. Kahlenberg
(Bundesarchiv
Koblenz)

Es wäre eine große Versuchung, jetzt auf die in der Diskussion gebrachte Argumente insgesamt einzugehen. Ich möchte mich auf drei Anmerkungen beschränken:

An erster Stelle will ich eine Reminiszenz hier einbringen. Ich erinnere mich an Diskussionen ausgangs der sechziger Jahre, u. a. auch unter Beteiligung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und namhafter Historiker. Die Idee war die Einrichtung einer historischen Datenbank bundesweit mit vielen Sachgebieten, mit einer Fülle von Einzelprojekten. Diese ist nach bemerkenswerten Planungsansätzen gescheitert. Ich denke, Herr Hölder hat auch ganz persönliche Erinnerungen an die Euphorie zu Beginn der siebziger Jahre, als wir uns in interministeriellen Arbeitsgruppen in Bonn über ein arbeitsteiliges, ich glaube, gesamtgesellschaftliches Informationssystem unterhielten.

Meine zweite Bemerkung zielt auf ein methodisches Problem. Ich gebe zu bedenken: all dies, was wir hier diskutieren, ist die Dis-

kussion um die Auswertung von Quellenmaterial. Die Primärquellen aber liegen, heute aus der laufenden Produktion entstehend, bei den Statistischen Landesämtern und hier in diesem Hause. Die historischen Daten liegen hingegen in den Archiven. Man sollte bei allen Erwähnungen nicht vergessen, daß die Sicherung des historischen Datenmaterials eine Herausforderung ist, d.h. die staatlichen Archive müssen sich bei der Durchführung der neuen Archivgesetze in vermehrtem Umfange um die Erfassung der maschinenlesbaren Daten, wie sie in der laufenden Verwaltung entstehen, bemühen. Sie sind verpflichtet, kraft Gesetz, sie zu archivieren. Erst dann entsteht eine Schnittstelle zur historischen Forschung. Deshalb ist es so wichtig, daß – ganz gleich in welcher Form sich künftig Bemühungen um die historische Statistik organisieren mögen – staatliche Archive mit eingebunden sind. Das hat Herr Hölder schon in seinem Einführungsstatement ausgedrückt. Er hat die Brücke geschlagen von der amtlichen Statistik zur Forschung, zu den Historikern, unter Einbeziehung der Bibliotheken und der Archive. Ich denke, dies sollte bei den weiteren konzeptionellen Überlegungen nicht vergessen werden. Schnittstellen zwischen den Archiven und den verschiedenen bestehenden Datenbanksystemen sind überall sichtbar.

Meine letzte Bemerkung berührt den Aspekt der internationalen Zusammenarbeit, vor allem im europäischen Kontext, den ich für wichtig halte. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bedürfnisse all jener, die sich im kulturellen und auch im wissenschaftlichen Bereich mit künftigen Bedürfnissen planend beschäftigen. Ich erinnere an entsprechende, von der UNESCO geförderte Projekte, aber auch an OECD-Projekte, die weit in die Historie zurückreichen. Diese Forschungsprojekte und ihre Auswertung sollten in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.

Prof. Dr. Fremdling
(Universität
Groningen)

Ich möchte noch einmal auf den Vortrag von Herrn Fischer zurückkommen und dafür plädieren, die vorgeschlagene Dreiteilung vorzunehmen. Es geht hier nicht nur um das Verwalten von bereits gesammelten Daten, sondern, wenn man an die historische Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung denkt, auch um die Aufbereitung von Daten nach einem bestimmten Konzept. Gerade wenn es um die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung geht, denke ich, müßten die Arbeiten weitgehend zentral geleistet werden. Es sei denn, es könnte eine enge Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt zustande kommen. Das Statistische Bundesamt könnte dann als Koordinator auftreten, um eine dezentral zu leistende Rekonstruktion der historischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu organisieren.

Ich fand Ihre Bemerkung, Herr Hölder, sehr interessant, daß Sie überlegen, in die Fachserien auch historische Reihen einzubeziehen.

Vielleicht sollten Sie einmal mit Ihren Kollegen aus den Niederlanden sprechen. Dort macht man nämlich schon so etwas. Beim Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) gibt es eine sehr kleine Abteilung, das sind etwa drei Leute, die die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die zwanziger und dreißiger Jahre bearbeiten. Es existiert schon eine grobe Zeitreihe, die bis 1900 zurückgeht. Es ist sinnvoll, die Arbeiten von Personen aus dem CBS durchführen zu lassen, weil dort sehr viel Archivmaterial lagert, das der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, aber von den Beschäftigten des Amtes genutzt werden kann.

Auf der anderen Seite existiert aber auch eine Arbeitsteilung mit der Wissenschaft. Im Rahmen der niederländischen Forschungsförderung stehen wahrscheinlich bald mehrere Millionen Gulden zur Verfügung, um die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das 19. Jahrhundert zu bearbeiten. Das geschieht in enger Kooperation mit dem CBS.

Ich möchte nachdrücklich dafür plädieren, gerade die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Deutschland zu rekonstruieren und Hoffmanns Werk zu revidieren und weiterzuführen. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hat ja nicht nur Bedeutung für Wirtschaftshistoriker: Jeder politische Historiker, der seine Abhandlungen mit wirtschaftlichen Prozessen unterbauen will, greift im Grunde auf Hoffmann zurück. Auch Wirtschaftswissenschaftler, die Langzeitreihenuntersuchungen machen, müssen sich auf Hoffmanns Werk stützen. Wenn sie nach dem Verlauf volkswirtschaftlicher Kennziffern, z.B. dem des Kapitalkoeffizienten suchen, errechnen sie häufig lediglich die Schätzkoeffizienten heraus, die Hoffmann hineingesteckt hatte. Hoffmanns Werk bietet zu wenig Transparenz, um dieser Gefahr zu entgehen.

International gesehen gibt es in einigen Ländern eine zweite Generation, die an der Rekonstruktion der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sitzt oder sie bereits bearbeitet hat, etwa in Skandinavien. In anderen Ländern, so wie etwa in den Niederlanden, in Belgien, in der Schweiz und in Italien beginnt man zum ersten Mal damit. Auch aus internationaler Sicht klafft hier eine große Forschungslücke in Deutschland.

Dr. Wilke
(Akademie der Wissenschaften der DDR,
Berlin (Ost))

Zuerst möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen, daß ich hier anwesend sein konnte und durfte. Ich möchte mich beim Hausherrn, Herrn Hölder, bedanken und beim „geistigen Vater“ des Projektes, Herrn Fischer, der recht schnell und unbürokratisch, was wir bei uns nicht so ganz gewöhnt waren, geholfen hat, daß ich hierher kommen konnte.

Ich bin gern bereit, an den Arbeiten zur Historischen Statistik zu partizipieren und teilzunehmen. Wir möchten unseren Beitrag leisten. Ich sehe jedoch ein Problem hinsichtlich der Kompatibilität der Computer. Bekanntermaßen sind wir, sagen wir einmal, zwei Generationen hinterher, und wenn eine Kooperation möglich ist, dann müßten wir natürlich in Zukunft mit westlicher Hard- und Software ausgerüstet sein, die zumindest IBM-kompatibel sind. Darin sehe ich z.Z. eine große Schwierigkeit. Ich hoffe, daß auch unsere Arbeiten in die hier angesprochenen Forschungen zur Historischen Statistik Eingang finden können. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Irsigler
(Universität Trier)

Ich werde es kurz machen. Wir müssen zu einer Lösung kommen, wie wir weiterarbeiten können. So mache ich einen Vorschlag, der normalerweise dazu führt, daß ein Projekt aufhört, in diesem Fall aber vielleicht nicht, nämlich eine Kommission zu bilden. Der müßten jemand vom Zentrum in Köln, jemand aus Berlin, vom Statistischen Bundesamt und ein Vertreter der Landesämter sowie jemand aus der Gruppe der Spätmittelalter/Frühneuzeitforscher, Herr Kaufhold, Herr von Hippel oder ich, angehören. Mit der von Herrn Fischer vorgeschlagenen Aufgabengliederung bin ich im Prinzip einverstanden.

Vielleicht noch einen Satz zu der Arbeit, die nun nicht mehr von der DFG gefördert wird. Wir haben im Schwerpunkt Historische Statistik einen exzellenten Stock von Nachwuchswissenschaftlern ausgebildet, die weiterarbeiten können, die ja zum Teil auch in festen Positionen sind. Man kann ihnen aber nicht mehr die Arbeiten zumuten, die sie vor zehn Jahren gemacht haben, nämlich die Eingabe von Daten am PC. Uns fehlt es vor allem an genügend Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte, diese 13000 DM pro Jahr, die jemand mit 18 Stunden pro Woche kostet. Einzelne von uns brauchen diese lächerlichen Beträge, um drei oder vier Jahre weiterarbeiten zu können. Mit einem verfügbaren, hervorragend ausgebildeten, EDV-mäßig erfahrenen, in der Materie steckenden Personal kann sehr gut weitergearbeitet werden. Junge Leute werden in die Projekte nachrücken. Daran liegt mir sehr viel. Wenn es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung in der Historischen Statistik bleibt, ein paar ältere, ein größerer Kreis von guten jüngeren Forschern, darunter aber nichts mehr nachkommt, dann bleibt das Unternehmen Episode. Denn die meisten Historiker, die sehen, was bei Herrn Winkel im Verlag produziert wird, sagen genau dasselbe, was meine verehrte Lehrerin Edith Ennen gesagt hat, als sie den ersten Band der Kölner Getreidepreise gesehen hat: „Ist ja sehr schön, Gott sei Dank muß ich das nicht mehr lernen“.

Dr. Kunz
(Institut für
Europäische
Geschichte, Mainz)

Zwei Dinge, das erste betrifft die Datenbank direkt. Natürlich ist das Programm, das wir benutzen wollen, „Oracle“, einsatzfähig vom Großrechner bis hin zum PC, und zwar unter vielen Betriebssystemen. Deswegen haben wir es gerade gewählt und letztlich werden die darin verwalteten Daten deshalb auch portabel sein. Die Infrastruktur bei den Statistischen Ämtern und die Ressourcen, die dort vorhanden sind, sind natürlich ungleich größer als wir sie im wissenschaftlichen Bereich zur Verfügung haben. Mein Vorschlag ist der: Mit Hilfe der in der Datenbank HISTAT gespeicherten Daten könnten die bereits bei den Statistischen Ämtern bestehenden Datenbanken mit historisch-statistischen Daten angereichert werden, so daß für bestimmte Bereiche bzw. Kategorien Langzeitreihen abrufbar wären. Die Ämter ihrerseits könnten HISTAT mit Daten aus der Zeit nach 1945 versorgen. Eine derartige Kooperation, die unnötigen Arbeitsaufwand durch Doppelerhebungen vermeidet, haben wir bereits im Bereich der Verkehrsstatistik mit dem Bundesamt bzw. STATIS-BUND erfolgreich praktiziert. Allerdings müßte erst einmal festgestellt werden, in welchen der Datenbanken bei den Landesämtern sich überhaupt „historische Daten“ (d.h. in diesem Falle solche aus der Zeit vor 1945) befinden. Eine derartige Bestandsaufnahme könnte evtl. durch die mehrfach angesprochene „Arbeitsgemeinschaft“ initiiert werden.

Zur allgemeinen Situation möchte ich ebenfalls an das anschließen, was Herr Irsigler gesagt hat, aber auch an die Ausführungen von Herrn Fremdling erinnern, der dafür plädiert hat, daß bestimmte Dinge im Bereich der historischen Wirtschaftsstatistik mit einer gewissen Zentralität langfristig geplant werden müssen. Es hat sich gezeigt, daß bei befristeten Projekten es schwer, wenn nicht unmöglich ist, langfristig zu planen. Wenn diese zwei oder drei Zentren für Historische Statistik entstehen sollen, müßte dort eine Personaldecke bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern geschaffen werden, die langfristiges Planen erlaubt.

Prof. Dr. Fischer
(Freie Universität
Berlin)

Es scheint mir die Frage der Forschung nicht strittig zu sein, die Frage der Datenbank jedoch nach wie vor. Es bestehen drei Vorschläge: Die Datenbank kommt nach Köln, weil sie ohnehin schon da ist. Es besteht der Vorschlag von Herrn Kunz, eine Datenbank der Historischen Statistik aufzubauen, die dann mit anderen kooperiert, und es besteht der dritte Vorschlag von Herrn Elsner, nach dem eine solche Datenbank eigentlich an ein Großrechenzentrum, an ein Statistisches Amt angeschlossen sein muß. Der Hausherr, Herr Hölder, wäre der geeignete Mann, um eine solche Datenbank in seinem Hause einzurichten. Ich weiß aus früheren Gesprächen mit ihm, daß er, ähnlich wie auch die Wirtschaftsforschungsinstitute, sagt: Wir stehen so unter Aktualitätsdruck, daß wir eigentlich aus unseren

Ressourcen Mittel dafür nicht abzweigen können, obwohl dies meines Erachtens die optimale Lösung wäre. Wir sollten diese Vorstellung aber nicht aufgeben, sondern weiter diskutieren. Vielleicht läßt sich doch eine historische Datenbank im Rahmen des Statistischen Bundesamtes schaffen. Ich meine, in der Arbeitsgruppe, die gebildet werden soll, sollte auch das Bundesministerium für Forschung und Technologie in der Person von Herrn Uhl vertreten sein. Ich halte das für wichtig, damit wir in ständigem Kontakt mit dem Ministerium diskutieren können.

Prof. Dr. Kocka
(Freie Universität
Berlin)

Es besteht Einmütigkeit darüber, was die Fortsetzung der Arbeiten und die Grundstrukturen dieser Fortsetzung angeht. Das Ziel ist die Herstellung einer Deutschen Historischen Statistik. Die Dreiteilung, die Herr Fischer vorschlug, hat viel Zustimmung gefunden, wobei offen ist, wie die Frage der recht dezentralisierten, nicht wirtschaftsgeschichtlichen Berichterstattung eingefügt werden kann. Dazu zählt die Sozialgeschichte, aber auch die Politikgeschichte (etwa die Wahlforschung) und die Kulturgeschichte. Ich kann mir kein Institut vorstellen, das federführend alle Aufgaben angemessen bewältigt. Mir ist sehr wichtig, daß die Sozialgeschichte deutlich berücksichtigt wird, denn nach meinem Eindruck ist die Wirtschaftsgeschichte in den letzten Jahren stärker betont worden, z.B. im DFG-Schwerpunktprogramm. Aber es scheint mir ein Ergebnis der Konferenz zu sein, daß es keine wirtschaftsgeschichtliche Dominanz geben darf, wenn die Deutsche Historische Statistik geschrieben wird.

Es ist vieles offengeblieben, deshalb sollte der Vorschlag von Herrn Kaufhold aufgenommen werden, Lücken zu identifizieren, um gezielte Forschungsarbeiten und die Generierung von Datensätzen anzuregen, dies natürlich dezentral.

Die Arbeitsgemeinschaft für Historische Statistik hätte die Aufgabe, einen Grundriß einer Deutschen Historischen Statistik, wie sie einmal entstehen soll, zu entwickeln und zu sagen, wo Forschungslücken geschlossen werden müssen. Die Aufgabe ist nun, einen arbeitenden Ausschuß zusammenzustellen, der nicht zu groß sein darf, wenn er arbeiten können soll und der sicherlich aus Personen zusammengesetzt sein soll, die hier sind und die heutige Diskussion verfolgt haben. Es gab ja schon einige Vorschläge. Sicherlich sollten die drei Bereiche vertreten sein: Vermutlich Herr Fischer, als einer der Initiatoren und für die Berliner Seite, vermutlich Herr Kaufhold für die vorindustriellen Forschungen in Göttingen und jemand aus Köln, vom Zentrum für Historische Sozialforschung, ich würde Herrn Schröder vorschlagen. Ich denke sicher, daß Herr Kunz und Herr Ehling dabei sein sollten, die diese Konferenz vorbereitet haben und sich vermutlich dafür auch weiter engagieren könnten. Von seiten der Sta-

tistischen Landesämter könnte vielleicht Herr Elsner als Vertreter teilnehmen?

Dr. Dr. Uhl
(Bundesministerium
für Forschung und
Technologie, Bonn)

Sie wissen, daß wir dem überwiegend erfolgreichen Grundsatz huldigen: Wissenschaft organisiert sich selbst. Das heißt nicht in einem staatsfernen Raum, so realistisch bin ich auch. Aber ich biete gerne an, daß Sie mich als Gast beiziehen können, wann immer Sie mich brauchen, ich werde aber aus verschiedenen Gründen, die u. a. auch z.B. mit der laufenden Förderung bei der DFG zusammenhängen, vorschlagen, daß der Arbeitsausschuß selbst aus Wissenschaftlern und Vertretern der amtlichen Statistik gebildet wird.

Prof. Dr. Kocka
(Freie Universität
Berlin)

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen. Der Kontakt zu den Nachbarwissenschaften, wo auch viele Daten gesammelt werden, muß gesucht werden. Es ist sinnvoll, sie systematisch mit einzubeziehen.

Ich bedanke mich bei allen Teilnehmern, insbesondere bei den Organisatoren, Herrn Kunz und Herrn Ehling, sowie beim Gastgeber Herrn Hölder und schließe die Konferenz.